

5. Die antifaschistische Strategiefindung innerhalb der DSAP

Die DSAP hat den Kampf gegen die Henleinbewegung bis 1938 aufopfernd geführt und stets versucht, der Anziehungskraft, die von dieser als faschistisch gekennzeichneten Sammlungsbewegung auf große Teile der sudetendeutschen Arbeiterschaft ausgeübt wurde, entschiedenen Widerstand zu leisten. Dabei wurden nicht die zunehmenden Wahlerfolge faschistischer Parteien als entscheidende Faktoren gewertet, sondern die Bedrohung durch den Faschismus wurde zu jedem Zeitpunkt als eine grundsätzliche Herausforderung verstanden, der es im Interesse der eigenen sozialempanzipatorischen Zielsetzung mit allen Mitteln entgegenzusteuern galt. Dennoch vermochte es die DSAP in einer Zeit schwerer sozialer Erschütterungen nicht zu verhindern, daß seit dem Beginn der dreißiger Jahre beträchtliche Teile ihrer traditionellen Wählerschaft zur DNSAP und nach deren Auflösung zur SHF/SdP abwanderten. Die DSAP stieg im Zuge der Auseinandersetzungen mit der Vielzahl ihrer politischen Gegner von der einst stärksten parlamentarischen Vertretung der Sudetendeutschen zu einer marginalen politischen Kraft im Jahr 1938 ab.

Ebenso wie andere sozialdemokratische Parteien in Europa sah sich die DSAP mit dem für sie neuartigen Problem konfrontiert, daß der politische Wettbewerb mit dem faschistischen Gegner im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien in erster Linie im außerparlamentarischen Raum stattfand. Es handelte sich bei der Henleinbewegung um eine politische Kontrahentin, deren Existenz sich im Gegensatz zu der einer kommunistischen Partei nur schwer aus dem rationalen Weltbild des Historischen Materialismus ableiten ließ. Weiterhin stand die Partei vor dem Problem, in diesem überwiegend von programmatischen Inhalten losgelösten und auf emotionaler Ebene geführten Kampf objektiv anzuerkennen, daß ihre politische Gegnerin trotz divergierender Ideologien in wesentlichen weltanschaulichen Grundhaltungen über lange Strecken ähnliche bis identische Ausgangspunkte einnahm. Dazu gehörten die Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsform sowie der bürgerlichen Gesellschaftsform und Lebensweise, der Kollektivismus und der Materialismus. Hinzu gesellten sich vergleichbare politische Kampfmethoden, die sich vom politischen Stil der bürgerlichen Parteien deutlich unterschieden. Beide Bewegungen suchten die proletarischen resp. von Proletarisierung bedrohten unteren gesellschaftlichen Schichten durch Massenmobilisierung, propagandistische Manipulation und Diffamierungen des politischen Gegners von der Richtigkeit und Ausschließlichkeit ihrer jeweiligen Weltanschauung zu überzeugen und sie damit zur Unterstützung ihrer revolutionären gesellschaftspolitischen Zielsetzungen zu gewinnen. Eine zentrale Rolle spielten hierbei für beide Seiten politische Demonstrationen, Aufmärsche und Kundgebungen als publikumswirksame Inszenierungen der eigenen Bewegung und ihrer spezifischen Ziele. Auf ihnen wurden politische Inhalte durch eine Bildhaftigkeit der Ausdrucksform mittels Zeichen und Symbolen abstrahiert und simplifiziert, um auf diese Weise ein Höchstmaß an Identifizierung mit der jeweiligen Bewegung zu erwirken⁴⁵⁴.

⁴⁵⁴ Eine detaillierte Untersuchung der Kampfmethoden und der Propagandaorganisation der SHF/SdP steht trotz einer ausreichenden Quellenlage bislang aus. Ebenso fehlen entsprechende Arbeiten über die beiden sozialdemo-

5.1. Faschismusanalyse

5.1.1 Die Rezeption des Faschismus in Deutschland anhand der sozialistischen Bonapartismustheorie: Ursprung, Wesen und Funktion des Nationalsozialismus

War man in der DSAP lange Zeit davon ausgegangen, daß der Faschismus in erster Linie ein Phänomen des rückständigen Kapitalismus sei und sich in einem industriell entwickelten Land mit einer gut organisierten und ideologisch geschulten Arbeiterbewegung nicht werde durchsetzen können, gerieten die sozialistischen Theoretiker nach der Machtergreifung Hitlers in Erklärungsnot bzgl. der Gültigkeit bislang vertretener Positionen⁴⁵⁵. Anders als bei der ČSD konzentrierten sich die Autoren in der DSAP nicht vorrangig auf die Analyse der sozialen Strukturen der nationalsozialistischen Bewegung. Für sie bildete die Untersuchung der politischen Konstellationen, unter denen der Sieg der Reaktion erst möglich geworden war, den Ausgangspunkt für die Interpretation der reichsdeutschen Entwicklung. Auf dieser Grundlage kamen für die Analyse des Aufstiegs des Faschismus in Deutschland vor allem die unter europäischen Sozialisten auf der Basis der Marxschen Bonapartismusschriften entwickelten Bündnistheorien zur Anwendung. In Anknüpfung an die Ergebnisse der Arbeiten von Otto Bauer u.a. wurde der Faschismus als gesellschaftlicher Ausdruck eines politischen Bündnisses zweier sozialer Kräfte gewertet, deren Interessenlage zwar anfänglich nicht kongruent war, die sich aber im Zuge einer

kratischen Parteien. Zahlreiche Propaganda- und Agitationsmaterialien der DSAP befinden sich im A ČSSD, fond 78, a.j. 27-35, für die ČSD im A ČSSD, fond 71, a.j. 106-108/3.

Da es keine Anhaltspunkte dafür gibt, daß sich die Formen, Inhalte und Organisation der Propaganda der SHF/SdP von der der NSDAP vor 1933 unterschieden haben, können die Ergebnisse der Arbeit von G. Paul als übertragbar betrachtet werden. Der Autor hat hierin dargestellt, daß die Arbeiterparteien der NS-Propaganda in allen Belangen als Vorbild dienten. Ihr Hauptfeind war die SPD. Ihre Zielgruppe war die Arbeiterschaft und nicht der Mittelstand oder die Landbevölkerung. Da die Propagandamaschinerie der SHF/SdP erst ab 1936 größere materielle Zuwendungen aus Deutschland erhielt, kann davon ausgegangen werden, daß ihre Wirkung ebenfalls nicht annähernd so effektiv, ausreichend finanziert und gut organisiert war wie die NS-Propaganda im Deutschen Reich. Im Umkehrschluß ließe sich die These übertragen, daß die Propagandatätigkeit der SHF/SdP nur ein Element mit einem vergleichsweise geringen Stellenwert für den Aufstieg Henleins darstellte und seine Unterstützung somit auf der innersten Überzeugung weiter Bevölkerungsgruppen basierte. Vgl. G. Paul: *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990.

Innerhalb der SPD beschäftigte sich vor allem die reformsozialistische Gruppe um Carlo Mierendorff und Theodor Haubach in den Zeitschriften "Sozialistische Monatshefte" und "Neue Blätter für den Sozialismus" mit dem Problem der Inszenierung der NSDAP in öffentlichen Kundgebungen mittels ihrer emotionsgeladenen, mythischen Zeichen und Bilder. Sie hatten bereits frühzeitig festgestellt, daß der propagandistische Erfolg der NSDAP in erster Linie in der Betonung der emotionalen Ebene zu suchen sei und hatten von der Parteiführung gefordert, hieraus entsprechende Konsequenzen für die antifaschistischen Kampfformen der Arbeiterbewegung zu ziehen. Grundlegend ist in diesem Diskurs die Studie von S. Tschachotin/C. Mierendorff: *Grundlagen und Formen politischer Propaganda*, Magdeburg 1932. Vgl. auch E. Hennig: *Von der Analyse der NS-Erfolge zur Bekämpfung der NSDAP: Carl Mierendorffs "Kampf um die Massenseele"*, in: Grebing/Kinner (1990), S. 262-83; D. Beck: *Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Kurt Schumacher. Zum Selbstverständnis der "militanten Sozialisten" in der Weimarer Republik*, in: AfS 26 (1986), S. 87-123; und R. Albrecht: *Carl Mierendorff und das Konzept einer demokratischen Volksbewegung*, in: J. Schmäddecke/P. Steinbach (Hrsg.): *Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München-Zürich 1985, S. 838-48.

⁴⁵⁵ Generalsekretär Siegfried Taub war im Sommer 1932 nach einem Treffen mit SPD-Vertretern in Berlin zusammen mit František Soukup zu der Einschätzung gelangt, daß die NSDAP zwar weiteres Potential für Stimmengewinne habe, diese aber nunmehr nur noch aus der politischen Mitte kommen könnten. Mandatsverluste der SPD hielt er zu diesem Zeitpunkt für ausgeschlossen. Im Gegenteil werde sie sich zu Lasten der KPD wieder konsolidieren können. Taub an E. Paul, v. 27.7.1932. AsD, Seliger-Archiv, Sign. 1213.

gesamtgesellschaftlichen Entwicklung annäherte. Die auf diesem Weg entstandene Koalition von großindustriellen Gruppen und radikalisierten Mittelschichten bildete die Voraussetzung für die Übernahme der Regierungsgewalt durch die faschistische Partei und nachfolgend für die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. In seiner Radikalität und seinen terroristischen Methoden bildete der Faschismus aufgrund seines Bündnischarakters eine extreme Form der Verselbständigung staatlicher Politik im kapitalistischen System, die zunehmend durch die Monopolisierung von politischer Macht in den Händen der faschistischen Partei bei gleichzeitigem Weiterbestehen sozialer Herrschaft des Finanzkapitals charakterisiert war. Von der innerhalb der ČSD angewandten Mittelstandstheorie unterschied sich dieser Interpretationsansatz im wesentlichen dadurch, daß der Aufstieg des Faschismus nicht primär als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise interpretiert wurde, sondern als Antwort auf den politischen Aufstieg der Arbeiterklasse. Die Weltwirtschaftskrise hatte hierfür lediglich eine initiierende Funktion und eine verstärkende Wirkung. Die Kritik der DSAP-Theoretiker richtete sich im Zuge dieser Rezeption vorrangig gegen vermeintliche ideologische Irrtümer bei der SPD, und sie suchten nach taktischen Fehlern in der SPD-Politik, um hieraus neue Ansätze für die antifaschistische Strategie ihrer eigenen Partei zu generieren.

Karl Marx hatte im "18. Brumaire" die politischen Konstellationen infolge einer spezifischen sozioökonomischen Entwicklung untersucht, unter denen der Staatsstreich Louis Bonapartes im Dezember 1851 erfolgt war. Das französische Proletariat hatte nach Marx im Juni-Aufstand eine Niederlage erlitten, von der es sich politisch nicht wieder erholen konnte, so daß es auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein konnte, selbst die politische Macht zu erlangen und die sozialistische Republik zu gründen. Auch der Bourgeoisie war es aufgrund erheblicher Interessengegensätze zwischen monarchistischem Großgrundbesitz und republikanischem Industriekapital nicht länger möglich, seine bisherige politische Machtstellung aufrecht zu erhalten. Um zumindest seine gesellschaftliche Macht zu konservieren, war es gezwungen, sich selbst politisch zu entmachten. Dieser Vorgang fand seine politische Ausdrucksform im Staatsstreich Bonapartes, den Marx aufgrund des politischen Gleichgewichts zwischen geschlagenem Proletariat und resignierender Bourgeoisie als die einzig mögliche Herrschaftsform charakterisiert. Bonaparte vertrat mit den Parzellenbauern eine quantitativ große Klasse, die politisch bislang jedoch ohne Einfluß geblieben war. Aufgrund ihrer spezifischen vorkapitalistischen Produktionsweise und nicht hinreichend funktionierenden Kommunikationsstrukturen ließ sich ihr Klasseninteresse nur organisieren, repräsentieren und politisch durchsetzen, indem sich die sich auf sie stützende Staatsgewalt von der bürgerlichen Gesellschaft verselbständigte und trotz anderslautender Vorgaben ein Terrorregime errichtete, mit dem es unter funktionalen Gesichtspunkten alle Klassen disziplinierte. Eine dauerhafte Durchsetzung des Bonapartismus auf staatlicher Ebene erachtete Marx aus zwei Gründen für unmöglich: Zum einen, so seine These, kreierte das Klasseninteresse der Parzellenbauern gesellschaftliche Widersprüche. Denn die verselbständigte Staatsgewalt kann die kapitalistische Entwicklung nicht aufhalten, in deren Folge sich das quantitative und qualitative Anwachsen der entwicklungsbestimmenden Klassen - Bourgeoisie und Proletariat - fortsetzen wird. Zum anderen analysierte Marx ein Auseinanderfallen von sozialer

Basis und gesellschaftlicher Funktion des Bonapartismus. Subjektiv repräsentiere er zwar das Klasseninteresse der gesellschaftlich traditionalistischen und ökonomisch industrialisierungsfeindlichen Parzellenbauern, objektiv unterstütze er jedoch ebenso die Profitinteressen der auf Industrie- und Handelsexpansion ausgerichteten Bourgeoisie⁴⁵⁶.

Waren die Frankreichschriften von Marx und Engels insgesamt eher als ereignisorientierte Detailanalyse gedacht, und nicht als generalisierende Theorie über eine bestimmte politische Herrschaftsform aufgefaßt worden, wurde in den zwanziger und dreißiger Jahren von einer Vielzahl von sozialistischen Autoren bei der Beschreibung und Einordnung des neuen politischen Phänomens des europäischen Faschismus auf die Ergebnisse von Marx und Engels zurückgegriffen. In einzelnen Fällen kann anfänglich sogar von einem ahistorischen Vergleich des aufsteigenden Faschismus mit Marx' Interpretation des Staatsstreichs Louis Bonapartes gesprochen werden⁴⁵⁷. Noch bevor Otto Bauer die Diskussion ausgelöst hatte, daß es infolge der Demokratisierung der vormals monarchischen Industriestaaten mit einer starken, über den parlamentarischen Weg an die Schaltstellen politischer Macht vorrückenden Arbeiterbewegung und einer weiterhin auf wirtschaftlichem Gebiet dominierenden Bourgeoisie zu einem "Gleichgewicht der Klassenkräfte" gekommen ist⁴⁵⁸, hatte - wie *Wippermann* hervorhebt - der österreichische Sozialdemokrat Julius Braunthal schon 1922 den Faschismus im Spannungsverhältnis von seiner auf Systemerhalt ausgerichteten sozialen Funktion und seiner kleinbürgerlich geprägten sozialen Basis beschrieben. In Anknüpfung daran wurde vor allem in Italien (Italo Tedesco, Pietro Nenni, Guiseppe Modigliani), in Österreich (Otto Bauer, Wilhelm Ellenbogen) und in Deutschland (Rudolf Hilferding, Georg Decker, Arkadij Gurland, Oda Olberg) sowie von Leo Trotzki und August Thalheimer die These entwickelt, daß der in der Situation des gesellschaftlichen Kräftegleichgewichts in den Besitz politischer Macht gelangte und auf eine Massenpartei gestützte Faschismus sich habe politisch verselbständigen und somit eine Innen- und Außenpolitik betreiben können, die den sozioökonomischen Interessen seiner Bündnispartner nicht länger in allen Belangen entsprach⁴⁵⁹.

Die Bezugnahme der DSAP-Autoren auf diese Richtung in der sozialistischen Faschismusanalyse wurde schon im ersten Diskussionsbeitrag in der "Tribüne" nach der Machtergreifung Hitlers ersichtlich. Heinrich Hoffmann stellte bei seiner Untersuchung der "Klassencharakteristik der deutschen Reaktion" in der Februar-Ausgabe des Journals fest, daß das Bezeichnende am Prozeß des Aufstiegs der reaktionären Kräfte in Deutschland der hiermit einhergehende

⁴⁵⁶ Vgl. zur Analyse und Interpretation der Marxschen Frankreichschriften vor allem W. Wippermann: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983; und H.G. Jaschke: Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus. Studien zur Bonapartismustheorie. Mit einem Vorwort von Eike Hennig, Opladen 1982.

⁴⁵⁷ Vgl. H. Klein: Zur Genesis der Faschismus-Theorie Otto Bauers, in: Grebing/Kinner (1990), 149-61, S. 150 f.

⁴⁵⁸ Vgl. O. Bauer: Die österreichische Revolution, Wien 1923; ders.: Das Gleichgewicht der Klassenkräfte, in: Der Kampf 17 (1924), S. 57-67.

⁴⁵⁹ Vgl. zur sozialdemokratischen Bonapartismustheorie mit umfangreichen Quellenangaben vor allem Wippermann (1983), a.a.O., S. 41 ff.; Vgl. weiterhin Wippermann (1997), S. 9 ff.; R. Saage: Faschismustheorien, Baden-Baden 1997, S. 107 ff.; Jaschke (1982), a.a.O., S. 20 ff.; Vgl. zur Entwicklung der Bonapartismusthese in der SPD besonders Saggau (1981), a.a.O., S. 52 ff. Vgl. zur kritischen Darstellung der geschichtswissenschaftlichen Diskussion über die Bonapartismusthese Wippermann (1997), a.a.O., S. 65 ff.

deutliche Machtzuwachs der alten feudalen Herrschicht sei. Aus dem Weltkrieg in ihrer politischen Macht geschwächt hervorgegangen, aber in ihrer wirtschaftlichen Stellung unangetastet geblieben, sei sie die eigentliche Profiteurin der Entwicklung, da sie sich doch auf keine größere gesellschaftliche Gruppe stützen kann. "Die Regierung Schleicher ist dem gemeinsamen Druck der Junker, Schwerindustriellen und der Nazi erlegen. Zur Macht kamen - nicht die Nationalsozialisten, sondern gestützt auf sie, Hitler vorschubend und ihn gleichzeitig gefangen haltend, mit Hugenberg und dem wiederkehrenden Papen, neuerlich die beiden alten Herrenklassen, zwischen denen natürlich alle hier skizzierten Gegensätze weiterbestehen, die aber zunächst doch einig sind im Bestreben, mit Hilfe des gebändigten, nun völlig gefügigen Hitler die Arbeiterklasse niederzuschlagen und die Republik völlig ihres demokratischen Gehaltes zu berauben."⁴⁶⁰ Hinter dieser Interpretation verbirgt sich die auch in der Sopade anzutreffende Sichtweise, daß es sich bei der Regierung Hitler nicht um eine neue Form politischer Herrschaft handelte, sondern lediglich um eine Verschärfung der reaktionären Politik seit dem Sturz der Regierung Müller. Curt Geyer wertete Hitler noch 1934 als "Werkzeug einer Gegenrevolution", das zu einer "Restauration des militärischen Machtstaates vom wilhelminischen Typ"⁴⁶¹ benutzt werden sollte.

Ausgehend von der These des deutschen Sonderwegs erklärt Hoffmann die Ursachen für diese Entwicklung unter Benutzung der Bonapartismustheorie⁴⁶². Deutschland war für ihn zwar ein klassischer Vertreter des modernen Industriekapitalismus, jedoch anders als England keineswegs ein Beispiel einer typischen Bourgeoisieherrschaft. Dies führt er darauf zurück, daß nach dem Scheitern des bürgerlichen Revolutionsversuchs von 1848 die Bourgeoisie das Lager wechselte und dann unter der Ägide des Reichskanzlers als "einer bonapartistischen Instanz"⁴⁶³ den politischen Ausgleich mit dem feudalen Gegner erzielte. Im Bismarckschen Herrschaftssystem, das sowohl die ökonomischen Bedürfnisse der Bourgeoisie als auch die gesellschaftliche Stellung des Adels beförderte und somit die Klasseninteressen des Finanzkapitals und des Agraradels zusammenführte, kam es bereits zu einer Trennung von politischer und wirtschaftlicher Macht, wobei Bismarck gleich beide Klassen effektiv entmachten konnte. Daß die schon vor der Jahrhundertwende einsetzende soziale Differenzierung innerhalb des Bürgertums nicht erneut in Forderungen nach Teilhabe an der politischen Macht umschlug, sei auf die günstige konjunkturelle Entwicklung und das geschwächte politische Selbstbewußtsein der Bourgeoisie zurückzuführen.

Die politisch-ökonomische Umbruchphase von 1918/19 diskutiert Hoffmann mittels einer Modifizierung von Bauers Theorie vom 'Gleichgewicht der Klassenkräfte' als Klassenkompro-

⁴⁶⁰ H. Hoffmann: Zur Klassencharakteristik der deutschen Reaktion, in: Tribüne 6 (1933), 40-45, S. 45.

⁴⁶¹ M. Klinger (Ps. f. C. Geyer): Volk in Ketten. Deutschlands Weg ins Chaos, Karlsbad 1934, S. 64.

⁴⁶² Der Form halber sei darauf hingewiesen, daß die Heranziehung der Sonderwegsthese in der DSAP sich nicht mit den Ergebnissen der historizistischen Theorien von der 'deutschen Sonderentwicklung' decken, die aufbauend auf den Arbeiten von Talcott Parsons aus den vierziger Jahren von liberalen Modernisierungstheoretikern um Ralf Darendorf u.a. formuliert wurden und vor allem darauf ausgerichtet sind, den spezifischen Anteil der deutschen Mittelschichten am Aufstieg des Faschismus zu relativieren. Vgl. zur Kritik an diesem Flügel der Faschismusforschung H. Grebing: Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart 1974, S. 57 ff.; und Saage (1997), a.a.O., S. 91 ff.

⁴⁶³ H. Hoffmann: Zur Klassencharakteristik der deutschen Reaktion, in: Tribüne 6 (1933), 40-45, S. 42.

miß zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der auf dem festen Bestand dieser beiden Klassen beruhte und den Charakter eines individualistischen Wirtschaftssystems mit einer kollektiven Arbeits- und Sozialordnung bekam. Dieser Kompromiß wurde vor allem dadurch bestimmt, daß die Bourgeoisie zwar Trägerin der wirtschaftlichen, jedoch nicht der politischen Macht war und die Arbeiterklasse sich somit auf die Durchsetzung ihrer sozioökonomischen Forderungen konzentrieren mußte. Alle Möglichkeiten zur Durchführung einer radikaldemokratischen Revolution auf der Basis von Betriebsdemokratie und demokratischer Selbstverwaltung wurden vom Proletariat fatalerweise fallengelassen, ebenso wie die wirtschaftliche Entmachtung des feudalen Großgrundbesitzes durch eine konsequente Bodenreform⁴⁶⁴. Unter den ökonomischen Bedingungen des Spätkapitalismus und der damit verbundenen fortschreitenden Differenzierung innerhalb des Bürgertums beurteilt Hoffmann diese Form des Klassenkompromisses jedoch als bereits zum Zeitpunkt seines Entstehens ökonomisch überholt. Politisch konnte er nur solange Bestand haben, wie sich die bürgerlichen Mittelschichten der politischen Führung der Großbourgeoisie unterstellten. "Die Mittelschichten mußten der individualistischen Wirtschaftsordnung immer weniger Interesse entgegenbringen, aber sie hatten natürlich ebensowenig Interesse an einer sozialen Arbeitsordnung. Sie standen also, soziologisch gesehen, außerhalb des Klassenkompromisses, [der] der Verfassung der deutschen Republik zugrundeliegt. Dadurch wurde wohl die Position der Großbourgeoisie innerhalb des Kompromisses geschwächt. Aber jene Mittelschichten sahen ihren Hauptfeind doch eben im Proletariat, das zum Unterschied von ihnen seine Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich verbessert hatte. Ökonomisch hatte ihnen die bürgerliche Demokratie nichts mehr zu bieten. Die allgemeine rein formale Auffassung der Demokratie, die sich im Wahlakt erschöpft, ließ sie auch den Wert der Freiheit gering schätzen. So konnten die faschistischen Mittelschichten von der Großbourgeoisie und Aristokratie zur Sprengung des Kompromisses, zur Sprengung der bürgerlich-demokratischen Republik benützt werden, wobei diese Sprengung infolge der Spaltung der Arbeiterklasse den besitzenden Klassen zugute kommen mußte."⁴⁶⁵

Das nun in Deutschland an die Macht gelangte Konglomerat aller reaktionären Kräfte dürfe nach Hoffmanns Überzeugung trotz der Renaissance der Macht der alten Herrenklasse keinesfalls als Sieg des Feudalismus über die Bourgeoisie interpretiert werden. Vielmehr stelle diese Form der Regierung "die letzte mögliche Form einer Bourgeoisieherrschaft überhaupt" dar. Nachdem die Großbourgeoisie die bedingungslose Gefolgschaft des Kleinbürgertums verloren habe und sie somit zahlenmäßig nicht länger stärker sei als das Proletariat und gleichzeitig auch über keine eigenständige Herrschaftstradition verfüge, seien für ihn in enger Anlehnung an

⁴⁶⁴ "Unter den historischen Bedingungen des Zusammenbruchs bestand wohl keine Möglichkeit einer sozialistischen Revolution, aber eine radikaldemokratische Revolution wäre sachlich doch möglich gewesen. Das Bürgertum war jedoch politisch steril, das Proletariat sah in der Demokratie nur ein politisches Mittel, ohne ihren revolutionären Inhalt zu erfassen [...] Der Marxismus bejaht zwei Verhaltensweisen des Proletariats gegenüber dem Staat: es kann für äußersten Staatszentrismus als Mittel der Ausübung seiner Diktatur zum Zwecke der Beseitigung der Klassen sein, oder es kann für die demokratische Selbstverwaltung unter Zurückdrängung des Staates sein. Aber ein demokratischer Zentralismus widerspricht dem Marxismus. Dieses politische Problem wurde von der deutschen Arbeiterklasse nicht erfaßt, sie konzentrierte sich auf das soziale Problem." Ebd., S. 42 f.

⁴⁶⁵ Ebd., S. 44.

Marx' Interpretation des Staatsstreichs Louis Bonapartes keine Voraussetzungen mehr für irgendeine Form einer reinen Klassenherrschaft gegeben. Ebenso seien unter den Bedingungen des Spätkapitalismus alle Möglichkeiten einer Machtteilung mit dem Proletariat politisch und ökonomisch überholt. Aus diesem Grund konstatiert Hoffmann unter Verkennung der politischen Unabhängigkeit und der ideologischen Eigenständigkeit des Nationalsozialismus: "Herrschen kann die Großbourgeoisie nur noch im Gewand einer feudalen Regierung."⁴⁶⁶ Es wird deutlich, daß Hoffmann die Ideologie und die charakteristische Programmatik des Nationalsozialismus bei seiner Analyse ausspart. Die politische Funktion des Nationalsozialismus reduzierte der Autor deshalb weitgehend auf die Rolle eines Steigbügelhalters für die alte Herrenklasse. Die Frage, welches spezifische Interesse der Nationalsozialismus an der - zweifellos richtig erkannten - Bereitstellung einer Massenbasis für den Sieg der Reaktion hat, bleibt ebenso unerläutert wie das Problem, welche gesellschaftliche und politische Machtfunktion die faschistische Partei innerhalb des reaktionären Bündnisses einnahm.

Dieser bündnistheoretische Ansatz korrespondierte mit den Einschätzungen über den ökonomischen Charakter und die politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise durch die Wirtschaftsexperten der Partei. So wurde von ihnen die Weltwirtschaftskrise als eine Strukturkrise des monopolkapitalistischen Wirtschaftssystems gekennzeichnet und die faschistische Gegenrevolution in Deutschland im Sinne der marxistischen Geschichtsauffassung als letztes gewaltsames Aufbegehren des Kapitalismus vor der bevorstehenden Ablösung durch eine neue Wirtschaftsform interpretiert⁴⁶⁷. Da der Monopolkapitalismus zur Wahrung seiner Interessen dabei in schärfsten Gegensatz zu den Lebensinteressen der Volksmehrheit gerät, benötigt er eine politische Massenbasis. Diese findet er in der faschistischen Partei. Mit ihrer Hilfe kommt es zur Zerschlagung der oppositionellen Massenorganisationen des Proletariats, zu einer politischen Versklavung durch den faschistischen Staatsapparat und zu einer gesteigerten Verelendung der Arbeiterklasse. Durch die Etablierung des Agrarkartells und weitere Maßnahmen in der Industriepolitik habe das faschistische Regime in Deutschland bis Anfang 1934 bereits wichtige Schritte zur Festigung und Ausdehnung der Herrschaft des Monopolkapitalismus unternommen⁴⁶⁸. Hierdurch kann der Monopolkapitalismus zwar seine Herrschaftsdauer verlängern, doch wird dieser Zustand nur temporär sein, da es ihm nicht gelingen wird, die gesellschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus zu beseitigen und damit die strukturellen Ursachen der ökonomischen Krise zu beheben. Er wird daher in dem Augenblick gestürzt werden, wenn die Arbeiterklasse in den großen Industriestaaten Europas den offenkundigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems erkennt und im nächsten Schritt zum "Vollstrecker einer gesellschaftlichen Notwendigkeit" wird, indem es den "Weltsieg des Sozialismus"⁴⁶⁹ herbeiführt. Aus dieser Analyse wurde einvernehmlich der Schluß gezogen, daß "der Kampf gegen den Faschismus und gegen die Kriegsgefahr nur erfolgreich zu führen [ist] als revolutionärer Klassenkampf

⁴⁶⁶ Ebd., S. 44.

⁴⁶⁷ Vgl. F. Weise: Monopolkapitalismus und Wirtschaftskrise, in: Tribüne 7 (1934), 47-53, S. 47.

⁴⁶⁸ Vgl. ebd., S. 52.

⁴⁶⁹ E. Strauß: Von der Krise zur Depression?, in: Tribüne 6 (1933), 105-09, S. 109.

gegen den Kapitalismus"⁴⁷⁰. Vergleichbar mit Teilen der Diskussion in der Sopade wurde aber auch hier das Bündnis zwischen faschistischer Partei und dem Monopolkapital der Dominanz der Machtpolitik des faschistischen Staates gegenübergestellt, so daß die Interpretation des Faschismus bei diesen Autoren letztlich doch auf ein Primat der Herrschaft der faschistischen Partei hinausläuft⁴⁷¹.

Ähnliche, auf den sozialistischen Bündnistheorien basierende Argumentationsmuster lassen sich in der Folgezeit auch bei weiteren Autoren unter den sudetendeutschen Sozialdemokraten finden. Emil Franzel beschreibt die Machtergreifung Hitlers in einem gleichlautenden Beitrag in der März-Ausgabe der "Tribüne", der nach den Reichstagswahlen vom 5.3.1933, aber noch vor der Verabschiedung der Ermächtigungsgesetze am 23.3.1933 verfaßt wurde, als einen "Sieg der Konterrevolution". Diesen Sieg betrachtet er weder als eigenständige Etappe noch als Ende zukünftiger Entwicklungen. Auf der Basis einer Einordnung der verschiedenen Regierungskabinette seit Brüning und nach deren spezifischen Interessenausrichtungen sieht er die Regierung Hitler vielmehr als vorläufiges Ergebnis einer innenpolitischen Entwicklung Deutschlands, die seit 1930 vor allem durch den Zusammenschluß aller Feinde der Weimarer Republik außer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gekennzeichnet ist: der preußischen Junkerklasse, der Industrie, der Reichswehr und des Faschismus. Als bestimmendes Momentum der Regierung Hitler analysiert Franzel deshalb deren Koalitionscharakter. Dabei handelt es sich nach seiner Ansicht um eine Verbindung "sozial und wirtschaftlich auseinanderstrebender Kräfte". Die deutsche Konterrevolution konnte nur als Bündnis aller reaktionären Kräfte an die Macht gelangen und kann sich deshalb auch nur als Koalition dort halten. "Weder das Experiment der reinen Junker- und Industriellenregierung unter Ausschaltung der Söldner (Kabinett Papen), noch die reine Militärdiktatur unter Ausschaltung der Faschisten und der Kapitalisten (Schleicher) war lebensfähig."⁴⁷² Hierin sieht er einen entscheidenden Unterschied zu der Entwicklung in Italien, wo der Sieg der Konterrevolution erheblich problemloser und geradliniger verlaufen konnte.

Ein auffälliges Charakteristikum dieser Koalitionsregierung ist für Franzel die deutlich erkennbare, aber ungleiche Verteilung einzelner Machtbereiche. Während die NSDAP ihren Machtschwerpunkt im innenpolitischen Bereich bekommen hat, verblieb die Kontrolle über die

⁴⁷⁰ F. Weise: Monopolkapitalismus und Wirtschaftskrise, in: Tribüne 7 (1934), 47-53, S. 52.

⁴⁷¹ Die korrespondierenden Interpretationsansätze in der Sopade finden sich bei R. Hilferding: Die Zeit und die Aufgabe, in: Sozialistische Revolution 1 (1933), S. 1-11; und M. Klinger (Ps. f. Curt Geyer): Der Rückfall in den Machtstaat, in: Sozialistische Revolution 1 (1933), S. 14-20. Konnte die zentrale Frage, ob im faschistischen Staat ein Primat der Politik oder der Ökonomie vorliegt, in den nachfolgenden Diskussionen nicht eindeutig beantwortet werden, ging Ernst Fraenkel im Gegensatz zur These vom totalitären Staat 1941 von einer Symbiose zwischen Nationalsozialismus und Kapitalismus im faschistischen "Doppelstaat" aus. Franz Neumann stellte 1942 heraus, daß der faschistische "Führerstaat" auf vier konkurrierenden Machtzentren (NSDAP, Staatsapparat, Wehrmacht, Wirtschaft) aufgebaut ist. Vgl. E. Fraenkel: The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York usw. 1941; und F. Neumann: Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, London 1942. Die Richtigkeit beider Sichtweisen wurde in den sechziger Jahren durch die Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschung untermauert. Vgl. u.a. H. Mommsen: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966; und M. Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegungen und Entwicklungen seiner inneren Verfassung, München 1969.

⁴⁷² E. Franzel: Der Sieg der deutschen Konterrevolution, in: Tribüne 6 (1933), 66-71, S. 70.

Schlüsselressorts Wirtschaft, Finanzen und Soziales in den Händen der Kapitalistenklasse. Aus diesem Grund gilt für ihn auch nicht Reichskanzler Hitler als zentrale Figur dieser Regierung, sondern Papen, der als Verbindungsmann sowohl zur Wirtschaft als auch zu Hitler das überbrückende Glied zwischen beiden Machtzentren und damit das eigentliche Bestimmungselement der Koalition ist⁴⁷³. Mit dieser Interpretation erliegt Franzel - wie zuvor Hoffmann mit einem anderen Schwerpunkt in seiner Argumentation - dem Irrtum, wie er zeitgleich unter den bürgerlichen Kräften diskutiert wurde. Denn sie nahmen an, daß sich der Nationalsozialismus durch eine temporäre Übergabe der Regierungsgewalt an Hitler an den Alltagsproblemen verschleifen würde, während die stille Beteiligung von Industriellen und preußischen Junkern an der Regierung den Fortbestand der wirtschaftlichen Besitzverhältnisse gewährleisten könne. In der für ihn ausgemachten Tatsache, daß keine Seite unabhängig von der anderen bestehen kann, sieht er eine Bestätigung dafür, daß Hitler sein Programm eines 'deutschen Sozialismus' keinesfalls durchsetzen können. Denn Hugenberg, der den Aufstieg der NSDAP maßgeblich finanziert hat, werde weder deren Unabhängigkeit noch jegliche gesellschaftspolitischen Experimente dulden, die die politische und wirtschaftliche Macht des Privateigentums einschränken. Der Umstand, daß Hitler und ein bedeutender Teil des linken Flügels der NSDAP bereits seit Beginn der dreißiger Jahre eigenständige Wege gegangen sind, blieb für Franzel bei seiner optimistischen Beurteilung ohne Relevanz.

Die unmittelbare Zukunft wird nach Franzels Überzeugung durch einen Machtkampf zwischen beiden Zentren bestimmt sein. Hierfür entwickelt er drei Szenarien. Als ersten Weg sieht er die Möglichkeit, daß Hitler nicht nachhaltig genug versuchen werde, die Kontrolle über den Wirtschaftssektor zu erlangen. Für diesen Fall werde sich das Phänomen Nationalsozialismus in wenigen Jahren von selbst erledigt haben. Das zweite Szenario basiert auf der sich kurz darauf als ebenfalls falsch herausstellenden Annahme, daß Hitler unter Ausnützung seiner Wahlmehrheiten gegen den Willen Hugenbergs seine Stellung in der Regierung durch legales, parlamentarisches Regieren stärken werde. Parallel werde er versuchen, wie es dem zielbewußteren Göring vorschwebt, den Polizeiapparat weiter unter die Kontrolle der NSDAP zu bringen und die Stellung der SA auszubauen, um schließlich im offenen Bürgerkrieg gegen die Reichswehr und die bürgerlichen Ordnungsgewalten vorzugehen. Dieser Weg werde sicherlich in einer Militärdiktatur oder Restauration der Monarchie enden und damit - so seine optimistische Einschätzung - eine Rückkehr zur Legalität des Klassenkampfes bringen. Die dritte Möglichkeit, eine Vertagung des Putsches bis zu dem Zeitpunkt, an dem Hitler stark genug sei, gegen Reichswehr und bürgerliche Kräfte erfolgreich vorzugehen, bewertet Franzel aufgrund der angespannten innenpolitischen Situation und des außenpolitischen Drucks als eher unwahrscheinlich.

Der Arbeiterklasse, die Franzel als politischen Faktor in Deutschland noch keineswegs ausgeschaltet sieht, empfiehlt er, eine abwartende Haltung einzunehmen. Sie könne und dürfe erst losschlagen, nachdem der Kampf zwischen Hitler und Hugenberg offen entbrannt ist, da z.B.

⁴⁷³ Vgl. ebd., S. 69.

ein Generalstreik zu diesem Zeitpunkt eine neuerliche Einigung im konterrevolutionären Lager zur Folge haben würde. Gleichzeitig sieht er aber realistisch die Gefahr, daß der Faschismus die Untätigkeit der Arbeiterklasse zur Zerschlagung ihrer Parteien und Gewerkschaftsapparate ausnutzen werde. In dieser Situation gibt Franzel keine taktischen Empfehlungen, sondern verweist vielmehr auf die bevorstehenden Verhandlungen zwischen der SAI und der Komintern, die Klarheit für die Perspektiven des antifaschistischen Kampfes bringen werden⁴⁷⁴.

Mit dieser Empfehlung lag Franzel auf der gleichen Linie wie zu diesem Zeitpunkt der SPD-Vorstand. Er hatte sich im Frühjahr 1933 zunächst dafür entschieden, die weitere Entwicklung abzuwarten und dem nationalsozialistischen Regime möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. Einzelne Spitzenfunktionäre warben auf internationaler Ebene für dieses Konzept um Verständnis und Unterstützung durch politische Zurückhaltung. Selbst nach dem Beginn der Emigration verfolgten die in Berlin verbliebenen Mitglieder des Parteivorstandes um Paul Löbe die Taktik, über eine gewisse Anpassung an die politischen Verhältnisse die Legalität der Partei aufrecht zu erhalten. Dieser politische Kurs, der die Desintegration in der SPD deutlich beschleunigte und weitere Teile der sozialdemokratischen Parteibasis ins Lager der KPD und der sozialistischen Splittergruppen zu führen drohte, konnte vom Prager Parteivorstand jedoch erst nach dem offiziellen Parteiverbot im Juni 1933 verlassen werden. Nun bekam die Sopade ein größeres Maß an Handlungsfreiheit, um eine Neudefinition antifaschistischer Strategie einzuleiten, ohne auf fortwährend drohende Sanktionen gegen ihre Mitglieder Rücksicht nehmen zu müssen⁴⁷⁵. So konnte der Prager Parteivorstand in seinem ersten, an die deutschen Arbeiter gerichteten Manifest als explizite Absage an den Kurs der Löbe-Gruppe in der SPD erklären, er wolle die Führung im Kampf gegen den Faschismus und "die reaktionäre Diktatur des Monopolkapitals" mit dem Ziel der "Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse" übernehmen⁴⁷⁶, und damit zumindest vordergründig den Anschein erwecken, eine Wandlung der Partei und ihrer bislang verfolgten reformistischen Strategie sei von innen heraus möglich.

Wenzel Jaksch schließt sich in seiner Hauptschrift "Volk und Arbeiter" der bislang in der DSAP verbreiteten Interpretation der Machtergreifung als einem Ereignis der Verschwörung reaktionärer Gegenkräfte im wesentlichen an⁴⁷⁷. Für ihn ist der Nationalsozialismus nur ein Element im Prozeß des Aufstiegs konservativer Kräfte nach dem Krieg. Er sei vor allem dadurch bedingt gewesen, daß es der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland nicht gelungen war, die Reste "feudal-zünftlerischer Gesellschaftsformen" zu beseitigen und ihre gesellschaftspolitische Akzeptanz durch demokratisches Denken zu ersetzen, so daß diese Gedankenwelt schließlich aus dem Unterbewußtsein der Nation wieder auflebte. Die besondere politische Funktion des Nationalsozialismus besteht für Jaksch darin, daß er "der militärisch-junkerlich-schwerindustriellen Verschwörung gegen die Republik das plebejische Fußvolk zugeführt" hat.

⁴⁷⁴ Vgl. ebd., S. 71.

⁴⁷⁵ Vgl. P. Hertz: Unsere Aufgabe und ihre Erfüllung, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 422-32, S. 424.

⁴⁷⁶ Zerbrecht die Ketten! Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein, in: Neuer Vorwärts, 18.6.1933.

⁴⁷⁷ "Die 'heilige Allianz' des Kapitalismus, des Feudalismus und des Militarismus ist um das Hakenkreuzbanner versammelt." W. Jaksch: Volk und Arbeiter. Deutschlands europäische Sendung, Bratislava 1936, S. 28.

Auf diese Weise gelang der feudal-kapitalistischen Reaktion "ein machtpolitisches Herrenreiterstück ersten Ranges, ... nacheinander den Anmarsch des Arbeitersozialismus und den antikapitalistischen Vorstoß der Mittelschichten abgeschlagen und die Bauernschaft wieder ganz in die Gefolgschaft des Großgrundbesitzes geführt zu haben"⁴⁷⁸.

Eine besondere Rolle spielt für Jaksch der Hinweis auf die politisch-gesellschaftliche Krisensituation der Nachkriegszeit. Als eigene Auslegung der sozialistischen Theorie vom 'Gleichgewicht der Klassenkräfte' interpretiert er diese Umbruchphase - anders als zuvor noch Hoffmann - als ein Machtvakuum zwischen dem auf Sicherung der Besitzverhältnisse ausgerichteten Kapitalismus und seinen Hilfskräften und der ohne einen politischen Bundesgenossen unter dem neuen Ordnungsbegriff des Sozialismus angetretenen Arbeiterklasse, die zu diesem Zeitpunkt machtpolitisch nicht in der Lage war, aus eigener Kraft eine neue Gesellschaftsordnung herbeizuführen. In dieses Machtvakuum schob sich der Faschismus als neue Ordnungsmacht. Unter Rückgriff auf die klassische marxistische Gesellschaftskritik schreibt er den Methoden des Spätkapitalismus die wesentliche Verantwortung für die Beförderung des Faschismus zu. "In den rationalisierten Betrieben vollzieht sich die Niederwalzung der freien Persönlichkeit. Er [der Spätkapitalismus, C.S.] erzeugt den Schwemmsand eines haltlosen und ausgestoßenen Randvolkes, welches jedem Gewaltregime seine Söldnerhaufen liefert." Rhetorisch sei der Nationalsozialismus angetreten, mittels der Vision eines antimaterialistischen und antikapitalistischen 'Dritten Reichs' den Materialismus des 19. Jahrhunderts zu beseitigen. "Er selbst ist aber nur ein Werkzeug dieses Materialismus, indem er die letzten menschlichen Schranken gegen die Mechanisierung des Daseins niederreißt, dem Krieg der entfesselten Technik gegen den Menschen freie Bahn schafft. Aus der versprochenen Überwindung des Kapitalismus wurde eine Militarisierung der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden."⁴⁷⁹ Entscheidend ist an dieser Interpretation, daß sich der Kapitalismus nach Jakschs Ansicht nicht erst mit der Weltwirtschaftskrise bedroht gesehen hat, sondern bereits zuvor. Während sich diese Sichtweise auch bei anderen Verfechtern der Bonapartismustheorie finden läßt⁴⁸⁰, führte sie Jaksch schließlich zu der Annahme, der Sozialismus müsse mit einer neuen strategischen Ausrichtung auf die Strukturkrise des Kapitalismus reagieren.

Daneben präsentiert Jaksch in stark reduzierter Form auch eine Rezeption der Mittelstandstheorie, die für die Faschismusanalyse bei den tschechischen Sozialdemokraten wegweisend geworden war. Zur Erklärung des Aufstiegs des Nationalsozialismus in Deutschland argumentiert er dabei mit langfristigen Veränderungen bei den politischen Ausrichtungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Entwicklungen. Für das deutsche Kaiserreich analysiert Jaksch eine gewisse Pattsituation zwischen den politischen Lagern, die er darauf zurückführt, daß es dort im Gegensatz zu den westeuropäischen Industriestaaten keine personelle Identität von wirtschaftlichen und staatspolitischen Führungsschichten gab. Für das politische System des Kaiserreichs konstatiert Jaksch eine konstante Dreieckskonstellation, die

⁴⁷⁸ Ebd., S. 69 f. und 70 f.

⁴⁷⁹ Ebd., S. 11 f.

⁴⁸⁰ Vgl. Saggau (1981), a.a.O., S. 58.

durch das Industriebürgertum, die Arbeiterklasse und die preußischen Junker gebildet und durch den politischen Katholizismus als viertem Akteur zusätzlich kompliziert wurde. Die Bauernschaft verhielt sich politisch passiv im Gefolge großagrarischer, nationaler oder religiöser Interessen. Und auch die städtischen Mittelschichten wurden nicht zu einem eigenständigen politischen Akteur, da sich im Zuge starken volkswirtschaftlichen Wachstums für diese Gruppe ausreichend Möglichkeiten zu mittelständischen Existenzgründungen ergaben. Das hieraus resultierende politische Kräftegleichgewicht führte nach Jakschs Ansicht dazu, daß "die Reichspolitik niemals im Zeichen grundsätzlicher Entscheidungen wirtschaftspolitischer und sozialer Natur [stand]. Der Weiterbestand der feudalen Latifundienwirtschaft neben der aufblühenden Industrie prägte sich ins politische Denken als gegebene Tatsache ein. Die wirtschaftlichen Kämpfe waren Quotenkämpfe innerhalb der rivalisierenden Interessengruppen um einen möglichst hohen Anteil an der scheinbar feststehenden Größe des nationalen Wohlstandes."⁴⁸¹

Mit der Stagnation des Wirtschaftswachstums nach der Jahrhundertwende und dem damit verbundenen Einsetzen von Verteilungskämpfen wurde das bestehende Kräftegleichgewicht durch den Eintritt des alten Mittelstandes in die Politik als neue, eigenständige Kraft zerstört, und das gesamte politische System bekam eine neue Dynamik. Im Einklang mit der sozialistischen Theorie subsummiert Jaksch hierunter die Berufsgruppen, die weder der Lohnarbeiterklasse noch der Bourgeoisie zugerechnet werden können. Während sie bei Marx aber noch unter dem Begriff der 'Übergangsklasse' firmierten, sind sie bei Jaksch fester Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft. Diese theoretische Annahme spielte für die Erarbeitung seiner volkssozialistischen Konzeption die entscheidende Prämisse. Als richtungsweisend für die politisch-ideologische Ausrichtung der Mittelschichten sollte es sich erweisen, daß sie die Bedrohung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Existenz, die zudem nicht durch die Sozialgesetzgebung abgesichert war, in direkter Korrelation zum politischen und wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse sahen. Ihre politische Stoßrichtung wurde deshalb im weiteren Verlauf zugleich antikapitalistisch und antiproletarisch. In der Situation sozioökonomischer Bedrängnis sahen die Mittelschichten im Faschismus eine Möglichkeit zur Rückkehr in die Zeit wirtschaftlicher Sicherheit durch ständisch-zünftlerische Gebundenheit. Wie *Winkler* dargestellt hat, brachte der demokratische Umsturz von 1918 eine politische Isolierung des Mittelstandes mit sich. Waren mittelständische Forderungen im Deutschen Reich durch eine protektionistische Wirtschaftspolitik gesichert und wurde dadurch einer kleinbürgerlichen Radikalisierung erfolgreich entgegengewirkt, ließ sich diese Praxis im Zuge der Demokratisierung des politischen Systems nicht länger aufrecht erhalten. Dies bewirkte bereits in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre einen deutlichen Rechtsruck der deutschen Mittelschichten. Daß diese Bevölkerungsgruppen ab 1930 zunehmend von der NSDAP angezogen wurden, läßt sich jedoch nicht durch die Attraktivität der faschistischen Ideologie, den gesteigerten Nationalismus, den Antibolschewismus oder den Antisemitismus erklären. Die Wahlerfolge der NSDAP setzten erst in dem Augenblick ein, als die Partei sich nachhaltig mittelständische Forderungen zu eigen machte. "Nur

⁴⁸¹ W. Jaksch: *Volk und Arbeiter* (1936), a.a.O., S. 63 f.

der Nationalsozialismus versprach, das Übel bei der Wurzel zu packen, die organisierte Arbeiterschaft in ihre Schranken zu weisen, Parlament und Parteien und damit die Gefahr der Majorisierung der Besitzinteressen endgültig auszuschalten, die 'ruinöse' Gewerbefreiheit zugunsten einer geordneten und befriedeten Berufswirtschaft aufzugeben."⁴⁸²

Aus den Reihen des alten Mittelstandes wuchs Jaksch zufolge auch jene entwurzelte junge Generation hervor, die nach dem Krieg in vollständiger Ablehnung der bisherigen Gesellschaftsordnung ihr Heil in der Ideologie nationaler Gemeinschaft als Garantin suchte⁴⁸³. Jaksch, dessen persönlicher Kontakt und Gedankenaustausch mit Otto Strasser und weiteren Mitgliedern der Schwarzen Front zur Zeit des Entstehens von "Volk und Arbeiter" durchaus kein Geheimnis war, bescheinigt diesen neuen antikapitalistischen Strömungen in der politischen Szenerie der Zwischenkriegszeit einen aufrichtigen, aber politisch fehlgeleiteten Willen zu einer gesellschaftlichen Erneuerung. Da sie aufgrund ihrer sozialen Herkunft "sozialistisches Denken nicht aus der Klassenlage des ausgebeuteten Industriearbeiters, sondern nur aus der Gesamtlage eines proletarisierten Volkes zu schöpfen"⁴⁸⁴ vermochten, schreibt Jaksch das Verschulden für ihre politische Eingliederung in die nationalsozialistische Bewegung maßgeblich der Ideologie des Arbeitersozialismus zu. Dieser bot mit seinen unbeweglichen Doktrinen einer vorwärtsstrebenden Jugend keinen Platz in den Reihen der politischen Arbeiterbewegung.

Mit dieser Kritik traf Jaksch ein zentrales Problem, das alle sozialdemokratischen Parteien in den industrialisierten Gesellschaften Mitteleuropas gleichsam betraf, denn die Parteiführungen entwickelten hier nur eine indifferente Haltung zur Jugendfrage. Ludwig Czech hatte in seiner politischen Tätigkeit mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß er sie vor allem als soziales Problem betrachtet, ohne zu berücksichtigen, daß die Hinwendung zu neoromantischen, idealistischen bündischen Jugendbewegungen vor allem dem Bedürfnis nach einem national definierten Gemeinschaftsmythos entsprach und daß die Ablehnung der auf politischen Ausgleich angelegten sozialdemokratischen Politik ohne einen revolutionären Impetus durchaus grundsätzlicher Natur war. Waren die sudetendeutschen Jugendbünde in der ČSR - insbesondere der KB - in den zwanziger Jahren noch weitgehend unpolitisch, setzte mit der Wirtschaftskrise eine Politisierung und zunehmende Radikalisierung ein, die diese Organisationen dann ins antidemokratische und antisozialistische Lager führte. Durch die Praxis der DSAP, ihre Regierungsbeteiligung ab 1929 im Zeichen sozialer und politischer Besitzstandswahrung als die Politik des kleineren Übels zu verkaufen, konnte diese Entwicklungstendenz nicht aufgehalten werden. Ähnlich problematisch gestaltete sich auch die Beziehung zur eigenen Parteijugend, die ihre politische Sozialisation in der Umbruchphase der Nachkriegszeit erfahren hatte und im Gegensatz zur Organisations- und Bewahrungsmoralität der Führungsgeneration auf politische Neugestaltung setzte. Sie blieb aus dem Alltagsleben der Parteiorganisationen weitgehend ausgeschaltet, und der Parteivorstand begegnete der wachsenden Kritik aus den Reihen des Nachwuchses mit Disziplinierungsmaß-

⁴⁸² H.A. Winkler: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 178.

⁴⁸³ Vgl. W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 65 f.

⁴⁸⁴ Ebd., S. 114.

nahmen. Dies führte mithin dazu, daß die einzigen Parteien mit einem prononciert 'jugendlichen' Charakter in der sudetendeutschen Szenerie die KPTsch und die SHF/SdP waren.

Eine dritte soziale Säule des Nationalsozialismus macht Jaksch im Agrarsektor aus. Dabei erachtet er es als ausschlaggebend, daß es Hitler mit seinen falschen Versprechungen gelungen ist, "das bäuerliche Element zum ersten Male in der konstitutionellen Geschichte Deutschlands ziemlich geschlossen in die politische Arena"⁴⁸⁵ zu führen. Die Rationalisierungen in der Landwirtschaft und in der Industrie bei gleichzeitig stagnierendem Wirtschaftswachstum hatten große Menschenmassen im Agrarsektor freigesetzt. Da die junkerlich-feudale Struktur des Kaiserreichs jedoch beim Systemwechsel nicht angetastet wurde, waren auch die Möglichkeiten zu bäuerlichen Existenzgründungen beschränkt. In dieser Situation ging "besonders die zunftlose Bauernjugend ... auf die Suche nach einer gesellschaftlichen und damit zunächst einer politischen Funktion. Von der patriotisch-nationalen Tradition des Dorfes her führte die Marschrichtung zum Nationalsozialismus."⁴⁸⁶ Demgegenüber charakterisiert Jaksch das Verhalten des Industriebürgertums in der Weimarer Republik als "freiwillige staatspolitische Abdankung ... zugunsten einer allreaktionären Frontbildung". Im Stellungskonflikt zwischen dem Aufleben feudal-konservativer Gewalten einerseits und dem Aufstieg des Arbeitersozialismus andererseits zeigten sich die traditionellen Interessenvertreter der Bourgeoisie politisch völlig desorientiert. Anstatt eine Lösung ihrer industriellen Interessen vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Strukturwandels in einer Gewaltenteilung mit der Arbeiterschaft anzustreben, zogen sie sich als politischer Akteur "im Banne einer nationalistisch-monarchistischen Untertanentradition"⁴⁸⁷ zunehmend zurück und "erhofften sich von der Übertragung feudaler Zwangseinrichtungen auf die ganze Wirtschaft und Politik wenigstens die Rettung ihres nackten ökonomischen Daseins"⁴⁸⁸.

Wie bei allen unterschiedlichen Ansätzen der Faschismusanalyse gelang es auch den Theoretikern in der DSAP nicht, das Phänomen der Errichtung einer faschistischen Diktatur umfassend zu erklären. Unter ihnen nahm Jaksch die größte Differenzierung bei der Identifizierung der sozialen Basis des deutschen Faschismus vor. Er folgte bei der Analyse der sozioökonomischen Entwicklungsfaktoren und der politischen Konstellationen, unter denen der Aufstieg des Nationalsozialismus und die Machtergreifung Hitlers erfolgen konnte, den gängigen sozialistischen Erklärungsmustern, durchbrach aber gleichzeitig das enge Klassenschema des Historischen Materialismus und bediente sich statt dessen der Ergebnisse einer differenzierten Gesellschaftsanalyse. Die von den Autoren aus der DSAP mit ihrer unterschiedlichen Schwerpunktsetzung herauskristallisierten Aspekte des Faschismus waren in ihrer Summe hinreichend präzise, um zu einer realitätsnahen Einschätzung der Gründe für den Aufstieg einer faschistischen Bewegung und zu einer insgesamt zutreffenden Charakterisierung faschistischer Herrschaft zu gelangen, um im nächsten Schritt in der Lage zu sein, aus diesen Erkenntnissen eine tragfähige

⁴⁸⁵ Ebd., S. 106.

⁴⁸⁶ Ebd., S. 69.

⁴⁸⁷ Ebd., S. 66 f.

⁴⁸⁸ Ebd., S. 70.

politische Strategie zur Abwehr der Bedrohung durch den Faschismus auch im eigenen Land entwickeln zu können. Eindeutiger als die tschechischen erfaßten die sudetendeutschen Sozialdemokraten den offensichtlichen Zusammenhang zwischen faschistischer Bewegung und kapitalistischem System, wenngleich sie deutlich zwischen politischer und ökonomischer Macht der Reaktion unterschieden. Als vorrangiges Ziel der politischen Herrschaft der faschistischen Partei machten sie übereinstimmend die Wahrung der ökonomischen Herrschaft des Monopolkapitals aus. Als Begründung für den Abschluß des reaktionären Bündnisses wurde in enger Anlehnung an Marx' Interpretation des Staatsstreichs Bonapartes der Umstand gekennzeichnet, daß die bürgerlichen Parteien in der Situation des 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' nicht fähig waren, alleine zu regieren. Im Zuge dessen änderten sie die politische Herrschaftsform, um ihre wirtschaftliche Machtstellung wahren zu können. Hierfür wurden die Erkenntnisse aus den Marxschen Frankreichschriften nicht unreflektiert übernommen, sondern vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Sonderentwicklung in Deutschland variiert. Weiterhin wurde erkannt, daß alle Bündnispartner über ihre divergierenden Klasseninteressen hinaus durch den gemeinsamen Willen verbunden waren, die demokratischen Freiheiten aufzuheben und die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Schließlich wurde zutreffend analysiert, daß das politische Zusammengehen von Monopolkapital und faschistischer Partei nicht den Interessen ihrer mittelständischen Basis entsprach, so daß ein signifikanter Widerspruch zwischen sozialer Basis und sozialer Funktion des Faschismus entstand⁴⁸⁹. Ein bedeutendes Defizit in der Faschismusanalyse bestand sicherlich in der Nichtbeachtung der integrativen Bedeutung der faschistischen Ideologie. Da dieser Aspekt des Faschismus nur von einer innerparteilichen Randgruppe thematisiert wurde, kam es in der DSAP - wie im folgenden zu zeigen sein wird - zu einer nachhaltigen Unterschätzung der Resistenzfähigkeit des nationalsozialistischen Regimes, aber auch der SHF/SdP.

5.1.2 Die Frage der Stabilität des nationalsozialistischen Regimes und die perspektivische Einschätzung der Möglichkeiten für den sozialrevolutionären Befreiungskampf

Insgesamt läßt sich feststellen, daß ausnahmslos alle politischen Theoretiker des Parteizentrums in der DSAP bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre der festen Überzeugung waren, daß das nationalsozialistische Regime in Deutschland nicht mehr lange werde überdauern können. Jaksch faßte die für diese Einschätzung in der innerparteilichen Diskussion maßgebenden Thesen zusammen, als er im Mai 1934 schrieb: "Gegen eine Dauerherrschaft des deutschen Faschismus spricht noch immer: die Ungelöstheit der wirtschaftlichen, sozialen, wie der kultu-

⁴⁸⁹ Von der Geschichtsforschung wurde hinreichend dargestellt, daß die NSDAP bereits unmittelbar nach der Machtergreifung ihre prononciert mittelständischen Forderungen zugunsten großindustrieller Interessen aufgab und sich damit zwangsläufig von den sozioökonomischen Interessen ihrer mittelständisch-plebejischen Basis entfernte. Vgl. dazu ausführlich C. Bloch: *Sie SA und die Krise des NS-Regimes 1943*, Frankfurt/M. 1974; D. Stegmann: *Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung*, in: AfG 13 (1973), S. 399-482; Winkler (1972), a.a.O.; oder A. Schweitzer: *Die Nazifizierung des Mittelstandes*, Stuttgart 1970.

rellen Lebensprobleme des Volkes, die labile äußere Lage des Reiches, die Problematik des deutschen Daseins und jeder Regierungsform in der Zangenstellung zwischen Ost und West. Katastrophensituationen werden kommen, und keine italienische oder russische Parallele kann garantieren, daß der Nationalsozialismus sie heil überstehen wird. Der Sozialverfall, der Kulturabsturz des deutschen Volkes reichen zu tief, als daß sie ohne politische Erschütterungen vorbeigehen könnten."⁴⁹⁰

Damit befanden sich die sudetendeutschen Sozialdemokraten mit ihrer Einschätzung ganz in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der europäischen sozialistischen Analytiker. Besonders in den Manifesten der Sopade wurde vom Anbeginn des Exils die These aufgestellt, der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur stehe unmittelbar bevor⁴⁹¹. Karl Kautsky hatte im März 1933 den Standpunkt vertreten, die Massen würden dem Faschismus den Rücken zuwenden und in Scharen zu den Sozialdemokraten überlaufen, sobald sich herausstellen wird, daß Hitler seine großspurigen Versprechen nicht wird einhalten können⁴⁹². Diese Ansicht teilte auch Rudolf Hilferding. Am ökonomischen Determinismus der demokratischen Schule des Sozialismus festhaltend, betonte er weiterhin die Bedeutung der objektiven Faktoren für den Geschichtsverlauf. Demnach werden sich die Klassenunterschiede im Faschismus weiter verstärken, das Proletariat werde infolgedessen zahlenmäßig anwachsen, und die proletarische Revolution werde ein zwangsläufig eintretendes Ereignis bleiben. Anders als in seinen früheren Schriften war Hilferding jedoch nicht länger davon überzeugt, daß es zu einer spontanen revolutionären Erhebung kommen werde, die in dem Augenblick erfolgt, wenn die objektiven Faktoren, die sie notwendig machen, gegeben sind. Vielmehr sei unter den veränderten Bedingungen faschistischer Herrschaft die Führung der Massen und die Ausbildung und Organisation revolutionärer Kader notwendig. Ebenso teilte Hilferding die Überzeugung vieler Sozialisten, daß internationaler Widerstand eine territoriale Expansion des Deutschen Reichs nicht zulassen werde⁴⁹³. Unterstützung bekamen diese optimistischen Reflexionen zur Zeit des Röhm-Putsches, als zudem Spannungen innerhalb der NSDAP ausgemacht wurden.

Sind derartige Stimmen aus den Reihen der reichsdeutschen Sozialdemokraten zu diesem frühen Zeitpunkt der Entwicklung noch rational nachvollziehbar, und ist es unter den besonderen Umständen politischer Verfolgung durchaus verständlich, daß sich die Exulanten in ihrer persönlichen Not vom Prinzip Hoffnung tragen ließen, so scheint es dem heutigen Betrachter unverständlich, wieso sich auch die Wortführer innerhalb der sudetendeutschen Sozialdemokratie diesen Illusionen hingaben, sogar noch lange nachdem Hitler sein Regime gefestigt hatte. Es muß daher angenommen werden, daß der durch nichts zu rechtfertigende Optimismus in der DSAP vor allem darauf zurückzuführen ist, daß eine vorurteilsfreie Analyse der politischen Situation im Deutschen Reich mit einer kritischen Einschätzung eigener Standpunkte in der Frage des Aufstiegs faschistischer Kräfte in der ČSR hätte einhergehen müssen. Eine sich hieraus

⁴⁹⁰ W. Jaksch: Frührot über Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 241-47, S. 241.

⁴⁹¹ Vgl. Revolution gegen Hitler (1933), a.a.O., S. 4.

⁴⁹² Vgl. Internationale Information, 18.3.1933, S. 114-17.

⁴⁹³ Vgl. R. Hilferding: Die Zeit und die Aufgabe, in: Sozialistische Revolution 1 (1933), 1-11, S. 5-10.

zwangsläufige ergebende Konsequenz hätte bedeutet, bisherige politische Positionen - wie u.U. in der Haltung zur Koalitionspolitik oder in der Beziehung zur KPTsch - zu revidieren, alternative politische Strategien zu entwickeln und sie nachdrücklich durchzusetzen. Während sich innerhalb der Sopade ab Herbst 1934 eine beginnende Skepsis über die Instabilität der faschistischen Diktatur feststellen läßt, die ab 1935 auch öffentlich thematisiert wurde und mit der erfolgreichen Saarabstimmung, der Aufrüstung Deutschlands und der Verabschiedung des 4-Jahres-Plans deutlich zunahm⁴⁹⁴, lassen sich insbesondere bei den Wortführern der DSAP im Parteivorstand keine Hinweise zur Revision der Meinungen über die Stabilität der nationalsozialistischen Diktatur ausmachen.

Eine konträre Ansicht in dieser Frage wurde seit 1933 von der Gruppe "Neu Beginnen" vertreten. Loewenheim bezeichnet es in seiner programmatischen Schrift als "eine lächerliche Illusion zu glauben, die nationalsozialistische Machtergreifung in Deutschland wäre nur eine Episode, die nur die Nachkriegsgeschichte der deutschen Demokratie für kürzere oder längere Zeit unterbricht. Es wäre verhängnisvoll anzunehmen, die noch relativ unentwickelte Fähigkeit der faschistischen Unterdrückungsmaschinerie gegen die sozialistische Arbeit, der heute noch die verschiedenen kläglichen Trümmer der alten sozialistischen Arbeiterparteien und Gruppen ihre Existenz verdanken, wäre nur das Vorspiel für ein Wiederabdanken der faschistischen Machthaber. Solche Vorstellungen zeugen von einer völligen Verkennung der Lage und der Tendenzen, die das politische Leben der faschistischen Staaten beherrschen."⁴⁹⁵ Loewenheim begründet diesen pessimistischen Ausblick mit seiner vom sozialdemokratischen *Mainstream* abweichenden Einschätzung der Gründe für die Entstehung und Durchsetzung des Faschismus. So habe nicht der Nationalsozialismus das deutsche Volk nationalistisch und diktaturfreundlich gemacht, sondern er wurde von eben diesen Dispositionen an die Macht gebracht. Damit sieht er den Faschismus im Gegensatz zur parteioffiziellen Lesart als eine gesellschaftliche Erscheinung, die in den sozioökonomischen und politischen Bedingungen des niedergehenden Kapitalismus und der damit verbundenen Unzufriedenheit der Menschen mit dem Weimarer System begründet liege⁴⁹⁶. Deshalb müsse die sozialistische Arbeiterbewegung auch die breite Zustimmung zum Nationalsozialismus unter Arbeitern in ihr politisches Kalkül einbeziehen. Während Loewenheim einerseits zum sozialrevolutionären Erbe der deutschen Arbeiterbewegung zurückkehren will, negiert er andererseits den ökonomischen Determinismus im klassischen Marxismus und in seiner Applikation in den Interpretationen von Kautsky und Hilferding. Für die Ausarbeitung einer antifaschistischen Strategie relativiert er alle einschlägigen Bewertungen der Rolle der Arbeiterklasse im revolutionären Prozeß, indem er eine "dem Proletariat innewohnende revolutionäre Spontaneität"⁴⁹⁷, die sich zudem durch propagandistische Publizistik auslösen lasse, rundweg abstreitet. Ausgehend von der These, daß sich der Kapitalismus weltweit im Niedergang befinde und mit ihm unwiderruflich auch der Faschismus, in dem alle gesellschaftlichen Wider-

⁴⁹⁴ Vgl. zu dieser Veränderung anfänglich vertretener Standpunkte Saggau (1981), a.a.O., S. 301 ff.

⁴⁹⁵ Miles: Neu Beginnen, in: Klotzbach (1974), a.a.O., S. 70.

⁴⁹⁶ Vgl. ebd., S. 18 f.

⁴⁹⁷ Ebd., S. 5.

sprüche ebenso wie im demokratischen Kapitalismus reproduziert werden, untergehen werde, sieht er die gesellschaftliche Entwicklung keineswegs zwangsläufig auf einen Sieg des revolutionären Proletariats über den Faschismus hinauslaufen. Dieser kann nur durch eine kalkulierte Aktion einer "revolutionär-marxistischen Organisation des Proletariats" herbeigeführt werden. "Ein solcher Sieg ist aber nicht zu jeder Zeit und unter beliebigen Umständen zu erzielen. Ohne eine genügend gestählte, zielbewußte, erfahrene und kampferprobte antifaschistische Organisation ist ein erfolgreicher Kampf gegen das Regime aussichtslos. Aber auch eine solche Organisation kann nur dann Erfolge erzielen, wenn das faschistische Regime, durch innere und äußere Krisen geschwächt, eine aussichtsreiche Angriffsfläche bietet, wenn die faschistische Partei durch inneren Hader und Fraktionskampf zersetzt, zerrüttet, die Massen durch die Krise des faschistischen Systems in antifaschistische Bewegung gesetzt werden."⁴⁹⁸ Natürlich werde sich das Hitler-Regime innen- und außenpolitisch in eine schwierige Lage bringen, doch sei es völlig verfehlt, hieraus schon eine Krise des faschistischen Systems ableiten zu wollen. Denn stärker als der Faschismus, der nach wie vor alle staatlichen Machtmittel in seinen Händen hält, das gesamte öffentliche Leben und die Wirtschaft kontrolliert und über einen funktionierenden Propagandaapparat verfügt, sind seine potentiellen Gegenkräfte geschwächt. Deshalb würden ihnen bei einer möglichen Schwäche des Systems auch keine politischen Freiräume eröffnet, sondern im Gegenteil wird der Faschismus auch in Drucksituationen bestrebt sein, seine politischen Gegner weiter zu dezimieren. Sein Szenario für den antifaschistischen Kampf besagt daher, "daß der Sturz des Faschismus zugunsten der sozialistischen Revolution das schwere Werk eines viele Jahre langen, opferreichen Ringens und Kämpfens ist, daß unter dem langjährigen Druck dieses reaktionären, grausamen Regimes die sozialistischen Kämpfer gesammelt und geschult werden müssen. Diese Einsicht entmutigt uns keineswegs. Sie hindert uns nur, Illusionen zu hegen über die Lage der sozialistischen Arbeiterbewegung in unserem Lande wie über die Aussichten des faschistischen Systems."⁴⁹⁹

Bestanden bei den Theoretikern der DSAP unterschiedliche Meinungen darüber, welches Krisenmoment die Initialzündung zur Beseitigung der nationalsozialistischen Diktatur liefern würde, so herrschte jedoch Einigkeit darüber, daß der Sturz Hitlers nur in einem revolutionären Befreiungskampf erfolgen könne, der von der Arbeiterklasse im Bündnis mit den vom Nationalsozialismus enttäuschten Massen geführt werde und die unmittelbare Errichtung des Sozialismus zum Ziel habe⁵⁰⁰. Als ein stabilitätsgefährdender Faktor ersten Ranges für das Hitler-Regime, der eine derartige Entwicklung einleiten könnte, wurde in der "Tribüne" dessen volkswirtschaftliche Entwicklung erachtet. Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse Hitlers bis zum Sommer 1933 wurden von Martin Berger mit dem Hinweis auf eine angeblich bestehende Inflationsgefahr und eine stetig wachsende Auslandsverschuldung bei zunehmender Verschlechterung der Handelsbilanz als "in jeder Hinsicht katastrophal"⁵⁰¹ bezeichnet. Die am 1. Juli von der

⁴⁹⁸ Ebd., S. 24.

⁴⁹⁹ Ebd., S. 72.

⁵⁰⁰ Vgl. dazu J. Hofbauer: Blick auf morgen, in: Tribüne 7 (1934), 11-16, S. 14 f.

⁵⁰¹ M. Berger: Hitler-Deutschlands Bankerott, in: Tribüne 6 (1933), 208-11, S. 208.

Reichsbank angeordnete Devisenbewirtschaftung für Auslandsverpflichtungen bewertet der Autor optimistisch als den selbsterklärten Bankrott des Regimes. Sie würde den bevorstehenden Einsturz des Wirtschafts- und Finanzsystems nunmehr beschleunigen. Das Argument, bei diesem Schritt der Reichsbank könne es sich auch um ein wirtschaftspolitisches Druckmittel handeln, wird als sekundär gewertet. Gleichzeitig warnt Berger jedoch davor, von diesen schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen automatischen Einsturz des Regimes zu erwarten. "Es kann nur gestürzt werden im antifaschistischen Kampf".⁵⁰² Noch im Herbst 1934 wurde der mittlerweile deutlich sichtbare Wirtschaftsaufschwung im Deutschen Reich mit dem Hinweis relativiert: "Seit den Kriegsjahren haben die deutschen Arbeiter nicht so gehungert wie jetzt." In Wirklichkeit zielten die strukturpolitischen Maßnahmen der Arbeitsförderung und der höhere Standard der Sozialfürsorge darauf ab, aus Propagandagründen "in den Grenzgebieten den Anschein der Prosperität zu erwecken", damit "die sudetendeutschen Grenznachbarn ... den Eindruck bekommen, es lebe sich jenseits der Grenzen bedeutend besser als herüber"⁵⁰³. Dennoch wird eine zwangsläufig wachsende soziale und politische Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung als ein weiterer destabilisierender Faktor gekennzeichnet. Nach Hofbauers Einschätzungen zu Beginn des Jahres 1934 würde es dem deutschen Faschismus nicht gelingen, die materiellen Erwartungen der Arbeiter, Kleinbürger und Mittelschichten zu erfüllen, und sich diese enttäuschten Hoffnungen schließlich gegen das politische System richten. Auch die Praxis nationalsozialistischer Herrschaft "mit dem von ihm geschaffenen System der Ausrottung jeglicher persönlicher Freiheit, der Einschachtelung aller Menschen in Zwangsorganisationen, der Kontrolle über jeden und der Bespitzelung aller" werde die Menschen in Deutschland erkennen lassen, "was sie mit der Demokratie verloren haben", und "es wird in allen, die sich zunächst innerlich gegen den Faschismus auflehnen, eine starke Sehnsucht nach sozialer Wandlung und nach demokratischer Freiheit entstehen"⁵⁰⁴. Keine Unterstützung könne die Arbeiterschaft in ihrem antifaschistischen Kampf hingegen von der Kapitalistenklasse erwarten. Sie habe im Januar 1933 "im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Vormachtstellung" Hitler in die politische Verantwortung gebracht und somit "auf die unmittelbare Ausübung ihrer politischen Herrschaft" verzichtet. Sie würde jedoch alles unterlassen, um "das Regime der faschistischen Diktatur zu erschüttern oder gar zu gefährden"⁵⁰⁵.

Eine deutliche Relativierung dieser vorherrschenden Sichtweise nahm im April 1934 Hans Torn vor, indem er die mittlerweile allzu berechtigte Frage stellte, "ob uns nicht allenthalben ein Irrtum in der Beurteilung der ideologischen Potenz des deutschen Faschismus unterlaufen ist: Ob wir denn dem ökonomischen Fiasko, das der Nationalsozialismus in seinem Scheinkampf gegen die sozialen Auswirkungen des Kapitalismus erleiden mußte, nicht ein allzugroßes Gewicht gegenüber seiner ideologischen Resistenzfähigkeit beigemessen haben."⁵⁰⁶ Dieser Prager

⁵⁰² Ebd., S. 211.

⁵⁰³ J. Hofbauer: Gefährdete Demokratie, in: Der Kampf 1 (1934), 242-46, S.244.

⁵⁰⁴ J. Hofbauer: Blick auf morgen, in: Tribüne 7 (1934), 11-16, S. 15. Vgl. auch die gleichlautende Einschätzung bei K. Kern: Hitlers großes Jahr, in: Arbeiter-Jahrbuch 1934, 189-200, S. 199 f.

⁵⁰⁵ M. Berger: Hitler-Deutschlands Bankrott, in: Tribüne 6 (1933), 208-11, S. 210.

⁵⁰⁶ H. Torn: Zur Ideologie des deutschen Faschismus, in: Tribüne 7 (1934), 111-18, S. 111 f.

Student gehörte zu einer kleinen Gruppe junger Parteifunktionäre, die sich im Juni 1934 als innerparteiliche Opposition um die in Brünn herausgegebene Zeitschrift "Sozialistische Aktion" gruppiert hatte und eine politisch-programmatische Erneuerung der DSAP auf einer neuen, vereinheitlichten ideologischen Grundlage forderte⁵⁰⁷. Die Motive, die erstmals seit 1920 wieder eine Gruppe in der Partei zum offenen Aufruhr gegen den Parteivorstand veranlaßte, hatten ähnlich gelagerte Ursachen wie bei den tschechischen Sozialisten in der *Dělnická akademie*: Die Ergebnisse der Regierungsbeteiligung wurden in bezug auf die politischen Ziele der sozialistischen Bewegung als enttäuschend gewertet; Die DSAP zeige sich zu schwerfällig in ihrer programmatischen Diskussion über die Anpassung der Parteistrategie auf die sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise und die politischen Herausforderungen durch den Faschismus⁵⁰⁸; und die autoritäre Amtsführung des Parteivorstandes verhindere den Aufstieg der jüngeren Generation in die zentralen Parteigremien. Die "Sozialistische Aktion", die mit ihrem radikalen Duktus und mit ihrem streckenweise mangelnden analytischen Tiefgang alle typischen Merkmale einer Studentenzeitung aufwies, verstand sich als Sprachrohr all derer, die die Politik des ihrer Meinung nach versteinerten und überalterten Parteivorstandes nicht länger tragen wollten. In einer Reihe flammender Artikel prangerten die verschiedenen Autoren den undemokratischen Politikstil und die fehlende politische Bewegungsfähigkeit der Parteiführung an. Ironischerweise lieferten diese unbedarften Angriffe junger Intellektueller dann 1935 einen von der SdP dankbar aufgegriffenen Zündstoff für deren eigene Wahlkampagne gegen die DSAP⁵⁰⁹.

⁵⁰⁷ Vgl. zu den Entwicklungen um die "Sozialistische Aktion" Wingfield (1989), a.a.O., S. 112-20; Bachstein (1970), a.a.O., S. 317-21; Bachstein (1973), a.a.O., S. 349-53. Es sei erwähnt, daß diese Zeitschrift nicht identisch ist oder in einem Zusammenhang steht mit dem von Paul Hertz von 1933-1938 im Karlsbader Graphia-Verlag hrsg. politikbezogenen Organ der Sopade.

⁵⁰⁸ Zwar war im Anschluß an den Prager Parteitag von 1932 eine Programmkommission berufen und mit der erstmaligen Ausarbeitung eines Parteiprogramms beauftragt worden, doch konnte dieses Gremium nie ein Ergebnis vorlegen. Verantwortlich muß hierfür sicherlich die heterogene Zusammensetzung der Kommission zeichnen. Neben den Vertretern des Parteivorstandes (Czech, Taub, Hofbauer, Strauß) waren hierin auch der ambitionierte, aber nicht mit einer Hausmacht ausgestattete und deshalb noch zögerliche Jaksch vertreten sowie die bisherige intellektuelle Galionsfigur der sudetendeutschen Sozialdemokraten, E. Franzel, der sich aufgrund seiner schwierigen Persönlichkeitsstruktur und seiner oppositionellen Ansichten und Bestrebungen bereits 1934 auf ein innerparteiliches Abstellgleis manövriert hatte. Anders als bei der ČSD wurde die Programmdebatte nicht öffentlich geführt. Über Tagungen der Kommission ist nichts bekannt, und L. Czech mußte gegenüber dem X. Parteitag das Scheitern des Gremiums erklären. Vgl. Sozialdemokrat, 23.6.1935.

⁵⁰⁹ Vgl. Abrechnung mit der DSAP. Kampfbroschüre, o.O. o.J. [1935]. Diese Broschüre der SdP war gedacht, "um allen jenen, die um die Erneuerung des Sudetendeutschums kämpfen, eine Handhabe zu bieten für den Kampf gegen eine Partei, die unter Anwendung aller, aber auch aller Mittel bestrebt ist, eine Einigung der Sudetendeutschums - und damit die Rettung unseres Volkes vor dem sicheren Untergang - zu verhindern". Durch zahlreiche Belege und Zitate aus der "Sozialistischen Aktion" sollte der Nachweis geführt werden, daß die DSAP "sowohl den Anspruch, eine deutsche Partei zu sein, wie auch den, sich eine Arbeiterpartei zu nennen, längst schon verloren hat" (S. 3). Neben den Argumenten, die DSAP sei wegen ihres Engagements beim Parteienverbot von 1933 und ihrer Diffamierung der SHF/SdP und ihrer Anhänger eine undemokratische Partei, instrumentalisierte die Henleinbewegung in ihrem Wahlkampf praktisch sämtliche Polemiken und Vorwürfe in der "Sozialistischen Aktion" gegen ihren Vorstand: Bei der DSAP-Führung handle es sich ausschließlich um selbstzufriedene Parteibonzen, die ihre Ideale längst aufgegeben und nur auf die Sicherung eigener Machtpositionen bedacht seien; Die DSAP betreibe keine Politik zum Nutzen der ausgebeuteten und national unterdrückten Arbeiter, sondern nur "skrupellose und egoistische Parteipolitik" (S. 35); In Anbetracht sozial- und nationalpolitischer Herausforderungen zeige sie sich ideenlos, was darauf zurückzuführen sei, daß ihre Tagespolitik auf dem überholten Parteiprogramm von 1901 basiere; Im Sinn ihres marxistischen Internationalismus stelle sie Klassen- über Volksinteressen; Bei der innerparteilichen Bekämpfung junger, oppositioneller Strömungen wende sie "Gestapo-Methoden" (S. 18) an.

Um die drohende Wahlniederlage gegen die SHF/SdP zu verhindern, forderten die Studenten von ihrer Partei eine nachhaltige strategische Neuausrichtung hin zu einer offensiveren Politik gegen Henlein. "Dreiviertel Millionen Arbeitslose wollen Brot! Ihnen liegt verflucht wenig an der Verteidigung der Republik, wenn sie dabei verhungern müssen. Hunderttausende Bauern stehen vor dem Bankrott oder stecken mitten drin im Elend der Überschuldung. Wenn wir sie auf den fernen Zukunftsstaat vertrösten müssen, laufen sie in hellen Scharen zum Faschismus. Zehntausende junge Intellektuelle wollen eine Existenz und eine Welt, in der ihr Leben wieder einen Sinn hat. Kommt ihnen nicht mit den abgestandenen Weisheiten der Kautsky und Wels, mit den herrlichen Theorien Otto Bauers, die immer nach dem Unglück beweisen, warum es geschehen mußte, sonst stehen sie morgen in der Front gegen uns! Ganze Nationen zittern vor dem Krieg, den der Faschismus als unausweichliches Los über sie verhängt. Haltet ihnen keine Vorträge über die Unsterblichkeit der Sopade und ihres Vorstandes, sonst werden sie anderswo als im Sozialismus Rettung suchen und sich aus Angst dem Teufel [Henlein] verschreiben noch ehe er sie holt!"⁵¹⁰ Das sog. Aktionsprogramm der "Sozialistischen Aktion", das in der Juli-Ausgabe 1934 vermutlich von Hans Torn verfaßt wurde⁵¹¹, war deshalb von dem Gedanken getragen, die Struktur der Anhängerschaft der DSAP auf eine breitere nationale und soziale Basis auszuweiten, um auf diese Weise bestehende politische Fronten zu überwinden. Damit konkretisierten sich innerhalb der jungen Opposition die seit Anfang der dreißiger Jahre kursierenden Forderungen nach undogmatischer sozialistischer Aktivität⁵¹². Der Beitrag, der explizit als Diskussionspapier konzipiert war, war deshalb darauf ausgerichtet, neben der Arbeiterklasse auch die drängendsten Fragen der Bauern und des Kleinbürgertums einzubeziehen. Um die Integrität der ČSR und ihr demokratisches politisches System zu verteidigen, forderte das Aktionsprogramm die Partei auf, ihre bisherige defensiv ausgerichtete Taktik in dieser Frage aufzugeben und durch eine wirtschaftliche und politische Offensive gegen den Faschismus zu ersetzen. Für den sozioökonomischen Bereich forderte das Aktionsprogramm die Erstellung eines 5-Jahres-Plans, die Verstaatlichung des Banken- und Versicherungssektors, betriebliche Mitbestimmung, ein staatliches Agrar- und Außenhandelsmonopol, die Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe, eine Steuerreform zugunsten geringerer Einkommensgruppen sowie strukturfördernde Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Als Forderungen auf politischer Ebene beinhaltete der Entwurf u.a. eine Beschneidung der Machtstellung politischer Parteien, eine Parlaments- und Wahlrechtsreform, die Trennung von politischer und Wirtschafts-

⁵¹⁰ Sozialistische Aktion, 1.6.1934. Zit. nach Bachstein (1970), a.a.O., S. 318.

⁵¹¹ Der nur schwer zugängliche Text ist abgedruckt bei Bachstein (1973), a.a.O., S. 350 ff.

⁵¹² Zuletzt hatte Franzel im Oktober 1933 von der Parteiführung öffentlich die Erarbeitung eines umfassenden Aktionsprogramms eingefordert, in dem wirtschaftlich und politisch überholte Konzepte durch neue programmatische, problemorientierte Ansätze ersetzt werden sollten. "Für eine marxistische Partei kann es nur eine Konsequenz geben: in jeder Situation sich als revolutionäre, die Theorie mit der Praxis verbindende Partei zu bewähren." Auch auf dem Gebiet des demokratischen Systems müsse für die Sozialisten in der ČSR gelten "Notwendiges zur Zeit durchzuführen", denn der "Faschismus ist als reaktionäre Massenbewegung notwendig darauf angewiesen, populäre Parolen auszugeben. Er hat noch immer und überall ganz ausgezeichnet verstanden, aus den Versäumnissen, der Unentschlossenheit und dem mangelnden Mut seiner Gegner Nutzen zu ziehen ... Man braucht nur zu erweisen, daß die Demokratie nichts Stagnierendes, sondern dynamisch und entwicklungsfähig ist, und man wird dem Faschismus tragende Steine aus dem ideologischen Fundament brechen." E. Franzel: Antifaschistische Aktion ohne Programm?, in: Tribüne 6 (1933), 289-92, S. 291 f.

verwaltung und deren Übertragung an Berufskammern, Schaffung einer republikanischen Miliz sowie weitere politisch-administrative Maßnahmen zur Bekämpfung nationalistischer und faschistischer Organisationen und deren Propaganda.

Während sich aus diesen Forderungen der jungen Parteiopposition einige Parallelen zu den tschechischen Sozialisten aus der *Dělnická akademie* erkennen lassen und Emil Franzel, der die "Sozialistische Aktion" inhaltlich und mit eigenen Beiträgen unterstützte, der tschechischsprachigen politischen Öffentlichkeit in einem Beitrag in der renommierten liberalen Zeitschrift "Přítomnost" sogar eine vollständige Übereinstimmung zu suggerieren suchte⁵¹³, lassen sich aber auch entscheidende Unterschiede zwischen beiden Faktionen ausmachen. Wie *Bachstein* festgestellt hat, machten die Autoren der "Sozialistischen Aktion" ideologische und politische Anleihen bei der katholischen Soziallehre aus der päpstlichen Enzyklika "Quadragesimo anno" sowie beim "Bamberger Programm" der Strasser-Brüder und der ständestaatlichen Ordnungsidee Mussolinis⁵¹⁴. Entscheidender für die Frage der Vereinbarkeit beider Ansätze ist jedoch die Frage der politischen Bündnisfähigkeit. Waren die tschechischen Sozialisten durchaus zu parteipolitischen Kombinationen bereit und strebten sie besonders die Verständigung und Zusammenarbeit mit der KPTsch an, lehnten die Autoren der "Sozialistischen Aktion" diese Taktik und insbesondere jegliche Kooperationen mit den Kommunisten kategorisch ab⁵¹⁵. Sie sahen sich vielmehr als Initiatoren einer Wiederbelebung der internationalen sozialdemokratischen Bewegung unter Einbeziehung proletarisierter sozialer Randgruppen. Ihr Ziel war nicht die Schaffung eines Linksblocks, sondern die Begründung einer sozialistischen Sammlungsbewegung, sicherlich nach dem Vorbild der SHF, aber auch als Alternative zur Sammlung auf völkischer Grundlage wie durch Konrad Henlein. Diese Haltung muß auch als Ausdruck allgemeiner Hilflosigkeit gewertet werden und als sichtbares Zeichen des ständigen Hinterherhinkens sozialistischer Politik hinter den Initiativen des politischen Gegners. Zeigten sich keine realen Aussichten, den Faschismus mit den bewährten Methoden zu schlagen, dann sollten seine Praktiken zum eigenen Nutzen kopiert werden.

In seinem Beitrag in der "Tribüne" wendet sich Torn entschieden gegen die in der reichsdeutschen Linken sowie in den Reihen der DSAP überwiegende These, die Massenpopularität Hitlers basiere auf seiner ungeheuren sozialen Demagogie. Wenn dem so wäre, schlußfolgert der Autor, "dann müßte heute schon in Deutschland Enttäuschung und Erbitterung über den wahren sozialen Inhalt des Dritten Reiches allgemein sein". Auch wenn diese Enttäuschung noch nicht groß genug ist, um das System zu stürzen, "müßte es doch wenigstens so stark sein, daß sie der aufmerksamen Betrachtung nicht entginge. Daß eine solche Entwicklung der deutschen Massenstimmung ausgeblieben ist, kann jedoch nach den Erfahrungen eines Jahres nicht bestritten werden. Die bequeme Methode, die das Elementarereignis der Faschisierung Mitteleuropas auf ein bloß technisches Problem der Propaganda reduzieren möchte, hat sich somit als

⁵¹³ Vgl. Stefan Heym (Ps. f. E. Franzel): Hlas z německé sociální demokracie, in: Přítomnost 11 (1934), S. 449-51.

⁵¹⁴ Vgl. Bachstein (1970), a.a.O., S. 319 und Bachstein (1973), a.a.O., S. 350.

⁵¹⁵ Vgl. Wingfield (1989), a.a.O., S. 121.

unzureichend erwiesen. Selbst die grausamste Enttäuschung jeder Hoffnung auf eine sozialistische Umgestaltung hat die Anziehungskraft des Nationalsozialismus innerhalb und außerhalb Deutschlands nicht verringert. Hitlers Gefolgschaft ist im ersten Jahre seiner Herrschaft trotz Andauern der Wirtschaftskrise, trotz Herabsetzung der sozialen Leistungen, trotz Vernichtung des deutschen Arbeitsrechtes nicht kleiner geworden, und zwar gerade jene Gefolgschaft der Gesinnung, die sich mit politischen Terrormaßnahmen nicht erzwingen läßt." Statt dessen konstatiert er, daß "die breiten Massen, die Hitler zur Macht verholfen haben, ihre Illusionen nicht verloren" haben, und daß selbst potentielle Gegner des Faschismus "dem System noch immer in wohlwollender Erwartung gegenüberstehen und daß der Apparat des totalen faschistischen Staates seine Ideologie immer tiefer im Bewußtsein des Volkes ... verankert"⁵¹⁶. Im Gegensatz zu der in der deutschsprachigen Linken verbreiteten Interpretation gibt es für Torn auch nach einem Jahr nationalsozialistischer Herrschaft kein Anzeichen dafür, daß in absehbarer Zeit in Deutschland ein Stimmungsumschwung bevorstehen könnte. Im Gegenteil deute augenblicklich alles darauf hin, daß sich die NS-Psychose ausweiten werde und sich der Faschismus aufgrund seiner ideologischen Überlegenheit mittelfristig etablieren könne.

Gegenüber seinem eigenen politischen Lager stellt Torn kritisch fest, "daß es der sozialistischen Analyse noch nicht gelungen ist, das Phänomen des deutschen Faschismus in seinem ganzen Umfange zu erfassen, daß sie infolge der Überschätzung des unmittelbaren Einflusses ökonomischer Tatsachen auf das Massenbewußtsein den offenbar entscheidenden ideologischen Faktor vernachlässigt hat. ... Die außerordentlich starke Anziehungs- und Widerstandskraft, die der deutsche Faschismus doch keineswegs von seinem ökonomischen Ergebnis zu beziehen vermag, muß als wesentliche politische Komponente hier mit der größten Gewissenhaftigkeit berücksichtigt werden."⁵¹⁷ Damit impliziert er keineswegs eine Revision marxistischer Ideologie, hinterfragt aber mit einem expliziten Hinweis auf einen Beitrag Karl Kautskys in der "Tribüne"⁵¹⁸ und die Oktoberresolution des ZK der KPD die bisherige ökonomistische Sichtweise, die alle ihre Hoffnungen auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch des NS-Staates setzt und dabei zusätzlich noch von einer kategorischen Reformunfähigkeit des faschistischen Regimes ausgeht. Demgegenüber erachtet es Torn als großen Fehler, den Nationalsozialismus lediglich von sozioökonomischer Seite her anzugreifen, denn anders als die Sozialdemokratie sei er nicht als soziale Befreiungsbewegung angetreten, sondern "was den deutschen Faschismus groß und unwiderstehlich gemacht hat, das war vielmehr der ungeheure ideologische Impetus, mit dem er sich auf ein von der wirtschaftlichen Krise zermürbtes, zutiefst aufgewühltes Volk stürzte". Hiermit gelang es ihm, "der ökonomisch bedingten revolutionären Bereitschaft der Massen ideologischen Inhalt und Richtung zu geben" und im zweiten Schritt "die Vorstellungs-

⁵¹⁶ H. Torn: Zur Ideologie des deutschen Faschismus, in: Tribüne 7 (1934), 111-18, S. 112.

⁵¹⁷ Ebd., S. 113.

⁵¹⁸ Vgl. K. Kautsky: Was tun?, in: Tribüne 7 (1934), S. 5-11. Kautsky erklärt hier als Antwort an die von B. Irlen und G. Bienstock (Marx gegen Hitler, Wien-Leipzig o.J. [1933]) gezeichneten düsteren Aussichten für die Überwindung des Faschismus in Deutschland, daß das Nazi-Regime auch ohne Zutun der Sozialdemokraten an seinen wirtschaftlichen Problemen und inneren Widersprüchen zusammenbrechen werde, sich die Sozialdemokratie aber nunmehr darüber klar werden müsse, welche Regierungs- und Gesellschaftsform sie an die Stelle der Nazi-Diktatur stellen will.

und Gefühlsinhalte ihrer Ideologie zum Gemeingut eines gewaltigen Teiles der Nation zu machen", während die deutsche Arbeiterbewegung unterdessen untätig zusehen mußte und sich außerstande sah, "der faschistischen Ideologie ein in der Intensität Gleichwertiges entgegenzusetzen"⁵¹⁹.

Die besonderen Stärken der nationalsozialistischen Ideologie sind nach Torns Ansicht "seine außerordentliche Suggestivkraft, sein Wunderglaube an das 'Dritte Reich', sein heroischer Kult des 'Führerprinzips', seine Haßphantasien von 'Alljuda', 'Marxismus' und 'Erbfeind', sein puritanisches Ideal des S.A.-Mannes, seine Militarisierung der Gehirne, sein bewußter Anti-Rationalismus"⁵²⁰. Mit Ausnahme der Parole von der "Brechung der Zinsknechtschaft" entstammen alle diese Komponenten faschistischer Ideologie nicht der sozioökonomischen Sphäre, die die wichtigste ideologische Grundlage des Marxismus darstellt. Die nationalsozialistischen Ideologen haben mit ihrem bezeichnenden Gespür für die Zeichen der Zeit alle bürgerlichen Kulturtraditionen, die den politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Monopolkapitalismus nicht mehr entsprechen, über Bord geworfen und präsentierten sich den Deutschen zwar ökonomisch konservativ, aber mit einer durchaus neuartigen Ideologie, die durch die Erhebung von Unrecht und Gewalt zu leitenden Prinzipien politischen Handelns eine grundsätzlich positive Einstellung zur Gegenwart findet. Die Fehler des Wirtschaftssystems werden insgesamt eingestanden, der gesellschaftliche Unmut darüber, der bislang die erfolgreiche agitatorische Basis für die politische Arbeiterbewegung darstellte, jedoch auf andere abgeleitet. Auf diese Weise bietet die nationalsozialistische Ideologie nach Auffassung des Autors "die vollkommenste kulturelle Entsprechung, den schlechthin idealen geistig-politischen 'Überbau' auf der Basis des modernen Kapitalismus". Aus diesem Grund sei der Nationalsozialismus auch "kein 'Rückfall' in die Barbarei, in das Zeitalter der Attila und Dschingiskhan, sondern die legitime Ungeistigkeit der modernen Klassengesellschaft, politisch und ideologisch gerüstet, den wankenden Glauben der Menschheit an den Kapitalismus physisch und geistig zu fundieren"⁵²¹. Daß die deutsche Arbeiterbewegung dies nicht erkannt habe und auch in der ČSR weiterhin die Konfrontation auf ihrer eigenen ideologischen Domäne suche und somit "machtlos gegenüber dem Wall einer logisch kaum mehr faßbaren faschistischen Ideologie"⁵²² stehe, stellt nach Torns Ansicht das schwerwiegendste Problem des gegenwärtigen antifaschistischen Kampfes in allen europäischen Ländern dar. Daher müsse die Arbeiterbewegung endlich beginnen, den Kampf gegen die Nationalsozialisten mit politisch-ideologischen Inhalten gegen ihre Ideologie zu richten.

Stellte der Beitrag Torns mit seiner realitätsnahen Kritik zweifelsfrei einen begrüßenswerten Fortschritt für die sozialdemokratische Analyse des Nationalsozialismus in der DSAP dar, so schaffte er es jedoch nicht, bei diesem Appell eine Brücke von normativer Faschismusanalyse zu deren politischer Umsetzung zu schlagen. Vielmehr suchte er - ebenso wie andere namhafte Sozialisten seiner Zeit - eine Läuterung des kulturellen und geistigen Bewußtseins der eigenen

⁵¹⁹ H. Torn: Zur Ideologie des deutschen Faschismus, in: Tribüne 7 (1934), 111-18, S. 114 f.

⁵²⁰ Ebd., S. 114.

⁵²¹ Ebd., S. 117.

⁵²² Ebd., S. 115.

Bewegung als Grundlage für einen erfolgreichen Gegenangriff auf die sich in Europa ausbreitende faschistische Ideologie. Er forderte, dabei "an demselben Punkt anzusetzen, von dem die faschistische Offensive ihren Ausgang genommen hat, an der unerträglichen Spannung zwischen kultureller Tradition und entarteter Wirklichkeit ... Er [der Gegenangriff, C.S.] wird diese Spannung so weit zu steigern trachten, daß jedermann, der in seine ideologische Einflußsphäre gerät, seine Existenz als Mitglied der Gesellschaft als unvereinbar empfindet mit der Organisation dieser Gesellschaft und nicht mehr bloß aus sozialer Not deren revolutionäre Überwindung ersehnt. Der Inhalt des Gegenangriffs der sozialistischen Ideologie muß darin bestehen, dem Massenbewußtsein ein so plastisches Bild des sozialistischen Kulturideals zu vermitteln, ihm die tiefste Überzeugung von der Richtigkeit unserer kulturellen Wertvorstellungen so suggestiv aufzuzwingen, daß ihm die Barbarei der kapitalistischen Unkultur ebenso unfaßbar und fremd wird wie uns. Das allerdings hat die rascheste ideologische Selbstbesinnung der Arbeiterbewegung zur Voraussetzung. Wo es um den Nachweis geht, daß die Ideale des Faschismus keine sind, wo es um die Schaffung eines leider noch nicht vorhandenen proletarischen Kulturbewußtseins geht, ist die Selbstverständigung über den Inhalt des proletarischen Kulturwillens unerlässlich." Torn ist der festen Überzeugung, daß ein zweifelsfreies Bekenntnis "zum geistigen Erbe der kulturellen Blütezeiten der menschlichen Geschichte" es der Arbeiterbewegung ermöglichen würde, zu einem Zustand geistig-kultureller Wehrhaftigkeit zu gelangen, und gerade "sie würde der sozialistischen Ideologie weit über deren befreiendes soziales Programm hinaus eine so überragende Größe des Inhalts, eine so imponierende Sittlichkeit der Tendenz geben, daß ihr die absolute Nichtigkeit der faschistischen Schmach nicht standzuhalten vermöchte". Mit einem unbeschreiblichen Idealismus und Optimismus sieht er für die Arbeiterbewegung dadurch die Möglichkeit gegeben, "endlich jene Gewalt der Idee zu finden, an der die faschistische Idee der Gewalt wirklich zerschellt"⁵²³. Die Nähe zur Theorie der "sozialistischen Idee" von Hendrik de Man ist evident.

Hans Torn und die anderen Beteiligten an der "Sozialistischen Aktion" trafen mit ihren radikalen Ansichten und ihrem Versuch, dem äußerlich sterilen und unbeweglichen Parteiapparat neues Leben einzuhauchen, sicherlich auf Sympathie und Zustimmung bei weiten Teilen der DSAP-Unterorganisationen. Sie scheiterten jedoch mit ihrem gewagten programmatischen Vorstoß, da ihnen - außer dem innerparteilich zu diesem Zeitpunkt bereits angeschlagenen Emil Franzel - keine führende Persönlichkeit der Partei politische Unterstützung gewährte. Vom DSAP-Vorstand, der die angestoßene Debatte als gefährlich betrachtete und weitere Abspaltungen fürchtete und deshalb auch zu keinen öffentlichen Stellungnahmen bereit war, wurde die Oppositionsgruppe stark sanktioniert und die drei Herausgeber der "Sozialistischen Aktion" bereits im Oktober 1934 aus der Partei ausgeschlossen. Die Publikation wurde im Juni 1935 eingestellt, und die Betroffenen verschwanden entgegen ihrer nach der Einstellung getroffenen

⁵²³ Ebd., S. 118.

Entscheidung, ihren ideologischen Kampf fortführen zu wollen⁵²⁴, von der politischen Szene in der ČSR.

5.1.3 Die Einschätzung des Gefahrenpotentials durch den heimischen Faschismus

Ogleich es in der DSAP im Einklang mit der Pariser EntschlieÙung der SAI als "eine fatalistische Irrlehre" bezeichnet wurde "zu glauben, der Faschismus müsse in allen Ländern unbedingt kommen"⁵²⁵, herrschte unter den Parteitheoretikern Einmütigkeit in der Einschätzung, daß die entscheidenden politischen und sozioökonomischen Voraussetzungen für eine Faschisierung auch in der ČSR gegeben seien. "Die Tschechoslowakei hat im Prozeß der Auflösung des liberalen Kapitalismus keine Sonderstellung. Auch bei uns werden die Klasseninteressen des Finanzkapitals unvereinbar mit den demokratischen Rechten der Arbeiter."⁵²⁶ Unter dieser analytischen Voraussetzung wurde im Zuge der Regierungsentscheidung über die Auflösung der DNSAP und der DNP - neben der Kampfbereitschaft des deutschen und tschechischen Proletariats - den politischen Präferenzen der tschechischen Bourgeoisie von allen Parteiflügeln zunächst die größte Bedeutung für die Resistenzfähigkeit des demokratischen Systems in der ČSR zugeschrieben. Hierbei läßt sich seit dem Sommer 1933 eine deutliche analytische Differenzierung feststellen zwischen denjenigen Gruppierungen wie der NOF Gaidas, die sich offen zum Faschismus bekannten, und faschistischen Tendenzen innerhalb der tschechischen bürgerlichen Parteien. Unter scharfer Kritik an den angeblich divergierenden Einschätzungen bei der ČSD wurde dabei einstimmig den demokratiefeindlichen Entwicklungen innerhalb der Agrarpartei und bei den Nationaldemokraten das größte Risikopotential beigemessen. Unterschiedliche Einschätzungen bestanden jedoch in der Beurteilung, inwiefern der Bedeutungszuwachs faschistischer Tendenzen innerhalb dieser Parteien Einfluß auf die zukünftige Entwicklung des politischen Systems nehmen werde. Während sich die Sprecher des Parteizentrums bis in die zweite

⁵²⁴ Die Herausgeber hatten sich in einem Flugblatt an ihre Leser reichlich ambitioniert über die Ziele und Inhalte ihrer Arbeit geäußert: "Die Arbeit der bisherigen Parteiopposition wird sich nun, da die praktische politische Arbeit an den engen Grenzen sozialdemokratischer Parteimacht scheitert, gründlichst der geistigen Verständigung über die drängenden Probleme der Zeit zuwenden können, um so die unerlässlichen Voraussetzungen der Erneuerung zu schaffen. Sie wird darangehen können, den persönlichen Kontakt ihrer Anhänger intensiver zu gestalten und die Agitation systematischer durchzuführen. Sie wird dabei allerdings einer Gefahr aus dem Wege zu gehen haben: der Spaltung! Nichts wäre in der heutigen Situation sinnloser und verhängnisvoller als die Gründung einer neuen Arbeiterpartei, die ja selbst ebenso aktionsunfähig sein müßte wie die bestehenden und sich in einer unfruchtbaren Opposition erschöpfen würde. Ogleich die Parteiopposition sich nun Aufgaben zuweist, die weit über den Rahmen der Partei hinausgreifen, die Bildung einer neuen sudetendeutschen Linken, kann sie dennoch nicht diese Partei verlassen, deren Anhänger ja zweifellos auch die Grundlage der neuen Linken sein müßten. Die Spaltung würde uns keinen Vorteil bringen, sondern nur den Nachteil, von wichtigen Teilen des sudetendeutschen Volkes isoliert zu sein, ja gegen sie eine unbegründete Kampfstellung einnehmen zu müssen. Wir sind keine neue Partei, sondern wir wollen überall wirken, wo sozialistische Argumente Aussicht auf Erfolg haben, also vor allem in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft." Flugblatt "An die Leser der 'Sozialistischen Aktion'", Juli 1935. AsD, Seliger-Archiv, Sign.1126.

⁵²⁵ J. Hofbauer: Die Internationale hat gesprochen!, in: Tribüne 6 (1933), 257-62, S. 257.

⁵²⁶ E. Franzel: ČSR - wohin?, in: Tribüne 7 (1934), 97-101, S. 98.

Hälfte der dreißiger Jahre unter Verweis auf die demokratische Tradition des tschechischen Bürgertums optimistisch gaben und damit das Festhalten der Partei am politischen Kurs der Regierungsbeteiligung zu legitimieren suchten⁵²⁷, malten die Vertreter der jüngeren Generation in der DSAP in dieser Frage ein weitaus dunkleres Szenario aus.

Im Oktober 1933 beurteilte Willi Wanka die faschistische Gefahr in der ČSR als realer, als dies seiner Meinung nach bislang angenommen wurde. An den Diskussionen in seiner Partei, aber vor allem innerhalb der ČSD, kritisierte er, daß dort eine ernstliche Gefährdung des demokratischen Systems nur von Seiten seiner offenen Feinde erwartet wird. "Nichts aber ist irriger als die Beurteilung einer historischen Erscheinung nach ihrer Darstellungsweise, denn nicht darauf kommt es eigentlich an, sondern ausschließlich auf die bestimmte geschichtliche Funktion. Die des Faschismus ist die Konservierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit die Rettung der Besitzklassen. Das bleibt immer letzte Bestimmung des Faschismus, mag er auch im konkreten Fall eine scheinrevolutionäre Maske anlegen und mag diese auf dem Gesicht der faschistischen Mittelschichten echte Züge annehmen. Wohl hat der Weg des deutschen Faschismus den Beweis erbracht, daß die revolutionäre Gärung der proletarischen Mittelschichten und eines Teiles des pauperisierten Proletariats die politischen Verfassung grundstürzend zu wandeln vermag, aber dieser Faschismus blieb seiner historischen Bestimmung treu, als aus dem Sturz Hugenburgs durch die politische Vollendung seiner Machtergreifung die 'zweite Revolution' abgeblasen und die Wirtschaftsführung in die Hände des Schwerindustriellen Thyssen gelegt wurde. Es kann sogar sein, daß sich der Faschismus im eigenen Bestandsinteresse zu umformenden Eingriffen in das Wirtschaftsleben bereit findet, aber die Grundtatsache der kapitalistischen Ausbeutung wird er nie, kann er nicht, will er nicht aus der Welt schaffen. Die Vorgänge in Deutschland haben nur das Risiko enthüllt, welches eine massenfaschistische Bewegung für den direkten politischen Einfluß der Bourgeoisie mit sich bringen kann, sie haben jedoch nicht die vorstehend umschriebene historische Rolle des Faschismus widerlegt."⁵²⁸

Auch in der ČSR sieht er bei der tschechischen Bourgeoisie zweifelsfrei Bestrebungen, "von den Früchten eines faschistischen Regimes zu genießen". Anders als in Deutschland werde der Weg jedoch nicht über eine faschistische Massenbewegung laufen, da dies zum einen mit einem politischen Bedeutungsverlust der bürgerlichen Regierungsparteien verbunden wäre und sich

⁵²⁷ "Ja, wir leisten, indem wir gemeinsam mit den tschechischen Genossen und den demokratischen Parteien des tschechischen Bürger- und Kleinbürgertums diesen Staat als demokratische Republik erhalten, unschätzbare Arbeit für den europäischen Sozialismus! Gewiß gibt es auch in der Tschechoslowakei faschistische Ansätze. Aber gegen den Faschismus spricht, daß es im tschechischen Volke tatsächlich eine demokratische Tradition gibt, denn die Entwicklung des tschechischen Volkes zu einer selbständigen Nation und die Erringung eigener Staatlichkeit war der Weg des demokratischen Kampfes gegen den österreichischen Absolutismus und Halbabsolutismus - und ein tschechischer Faschismus brächte den Staat in unabsehbare innere Schwierigkeiten. Nirgends ist der Faschismus zur Herrschaft gelangt, indem er die Macht eroberte. Weder in Italien, noch in Deutschland, noch in Österreich. Überall ist er von oben her in die Macht eingesetzt worden. Je stärker der sozialdemokratische Einfluß auf die Regierung ist, um so sicherer die Ausschaltung faschistischer oder auch nur halbfaschistischer Gefahren. Je weniger die Arbeiter bereit sind, alle Staatsmacht dem Bürgertum zu überlassen, um so gewisser die Erhaltung des Staates in seiner heutigen inneren Form." J. Hofbauer: Die Politik der sudetendeutschen Sozialdemokratie, in: Der Kampf 1 (1934), 193-99, S. 198. Vgl. auch J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 53; und E. Strauß: Demokratie und Faschismus als Weltanschauung, in: Der Kampf 2 (1935), 71-74, S. 71.

⁵²⁸ W. Wanka: Für ein neues Smíchov!, in: Tribüne 6 (1933), 292-95, S. 293.

zum anderen aufgrund der unterschiedlichen Sozialstruktur eine faschistische Massenbewegung nicht dauerhaft finanzieren ließe. "So müssen diese beiden Umstände in der Richtung wirken, den faschistischen Machteinsatz mit Hilfe der faschistischen Flügel der Bürger- und Agrarparteien zu wagen. Eine staatliche Bürokratie, die sich durchaus nicht immer bloß als solche, sondern - besonders auffallend bei den agrarischen Ministerialräten - als berufene Sachwalterin der verschiedenen Besitzinteressen fühlt, leisten diesem Versuch der faschistischen Machtergreifung begreiflich Vorschub. Das Machtproblem für den tschechoslowakischen Faschismus ist nicht der Kampf um den Staat von unten auf, sondern die Ausbreitung des Einflusses zur politischen Ausschließlichkeit. So hat er im Vergleich zur Hitlerbewegung einen nicht zu unterschätzenden Vorsprung. Sein Weg führt von den Angriffen auf die Sozialpolitik und den Lebensstandard der Arbeiter zu ihrer hemmungslosen Ausbeutung durch die Ausschaltung des proletarischen Einflusses auf die Politik; er wird bestrebt sein, sich möglichst in legalen Bahnen zu halten. Der tschechoslowakische Faschismus hat demnach zweifellos starke Trümpfe in den Händen, die auszuspielen die Bourgeoisie versuchen wird, solange auch in den Nachbarstaaten noch die faschistische Gewalt vorherrscht." Die Ermächtigungsgesetze und der Abbau von Sozialleistungen aus dem Sommer 1933 sind für Wanka erste Erfolge des faschistischen Vorgefechts. Auch wenn sich die tschechische Bourgeoisie hierbei hinter einer schein-demokratischen Maske versteckt und sich staatspatriotisch gegenüber dem offenen Faschismus gibt, darf nicht übersehen werden, daß die zuvor von ihm definierte historische Funktion des Faschismus durch dieses Vorgehen nicht aufgehoben wird. Die demokratische Staatsideologie des tschechischen Bürgertums bietet für ihn im Gegensatz zu Hofbauer jedoch keine Garantie für eine Abwendung des Faschismus in der ČSR, "denn Ideologien, auch demokratische, sind keine Ewigkeitswerte. Es darf bei Einbeziehung der ideologischen Verbundenheit der Tschechen mit ihrem Staat nicht übersehen werden, daß diese nicht wenig materiell untermauert wurde durch die ziemlich generelle Hebung des tschechischen Lebensniveaus und die vielen mehr oder minder sauberen Abfälle von dem lange Zeit reichen Tisch der Republik. Die Dauerkrise hat hier vielfach Wandel geschaffen und gewiß nicht ohne Auswirkung auf die Denkweise vieler Tschechen."⁵²⁹ Wenn Wanka auch zu Recht zwischen einer offenen und einer verdeckten Form des Faschismus differenziert, bleibt an seinen Ausführungen doch unklar, welches konkrete Interesse der tschechische Faschismus in den Bürgerparteien in eben diesem Stadium der politischen und ökonomischen Entwicklung an der Zerschlagung der proletarischen Organisationen und der Aufhebung sozialer Standards und demokratischer Freiheiten hat. Sein Verweis auf eine angebliche historische Funktion des Faschismus ist also letztlich gänzlich 'unhistorisch' resp. unpolitisch und somit lediglich Ausdruck eines ideologischen Dogmatismus.

Eine Mittelstellung zwischen den Positionen Hofbauers und Wankas nahm Emil Franzel ein, indem er im Sommer 1933 den Schwerpunkt seiner Diskussion des Gefahrenpotentials des tschechischen Faschismus auf das Problem der politischen und ideologischen Fehleinschätzung des Faschismus sowohl durch das Proletariat als auch durch die Bourgeoisie legt. Somit sieht er

⁵²⁹ Ebd., S. 293 f.

bei der tschechischen Arbeiterbewegung zum einen - wie auch Wanka - die ausgeprägte Tendenz, daß der Faschismus nur bei den offen agierenden Feinden der Demokratie gesucht wird, und zum anderen die irrige Annahme, daß die tschechische Bourgeoisie in ihrem demokratischen Wesen so gefestigt sei, daß sie in der jetzigen Phase der Auflösung des liberalen Kapitalismus nicht versucht sein werde, zu Methoden der offenen faschistischen Diktatur zu greifen, um auf diese Weise ihre politische und ökonomische Machtposition zu sichern. Diese gefährliche Fehleinschätzung liegt nach Franzels Ansicht vor allem darin begründet, daß tschechisches Bürgertum und Proletariat zuerst im nationalen Befreiungskampf und dann beim Aufbau des neuen Staatswesens jahrzehntelang eng und einvernehmlich zusammengearbeitet haben. Diese "Schicksalsgemeinschaft ... ist in ihren gedanklichen und vor allem in ihren gefühlsmäßigen Auswirkungen noch nicht erledigt. Auch diese Tradition lastet 'wie ein Alpdruck auf den lebendigen Gehirnen' der lebenden Generation und trübt ihren Blick für die harten Tatsachen des Klassenkampfes."⁵³⁰

Demgegenüber sieht Franzel bei der tschechischen Bourgeoisie, die für ihn jedoch zweifelsfrei konterrevolutionär eingestellt ist und den Faschismus auch in der ČSR nachahmenswert findet, eine offensichtliche Fehleinschätzung über das reaktionäre Wesen des Faschismus, indem sie ihn fälschlicherweise auf seine konterrevolutionären Implikationen reduziert. "Der Faschismus ist aber mehr als bloße Konterrevolution. Er ist ... auch eine revolutionäre Bewegung, deren Ursprung die sozialökonomische Revolutionierung des deklassierten Kleinbürgertums, dessen Tendenz, dessen Ziel etwas grundsätzlich Neues ist... Die tschechische Bourgeoisie hält den Faschismus vorläufig für ein völlig zu ihren Diensten bereites Instrument der Konterrevolution. Was ihr vorschwebt, ist eine Reaktion alten Stils. Das nimmt ihr die gewaltige Schwungkraft, die der Faschismus in Deutschland hatte. Aber eines Tages wird auch die tschechische Bourgeoisie den Sprung von der konterrevolutionären zur scheinrevolutionären Form des Faschismus riskieren."⁵³¹

Insgesamt bewertet Franzel die Ausgangslage für eine erfolgreiche Abwendung des Faschismus jedoch als aussichtsreich. Bei dieser Beurteilung bezieht er sich auf Besonderheiten in der politischen Struktur der ČSR, die den tschechischen Faschismus in eine deutlich ungünstigere Ausgangslage bringen als in Deutschland, somit seine politischen Wirkungsmöglichkeiten einschränken und ebenfalls gute Ansatzpunkte und politische Handlungsspielräume für die sozialdemokratischen Parteien bieten. Der wichtigste strukturelle Unterschied besteht für Franzel in der multinationalen Zusammensetzung der ČSR. Da sich eine Faschisierung des Staates nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern auch gegen die nationalen Minderheiten richten würde, liefe der tschechische Faschismus Gefahr, gegen zwei Fronten zu kämpfen, was für ihn mit erheblichen Risiken verbunden wäre. "Die Demokratie hat sich, so wenig ideal das Verhältnis zwischen Herrennation und Minderheiten bisher war, doch als das geeignetste Instrument erwiesen, die Minderheiten organisch dem Staate einzugliedern, und zugleich als die Plattform, auf der die Klassenkämpfe ohne Bürgerkrieg ausgetragen werden konnten. Solange die tschechi-

⁵³⁰ E. Franzel: Einige Bemerkungen über den tschechosl. Faschismus, in: Tribüne 6 (1933), 193-200, S. 194.

⁵³¹ Ebd., S. 194.

sche Bourgeoisie fürchten muß, neben den 'Marxisten' auch die Deutschen, Magyaren, Russen und einen Teil der Slowaken in schärfster Opposition gegen den faschistischen Staat zu sehen, solange wird sie ihren demokratischen Traditionen treu bleiben."⁵³² Aber auch vom Standpunkt faschistischer Ideologie ergibt sich in der ČSR eine andere Ausgangssituation. Der Faschismus ist seiner Ansicht nach überall mit einer Ideologie der nationalen Befreiung angetreten. Dies mache für den tschechischen Faschismus jedoch keinen Sinn, da die tschechische Nation bereits in ihrem Staat herrscht und auch keine nennenswerten exterritorialen Minderheiten in den bestehenden Staat zurückgeholt werden können. Schließlich würde eine Faschisierung der ČSR mittelfristig deren Auslieferung an Deutschland und Italien bedeuten, so daß der tschechische Faschismus das tschechische Volk erst demütigen und dann in den Verlust nationaler Selbständigkeit führen würde, was nicht in seinem Interesse liegt⁵³³. Ein weiteres wichtiges Momentum, das gegen den raschen Aufstieg einer tschechischen faschistischen Massenbewegung spricht, stellt für Franzel der Umstand dar, daß die tschechischen Mittelschichten die Folgen der Wirtschaftskrise deutlich besser überstanden haben als in Deutschland oder Österreich. Dabei unterläßt er es nicht, darauf hinzuweisen, daß die tschechischen Mittelschichten ihren Lebensstandard angeblich auf Kosten der deutschen Mittelschichten und der deutschen Arbeiterklasse zu halten verstanden. Sie verfügen nämlich über eine feste wirtschaftliche Position im Staatsapparat, wobei Franzel einräumt, daß sich diese Situation im Zuge einer zunehmenden staatlichen Finanzkrise verschlechtern könnte. Weiterhin bewertet er die strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die in Deutschland eine Vorbedingung für den Sieg Hitlers darstellte, in der ČSR als ein überwiegend deutsches Phänomen⁵³⁴. Schließlich sieht Franzel, ähnlich wie Hofbauer, in der engen ideologischen Verbundenheit und Bedingtheit von Demokratie und nationaler Idee beim tschechischen Bürgertum einen wesentlichen systemstabilisierenden Faktor. "Im tschechischen Volk arbeitet der Faschismus mit starken Argumenten gegen den Parlamentarismus, aber er agitiert nicht so stark gegen die Demokratie, und gar nicht gegen die republikanische Staatsform, denn 'republikanisch' ist für den Tschechen gar nicht so sehr eine Staatsform, als der Inbegriff des tschechischen Nationalstaates innerhalb der Grenzen von 1919."⁵³⁵ Der tschechische Faschismus besitzt keinen Friedrich II. oder Bismarck als historische Bezugsperson, sondern nationale Großtaten hatten im tschechischen Volk immer revolutionär-demokratische Wurzeln und richteten sich gegen kirchliche und weltliche Autoritäten. Deshalb müßte ein tschechischer Faschismus "den ganzen Sinn der tausendjährigen Geschichte verleugnen, er müßte alle Traditionen des tschechischen Volkes verleugnen, ehe er von seiner Seele Besitz ergreifen könnte."⁵³⁶

Zum Dreh- und Angelpunkt für die weitere Entwicklung des tschechischen Faschismus wird für Franzel deshalb das Verhalten des deutschen Bürgertums. Der tschechische Faschismus

⁵³² Ebd., S. 195.

⁵³³ Vgl. E. Franzel: ČSR - wohin?, in: Tribüne 7 (1934), 97-101, S. 99 f.

⁵³⁴ "Auch die tschechischen Industriegebiete haben hohe Arbeitslosenziffern, aber nur in den deutschen, wo ein Viertel und bezirks- oder gemeindeweise auch noch viel mehr Arbeiter seit Jahren ohne Beschäftigung und ohne Einkommen sind, wächst sich die Arbeitslosigkeit bis zur sozialen Aufspaltung des Proletariats, bis zur Zerstörung des einheitlichen Klassenbewußtseins aus." Ebd., S. 98.

⁵³⁵ E. Franzel: Einige Bemerkungen über den tschechosl. Faschismus, in: Tribüne 6 (1933), 193-200, S. 196.

⁵³⁶ E. Franzel: ČSR - wohin?, in: Tribüne 7 (1934), 97-101, S. 100.

kann in dem von ihm beschriebenen Szenario erst zu einem großen Schlag ausholen, wenn sich die deutsche Bourgeoisie in der irrigen Annahme, eine faschistische Diktatur sei als reine Konterrevolution möglich, ihm als Bundesgenosse anbietet. Der Ansatz für die antifaschistische Strategie seiner Partei muß, so Franzels Schlußfolgerung, deshalb darin bestehen, die Herausbildung einer faschistischen Massenbewegung unter den Sudetendeutschen mit allen Mitteln zu verhindern. Hierin liegt für die DSAP eine Möglichkeit, die die reichsdeutsche Sozialdemokratie nicht hatte. "Wenn wir die proletarischen und halbproletarischen Elemente im deutschen Nationalsozialismus agitatorisch erfassen, wenn wir ihnen den Bankrott und die Kapitulation des deutschen Nationalsozialismus, der sich dem tschechischen Faschismus als Zutreiber vermietet, sichtbar machen können, erreichen wir nicht nur einen politischen Tageserfolg, sondern erhöhen wieder das Risiko des tschechischen Faschismus ... Je größer der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie auf die Masse der sudetendeutschen Bevölkerung ist, desto geringer ist für uns die Gefahr des Faschismus, je sicherer die Position der Nationalsozialisten, desto eher wird der tschechische Faschismus zu einem großen Schlag ausholen."⁵³⁷

5.1.4 Charakterisierung und Beurteilung der Henleinbewegung, der Gründe für ihren Aufstieg und die Einschätzung ihrer politischen Perspektiven

Obwohl die sudetendeutschen Sozialdemokraten in den dreißiger Jahren keine umfassende Studie über ihre politische Einschätzung der SHF/SdP und ihrer Weltanschauung vorlegten, die mit der Arbeit von Fischer/Patzak/Perth vergleichbar war⁵³⁸, läßt sich aus den kontroversen Diskussionen in ihren theoretischen Foren doch erkennen, daß in der DSAP von Anbeginn an weitgehende Klarheit über den sozialen Charakter und die politische Funktion der Henleinbewegung bestand und daß die Autoren im Ereignisablauf schließlich zu jeweils recht exakten Beurteilungen über die übergeordneten politischen Ziele der SHF/SdP gelangten⁵³⁹. Die objektiven Probleme, das gesellschaftlich und politisch komplexe Phänomen Henlein in das dialektische Geschichtsbild des Historischen Materialismus einzufügen, behinderte sie hierbei zwar streckenweise, schloß für den politischen Kampf operationalisierbare Schlußfolgerungen jedoch nicht von vornherein aus. So wurde der Aufstieg des sudetendeutschen Faschismus - neben einigen spezifischen Sonderfaktoren - in direktem Zusammenhang mit der Krise des Kapitalismus gesehen. Seine politisch-ideologische Zielrichtung wurde als antidemokratisch und antimarxistisch ausgemacht. Da sich der sudetendeutsche Faschismus im Einklang mit dem reichsdeutschen

⁵³⁷ E. Franzel: Einige Bemerkungen über den tschechosl. Faschismus, in: Tribüne 6 (1933), 193-200, S. 195.

⁵³⁸ Diese Arbeit tschechischer Sozialdemokraten wurde im Bericht des Parteisekretariats an den Parteitag von 1938 als "ausgezeichnete Schrift" charakterisiert und als deutsche Übersetzung im parteieigenen Verlag herausgegeben. Vgl. Fünf Jahre Kampf und Arbeit! Bericht an den in der Zeit vom 18. bis 21. März 1938 stattfindenden Parteitag in Reichenberg, Prag o.J. [1938], S. 21.

⁵³⁹ Von einer konkreten politischen Zielsetzung der SHF/SdP kann erst ab dem Sommer 1936 gesprochen werden, als sich der an der NSDAP orientierte 'Aufbau-Kreis' gegenüber dem 'KB' durchsetzte, der ideologisch der Gesellschaftslehre Othmar Spanns folgte.

Nationalsozialismus aus den antikapitalistisch gesinnten Mittelschichten und Teilen der ideologisch nicht bewußten Arbeiterschaft rekrutierte, die SHF/SdP aber die Macht- und Profitinteressen des Monopolkapitals vertrat, erkannten die Theoretiker der DSAP hier ebenfalls einen Widerspruch zwischen sozialer Basis und sozialer Funktion der Henleinbewegung.

Mit der Analyse und Deutung des Phänomens Henlein beschäftigten sich unmittelbar nach der Gründung der SHF vor allem Josef Hofbauer und Wenzel Jaksch. In einer Reihe von Artikeln in der "Tribüne" wurde die Henleinbewegung von den Autoren von Anfang an als ein Auffangbecken für die beiden im Oktober 1933 verbotenen sudetendeutschen Parteien gesehen. Zur Begründung wurde auf die zeitliche Übereinstimmung vom Verbot der völkischen DNSAP und der deutsch-nationalen DNP und der Gründung der SHF verwiesen⁵⁴⁰. Das Wesen dieser Bewegung wurde daher mit einer gewissen analytischen Automatik als unzweifelhaft nationalsozialistisch resp. faschistisch charakterisiert, womit sich auch ihre politischen Ziele von den Vorgängerorganisationen und dem deutschen Nationalsozialismus offenkundig ableiten ließen. "Henlein weiß ganz genau, was er will: Hitler kopieren und dabei mit möglichst unbestimmten Formulierungen operieren, um mit den Notwehrmaßnahmen der demokratischen Republik nicht vorzeitig in Kollision zu kommen. Sein Programm heißt: Faschismus, gemildert durch tschechoslowakischen Patriotismus. Nicht der programmatische Henlein hat Zulauf - da würde man die Anziehungskraft seiner Person doch gewaltig überschätzen -, sondern der programmtreue Faschist, der seine Aufgabe schlauer lösen will als die Krebs und Jung. Seine Anhänger begreifen sehr wohl, daß er mit der braunen Farbe nicht offen heraus kann. Sie nehmen ihn als 'Führer' hin in der Hoffnung, daß der sudetendeutsche Faschismus unter der Tarnkappe der 'Heimatfront' seine verlorene Bewegungsfreiheit wieder zurückholen kann."⁵⁴¹ Eine politisch-ideologische Eigenleistung wurde der SHF auf diese Weise von vornherein abgesprochen und die Tatsache, daß sich die SdP erst ab Ende 1937 vollständig in den Dienst des Deutschen Reichs stellen sollte, nicht im vollen Umfang realisiert.

Als herausragendes Charakteristikum der politischen Strategie der SHF wurde deren Programmlosigkeit gekennzeichnet⁵⁴². Sie sei zurückzuführen auf das Spannungsverhältnis zwischen ihrem nationalsozialistischen Wesen und der Notwendigkeit, in einer sich zur Wehr setzenden Demokratie versteckt operieren zu müssen. Da diese durch äußere Umstände aufgezwungene Strategie Henleins von seinen Anhängern offensichtlich und aus gutem Grund akzeptiert wurde, erachtete es Jaksch schon im Dezember 1933 als wenig aussichtsreich, sich in der politischen Auseinandersetzung mit der SHF auf eben diese Programmlosigkeit zu konzentrieren. Wirksamer schien es ihm, "Henlein zu überführen, daß er sich zu seinem Programm

⁵⁴⁰ Vgl. J. Hofbauer: Von Illusion zu Illusion, in: Tribüne 6 (1933), 325-29, S. 328; und J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 49.

⁵⁴¹ W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 353. Diese Interpretationsweise wurde im wesentlichen bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre weiterverfolgt. Vgl. dazu auch J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 49; und J. Hofbauer: Krise der Totalität, in: Der Kampf 3 (1936), 273-77, S. 277.

⁵⁴² Hofbauer beschreibt das Programm der SHF im Juni 1934 als die "Formulierung der nationalsozialistischen Programmlosigkeit, der Verschwommenheit, der absichtlichen Unklarheit". J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 50.

nicht zu bekennen wagt, daß er seine wahren Absichten vertuscht und daß er mit seiner Politik der inneren Unaufrichtigkeit seine Gefolgschaft in dieselbe Katastrophe führt, wie nationalsozialistische und deutschnationale Politiker vor ihm". Auf diese Weise sollten die getarnten Faschisten gezwungen werden, "mit offenem Visier zu kämpfen"⁵⁴³. Um diesen Zustand herbeiführen zu können, bedürfe es zuerst der Klärung eigener Standpunkte zu den vermuteten übergeordneten Zielen und den ideologischen Inhalten der SHF, die allerdings zum überwiegenden Teil nicht aus den Äußerungen Henleins generiert, sondern von den vermeintlichen politischen Vorbildern abgeleitet wurden. Als solche wurden gekennzeichnet: Volksgemeinschaft und ständische Gliederung, Überwindung der Parteien und Sammlung der Sudetendeutschen, Totalität und Führergedanke sowie Antimarxismus⁵⁴⁴.

Jaksch erachtete den Begriff der Volksgemeinschaft als zentral für die Ideologie und das politische Streben der SHF. Er stellt damit zugleich die größte Herausforderung an die Taktik der sozialistischen Arbeiterbewegung dar. Denn gerade mit diesem Begriff gelingt es Henlein, jene ansonsten eher unpolitischen Mittelschichten für sich zu gewinnen, die sich in der wirtschaftlichen und sozialen Krisenphase in für ihn verständlicher Weise nach dem Schutz neuer Gemeinschaftsformen sehnen. In scharfer Ablehnung der bislang in der DSAP gebräuchlichen Taktik, sah er es als den falschen Weg, der Volksgemeinschaftsideologie Henleins mit marxistischen Klassenkampfparolen zu begegnen. Hierdurch wird es der politischen Arbeiterbewegung nicht gelingen, auch nur einen einzigen politisch indifferenten Menschen aus der Heimatfront für sich zu gewinnen. Vielmehr müsse es Aufgabe und Ziel der Arbeiterparteien sein, das "Sehnen nach erneuerter und umfassender menschlicher Gemeinschaft" zuerst zu erkennen und zu akzeptieren, es dann in das sozialistische Weltbild aufzunehmen und schließlich programmatisch so umzusetzen, daß der Sozialismus ihm "den Weg der Erfüllung" zu zeigen vermag. Um der Diskussion in die von ihm erwartete Richtung zu lenken, gebrauchte Jaksch den Begriff der "sozialistischen Volksgemeinschaft", der inhaltlich mit der Ideologie des proletarischen Internationalismus kollidierte. "Dabei kommt es auf den möglichst plastischen Nachweis an, daß Kapitalismus und Volksgemeinschaft zwei einander ausschließende Begriffe sind. Henlein ist als Gegner der Volksgemeinschaft anzuklagen, weil er den Kapitalismus schützen und dadurch die Klassenspaltung, die soziale und politische Zerrissenheit des Volkes verewigen will."⁵⁴⁵ Doch auch für Hofbauer galt die Verwirklichung der Volksgemeinschaft als primäres Anliegen sozialistischer Politik. Sie sei aber nicht möglich, "solange die Nation in Klassen gespalten ist. Man kann im faschistischen Staat die Arbeiter an der offenen Führung des Klassenkampfes hindern - die Klassen bestehen weiter, weiter besteht die Zerklüftung der Nation in Besitzende und Besitzlose."⁵⁴⁶ Der Weg zur Verwirklichung der Volksgemeinschaft führt nach Hofbauer nur über den

⁵⁴³ W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 353.

⁵⁴⁴ Vgl. J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 49.

⁵⁴⁵ W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 354. Jaksch hatte schon in den zwanziger Jahren den Begriff der Volksgemeinschaft in den Wortgebrauch der Partei einzuführen versucht. Er verstand ihn damals als "Gemeinschaft freier, glückseliger Arbeitsmenschen". Diese sozialistische Form der Volksgemeinschaft könne nur im Sozialismus ihre Erfüllung finden. W.Jaksch: Marxismus oder Hakenkreuz? (1924), a.a.O., S. 40.

⁵⁴⁶ J. Hofbauer: Von deutscher Volksgemeinschaft, in: Der Kampf 2 (1935), 198-203, S. 203.

Klassenkampf. Indem die SHF diesen aber ablehnt, ist sie in Wahrheit eine Verhinderin der Volksgemeinschaft.

Bei der Bewertung der Parole vom ständischen Aufbau der Gesellschaft lassen sich sehr unterschiedliche Positionen ausmachen. Hofbauer ordnete die ständische Ideologie der SHF von einem klassisch-marxistischen Standpunkt aus als einen bereits bekannten Versuch der Bourgeoisie zur "Überwindung des Klassengegengesatzes durch Eingliederung der Arbeitenden und Ausgebeuteten in politische Gruppen, die von den Besitzenden kommandiert werden", ein. Auf diese Weise versuche die Bourgeoisie, das Proletariat aus seiner Klassenfront zu lösen, ideologisch vom Marxismus wegzuführen und somit seine politische Handlungsfähigkeit zu untergraben⁵⁴⁷. Weiterhin verwies er darauf, daß in allen faschistischen Bewegungen ideologische Unklarheiten darüber bestehen, was unter ständischer Gliederung zu verstehen sei, und daß eine ständestaatliche Organisation der Gesellschaft unter grundsätzlichen Bedingungen der Gesellschaftsentwicklung - die Gliederung der Gesellschaft in Stände sei mit der Entstehung und Durchsetzung des Kapitalismus unwiderruflich zerstört - und unter den strukturellen Besonderheiten der ČSR nicht nachhaltig durchzusetzen sei⁵⁴⁸. Mit diesen Argumenten versuchte Hofbauer noch im Frühjahr 1934 zu erklären, daß ständische Ideologie als Grundlage eines politischen Modells keine Aussicht auf Erfolg habe, insbesondere da sich die sudetendeutschen Arbeiter niemals in willenslose Gefolgsleute einer von der Ausbeuterklasse kontrollierten politischen Bewegung verwandeln und gegen ihre Klasseninteressen instrumentalisieren lassen.

Demgegenüber betrachtete Jaksch das ständestaatliche Programm als große politisch-agitatorische Herausforderung für die sozialistischen Parteien. Wurden diese Projekte bislang als "professorale Hirngespinnste" angesehen und in der Tagespolitik der DSAP weitgehend vernachlässigt, so zeigte sich ihm mit dem Entstehen der SHF immer deutlicher, "daß sie vielfach der ideologische Ausdruck des Selbstbehauptungskampfes der Mittelschichten werden und zugleich eine Waffe in der Hand der antidemokratischen Intelligenz (Kameradschaftsbund), die damit endlich dem Sozialismus eine volkstümlich klingende Gesellschaftstheorie gegenüberstellen kann"⁵⁴⁹. Daher ergibt sich für den Sozialismus auch beim Begriff des Ständestaates grundsätzlicher Klärungsbedarf. Anders als Hofbauer vertrat Jaksch die These, daß ein rein mit logischen Argumenten geführter Nachweis, daß ein ständisch gegliedertes Sudetendeutschtum keine funktionierende politische Verbindung zur Parteienstruktur der tschechoslowakischen

⁵⁴⁷ "All das ständische Getue ist doch in Wahrheit gar nichts neues! Recht alter saurer Wein wird da in neue oder nur als neu angepriesene Schläuche zu füllen versucht. Der 'Bund der Landwirte' hat sich seit jeher als 'Standesorganisation' gebärdet und war doch nie etwas anderes als eine Klassenpartei der Großbauern. Keine bürgerliche Partei vermag zu existieren, ohne sich volkstümlich aufzuputzen, ohne Massen von Besitzlosen in ihre Gefolgschaft zu bringen. Und um nichts anderes handelt es sich bei dem Versuch, die verbrauchten 'Volksparteien' nun durch 'Stände' zu ersetzen." J. Hofbauer: Von Illusion zu Illusion, in: Tribüne 6 (1933), 325-29, S. 328.

⁵⁴⁸ "An eine staatliche ständische Organisation, an eine ständische Verfassung der Tschechoslowakei ist nicht zu denken; so bleibt nur eine freiwillige ständische Gliederung der Sudetendeutschen übrig. Das ist schon eine sehr starke Verwässerung aller ständischen Ideen, auch der unklarsten. Es ist nur eine 'ständische Organisation' innerhalb einer Partei, der 'Sudetendeutschen Heimatfront', möglich, und diese muß, da es keinen Zwang gibt, eine freiwillige und damit immer eine höchst unvollständige sein." J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 51.

⁵⁴⁹ W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 354.

Demokratie aufbauen könne oder ohne die marxistischen Arbeiter ein Torso bleibe, nicht aus⁵⁵⁰. Dies ergibt sich bereits aus den Absichten und Zielen des politischen Gegners. Denn Henlein sei schließlich nicht darauf bedacht, die SHF zu einem Tragpfeiler des politischen Systems zu machen, sondern ziele darauf ab, "seine ständisch aufgeputzte Faschistenfront entweder als Plattform zu einer Kooperation mit dem tschechischen Faschismus [zu] benützen, oder, was wahrscheinlicher ist, als militantes Rückgrat einer irredentistischen Revolte im Falle europäischer Verwicklungen". Die politisch-programmatische Auseinandersetzung mit der ständestaatlichen Ideologie müsse daher darauf ausgerichtet sein, daß sie die Sozialisten unter der entscheidenden Fragestellung der Zeit - Demokratie oder Faschismus - diskutieren. Es müsse den Menschen am Beispiel der politischen Praxis in den faschistischen Nachbarstaaten verdeutlicht werden, daß politische Handlungsmöglichkeiten und Selbstbestimmung von Berufsgruppen nur in einem demokratisch organisierten Staat möglich sei, der wirtschaftliche Selbstverwaltung garantiere. Als taktische Direktive empfahl Jaksch seiner Partei deshalb bereits im Dezember 1933, den Forderungen nach ständischer Gliederung "elastisch" zu begegnen. "Unversöhnlich ablehnend, wo sie der von Henlein angestrebten Totalitätspartei als Kulissen dienen, positiv wertend, wo sie eine legalisierte wirtschaftliche Interessenvertretung innerhalb der Demokratie anstreben."⁵⁵¹ Auf diese Weise könne schließlich auch verhindert werden, daß der BdL und die Gewerbspartei unter dem Vorwand einer ständischen Gesellschaftsgliederung ins faschistische Lager überwechseln.

Ein theoretischer Widerspruch in dem parallelen Bestehen von ständestaatlicher Konzeption und der Forderung nach Verwirklichung der Volksgemeinschaft wurde von den beiden Autoren nicht realisiert. Ebenso erkannten Jaksch und Hofbauer nicht, daß diese Inhalte mit zwei ideologisch unterschiedlichen und konkurrierenden Gruppierungen innerhalb der SHF/SdP verbunden waren. Doch auch von der geschichtswissenschaftlichen Forschung wurde dieser Zusammenhang erst in den siebziger Jahren systematisch herausgearbeitet⁵⁵².

Bei der Benennung der Gründe und Bedingungen für den politischen Aufstieg des sudetendeutschen Faschismus wurde zunächst darauf verwiesen, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen bei den Sudetendeutschen die gleichen waren wie in Deutschland⁵⁵³. Ein durch die Krise des Kapitalismus von Proletarisierung bedrohtes Kleinbürgertum suchte durch den Anschluß an eine faschistische Partei seine soziale Existenz zu sichern und geriet dadurch in eine falsche politische Frontstellung. Der Person Henleins wurde für den Entstehungsprozeß der SHF keine entscheidende Rolle zugeschrieben. Er galt den Theoretikern in der DSAP als nur mäßig interessant und letztlich austauschbar. Entscheidender für den raschen Aufstieg der SHF war für sie, daß im Zuge eines allgemeinen Rechtsrucks in Europa von der Machtergreifung Hitlers eine

⁵⁵⁰ Diese Argumentation hatte Hofbauer gebraucht. Vgl. J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 51.

⁵⁵¹ W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 354.

⁵⁵² Vgl. dazu die grundlegende Arbeit von Smelser (1975), a.a.O.

⁵⁵³ Vgl. J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 53.

Vorbildfunktion für die Radikalisierung der sudetendeutschen Mittelschichten ausging⁵⁵⁴. Es läßt sich folglich erkennen, daß die DSAP-Theoretiker den sudetendeutschen Faschismus in hohem Maß als etwas von außen in das Parteiensystem Hereingetragenes verstanden, wodurch sich ihre indirekte Verneinung einer politischen und ideologischen Eigenständigkeit der Henleinbewegung zusätzlich erklären läßt. Darüber hinaus läßt sich besonders in den Beiträgen Hofbauers, der den Aufstieg der NSDAP noch unter konsequenter Anwendung der Bündnistheorie erklärt hatte, feststellen, daß er die Gründe dafür, daß vom nationalsozialistischen Deutschland eben diese Vorbildfunktion für die Konfliktlösungsstrategien der Sudetendeutschen ausgehen konnte, vorrangig unter Zuhilfenahme sozialpsychologischer Erklärungsmuster zu interpretieren suchte. So war es für Hofbauer im Sommer 1934 offensichtlich, daß der Führergedanke, der für alle faschistischen Bewegungen charakteristisch ist, "dem Wesen und Willen eines großen Teiles des sudetendeutschen Kleinbürgertums entspricht, daß dieses Kleinbürgertum, seit altersher schlagwortgläubig und führergläubig, seit altersher auf den 'starken Mann' wartend, von einem 'großen Führer' zum anderen taumelnd, von Schönerer und Franco Stein zu K.H. Wolf und zu Lodgman und Jung, nun froh ist, wieder einen 'Führer' zu haben, dem es alle Probleme überlassen kann, weil er 'es schon machen' werde"⁵⁵⁵. Daß Henlein mit seinen ständischen Parolen unter den Sudetendeutschen so gut verfiel, lag für Hofbauer darin begründet, daß bei ihnen ein besonders hoher Grad an persönlicher Geltungssucht im öffentlichen Leben bestand. Da die Staatsbürgerwürde bei den Sudetendeutschen einen geringeren Stellenwert hat als bei den Tschechen, sei es für ihr persönliches Selbstverständnis und ihr öffentliches Ansehen umso wichtiger, sich einem gesellschaftlichen Stand zugehörig fühlen zu können⁵⁵⁶. In diesem Zusammenhang rückte für die Sudetendeutschen die Bedeutung persönlicher Freiheitsrechte im politischen Stellenwert in den Hintergrund vor einem abstrakten Verständnis von der Freiheit der Nation, die für sie gleichbedeutend sei mit Kraft und Gewalt⁵⁵⁷. Die Gründe für das Streben der Sudetendeutschen nach nationaler Sammlung stammten für Hofbauer aus ihrer geschichtlichen Erfahrung. "Sie ist seit altersher die Geschichte nationaler Kämpfe mit den Tschechen. Nun lebt, seit es eine sudetendeutsche bürgerliche Politik gibt, und diese Politik ist, weil sie begleitet war vom Wiederaufstieg des tschechischen Volkes und seinem wirtschaftlichen und kulturellen Vordringen, schärfster nationaler Kampf gewesen, in den Köpfen der sudetendeutschen Bürger die Vorstellung, eine Überwindung der Parteiengruppierungen, eine Zusammenfassung aller Deutschen zu einer einzigen nationalen politischen Gemeinschaft wäre den Tschechen gegenüber stärker, könne gar die Tschechen zwingen, die nationalen Forderungen der Deutschen zu erfüllen."⁵⁵⁸ Im Rahmen dieses grundlegenden nationalpolitischen Konflikts war es - so Hofbauers These im Sommer 1936 - der gleiche nationale Mythos, der bereits den Aufstieg

⁵⁵⁴ Vgl. dazu W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 355; J. Hofbauer: Von der Saar nach Záhoří, in: Der Kampf 2 (1935), 49-53, S. 50; J. Hofbauer: Krise der Totalität, in: Der Kampf 3 (1936), 273-77, S. 273 f.

⁵⁵⁵ J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 50.

⁵⁵⁶ Vgl. J. Hofbauer: Von deutscher Volksgemeinschaft, in: Der Kampf 2 (1935), 198-203, S. 199.

⁵⁵⁷ Vgl. J. Hofbauer: Staat im Staate?, in: Der Kampf 2 (1935), 120-24, S. 124.

⁵⁵⁸ J. Hofbauer: Von deutscher Volksgemeinschaft, in: Der Kampf 2 (1935), 198-203, S. 202.

Hitlers ermöglicht hatte, der auch die krisenermühten, politisch orientierungslosen und durch die reichsdeutsche Propaganda verführten sudetendeutschen Bürger und Kleinbürger in die Arme der SHF/SdP getrieben hat. "Man hoffte, auch wenn man sich hütete, es anderswo als in vertrautem Kreise zu sagen, auf den 'Führer' jenseits der Grenze. Man traute Hitler schlechthin alles zu. Auch die 'Rettung' der Sudetendeutschen."⁵⁵⁹

Diesen sozialpsychologischen Einflußfaktoren begegneten die DSAP-Theoretiker vorrangig mit rationalen Argumenten, um die nationalen Illusionen und politischen Irrationalitäten der sozialen Basis der SHF aufzuzeigen. Diese Argumentationen zielten darauf ab, zu verdeutlichen, daß sozial- und nationalpolitische Fortschritte in der ČSR nur unter aktivistischen Vorzeichen zu erzielen seien. "Sie [die Sudetendeutschen, C.S.] können ihren Existenzkampf nur führen an der Front der politischen Freiheit, des sozialen und kulturellen Fortschritts in Gemeinschaft mit dem tschechischen Fortschrittslager." Ein Wahlerfolg der SHF - so Jakschs treffende Prognose im Frühjahr 1935 - würde hingegen ein Wiederaufleben nationaler Machtkämpfe nach sich ziehen. "Das bedeutet das Ende der Krisenbekämpfung. Das bedeutet die Absetzung der sozialen Frage und des Arbeitslosenproblems von der Tagesordnung der Staatspolitik. Das bedeutet in weiterer Konsequenz die soziale Katastrophe in unseren hungernden Grenzgebieten."⁵⁶⁰ Auch Hofbauer wies darauf hin, daß eine Partei der sudetendeutschen Volksgemeinschaft im politischen System der ČSR keine Möglichkeit zur Majorisierung habe. Im Gegenteil würde die angestrebte nationale Sammlung unweigerlich den politischen Schluß der tschechischen und slowakischen Parteien nach sich ziehen⁵⁶¹.

Als unmittelbare Folge dieser mit Argumenten der Vernunft gegen die SHF/SdP operierenden Sichtweise lassen sich bei der Beurteilung des politischen Potentials der SHF/SdP temporär-

⁵⁵⁹ J. Hofbauer: Krise der Totalität, in: Der Kampf 3 (1936), 273-77, S. 274. Damit unterscheidet sich Hofbauers Einschätzung der Ursprünge deutscher Affinität zum Führergedanken von der Interpretation Franzels, der "die deutsche Sehnsucht nach der starken Führung, die bedingungslose Unterwerfung unter einen fremden Willen, die kritiklose Anbetung der diktatorischen Gewalt", deren Entstehung er zeitlich im 17. Jahrhundert verortet, nicht als "Elemente eines mystischen Volksgeistes, noch des germanischen Blutes, sondern [als] Produkte der deutschen Geschichte und ihrer von der Masse falsch gedeuteten Erfahrungen" interpretiert. Er betrachtet den Führergedanken damit als eine von der Klassenzugehörigkeit unabhängige Bestimmungsgröße. Das ganze deutsche Volk, dessen Streben nach nationaler Einheit und nationaler Sicherung mehrfach scheiterte und das wie kein anderes Volk in Europa aufgrund fremder Einflüsse von einer tiefen "geistig-weltanschaulichen Zerklüftung" getroffen wurde, ist von der "krankhaften Sehnsucht nach dem autoritären Führer" erfaßt. E. Franzel: Die "deutsche Zwiétracht", in: Der Kampf 2 (1935), 9-14, S. 14 und E. Franzel: Zur Geistesgeschichte des Dritten Reichs, in: Arbeiter-Jahrbuch 1934, 179-85, S. 179. Daß Konrad Henlein innerhalb der SHF/SdP zu keinem Zeitpunkt einen mit Hitler vergleichbaren Führerstatus erreichen konnte, wurde von beiden Autoren nicht thematisiert.

⁵⁶⁰ W. Jaksch: Die Schlacht des Arbeiters um sein Recht und sein Brot, in: Der Kampf 2 (1935), 193-95, S. 194.

⁵⁶¹ "So gewiß es ist, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei noch mancherlei nationale Forderungen haben, auch solche, die der Internationalist unterschreiben muß, gerade deshalb, weil sie in ihrem Kern soziale Forderungen sind, - so gewiß ist es auch, daß ihre Erfüllung nur möglich ist auf dem Wege der Verständigung mit den Tschechen. Niemand ist dazu auf tschechischer Seite geneigter als die Sozialdemokraten, als die Internationalisten! Je stärker auf beiden Seiten die Sozialdemokratie, je schwächer auf beiden Seiten der Nationalismus, um so berechtigter die Hoffnung auf nationale Verständigung! Daß der nationalistische Faschismus auch die Sudetendeutschen so stark erfaßt hat, daß Hitler - dessen Programm die Zusammenfassung aller Deutschen in einem Staate verheißt! - zu einem Nationalgott auch des sudetendeutschen Bürgertums geworden ist, das hat, weil es das tschechische Mißtrauen gegen die Sudetendeutschen wieder verstärkte, die nationale Verständigung, die Erfüllung deutscher nationalpolitischer Forderungen, ungemein erschwert." J. Hofbauer: Von deutscher Volksgemeinschaft, in: Der Kampf 2 (1935), 198-203, S. 202. Vgl. auch J. Hofbauer: Krise der Totalität, in: Der Kampf 3 (1936), 273-77, S. 273 f.

re Fehleinschätzungen feststellen. Mit Ausnahme der kleinen oppositionellen Gruppe um die Zeitschrift "Sozialistische Aktion" wurde vor allem die Wirkungsbreite und -tiefe der faschistischen Ideologie und Propaganda unterschätzt. Die Irrationalität des Phänomens Faschismus, das sich nur schwer mit dem rationalen sozialistischen Weltbild in Übereinstimmung bringen ließ, wurde erst sehr spät ab etwa 1936 erkannt. Statt dessen glaubte die DSAP an die Widerstandsfähigkeit des demokratischen Staates und die sachliche Überzeugungskraft der eigenen sozialistischen Programmatik. Sie vertraute auf die Wirksamkeit ihrer eigenen Propagandaarbeit, die Ausstrahlungskraft ihrer eigenen Politik in der Regierung und ihre organisatorische Stärke. Vor diesem Hintergrund ging besonders Hofbauer als Sprecher des Parteizentrums davon aus, die SHF/SdP werde über kurz oder lang an ihren inneren Widersprüchen und politischen Führungskrisen scheitern. Die soziale Basis der Henleinbewegung werde sich aus ihrer falschen politischen Frontstellung lösen und sich dem einzig tragfähigen Lösungsmodell - dem demokratischen Sozialismus - und seiner Trägerin - der DSAP - zuwenden.

Schon im Oktober 1933 glaubte Hofbauer einen nachhaltigen politischen Wandel des sudetendeutschen Bürgertums feststellen zu können. Nach dem Verbot der DNSAP und der DNP, mit der der demokratische Staat seine administrative Stärke und politische Entschlossenheit demonstrierte, habe sich bei ihnen die Einsicht eingestellt, daß eine sudetendeutsche Politik in der ČSR nur unter einer aktivistischen Zielsetzung zu gestalten sei. Diese politische Veränderung manifestierte sich in der Teilnahme breiter Kreise des Bürgertums am Nationalfeiertag, die er als ernstgemeintes Bekenntnis zum Staat interpretierte⁵⁶². Er verstand diese Wendung zudem als Kräftigung des Staates und als gute Ausgangsbasis für eine Verbesserung des tschechisch-deutschen Verhältnisses. War die nationalistische und irredentistische Illusion mit diesem Schritt der sudetendeutschen Bürger und Kleinbürger überwunden, zeigte sich für Hofbauer mit der Gründung der SHF, daß sich andere systemfeindliche Elemente bei ihnen nicht verändert haben. Dazu gehörten die Arbeiterfeindschaft und die antidemokratische Grundhaltung, die in der Ständeideologie, im Antimarxismus und im Führerkult der SHF zum Ausdruck kamen. Deshalb würde sich in nächster Zeit deutlich erweisen, daß die SHF "nicht die Lösung des sudetendeutschen Wirrwarrs" sein könne. "Als Auffangstellung für die vielen Zersprengten der nationalsozialistischen Truppen mag ja Henleins Heimatfront gerade denen, die in ihr eine getarnte Nazifront sehen, willkommen scheinen. Mit diesen Leuten aber wird er nicht die Partei des sudetendeutschen Bürgertums bilden können!" Trotz seiner insgesamt negativen Aussichten für die SHF warnte Hofbauer seine Partei davor, in der staatspolitischen Wendung des Bürgertums eine Sicherung gegen den Faschismus zu vermuten. "Hat dieses Bürgertum Hitler bejubelt, weil er die deutschen Arbeiter niedergeknüppelt hat, hat es gestern sich für den Nationalsozialismus begeistert, weil es von ihm die Niederringung der sudetendeutschen klassenbewußten Arbeiter erhoffte, so wird es morgen bereit sein, gemeinsam mit der tschechischen Bourgeoisie

⁵⁶² "Die noch vor vier Wochen heimlich das Hakenkreuz getragen, die noch im September in der Deutschen Nationalsozialistischen Partei die Trägerin der sudetendeutschen Zukunft gesehen und über die Grenzen hinüber zum Oberosaf wie zu einem erlösenden Gotte zugejubelt, marschierten hinter der tschechoslowakischen Fahne, klatschten den Reden zum Preis des demokratisch-republikanischen Staates Beifall, waren urplötzlich staatsbegeistert." J. Hofbauer: Von Illusion zu Illusion, in: Tribüne 6 (1933), 325-29, S. 325.

in einem tschechischen autoritären Staat die Arbeiter niederschlagen. So sehr auch wir das Verschwinden des grundsätzlichen deutschen Negativismus begrüßen - wir dürfen nicht außer acht lassen, daß die allgemeine deutschbürgerliche Wendung zum Aktivismus - jenseits aller Stände- und Heimatfront-Ideologien - zum Versuche werden wird, schließlich den Staat mitzubeherrschen, ihn wieder zu einem reinen Herrschaftsstaat der Bourgeoisie zu machen."⁵⁶³

Im Zuge des stetigen Zulaufs zur SHF war Hofbauer gezwungen, einige seiner optimistischen Einschätzungen zu revidieren und die bisherigen Erfolge der Henleinbewegung einzugestehen. Im Juni 1934 sah er die SHF als bereits so stark, daß sie für den tschechischen Faschismus koalitionsfähig sei. Er warnte deshalb davor, ihr Potential zu unterschätzen. Da längst nicht alle Arbeiter klassenbewußte Sozialisten seien, werde es der SHF als neuer politischer Kraft gelingen, mit den übernommenen Volksgemeinschaftsparolen auch Teile der Arbeiterklasse unter ihre Kontrolle zu bringen. Dennoch vertrat er unter Rückgriff auf die Analyse des Widerspruchs zwischen sozialer Basis und sozialer Funktion des Faschismus die These, daß es sich bei der SHF um ein vorübergehendes politisches Phänomen handeln werde⁵⁶⁴. Aus diesem Grund bedürfe es auch keiner Änderung der politischen Taktik gegenüber der SHF⁵⁶⁵.

Im Herbst 1934 gestand Hofbauer erstmals die Begrenztheit eigener politischer Möglichkeiten im Kampf gegen die Henleinbewegung ein. Er führte dies jedoch nicht auf die Stärke des Gegners zurück, sondern auf die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So habe sich zwar die Niederlage der Arbeiterbewegungen in Deutschland und Österreich positiv auf den Kampfswillen der klassenbewußten Arbeiter in der ČSR ausgewirkt, doch seien diese eben nicht gleichzusetzen mit der Arbeiterklasse, deren Mehrheit nun einmal nicht nach der sozialistischen Revolution frage, sondern sich nach unmittelbarer sozialer Sicherheit sehnt und deshalb denen folge, die eine solche versprechen⁵⁶⁶. An die tschechischen Koalitionspartner richtete er seinen Hinweis, daß die sudetendeutsche Arbeiterbewegung die einzige politische Kraft sei, die gegen den Faschismus kämpfe und den demokratischen Gedanken unter den Sudetendeutschen aufrechterhalte. Aus diesem Grund seien dringend erforderliche wirtschaftliche Hilfsmaßnah-

⁵⁶³ Ebd., S. 328 f.

⁵⁶⁴ "Nur Gewalt in einem faschistischen Staat kann, durch den Klassenkampf von oben, einige Zeit hindurch das Wirksamwerden sozialer und wirtschaftlicher Gegensätze verhindern. In einer Partei, die versucht, die widerstreitendsten Interessen zu vereinen, kann, auch bei autoritärer Führung, die Verkleisterung der Gegensätze nicht von langer Dauer sein. Die Vortäuschung gemeinsamer Interessen aller wird ebenso erkannt, wie die Vortäuschung des Schutzes der Demokratie. Für die marxistischen Arbeiter, gerade für die sudetendeutschen Marxisten, ist der Sang von der Volksgemeinschaft, ist dieses Locklied für die Arbeiter nicht neu... Immer ging es um die Gewinnung der Arbeiter. Und immer wurden die Volksgemeinschaftssänger und Propheten enttäuscht, weil die große grundlegende Erkenntnis der Arbeiter, daß es Volksgemeinschaft in einer klassengespaltenen Gesellschaft nicht gibt, daß sie erst möglich wird durch die Beseitigung der Klassen, unerschütterlich blieb. Wie sollte jetzt, da die Arbeiter an den erschütternden Beispielen der Versklavung der Arbeiter Deutschlands, der Entrechtung der Arbeiter Österreichs sehen, was die nationalistische Volksgemeinschaft ist, - wie sollte gerade jetzt diese Erkenntnis getilgt werden können?" J. Hofbauer: Sudetendeutsche Heimatfront, in: Der Kampf 1 (1934), 49-55, S. 54 f.

⁵⁶⁵ "Wir werden ruhig, aber freilich nicht untätig, die Entwicklung der Sudetendeutschen Heimatfront abwarten. Wir werden den Kampf gegen sie führen, wie wir ihn führen gegen jede bürgerliche Partei. Wir werden die politischen, die sozialen und kulturellen Interessen der sudetendeutschen Arbeiter wahren im gemeinsamen Klassenkampf mit den tschechischen Arbeitern, mit ihnen gemeinsam werden wir ehrlich jenen Kampf führen, den die anderen nur vortäuschen: den Kampf um die Erhaltung der demokratischen Republik!" Ebd., S. 55.

⁵⁶⁶ Vgl. J. Hofbauer: Die Politik der sudetendeutschen Sozialdemokratie, in: Der Kampf 1 (1934), 193-99, S. 194.

men für die Grenzgebiete nicht nur ein symbolischer Akt der Anerkennung für diesen Kampf, sondern eine Grundvoraussetzung für dessen Fortführung. Ebenso forderte er von der Regierung eine Einstellung der "fortschreitenden Tschechisierung", die sich nicht nur in der Dominanz der tschechischen Sprache manifestiere, sondern zunehmend in einer "nicht endenden Verdrängung Deutscher vom Arbeitsplatz, die jetzt auch schon sehr fühlbar wird in der Privatindustrie"⁵⁶⁷.

Nach der Saar-Abstimmung gelangte Hofbauer im Februar 1935 schließlich zu der Einsicht, daß eine Festigung der innenpolitischen Situation erst nach einer Veränderung der Lage in Deutschland möglich sei. Noch sei trotz wachsender Bedenken der Glaube der Deutschen an Hitler insgesamt zu groß, als daß er keine Ausstrahlung mehr auf die Auslandsdeutschen haben werde⁵⁶⁸. Ebenso war er jetzt gezwungen, seine These vom Herbst 1933 zu revidieren, das Verbot der DNSAP und der DNP habe eine staatspolitische Wendung des sudetendeutschen Bürgertums bewirkt. Vielmehr habe die Machtergreifung Hitlers und die Niederschlagung des Februar-Aufstandes in Österreich seine Abkehr vom tschechoslowakischen Staat zur Folge gehabt. Zunächst charakterisierte Hofbauer diesen Prozeß nur als "geistigen Irredentismus". Im Zuge dieser Entwicklung und der Tatsache, daß Tschechen und Deutsche in den Grenzgebieten nicht miteinander, sondern unter einem allgemeinen, von staatlicher Politik begünstigten Entfremdungsprozeß bestenfalls nebeneinander leben, sei es der SHF gelungen, "in verblüffend kurzer Zeit ein Staat im Staate, ein deutschnationaler Staat in der Tschechoslowakischen Republik"⁵⁶⁹ zu werden. Stellt diese Einsicht unzweifelhaft eine Weiterentwicklung und einen Lernprozeß in der Einschätzung des politischen Gegners durch den Autor dar, zeigte Hofbauer dennoch keine Bereitschaft, die Erfolge der SHF ihrer von den Vorgängerorganisationen unterschiedlichen politischen Strategie zuzuschreiben, sich als nationale Sammlungsbewegung zu präsentieren und damit den engen Rahmen des Systems politischer Parteien zu sprengen. Vielmehr blieb die SHF für Hofbauer weiterhin ein Faktor, der in der machtpolitischen Ebene angesiedelt ist. Er erklärte ihre Erfolge nun auch unter Rückgriff auf Agenten- und Verschwörungstheorien, indem er darauf verwies, daß es der SHF gelungen sei, sowohl die Mitglieder und die Anhängerschaft der DNSAP und der DNP zu übernehmen als auch ideologisch und politisch in die Reihen der übrigen bürgerlichen Parteien einzubrechen⁵⁷⁰. Auf dieser Grundlage gelang es der SHF über ihre nachgeordneten Organisationen - besonders über die karitativen - zu einer derartigen politischen Macht zu werden, "weil sie auf dem Gebiete der Fürsorge jenen moralischen Druck ausüben

⁵⁶⁷ J. Hofbauer: Gefährdete Demokratie, in: Der Kampf 1 (1934), 242-46, S. 244 f. Hofbauer kolportiert in diesem Zusammenhang auch das Gerücht, daß mittlerweile die Mitgliedschaft in der SHF eine Bedingung für den Erhalt eines neuen Arbeitsplatzes sei.

⁵⁶⁸ Vgl. J. Hofbauer: Von der Saar nach Záhoří, in: Der Kampf 2 (1935), 49-53, S. 50.

⁵⁶⁹ J. Hofbauer: Staat im Staate?, in: Der Kampf 2 (1935), 120-24, S. 121.

⁵⁷⁰ "Der Bund der Landwirt hat gerade dadurch, daß er schlau sein und durch Aufnahme der Stände-Lehre sich den Angriffen der Heimatfront entziehen wollte, den Feind selber in die eigenen Reihen eingeführt: er hat die gegnerische Ideologie zur eigenen gemacht und damit gehandelt wie die Trojaner, als sie ihre Mauern niederrissen, um dem verhängnisvollen Pferde einen Weg in die Stadt zu bahnen. Wenn der Landbund selber ständisch sein will, dann vermag ein großer Teil seiner Anhängerschaft nicht zu begreifen, warum man sich nicht gleich der großen allgemeinen, 'das ganze deutsche Volk' umfassenden ständischen Organisation der Sudetendeutschen Heimatfront zuwenden will." Ebd., S. 121.

kann, den die Heimatfront direkt nicht auszuüben vermöchte, und wichtig, weil sie mithilft, jene nationalistische Atmosphäre zu schaffen, in der schlechthin jeder, der nicht bei der Heimatfront steht, als Ausgestoßener aus der Nation gilt. Jene Atmosphäre, in der es mancherorts zur Selbstverständlichkeit geworden ist, daß der sozialdemokratische Arbeiter, mag er noch so hochqualifiziert sein, keine Arbeit mehr bekommt und Voraussetzung für das Erlangen einer Stelle die Empfehlung entweder des deutschen Turnvereins oder einer anderen deutschnationalen Organisation ist." Auf diese Weise schaffte sie eine Situation, in der "deutsch sein und zur Heimatfront zu gehören, ... für Unzählige gleichbedeutend [ist]". Sie alle bilden - geeint im gemeinsamen Glauben an die deutsche Volksgemeinschaft - eine nationale Verschwörungsgemeinschaft. Die Stärke und zugleich die größte Gefahr besteht für Hofbauer darin, daß "kein Redner der Heimatfront auch nur einen verfänglichen Satz zu sprechen [braucht], er kann mit Treuegelöbnissen zum Staat beginnen und schließen - die Hörer hören es anders und wissen, wie alles gemeint ist ... Man braucht einander nicht viel zu sagen, man versteht einander ohne Worte, jeder weiß vom anderen, daß er gleich fühlt und denkt, alle zusammen warten 'auf den Tag'."⁵⁷¹

Den erdrutschartigen Wahlsieg der SdP im Mai 1935 kommentierte Hofbauer mit einer Mischung aus politisch nicht haltbarem Zweckoptimismus und teilweise unreflektierten Schuldzuweisungen. So lautete seine schon zynisch anmutende Interpretation des Wahlausgangs: "Die tschechoslowakische Demokratie hat die Wahlschlacht gewonnen ... Nicht die Koalitionspolitik, nicht die Regierungsteilnahme deutscher Parteien ist abgelehnt worden!"⁵⁷² Die Gründe für den Erfolg der SdP sah Hofbauer zum einen in den sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise, die in den deutschen Gebieten schärfer seien als in den tschechischen. Genau wie in Deutschland war es die wirtschaftliche Verzweiflung, die die Menschen zum Faschismus trieb. Daß diese Wahlentscheidung der Sudetendeutschen nicht aus rationalem sondern aus emotionalem Antrieb erfolgte, zeigte sich für Hofbauer darin, daß sie die sozialen Auswirkungen der Krise fälschlich nicht dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zugeordnet haben. Die antikapitalistischen Implikationen der ständischen Programmatik der SHF wurden von Hofbauer also weiterhin in ihrer Bedeutung heruntergespielt. Zum zweiten schrieb er den Wahlerfolg Henleins der psychologischen Wirkung der Tschechisierung des öffentlichen Wirtschaftssektors zu, so daß die Parlamentswahl letztlich nur ein nationalpolitischer Protest war⁵⁷³. Darüber hinaus konnte die SdP so erfolgreich sein, weil sie der demokratische Staat gewähren ließ und die Anwendung von Terrormaßnahmen im Vorfeld der Wahlen nicht unterband. Und schließlich waren die Sudetendeutschen von einem "nationalistischen Rausch" erfaßt, gegen den die politisch besseren Argumente seiner Partei, die nach seiner Meinung jedoch keine Schuld an der Misere traf, wirkungslos blieben. "Nie hat ein Politiker ... nichtssagendere Reden gehalten als Konrad Henlein

⁵⁷¹ Ebd., S. 123 f.

⁵⁷² J. Hofbauer: Zwiespältiges Wahlergebnis in der ČSR, in: Der Kampf 2 (1935), 250-55, S. 250.

⁵⁷³ "Die Krisenwirkungen werden im sudetendeutschen Siedlungsraum verschärft durch den tschechischen Protektionismus. Wenn im Laufe der Jahre die Zahl der deutschen Staatsangestellten aller Art, der Eisenbahner, der Postler, stark zurückgegangen ist, wenn in den staatlichen Unternehmungen mehr und mehr tschechische Arbeiter und Angestellte an die Stelle deutscher traten, dann antworteten sehr häufig die benachteiligten Deutschen mit der Flucht in den Nationalsozialismus. Er hilft nicht, er ändert nichts, aber er ist seelische Reaktion auf wirkliches oder vermeintliches Unrecht." Ebd., S. 251.

... Es war die erst jetzt wirksam werdende Auswirkung des Machtantritts Hitlers in Deutschland und seiner Bewunderung erweckenden Machtpolitik, es war der große Wellenschlag des Faschismus über die Grenzen herüber, der die 'Sudetendeutsche Partei' emportrug.⁵⁷⁴ Rationales Abwägen hätte den SdP-Wählern hingegen zeigen müssen, daß sie in der ČSR freier leben können als im Deutschen Reich und daß sie als nationale Minderheit im politischen System der ČSR bessere Entwicklungschancen besitzen, wenn sie den demokratischen Weg beschreiten. Deshalb würden die einzigen Folgen des Wahlausgangs eine politische Schwächung der Sudetendeutschen in der Regierung sowie ein anwachsendes Mißtrauen der Tschechen ihnen gegenüber sein⁵⁷⁵. In der Frage, wie lange der nationalistische Rausch noch anhalten wird, wollte sich Hofbauer nicht festlegen. Er hielt es ebenfalls für nicht unwahrscheinlich, daß sich die SdP-Anhänger einem neuen Führer zuwenden werden, sobald das politische Scheitern Henleins offensichtlich wird⁵⁷⁶.

Auch Ludwig Czech hatte sich in seinem Referat auf dem Brünner Parteitag im Juli 1935, der sich nach dem Wahldebakel mit der Überprüfung der Parteistrategie beschäftigen sollte, zuversichtlich gegeben, daß die DSAP bald zu alter Stärke zurückfinden werde. Ausschlaggebend hierfür war für ihn die Übermacht an inneren Widersprüchen in der SdP, an denen die Partei scheitern werde. Überlegungen, daß Hitlers NSDAP mit denselben inneren Widersprüchen schon seit zweieinhalb Jahren ihren Verbrechensstaat konsolidieren konnte, wurden nicht angestellt oder zumindest mit Rücksicht auf die angeschlagene Moral der Partei in der Öffentlichkeit vermieden⁵⁷⁷. Noch ein Jahr später klammerte sich Hofbauer an diese vage Hoffnung.

⁵⁷⁴ Ebd., S. 252 f.

⁵⁷⁵ "Henleins Partei wird politisch ohnmächtig sein, ihre Stimmen werden nicht ins Gewicht fallen. Sie wird ihre zahlenmäßige Stärke im Parlament nicht auswerten können. Henlein wird mit der Scheinmacht, die ihm die Wahlen gegeben haben, nichts anfangen können. Deshalb wird dem nationalen Rausch früher oder später eine Ernüchterung folgen müssen. Denn alle, die gläubig dem neuen selbsternannten Führer nachliefen und von ihm Wunder erwarteten, werden schwer enttäuscht werden. Nichts wird sich ändern, keine der hohen Hoffnungen wird erfüllt werden." Ebd., S. 255. Übereinstimmend heißt es in der politischen Resolution des X. Parteitags: "Die sudetendeutsche Partei ist trotz ihres großen Wahlsieges zur Erfüllung dieser Aufgabe [der aktiven Mitwirkung des Sudetendeutschums an der Staatspolitik, C.S.] unfähig. Sie vermag sich, das sie den Totalitätsanspruch nicht aufgeben kann, ohne sich selbst aufzugeben, in die demokratische Zusammenarbeit nicht einzufügen, welche die einzig mögliche Form der politischen Mitbestimmung des sudetendeutschen Volkes im tschechoslowakischen Staate ist." Protokoll des X. Parteitags der DSAP (1935), S. 118.

⁵⁷⁶ "Aber wenn der Prozeß der Ernüchterung einsetzt, kommt auch wieder die Zeit erhöhter Wirksamkeit der Sozialdemokratie. Als Partei, in ihren Organisationen, wurde die Sozialdemokratie keineswegs geschwächt. Aber sie vermochte in diesem Wahlkampf nicht über die Reihen ihrer organisierten, ihrer politisch geschulten Anhänger hinauszuwirken. An der Gesinnungstreue, an der marxistischen Schulung ihrer wirklichen Anhänger, der Sozialdemokraten, prallte die nationalistische Agitation ab. Aber die Sozialdemokratie vermochte mit ihrer Propaganda nicht an die Massen der unorganisierten, deshalb auch politisch ungeschulten Arbeiter heranzukommen. Dem Nationalismus gelang nicht ein Einbruch in die Reihen der Sozialdemokratie, wohl aber ein sehr erfolgreicher Einbruch in die Reihen der sozialdemokratischen Wählerschaft. Sie zurückzugewinnen ist eine sehr schwere Aufgabe. Aber keine aussichtslose! Und sie wird um so eher zu erfüllen sein, je weniger die Partei nur auf Wählergewinnung bedacht ist, je mehr sie Viktor Adlers Mahnung beherzigt, daß Wählergewinnung zwar notwendig, die Erziehung der Arbeiter zu Sozialdemokraten aber ungleich wichtiger ist." J. Hofbauer: Zwiespältiges Wahlergebnis in der ČSR, in: Der Kampf 2 (1935), 250-55, S. 255.

⁵⁷⁷ "Blicken Sie einen Augenblick ins Lager unserer Gegner hinüber! Sehen Sie sich die dort aus den wirtschaftlich und sozial divergierenden Elementen zusammengewürfelte Gesellschaft an, die, wenn sie ihre Versprechen einlösen will, an ihren inneren Gegensätzen zugrundegehen muß. Das wird sich natürlich nicht schon in den nächsten Stunden vollziehen, aber sofort in dem Augenblick, in dem sich die mit hochfliegenden Hoffnungen erfüllten Wählerschichten des großen Betrugers bewußt werden, der an ihnen im Wahlkampf verübt wurde und dem sie so schmachvoll zum Opfer gefallen sind." Protokoll des X. Parteitags der DSAP (1935), S. 35.

Im Zusammenhang mit dem Machtkampf zwischen dem Kameradschaftsbund und dem nationalsozialistischen Flügel der Partei verwies er im Sommer 1936 auf den politisch-ideologischen Richtungsstreit, der zwar auch in persönlichen Rivalitäten begründet liege, aber letztlich doch auf die soziale Zusammensetzung der Partei zurückzuführen sei. Demnach bestehe die SdP aus den alten Nationalsozialisten und Deutsch-Nationalen, naiven Arbeitern und Kapitalisten. Die sich hieraus ergebenden sozialen Gegensätze, "die zutiefst in den Klassenverhältnissen bedingte Gegensätze sind, lassen sich zwar auf einer Amtswaltertagung durch Führerreden, nicht aber für die Dauer in der Partei überbrücken. Es wird weiterkriseln. Denn wie soll auf die Dauer der naive Glaube der nationalsozialistischen Arbeiter an einen - wenn auch noch so nebulös vorgestellten - 'Sozialismus' in Einklang gebracht werden mit der durch die Volksgemeinschaftsverkleidung nicht harmloser gewordenen Unternehmerbrutalität, wie der nationale Radikalismus mit der Realpolitik, die mit dem tschechoslowakischen Staat zu rechnen gelernt hat?"⁵⁷⁸ Verstärkt würden diese Widersprüche durch Henleins Bekenntnis zum nationalsozialistischen Deutschland in seiner Egerer Rede, mit dem nunmehr auch die letzten pseudo-sozialistischen Hoffnungen der sozialen Basis der SdP zerstört sein müßten⁵⁷⁹.

Eine divergierende perspektivische Einschätzung für die SHF/SdP läßt sich bei Jaksch finden. War er im Herbst 1933 noch der Ansicht, daß die krisenbewährte sudetendeutsche Arbeiterbewegung ausreichend gerüstet sei, den Entscheidungskampf um Demokratie oder Faschismus, Sozialismus oder Kapitalismus mit der Henleinbewegung aufzunehmen und alsbald für sich entscheiden zu können⁵⁸⁰, ging er bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen davon aus, daß der Faschismus die innenpolitische Entwicklung der ČSR auf lange Sicht bestimmen werde. Sollte der SdP der erwartete Wahlerfolg beschert werden - so seine sich im Mai 1935 bestätigende Einschätzung -, dann werde sie ihre Kräfte zu einer ausschließlich destruktiven Politik einsetzen. Während die Völker von "Rußland über Skandinavien, England und bis Amerika" der Systemkrise mit dem Willen zu "wirtschaftlicher und sozialer Neugestaltung" begegnen, wollen die Deutschen, "soweit sie traditioneller sozialistischer Gesinnung entbehren, und das ist die Volksmehrheit, ... die Misere der kapitalistischen Niedergangsepoche kompensieren mit nationaler Machtpolitik"⁵⁸¹. Dies war für Jaksch das übereinstimmende politisch-ideologische Fundament sowohl der NSDAP als auch der SdP. Die Henleinbewegung werde sich an einem konstruktiven gesellschaftlichen Aufbau in der ČSR nicht beteiligen, denn "Ziel und Zweck ihrer

⁵⁷⁸ J. Hofbauer: Krise der Totalität, in: Der Kampf 3 (1936), 273-77, S. 275.

⁵⁷⁹ "Denn so wie die Sudetendeutsche Partei Fleisch vom Fleische und Geist vom Geiste der Hitlerpartei ist, so ist ihre Krise symptomatisch für das Fortwirken der sozialen Kräfte innerhalb jedes totalitären Systems. Hier, wo der staatliche Zwang der Partei noch nicht zur Verfügung steht, kann und muß das Wirken dieser Kräfte sichtbar werden und zu einer Krise führen. Im totalitären Staate unterdrückt die Staatsmacht jede Äußerung der Unzufriedenheit, täuscht die nach innen angewendete, gegen das eigene Volk ausgeübte Gewalt nach außen hin eine nicht existierende Volksgemeinschaft vor. Aus dem Zustande der von einer Krise gepackten totalen Partei kann auf das Wesen des totalen Staates geschlossen werden. Anhänger der Totalitätsidee, die nicht so sehr in den gewaltig gesteigerten militärischen Apparaten als in der vermeintlichen inneren Geschlossenheit die Kraft des totalen Regimes zu sehen gewohnt waren, mögen durch solche notgedrungenen Vergleiche zu einer Revision ihrer Anschauungen geführt werden." Ebd., S. 277.

⁵⁸⁰ Vgl. W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 355.

⁵⁸¹ W. Jaksch: Die Schlacht des Arbeiters um sein Recht und sein Brot, in: Der Kampf 2 (1935), 193-95, S. 193.

Existenz ist es, in der Wirrnis der Krise möglichst viel Macht zusammenzuraffen für eine als nationales Machtstreben deklarierte kapitalistische Interessenpolitik ... Sie wollen weder Planwirtschaft, noch Brot für die Arbeitslosen, noch Arbeit für die Jugend. Sie wollen die Herrschaft über den arbeitenden und darbenden Menschen zurückgewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden sie das Wirtschaftschaos noch kaltblütig vergrößern."⁵⁸² Auch das Verhalten bei der Präsidentenwahl im Herbst 1935 habe gezeigt, daß die SdP alles daran setzen werde, eine ruhige politische Entwicklung in der ČSR um jeden Preis zu verhindern. "Nur als Unruhefaktor in unsicheren Verhältnissen vermag sie ihren Daseinszweck zu erfüllen."⁵⁸³

Anders als Hofbauer war Jaksch jedoch der Meinung, daß sich interne Spannungen und Krisen in der SdP nicht aus dem auch von ihm festgestellten Widerspruch zwischen sozialer Basis und sozialer Funktion ergeben werden, sondern viel eher aus den eingeschränkten Möglichkeiten, die eine "Totalitätspartei" im demokratischen System besitzt, um zersetzend auf die innen- und außenpolitische Entwicklung der ČSR einzuwirken. Schon die Maßnahmen zur Festigung der Kleinen Entente, die Volksfrontregierung in Frankreich und die Verteidigungsbündnisse mit der UdSSR stellten seiner Ansicht nach "ungefähr das Gegenteil dessen dar, was Herr Henlein brauchen würde. Eine Bewegung von dieser Art verträgt eine Defensivhaltung schwerer als eine konsolidierte Partei. Henleins Leibgarde lechzt nach Radau, nach Überraschungen und Überrumpelungen. Sie will marschieren, sie braucht Sensationen. All das kann eine Partei nicht haben, die unter dem Gesetz der Demokratie Politik machen muß. Immer wieder müssen sich aus einem solchen Zustande krisenhafte Spannungen in der SdP ergeben." Jaksch sah es keineswegs als ausgemacht, daß die Sudetendeutschen um jeden Preis von Hitler befreit werden wollten. "Bietet sich ihnen eine andere Möglichkeit, aus der als unhaltbar empfundenen Lage herauszukommen, so werden sie ganz undogmatisch danach greifen." An diesem Punkt berührten sich Jakschs Prognosen also wieder mit den Einschätzungen des Parteizentrums. Dies zeigt deutlich, daß die DSAP bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre der festen Überzeugung war, durch eigene politische und organisatorische Stärke bei entsprechender Unterstützung durch das tschechische Regierungslager eine Umkehr der politischen Präferenzen der Sudetendeutschen herbeiführen zu können. Im Gegensatz zu Hofbauer und als politische Untermauerung seines kurz zuvor erfolgten jungaktivistischen Vorstoßes stellte sich für Jaksch der Kampf gegen die SdP jedoch weniger als ein Problem der Agitation dar, die zudem erst in der Situation einer parteiinternen Führungskrise Erfolge zeitigen könnte. Sie war für ihn vorrangig eine Aufgabe pragmatischer, konstruktiver Staatspolitik. "Was die sudetendeutsche Bevölkerung in erster Linie braucht, um die Geister der Negation zu überwinden, das ist die durch Tatsachen gestützte Hoffnung, daß sie auf dem Boden des Staates wieder neue Lebensmöglichkeiten finden kann. Daß sie die reale Möglichkeit eines gesicherten sozialen, kulturellen und nationalen Daseins innerhalb der Staatsgrenzen aufgetan sieht. Daß sie wieder Vertrauen fassen kann in die Bereitschaft der tschechischen Politik, die Sudetendeutschen als Subjekt der Staatspolitik gelten zu lassen und sie danach zu behandeln. Und der deutsche Aktivismus braucht zu seiner neuen Ent-

⁵⁸² Ebd., S. 194.

⁵⁸³ W. Jaksch: Um den Durchbruch, in: Der Kampf 3 (1936), 221-23, S. 221.

faltung die Sicherheit, daß er künftig nicht mehr von rückwärts beschossen wird durch die Geschosse bürokratischer und nationalistischer Dummheit."⁵⁸⁴ Die Gelegenheit zu der erforderlichen sozial- und nationalpolitischen Offensive betrachtete Jaksch im Juni 1936 als keineswegs verstrichen. Auch wenn er die Situation in den Grenzgebieten im Dezember 1936 noch düsterer als "eine Art psychologischer Ausnahmezustand"⁵⁸⁵ beschrieb, in dem nunmehr die große Mehrheit auf Hitler wartet, blieb er bei seinen Forderungen, durch Reformprojekte die antifaschistischen Kräfte unter den Sudetendeutschen zu stärken. An dieser politischen Linie hielt er bis 1938 vehement und zielstrebig fest.

5.2. Die Grundlagen für die Erarbeitung einer antifaschistischen Strategie

5.2.1 Aufgabe der Nichteinmischungspolitik und Analyse der strategischen Fehler der SPD

Als Ausgangspunkt und Grundvoraussetzung für die Neuformulierung einer antifaschistischen Strategie der eigenen Partei sowie der gesamten sozialdemokratischen Bewegung wurde nach der Machtergreifung Hitlers in den theoretischen Diskussionen der DSAP die Analyse des politischen Scheiterns der SPD begriffen. Für alle Autoren in den programmatischen Organen der DSAP stand außer Frage, daß die reichsdeutschen Genossen schwerwiegende strategische und taktische Fehler begangen hatten. Aus diesem Grund wurde von allen Flügeln der DSAP eine Generalreinigung der ideologischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie für unabdinglich betrachtet. Ebenso läßt sich eine allgemeine Tendenz erkennen, die dem deutschen Revisionismus, wie er sich seit dem Krieg in der Regierungsverantwortung herauskristallisiert hatte, kritisch gegenüberstand und die teils aufgezwungene, teils dankbar übernommene Rolle der Weimarer SPD als staatstragender Partei vom jeweiligen politischen Standpunkt aus negativ bewertete. Dabei forderte eine Strömung in der sudetendeutschen Sozialdemokratie, die vor allem den Standpunkt der Meinungsführer im Parteivorstand um Ludwig Czech, Siegfried Taub, Carl Heller und Robert Wiener repräsentierte, von der Sopade eine ideologische Erneuerung

⁵⁸⁴ Ebd., S. 222.

⁵⁸⁵ "Mit religiöser Inbrunst sind die Hitler-Anbeter darauf versessen, dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland alle nur denkbaren Lichtseiten abzugewinnen. Sie scheinen einen Rütli-Schwur abgelegt zu haben. Augen und Ohren zu verschließen gegenüber allen Tatsachen und Meldungen, welche die Nazi-Herrschaft im Reiche anklagen. Das ist eine typische Grenzland-Psychose, ein Zerrbild dessen, was in Deutschland wirklich vorgeht... So bilden die hitlertreuen Sudetendeutschen in angestammter provinzieller Borniertheit wieder einmal den Nachtrab in der gesamtdeutschen Entwicklung. Anderwärts sind aus konfessionellen, bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen mehr oder minder nachhaltige Widerstandsregungen gekommen. Im sudetendeutschen Lager fehlt bisher außerhalb der Sozialdemokratie der Mut zu einer vernunftsbestimmten Haltung gegenüber dem Blendwerk des Nazismus... Wollen wir uns darüber keiner Täuschung hingeben, wie groß die Zahl unserer Volksgenossen ist, die im Streufeld der nazistischen Propaganda leben! Daneben mag es eine wachsende Gruppe unentschiedener geben, die vorsichtig abwartet, auf welche Seite sich der Erfolg in dem heißen Ringen neigt. Die Frage, ob Hitler kommt oder nicht, bleibt jedenfalls auf absehbare Zeit hinaus der Ausgangspunkt der politischen Orientierung der sudetendeutschen Menschen." W. Jaksch: Unsere Aufbau-Offensive, in: Der Kampf 3 (1936), 461-63, S. 461.

durch eine konsequente Rückkehr zu den marxistischen Grundlagen der Bewegung. Der andere Flügel der DSAP, der sich um Wenzel Jaksch gruppierte - und bis zu einem gewissen Zeitpunkt auch von Emil Franzel unterstützt wurde -, rief die SPD dazu auf, alte, aus dem Historischen Materialismus abgeleitete Doktrinen über Bord zu werfen und die Strategie des sozialrevolutionären Befreiungskampfes mit angeblich eingetretenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen abzugleichen, um die Partei auf diese Weise auch für nicht-proletarische Bevölkerungsgruppen zu öffnen.

Interessanterweise erhoben sich in den theoretischen Zeitschriften der DSAP jedoch keine Stimmen gegen die perspektivische Fehleinschätzung der Nationalsozialisten seitens der SPD. Dieses Unterbleiben muß damit erklärt werden, daß die Parteitheoretiker - ebenfalls unschlüssig und verunsichert über die Entwicklung der Henleinbewegung - selbst keine überzeugenden Erklärungen hierfür hatten und sich deshalb im Einklang mit den Exulanten lieber in die Hoffnung verstiegen, bei Hitler werde es sich um ein kurzfristiges Problem handeln. Die Tolerierung der Präsidialkabinette und das Stillhalten gegenüber von Papen und Schleicher wurden, wie eingangs dargestellt, zwar als entscheidende Etappen auf dem Siegeszug Hitlers gekennzeichnet, den SPD-Politikern, anders als in der ČSD, aber nicht als taktische Fehler vorgehalten. Weiterhin ist auffällig, daß den Mitgliedern der Sopade nicht angelastet wurde, daß sie keine ausreichenden Anstrengungen zur rechtzeitigen Überwindung der Spaltung der politischen Arbeiterbewegung unternommen hatten, was sicherlich auf die eigenen Ressentiments der Partei gegenüber der KPTsch zurückzuführen ist.

Neben der intensiven Beschäftigung mit dem Schicksal der SPD spielte die Aufarbeitung und Bewertung der Niederlage der österreichischen Sozialisten nur eine untergeordnete Rolle und wurde mehr oder weniger als tragische Wiederholung der reichsdeutschen Entwicklung rezipiert. Die Ursachen für diese Fokussierung auf die Auffindung der Gründe für den Untergang der SPD, die bei den tschechischen Sozialdemokraten in diesem Ausmaß nicht stattfand, sind sicherlich vielschichtig. Zum einen ist hierfür eine gewisse emotionale Nähe zur reichsdeutschen Arbeiterbewegung ausschlaggebend gewesen, die in sprachlich-kulturellen Übereinstimmungen und persönlichen Verbindungen begründet lag. Zum anderen bot sich den Sozialdemokraten von der politischen Peripherie, die zudem in der internationalen Sozialistengemeinde bislang vor allem durch ihr Gezänk mit den tschechischen Sozialdemokraten aufgefallen waren, nun erstmals die Möglichkeit, den 'Begründern' des modernen Sozialismus den Spiegel vorzuhalten und sich im Gegenzug selbst durch wohlmeinende Ermahnungen und Ratschläge in die internationalen Diskussionsforen einzubringen. Hierzu bot die Zusammenlegung des über die Landesgrenzen hinaus wenig beachteten theoretischen Organs der DSAP mit der programmatischen Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokraten "Der Kampf" im Mai 1934 zudem eine vorteilhafte Ausgangslage, um international Gehör zu finden. Bestärkt wurde dieses Phänomen dadurch, daß der bedeutende Teil der verfolgten deutschen Sozialisten in der ČSR Zuflucht gefunden hatte und damit auch quasi physisch greifbar war. Ergänzt durch die Vertreter sozialistischer und kommunistischer Splittergruppen, Gewerkschafter, verfolgte Intellektuelle und ehemalige Nationalsozialisten war Prag zum geographischen Zentrum theoretischer Auseinandersetzungen.

zungen über die Richtigkeit und die Fehler sozialistischer Politik gegen Hitler und für die Ausarbeitung einer neuen antifaschistischen Strategie geworden. Außerdem wurde von den sudetendeutschen Sozialdemokraten unmittelbar die ganze Tragweite der Machtergreifung Hitlers für die europäische Entwicklung und damit auch für die Zukunft der ČSR und der eigenen Bewegung erkannt. Aus diesem Grund erklärte Josef Hofbauer direkt nach dem offiziellen Parteiverbot der SPD im Juni 1933 den bislang in der SAI geltenden Grundsatz der Nichteinmischung in die innerstaatlichen Belange einer Schwesterpartei für aufgehoben und begründete diesen Schritt rein pragmatisch damit, daß die "furchtbare Niederlage der Sozialdemokratie Deutschlands so weit und so stark in die Ferne und in die Zukunft [wirke], die Politik der SPD sich in ihren - freilich ungewollten - Ergebnissen als eine so gründliche Beeinflussung nicht nur der politischen Wirkungsmöglichkeiten, sondern des Schicksals anderer Arbeiterparteien [darstelle], daß Verzicht auf den Grundsatz der Nichteinmischung geradezu zur Pflicht wird". Dahinter verbarg sich die unausgesprochene Hoffnung, daß eine Rückkehr zu 'normalen' Verhältnissen in Deutschland durch einen Sturz Hitlers zwangsläufig die angespannte innenpolitische Lage in der ČSR entschärfen würde, denn die Vorbildfunktion, die das Deutsche Reich für die nationalrevolutionäre Radikalisierung weiter Kreise unter der sudetendeutschen Bevölkerung ausübte, wurde schnell erkannt und in der Folgezeit systematisch problematisiert⁵⁸⁶. Gleichzeitig mahnte Hofbauer jedoch, daß die Kritik seitens der Schwesterparteien sich nicht auf bereits erfolgte Fehler beschränken dürfe, sondern eine eindeutig nach vorwärts gerichtete Perspektive einschließen müsse, denn "was die deutsche Sozialdemokratie tun wird, tun soll, ist Schicksalsfrage der gesamten Arbeiterklasse"⁵⁸⁷. Für die DSAP verstand es sich somit von selbst, daß die Partei "den Unterdrückten treue Weggenossen sein" müsse. Diese Bekundung internationaler Solidarität wurde aber stets mit der Einschränkung verbunden, den Exulanten "Weg und Erkenntnis finden [zu] helfen"⁵⁸⁸.

Während sich die DSAP einerseits bei der organisatorischen und materiellen Hilfe für die Sopade und einzelne reichsdeutsche Emigranten bis an die Grenzen eigener Belastbarkeit engagierte⁵⁸⁹, läßt sich andererseits bei der gesamten Diskussion über vermeintliche strategische und

⁵⁸⁶ Vgl. z.B. W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 355; J. Hofbauer: Von der Saar nach Záhoří, in: Der Kampf 2 (1935), 49-53, S. 50; J. Hofbauer: Krise der Totalität, in: Der Kampf 3 (1936), 273-77, S. 273 f.

⁵⁸⁷ J. Hofbauer: Die Aufgaben der deutschen Emigration, in: Tribüne 6 (1933), 295-97, S. 295. Die Ansicht, daß eine Analyse der SPD-Fehler kein Selbstzweck sein und sich nicht nur auf ihre taktischen Implikationen beschränken dürfe, sondern eine ideologische Überprüfung sozialdemokratischer Politikstrategie nach sich ziehen müsse, wurde von den Vertretern anderer Flügel in vollem Umfang geteilt. Vgl. E. Franzel: Hitlers neue Außenpolitik, in: Tribüne 6 (1933), 321-25, S. 231 und W. Jaksch: Frührot über Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 241-47, S. 246.

⁵⁸⁸ K. Kern: Hitlers großes Jahr, in: Arbeiter-Jahrbuch 1934, 189-200, S. 189.

⁵⁸⁹ Höhe und Ausmaß der Hilfen der DSAP für die sozialdemokratischen Flüchtlinge sind in der Forschung vielfach beziffert und diskutiert worden. Vgl. dazu Vl. Škrdl: Postoj československé veřejnosti k německé anti-fašistické emigraci v letech 1933-1935, in: SIP 79 (1990), S. 100-114; M.K. Bachstein: Die Hilfe der sudetendeutschen Sozialdemokratie für reichsdeutsche Flüchtlinge, in: BohZ 28 (1987), S. 369-76; und ders.: Die Beziehungen zwischen sudetendeutschen Sozialdemokraten und dem deutschen Exil: Dialektische Freundschaft, in: P. Becher/P. Heumos: Drehscheibe Prag. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933-1939, München 1992, S. 41-52. Weitere Hinweise finden sich aus Sicht der DSAP bei E. Paul: Was nicht in den Geschichtsbüchern steht, 3 Bde., München 1961 ff., besonders Bd. 3 (1972), S. 15 ff. Vgl. für die Darstellung des DSAP-Engagements seitens des Parteivorstandes Fünf Jahre Kampf und Arbeit! (1938), a.a.O., S. 87-90. Für die umge-

taktische Irrtümer der SPD feststellen, daß innerhalb der sudetendeutschen Sozialdemokratie sehr schonungslos über das frühere Verhalten der reichsdeutschen Genossen, ihre Aufarbeitung begangener Fehler und ihre politisch-programmatische Neupositionierung gerichtet wurde. Dabei ist auffällig, daß keiner der Parteitheoretiker die besondere Situation der politisch Verfolgten nachvollziehen oder auch nur ansatzweise Verständnis dafür aufbringen konnte, daß alle Reaktionen und Ansätze zur Neuorientierung bei den Mitgliedern der Sopade immer auch auf die äußeren Umstände des Exils zurückzuführen waren. Aus einer Vielzahl von Untersuchungen in der Exilforschung⁵⁹⁰ wissen wir mittlerweile um die weitreichende Bedeutung des erlittenen Kontinuitätsbruchs. Das Feld politischer Aktivität ist im Exil von der eigentlichen politischen Arena abgeschnitten, persönliche und soziale Beziehungen sind unterbrochen, und die bisherige kulturelle und sprachliche Identität ist im fremden Umfeld empfindlich gestört. Exulanten reagieren auf diesen signifikanten Lebenschnitt in unterschiedlichen Verhaltensmustern. Entweder kommt es zu einer deutlichen Abgrenzung und Ablehnung der kulturell-nationalen Identität oder zur Betonung, z.B. zu einem anderen, besseren Deutschland zu gehören. Bei politischen Exulanten ist zudem oftmals zu beobachten, daß die eigene Partei oder Bewegung zur neuen Heimat stigmatisiert wird. Vor diesem Hintergrund ist dann zu verstehen, daß sich die Opfer eines politischen Umsturzes überwiegend in einer ans Irrationale grenzenden Weise als die einzig legitimen Vertreter des Volkswillens und als die wahren Patrioten betrachten⁵⁹¹. Diese mitunter grotesken Reaktionen sind vor allem sozialpsychologisch begründet, denn Politiker, die zuvor wichtige Entscheidungsfunktionen innehatten oder stets im Zentrum öffentlichen Interesses standen und deren politisches Potential im Exil faktisch ungenutzt bleibt, brauchen unter den veränderten Umständen ein weitaus höheres, aber anders gelagertes Maß an persönlichem Halt, um den Zustand politischer Verfolgung, wirtschaftlichen Drucks und gesellschaftlicher Ausgrenzung ertragen zu können. Nur so ist zu erklären, daß Mitglieder der Sopade ihre politischen Ziele kompromißloser als zuvor in der Regierungsverantwortung mit dem nationalen Interesse

kehrte Perspektive der Sopade thematisiert die Bedeutung der Hilfen vor allem B. Seebacher-Brandt: Ollenhauer, Biedermann und Patriot, Berlin 1984.

⁵⁹⁰ Ausgehend von einem großen Förderprojekt der DFG hat sich der Forschungsstand im deutschsprachigen Raum zu diesem Problemkreis seit den achtziger Jahren erheblich verbessert und sich mit der 'Exilforschung' ein interdisziplinärer Forschungszweig etabliert. Vgl. den Bericht eines Kolloquiums der Förderprojekte M. Briegel/W. Frühwald (Hrsg.): Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogramms "Exilforschung" der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Forschungsbericht, Weinheim 1988. Mit der Zeitschrift "Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch" erscheint seit 1983 ein eigenes Forum zur Exilproblematik. Eine vorläufige Zusammenfassung der Exildiskussion in der deutschen und der tschechischen Bohemistik gibt der Sammelband Becher/Heumos (1992), a.a.O. Als Ergänzung ist erwähnenswert die ältere Arbeit von H.E. Tutas: Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration, 1933-1939, München-Wien 1975.

⁵⁹¹ Die Auffassung, der Kampf gegen den Nationalsozialismus sei eine nationale Pflicht, wurde von der Wels-Stampfer Gruppe in der Sopade vor allem damit begründet, daß Hitler das deutsche Volk in den wirtschaftlichen Untergang führe. Das wahre Deutschland war für sie jedoch durch die Ideen des demokratischen Sozialismus und des Humanismus, seine Kulturgröße und seine Bereitschaft zu einem friedlichen Nebeneinander in der europäischen Völkergemeinschaft bestimmt. Vgl. dazu Matthias (1952), a.a.O., S. 89 ff. und 158 ff.

gleichsetzten. Oftmals ist auch zu beobachten, daß die Rechtfertigung früherer Standpunkte zu einem primären Anliegen politischen Engagements wird⁵⁹².

Als weiterer komplizierender Faktor kommt hinzu, daß politisch gescheiterte Parteivorstände im Exil fortwährend um den Führungsanspruch in ihrer Partei und ihrer Bewegung kämpfen müssen. Innerparteiliche Oppositionsgruppen nutzen die durch die politische Niederlage bedingte Schwäche der Führungen aus, um ideologische Streitigkeiten nun offen auszutragen. Persönliche Differenzen und latente Animositäten verleihen der unter diesen Bedingungen geführten Diskussion eine neue Dynamik. Bei der Sopade kam erschwerend hinzu, daß im Exil ein Generationskonflikt innerhalb der deutschen Sozialdemokratie aufbrach⁵⁹³, der sich zwar schon mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise angedeutet hatte⁵⁹⁴, aber zuvor nicht hatte ausgetragen werden können, und der in einen heftig geführten Richtungsstreit mündete. Die 'neue Linke' in der SPD sammelte sich im Exil um die Gruppe "Neu Beginnen", die vor allem mit den Namen Walter Loewenheim und Richard Löwenthal verbunden ist⁵⁹⁵. Die 'alte Linke'

⁵⁹² Wie Stöver gezeigt hat, war der tatsächliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus nur ein Bestreben weniger Exulanten. Vgl. B. Stöver: Loyalität statt Widerstand. Die sozialistischen Exilberichte und ihr Bild vom Dritten Reich, in: VfZ 43 (1995), S. 437-71.

⁵⁹³ Eindrucksvoll dokumentieren läßt sich der Generationskonflikt schon allein am Durchschnittsalter der unterschiedlichen Gremien. Während die Mitglieder der Gruppe Neu Beginnen 1935 durchschnittlich 29 Jahre alt waren, betrug das Durchschnittsalter der Sopade, ohne die Anfang 1935 ausgeschlossenen Aufhäuser und Böchel (Jg. 1884), 49 Jahre und lag damit sogar um ein Jahr höher als der letzte SPD-Vorstand. Vgl. die Zahlen bei U. Langkau-Alex: Zwischen Tradition und neuem Bewußtsein. Die Sozialdemokraten im Exil, in: Briegel/Frühwald (1988), 61-77, S. 66 f.

⁵⁹⁴ Ende der zwanziger Jahre forderte zunächst der radikale linke Flügel in der SPD eine drastische Veränderung der Parteistrategie und -taktik in Richtung eines militant und unter Einschluß der KPD geführten Klassenkampfes. Die Mehrzahl dieser Gruppe waren ehem. Kommunisten, die sich in Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Krise als die wahren Vertreter der revolutionär-marxistischen Parteitradition sahen. Vgl. hierfür stellvertretend S. Marck: Reformismus und Radikalismus in der deutschen Sozialdemokratie. Geschichtliches und Grundsätzliches, Berlin 1927; und ders.: Sozialdemokratie, Berlin 1931.

Zwischen den beiden Polen des revolutionären Marxismus und des politischen Legalismus der Parteiführung entstand eine Gruppe junger Sozialdemokraten, die vor allem von Carlo Mierendorff repräsentiert wurde. Sie suchte den Generationswechsel an der Parteispitze herbeizuführen und schlug vor, patriotische Elemente in das sozialistische Programm aufzunehmen und die Nationalsozialisten durch die verstärkte Anwendung manipulativer Propagandatechniken anstelle der bislang verfolgten rationalen Überzeugungstaktik zu schlagen. Insgesamt ist diese Strömung, die dann mit Kurt Schumacher und Julius Leber nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung der SPD erlangte, in der Tradition des ethischen und vaterländischen Sozialismus Lassallescher Prägung zu sehen. Vgl. grundlegend C. Mierendorff: Der sozialistische Weg, in: Sozialistische Monatshefte 38 (1932), S. 989-93.

⁵⁹⁵ Diese Gruppe, die insgesamt dem linkssozialistischen Flügel zugerechnet werden muß, entstand 1929 unter der Bezeichnung "Leninistische Organisation". Ihre Mitglieder kamen überwiegend aus der kommunistischen Bewegung. Ziel der Gruppe war es, SPD und KPD zu einer revolutionären Einheitspartei zu verschmelzen, die stark genug sein sollte, die politische Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten für sich zu entscheiden. In Anlehnung an die Erfahrungen der Bolschewiki im Zarenreich arbeitete die Gruppe - im Gegensatz zur 'alten Linken' - konspirativ und über Parteigrenzen hinweg, weshalb niemals klar abgegrenzt werden konnte, wer nun dazu gehört und wer nicht. Internationale Beachtung fand die Gruppe im September 1933 mit ihrer programmatischen Schrift "Neu Beginnen" von W. Loewenheim unter dem Pseudonym Miles, dessen Einschätzung über die Entstehung des Nationalsozialismus, seiner Resistenzfähigkeit und dessen Formulierung von politischen Grundsätzen einer antifaschistischen Strategie sich nicht nur von den Positionen der Sopade, sondern auch von denen anderer sozialistischer Splittergruppen deutlich absetzte.

Vgl. zur Entstehung besonders K. Kliem: Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich dargestellt an der Gruppe "Neu Beginnen", Diss. Marburg 1957. Aufschluß über die eigene Positionierung der Gruppe gibt das kommentierte Dokument W. Löwenheim: Geschichte der Org [Neu Beginnen] 1929-1935. Eine zeitgenössische Analyse. Hrsg. von Jan Foitzik, Berlin 1995. Vgl. auch die Edition der Lageberichte von B. Stöver: Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933-1936, Bonn 1996; sowie H. Mehringer: Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie, München usw. 1989;

fand sich im Zuge der Auseinandersetzungen um das "Prager Manifest" im Arbeitskreis "Revolutionäre Sozialisten Deutschlands" (RSD) zusammen, der durch die beiden Sopade-Mitglieder Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel repräsentiert wurde⁵⁹⁶. Daneben existierten mit der "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" (SAP)⁵⁹⁷ und dem vom ehem. Kommunisten Willi Eichler geführten "Internationalen Sozialistischen Kampfbund" (ISK)⁵⁹⁸ zwei weitere, deutlich radikalere sozialistische Gruppen im Widerstand, die beide ebenfalls der 'alten Linken' zugeordnet werden müssen. Diese kleinen Splittergruppen, die in der ersten Phase der Illegalität einen Zulauf von sozialdemokratischen Arbeitern erreichen konnten, hatten zunächst eine deutlich günstigere Ausgangslage für die Widerstandsarbeit als die Massenpartei SPD. Neben der vorteilhafteren Organisationsstruktur und bereits bestehenden Erfahrungen in konspirativer Tätigkeit waren sie zudem aufgrund ihrer geringeren politischen Bedeutung und mangelnder Kenntnis durch die Sicherheitsorgane von den ersten großen Verhaftungswellen verschont geblieben.

Im Gegensatz zur KPD hatte die deutsche Sozialdemokratie sehr viel früher begonnen, sich ihre taktischen Fehler im Kampf gegen den Nationalsozialismus einzugestehen und aus ihrer schweren Niederlage Konsequenzen für ihre Strategie im antifaschistischen Befreiungskampf zu ziehen. Zum schärfsten innerparteilichen Kritiker des früheren Kurses avancierte im Sommer 1933 die Gruppe "Neu Beginnen", die von sich behauptete, die jüngeren Elemente innerhalb der Sozialdemokratie, die die Niederlage der SPD angeblich vorausgesehen hatten, und den heimischen Widerstand zu repräsentieren. Ihr Protagonist, W. Loewenheim, vertrat in seiner international viel beachteten Schrift die Position, daß ohne "die schärfste Kritik der Vergangenheit, ohne rücksichtslose Offenheit gegenüber den eigenen Fehlern und Irrtümern ... es nicht gelingen [werde], neue Wege und Formen zu finden, die zu einer Überwindung der faschistischen Reaktion führen und eine Bahn brechen für den Kampf um den Sozialismus"⁵⁹⁹. Als Ursache für die kampfunfähige SPD wurde der reformistische Kurs des Parteivorstands verantwortlich

und H.J. Reichardt: Neu Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: Jahrbuch zur Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 12 (1963), S. 150-88.

⁵⁹⁶ Vgl. zu den ideologischen Ursprüngen, der organisatorischen Entwicklung und den politischen Zielsetzungen der RSD besonders J. v. Freyberg: Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934-1937, Köln 1973. Mit der Auseinandersetzung zwischen RSD und Sopade im Zuge der Erarbeitung des "Prager Manifests" beschäftigt sich U. Petersen: Das Prager Manifest der SPD von 1934. Ein Beitrag zur Geschichte des sozialdemokratischen Exils 1933-1936, in: Ergebnisse. Zeitschrift für demokratische Geschichtswissenschaft 20 (1983), S. 10-130.

⁵⁹⁷ Vgl. zur Entwicklung des Linkssozialismus in der Weimarer SPD, den Parteiausschluß der Gruppe um Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld 1931 und die Gründung der SAP vor allem H. Arndt/H. Niemann: Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei. Zwei Beiträge zum Linkssozialismus in Deutschland, Berlin 1991; und H. Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965. Auf die Phase der Exilpolitik der SAP konzentriert sich J. Bremer: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933-1945, Frankfurt/M. usw. 1977.

⁵⁹⁸ Vgl. zum ISK S. Lemke-Müller (Hrsg.): Ethik des Widerstands. Der Kampf des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegen den Nationalsozialismus. Quellen und Texte zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933-1945, Bonn 1996; und W. Link: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964.

⁵⁹⁹ Miles: Neu Beginnen, in: Klotzbach (1974), S. 50.

gezeichnet, mit dem er die sozialistischen Zielsetzungen der Partei aus den Augen verloren hat, indem in gänzlich unmarxistischer Weise "zahlreiche Erscheinungsformen des imperialistischen Kapitalismus ... und zahlreiche Ausdrücke des Klassengeschehens im kapitalistischen Deutschland ... als Sozialismus"⁶⁰⁰ bezeichnet wurden. Seine Kritik am Revisionismus führte Loewenheim zu der Forderung nach einem vollständigen Bruch mit der überlebten Vergangenheit der Partei und nach ihrer Erneuerung auf revolutionär-marxistischer Grundlage als Voraussetzung für einen Sieg des Sozialismus über den Faschismus⁶⁰¹. Eine politisch desavouierte und im revolutionären Kampf und in konspirativer Arbeit unerfahrene Führung im Exil sei seiner Meinung nach weder in der Lage, diese Erneuerung der Partei durchzuführen, noch die verstreuten und geschwächten Kräfte zu sammeln und den heimischen Widerstand zu organisieren. Deshalb sollten die Sopade-Mitglieder zugunsten der Genossen im Widerstand zurücktreten.

Im Gegensatz hierzu liefen die Forderungen der 'alten Linken', die ihren politischen und organisatorischen Rückhalt im Karlsbader Grenzsekretariat hatte, nicht auf die Schaffung einer neuen revolutionären Kaderorganisation hinaus, sondern zielten darauf ab, die Überreste der Organisation zum Neuaufbau einer revolutionären Massenpartei zu nutzen, indem sie an alte revolutionäre Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpft. Anders als bei Loewenheim wurde die Existenzberechtigung und die politische Bedeutung eines Exilvorstands nicht grundsätzlich und in seiner Funktion infrage gestellt. Gegenüber der Sopade, deren Recht, die Führung über die sozialdemokratische Arbeiterschaft beizubehalten, mit moralischen und politischen Argumenten abgestritten wurde, verfolgten sie jedoch das Ziel einer Verjüngung des Parteivorstands, um über personelle Veränderungen die politische und organisatorische Reformierung der Partei herbeizuführen. Auch sie verlangten eine selbstkritische Analyse der Gründe für das Versagen der SPD gegenüber Hitler⁶⁰², der sich die Aufforderung zum vollständigen Bruch mit dem Reformismus anschloß, der angeblich für den Zusammenbruch der Partei verantwortlich war. Die reformistische Parteistrategie sei aufgrund der in der Illegalität veränderten Grundlagen und Bedingungen sozialistischer Politik im faschistischen Deutschland überholt. Deutlicher als Loewenheim sahen diese Kritiker eine untrennbare Verbindung zwischen Kapitalismus und Faschismus, woraus geschlußfolgert wurde, daß der politische Befreiungskampf unmittelbar auch ein sozialrevolutionärer Kampf mit dem Ziel einer proletarischen Revolution sein mußte. In

⁶⁰⁰ Ebd., S. 35.

"Der erste entscheidende Fehler der deutschen Sozialdemokratie war ihre Bejahung der bürgerlich-demokratischen Republik als politisches Endziel der sozialdemokratischen Bewegung ... Der zweite entscheidende Fehler der deutschen Sozialdemokratischen Partei bestand in ihrer rührenden Besorgtheit für Wohlergehen und Gedeih des kapitalistischen Systems." Ebd., 54 f.

⁶⁰¹ "Der kommende Sozialismus wird marxistisch sein, oder er wird nicht sein." "Gelingt es nicht in absehbarer Zeit, die sozialistische Arbeiterbewegung auf eine höhere Stufe der marxistischen Erkenntnis und des revolutionären Handelns zu bringen und dadurch die menschliche Geschichte in neue Bahnen zu lenken, droht eine Vernichtung der Sowjetmacht und der sozialistischen Arbeiterbewegung auf lange Zeit, vielleicht auf immer. Bei Strafe des Unterganges der Gesellschaft muß eine revolutionäre marxistische Erneuerung der sozialistischen Arbeiterbewegung herbeigeführt werden." Ebd., S. 29 und 68 f.

⁶⁰² Das Sopade-Mitglied Karl Böchel erhob in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer "offenen und ehrlichen Liquidation des alten ideologischen Schutts", denn eine "geschlagene Führerschaft, die bis zum bitteren Ende einen falschen Weg gegangen ist, kann diese Periode doch nicht einfach überspringen, wenn sie neu beginnen will". K.B. Neuendorf: Das Prager Manifest, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 185-97, S. 187 f.

dieser Frage ist also auch eine deutliche Übereinstimmung zu der vorherrschenden Sichtweise in der DSAP festzustellen. Dem demokratischen Sozialismus als Leitziel der Wels-Gruppe wurde die Diktatur des Proletariats als unmittelbare Staatsform nach dem antifaschistischen, revolutionären Umsturz gegenübergestellt. Da die 'alte Linke' von einer Militarisierung und Radikalisierung der proletarischen Massen ausging, forderte sie im Einklang mit der Gruppe "Neu Beginnen" den Aufbau revolutionärer Kader im Deutschen Reich. Die Aufgabe des Exilvorstands, der praktisch keine Initiativen bei der Organisation der illegalen Arbeit ergriff, wurde darin gesehen, diese Kader zu schulen, zu steuern und mit Waffen auszustatten⁶⁰³.

Verfügte die SPD-Führung vor 1933 über ausreichend Druckmittel, um auf dem Weg der Disziplinierung ihre gefällten politischen Entscheidungen innerparteilich durchzusetzen und damit die Einheit der Partei zumindest äußerlich aufrecht zu erhalten, so wurde diese Machtposition mit dem Verbot der SPD am 22.6.1933 nachhaltig zerstört. Der Parteiapparat war aufgelöst. Mitglieder wurden verfolgt. Der Repräsentationsanspruch der Sopade war umstritten. Die Unterstützung der Sopade durch die Parteibasis, die nach dem erlittenen Schock in weiten Teilen eine kritische Überprüfung der bislang verfolgten politischen Strategie forderte und auch die Richtigkeit des von der Sopade verfolgten politischen Kurses verbreitet in Zweifel zog, war nicht mehr gegeben. Um vor dem Hintergrund der starken Gruppenbildung nicht in Bedeutungslosigkeit zu versinken, war der Prager Vorstand in der ersten Phase des Exils vor allem darauf bedacht, seine Existenz und seinen Machtanspruch zu legitimieren, Kontakte zu den unterschiedlichen Widerstandsgruppen aufzunehmen und in der theoretischen Diskussion über Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes gegenüber den oppositionellen Exilgruppen das Heft des Handelns zurückzuerlangen. Im Zuge dessen vertrat die Sopade die sog. 'Mandatstheorie', derzufolge sie sich als Treuhänderin über den "geistigen und materiellen Besitz"⁶⁰⁴ der Weimarer SPD betrachtete, bis die Partei wieder die Möglichkeit bekommt, auf einem regulären Parteitag formal einen neuen Vorstand zu wählen. Parallel hierzu reagierte die Sopade auf die Vorwürfe der innerparteilichen Opposition, die reformistische Strategie und Taktik der SPD habe die Machtergreifung Hitlers erst möglich gemacht oder sie zumindest begünstigt. Um die Kontrolle über dieses brisante Diskussionsfeld zurückzugewinnen, erklärte Stampfer grundsätzlich, daß sich die Sopade einer Klärung der Gründe für die Niederlage der SPD nicht verstellen wolle⁶⁰⁵. Geyer ergänzte richtungsweisend, die Sopade wolle aus ihrer Niederlage und der Auffindung eigener Fehler "den Willen [bilden] für die Erneuerung und

⁶⁰³ Vgl. für das frühe Stadium der Diskussion in der 'alten Linken' u.a. K. Heiden: Wer führt?, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1933), S. 46-50; A. Schifrin: Revolutionäre Sozialdemokratie, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1933), S. 81-91; oder den Beitrag von Otto Friedrich (Ps. f. O.Friedländer), in: Neuer Vorwärts, 24.9.1933. Grundlegend für die Positionen der RSD ist deren programmatische Schrift: Der Weg zum sozialistischen Deutschland. Eine Plattform für die Einheitsfront. Zur Diskussion gestellt von einem Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), S. 375-409. Vgl. auch die Aufarbeitung dieser Thesen in Abgrenzung zu den Positionen innerhalb der Wels-Gruppe bei Petersen (1983), a.a.O., S. 33 ff., bei Freyberg (1973), a.a.O., S. 29 ff. und Saggau (1981), a.a.O., S. 251 ff.

⁶⁰⁴ P. Hertz: Unsere Aufgabe und ihre Erfüllung, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 422-32, S. 432.

⁶⁰⁵ Vgl. Neuer Vorwärts, 20.8.1933.

Verbesserung des Kampfes"⁶⁰⁶. Ebenso wurde die Publikation oppositioneller Meinungen für die "dringend notwendige geistige Klärung"⁶⁰⁷ - als Voraussetzung für die politisch-programmatische Neuausrichtung der Partei - als unabdinglich betrachtet. Daraufhin ließ die Sopade in ihren theoretischen Organen eine breit angelegte und für die Verhältnisse der Partei außergewöhnlich kritische Diskussion zu, die - so die vorherrschende Bewertung in der geschichtswissenschaftlichen Forschung - jedoch vor allem als Ventil für den Unmut über den reformistischen Kurs der Parteiführung diente. Die Meinungsführer in der Sopade gestanden Fehler zwar pauschal ein, ließen sich aber im Verlauf dieser offenen Diskussion durch die ideologisch gesplante und über mehrere europäische Metropolen verteilte innerparteiliche Opposition politisch nicht festlegen. Sie zeigte sich vielmehr sehr erfolgreich, die tatsächliche Stärke der Parteilinken und ihre inhaltlichen Gegensätze auszumachen, um im Gegenzug deren Schwächen zur Stärkung der eigenen Positionen zu manipulieren, so daß die Gruppe um Wels, Stampfer, Rinner und Geyer Anfang 1934 politisch und institutionell gefestigt aus dem Konflikt hervorgehen konnte⁶⁰⁸.

Die oben skizzierte Auffassung des Parteizentrums der DSAP wurde in einem Beitrag Hofbauers in der "Tribüne" vom Januar 1934 besonders deutlich vertreten. Die Diskussionen innerhalb der Sopade im ersten Jahr nach Hitlers Machtergreifung, insbesondere die in der Frage einer programmatischen Erneuerung der sozialdemokratischen Bewegung zum Abwarten mahnenden Beiträge Karl Kautskys⁶⁰⁹, veranlaßten Hofbauer, seine noch ein halbes Jahr zuvor geäußerte Zurückhaltung aufzugeben und nun von den reichsdeutschen Sozialdemokraten explizit eine konsequente und nachhaltige Aufarbeitung der von ihnen während der Zeit der Weimarer Republik begangenen Fehler zu fordern. Für Hofbauer hatte die Abkehr der SPD vom Marxismus bereits um die Jahrhundertwende begonnen. Auch wenn sich die Partei weiterhin der marxistischen Terminologie bediente, so folgte sie doch faktisch einer "Ideologie der Volksgemeinschaft, der Vaterlandsverbundenheit der Arbeiter und des automatischen Hineinwachsens in den Sozialismus, wenn erst einmal die politische Demokratie verwirklicht sei". Entscheidend für seine Kritik war jedoch nicht, daß die SPD nach 1918 das bürgerlich-demokratische politische System als günstige Ausgangsbasis für die Entwicklung der proletarischen Kräfte begriff und entschlossen die Republik gegen bolschewistische Angriffe verteidigte, sondern daß sie sich mehr und mehr eine Auffassung vom Staat zu eigen machte, die nicht mehr als marxistisch zu bezeichnen war. "Man sah in der schwarz-rot-goldenen Republik schon den 'Volksstaat', den über den Parteien stehenden Staat, den 'Staat an sich', dem man auch Opfer zu bringen hatte, und gar mancher Genosse, der Staatsbeamter geworden oder zu wichtigen öffentlichen Funktionen berufen worden war, fühlte sich, wenn er auch selbstverständlich die Arbeiterinteressen zu wahren versuchte, doch vor allem als öffentliches, als überparteiliches Organ des in mystischer Höhe

⁶⁰⁶ M. Klinger (Ps. f. Curt Geyer): Der Rückfall in den Machtstaat, in: Sozialistische Revolution 1 (1933), 14-20, S. 19. Vgl. auch R. Hilferding: Die Zeit und die Aufgabe, in: Sozialistische Revolution 1 (1933), 1-11, S. 10.

⁶⁰⁷ P. Hertz: Unsere Aufgabe und ihre Erfüllung, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 422-32, S. 424.

⁶⁰⁸ Vgl. hierzu vor allem die Bewertungen bei Freyberg (1973), S. 29 ff.

⁶⁰⁹ Vgl. K. Kautsky: Neue Programme? Eine kritische Untersuchung, Wien/Leipzig 1933; sowie den Beitrag für das theoretische Organ der DSAP K. Kautsky: Was tun?, in: Tribüne 7 (1934), S. 5-11.

über den Parteien stehenden Staates."⁶¹⁰ In der politischen Praxis führte dies dazu, daß die Partei die faktische Wandlung des politischen Systems nach dem Sturz der Regierung Müller nicht erkennen wollte. Es wurde weiterhin an ihm festgehalten, da die Sozialdemokratie im Bund mit den Gewerkschaften hier eine vorbildliche Sozialpolitik erkämpft hatte, und selbst nach der Machtergreifung wurde von sozialdemokratischen Trägern staatlicher Funktionen unter völliger Verkennung der wirklichen Gefahren befürchtet, nun in eine staatsfeindliche Rolle getrieben zu werden.

Hieraus wird deutlich, daß sich Hofbauers Kritik in den gleichen argumentativen Bahnen bewegte, wie sie zeitgleich von der überwiegenden Mehrheit der Exulanten vom linken Parteiflügel vorgebracht wurde. Sie richtete sich somit gegen die von sozialdemokratischen Politikern und Parteifunktionären in der Umbruchphase von 1918/19 als grundlegend erachteten Auffassung, daß das politische System der parlamentarischen Demokratie die beste Ausgangslage für die angestrebte sozialistische Neugestaltung der deutschen Gesellschaft bot. Hatte sich die politische Rolle der SPD mit dem Systemwechsel und den deutlichen Wahlsiegen umfassend geändert, so blieben ihre Führer jedoch weiterhin der aus den Erfolgen ihrer realitätsbezogenen Politik der Vorkriegszeit übernommenen Auffassung verhaftet, Fortschritte im sozialemanzipatorischen Kampf der Arbeiterklasse ließen sich am besten mit einer legalistischen politischen Strategie erzielen. Auf diese Weise erreichte die Partei in den zwanziger Jahren erhebliche sozialpolitische Verbesserungen und beteiligte sich aktiv an der Ausweitung staatlicher Kontrolle über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sphären der Weimarer Republik. Da sich die veränderte Rolle der Partei nur noch sehr schwer mit den revolutionären Grundsätzen des Marxismus vereinbaren ließ, waren die SPD-Theoretiker um Rudolf Hilferding und Karl Kautsky auch weiterhin bemüht, den politisch verfolgten Reformismus mit dem sozialrevolutionären Ideologierbe der politischen Arbeiterbewegung abzugleichen. Der Umstand, daß sich fortwährend radikalere Flügel von der Partei abspalteten und sich mit der KPD eine zweite Arbeiterpartei links von der Sozialdemokratie erfolgreich hatte etablieren können, zwang ihre Theoretiker zumindest rhetorisch an den alten marxistischen Doktrinen festzuhalten. Dahinter aber ebneten sie theoretisch den Weg für eine evolutionäre Parteistrategie zum Sozialismus. Nationalchauvinistische Dispositionen, die Stärke des politischen Antisemitismus und das Ausmaß demokratiefeindlicher Gesinnung in der Zwischenkriegsgesellschaft unterschätzend, waren die Arbeiten Hilferdings u.a. bestimmt von einem ausgeprägten Glauben an die soziale Fortschrittlichkeit des Menschen und die Höhe der deutschen Kulturnation. Sie waren fest von der friedlichen politischen Sendungskraft humanistischer und sozialistischer Ideen überzeugt, die es ermöglichen sollten, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie über einen gewaltlos geführten Klassenkampf durch Erziehung und politische Überzeugungsarbeit die Mehrheit der Arbeiterklasse in den Organisationen der Sozialdemokratie zu vereinigen, um eines fernen Tages den Übergang in die klassenlose Gesellschaft zu erreichen. Gegenüber den Angriffen auf die Weimarer Demokratie von rechts und links setzte die SPD auf die Selbsterhaltungskräfte des

⁶¹⁰ J. Hofbauer: Blick auf morgen, in: Tribüne 7 (1934), 11-16, S. 12.

politischen Systems und rechnete damit, daß sich die bürgerlichen Kräfte an den demokratischen Grundkonsens halten würden. Diese drängten jedoch nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise zunehmend auf eine Aushebelung der parlamentarischen Demokratie. Auch die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten nach deren Wahlsieg im September 1930 bewegte sich bis zuletzt in den präferierten politischen Bahnen.

Grundsätzlich stimmte Hofbauer den von Kautsky und anderen sozialdemokratischen Politikern nach der Machtergreifung vorgebrachten Argumenten zu, daß die allgemeinen politischen Umstände des Jahres 1918/19 eine konsequente sozioökonomische Umgestaltung äußerst kompliziert hatten. Weitreichender war für ihn jedoch die Erkenntnis, daß in der Partei damals eine große Unsicherheit gegenüber allen Sozialisierungsmaßnahmen vorherrschte und sie sich in ihrer deutlichen Mehrheit vorrangig nach einer Rückkehr zu geordneten Verhältnissen sehnte. "Und dann richtete man sich eben im neuen Staate ein und erhoffte alles weitere vom allmählichen Erstarren der Arbeiterbewegung. Und dabei glitt man immer tiefer in die 'Volksgemeinschaft' und 'Volksstaats'-Ideologie hinein, die schließlich die Partei nicht schlechthin, aber in einem bestimmten Sinne und nach einer sehr entscheidenden Richtung hin kampfunfähig machte." Schließlich war sie nur noch in der Lage, Wahlkämpfe zu führen. "Die Partei, die ganz eingestellt war auf politische Kämpfe auf dem Boden des demokratischen Staates, versagte, als ihr dieser Boden entzogen war. Die Partei von 1933 war sich ihrer selbst nicht mehr sicher, hatte kein Vertrauen mehr zu sich selbst." Das legalistische Vorgehen in der konterrevolutionären Situation des Jahres 1933 und die kleinlauten Versuche, im nationalsozialistischen Deutschland noch eine politische Existenzmöglichkeit zu finden, nannte Hofbauer insgesamt "unwürdig" und "peinlich". Sie zeigten ihm aber deutlich, daß die SPD alles andere als eine revolutionäre Partei war. Aus diesem Grund ergab sich für ihn nur eine einzige Möglichkeit für den Kampf gegen Hitler und für den Sozialismus: "Die Ideologie, die zu diesen Taten führte, diese Ideologie muß durch eine andere ersetzt werden, die keine neue sein muß, sondern die alte marxistisch-revolutionäre."⁶¹¹ In diesem Sinne stellte sich Hofbauer ausdrücklich hinter die Stimmen junger Sozialdemokraten, die sich offen gegen die Bewegungsunfähigkeit der Führungsriege der Partei wandten. Während Kautsky in seiner Schrift "Neue Programme?" sagt, daß unsere "alten Genossen es in keiner Weise nötig [haben], sich von der heutigen Jugend revolutionären Enthusiasmus einimpfen zu lassen"⁶¹², wertete Hofbauer dieses Aufbegehren als Zeichen für die Lebendigkeit der deutschen Arbeiterbewegung.

Einen ganz anderen Standpunkt bei der Analyse strategischer Fehler der SPD nahm Emil Franzel ein, wenn er im Herbst 1933 schrieb, die Partei habe keine Einsicht in die politische Funktion und die gesellschaftliche Sprengkraft der nationalen Idee besessen. Im Einklang mit den ideologischen Grundlagen der II. Internationale habe die SPD auf eine dialektische Wertung national-revolutionärer Strömungen verzichtet und entgegen den Erkenntnissen und Erfah-

⁶¹¹ Ebd., S. 13. Auch der junge Karl Kern hatte in einem im Juni 1933 verfaßten Beitrag die legalistische Taktik der Löbe-Gruppe in der SPD scharf attackiert. Sie konnte für ihn "nur einer völlig unmarxistischen und kleinbürgerlichen Betrachtung seines [des Faschismus, C.S.] Wesens entspringen". K. Kern: Hitlers großes Jahr, in: Arbeiter-Jahrbuch 1934, 189-200, S. 200.

⁶¹² Zit. nach J. Hofbauer: Blick auf morgen, in: Tribüne 7 (1934), 11-16, S. 13.

rungen des Austromarxismus und auch der extremen Linken (Bolschewiki, Spartakus) die Termini 'national' und 'reaktionär' mechanisch auf eine Stufe gestellt. Auf diese Weise wurde die integrierende Kraft des Nationalismus als Konsequenz der völlig unmarxistischen Staatsideologie der SPD, die in der bürgerlichen Republik bereits die Erfüllung des Volksstaates sah, zuerst übersehen und schließlich mit unzulänglichen und veralteten Argumenten bekämpft. In Anlehnung an Gregor Bienstocks umstrittenen Ausspruch, "Der Sieg des Faschismus ist bloß die Kehrseite des sozialistischen Verzichts" (Marx gegen Hitler), argumentierte Franzel, der fatale Verzicht der SPD hätte darin bestanden, daß sie sich nicht von Anfang an an die Spitze einer national-revolutionären Bewegung gegen das Unrecht von Versailles gestellt habe. Somit habe sie sich "den Weg zu der jungen Generation verlegt, die um keinen Preis bereit war, die Rechnung des Krieges zu bezahlen und der Republik nicht 'Freiheit' bedeutete ..., sondern 'Knechtschaft'. Daß der deutsche Faschismus, der niemals beabsichtigte, etwas anderes zu verwirklichen als die stupideste Staatsklaverei, dennoch durch ein Jahrzehnt mit der Parole der Befreiung des deutschen Volkes arbeiten konnte, dankt er nicht einfach seiner verlogenen Propaganda, sondern der Tatsache, daß in Deutschland seit 1919 vor allem und bis zur Ausschließlichkeit jene Richtung als Träger des Freiheitsgedankens erscheinen mußte, die den Kampf gegen Versailles führte." Diese Einsicht bedeutete für ihn im Umkehrschluß nicht, die deutsche Sozialdemokratie hätte die Politik Hitlers betreiben sollen. Doch indem sie vollständig auf national-revolutionäre, d.h. für ihn revisionistische, Forderungen verzichtete, schuf sie ein politisch-ideelles Vakuum, daß vom Faschismus problemlos ausgefüllt werden konnte. Konkrete Forderungen der SPD hätten seit 1919 lauten müssen: "Anschluß Österreichs an die deutsche Republik, Revision der Grenze im Korridor und in Oberschlesien, Reduktion der Reparationen auf die tatsächliche Schadenssumme, Abrüstung der Sieger, Schutz der nationalen Minderheiten, europäischer Staatenbund statt des Völkerbundes."⁶¹³ Um den Sieg Hitlers zu verhindern, hätte dieser Kurs weiterhin durch eine konsequente sozialistische Zielsetzung in der Innenpolitik untermauert werden müssen. Franzel nahm keine Einordnung seiner Argumente in eine Diskussion politischer Rahmenbedingungen vor, so daß sie plakativ im Raum stehen blieben. Der Hochmut, der sich in dieser Form weder bei Franzel selbst noch bei anderen DSAP-Theoretikern wiederfinden läßt, kann wohl am besten damit erklärt werden, daß der Beitrag in der Zwischenphase der Parteiverbote von DNSAP und DNP sowie der Entstehung der SHF verfaßt wurde, als die sudeten-deutschen Sozialdemokraten wieder Hoffnung geschöpft hatten, die Führung in nationalpolitischen Forderungen unter der deutschsprachigen Bevölkerung zurückzugewinnen.

Eine vordergründig zunächst eher gemäßigte und differenzierende Haltung bei der Beurteilung der Fehler und des Versagens der SPD gegenüber Hitler nahm Wenzel Jaksch in seinem Diskussionsbeitrag in der "Zeitschrift für Sozialismus", dem theoretischen Organ der Sopade, im Mai 1934 ein. Daß die an dieser Stelle vorgebrachte Beurteilung aber keineswegs nur eine milde Konzession an die geschlagenen reichsdeutschen Genossen war, zeigt sich daran, daß er dem hier aufgestellten Argumentationsmuster auch in seinen folgenden Beiträgen bis 1938 ver-

⁶¹³ E. Franzel: Hitlers neue Außenpolitik, in: Tribüne 6 (1933), 321-25, S. 322.

haftet blieb, die dann in der von ihm ab 1935/36 propagierten ideologischen Erneuerung in Form des 'Volkssozialismus' einen umso größeren politischen Affront gegen die deutsche Sozialdemokratie darstellte. Jaksch wies in Abgrenzung von den bisherigen Bewertungen in seiner Partei darauf hin, daß alle Urteile über die faktische Kapitulation der politischen Arbeiterbewegung vor Hitlers Machtergreifung bislang ausschließlich von einem moralisierenden Standpunkt aus erfolgt seien. Für ihn stand jedoch außer Frage, daß der Sieg des Nationalsozialismus in der politischen Konstellation vom Januar 1933 unvermeidbar war. Somit wird das Problem, ob "die ehrenvolle Niederlage im Bürgerkriege der Kapitulation vorzuziehen" gewesen wäre, zur reinen Heuchelei, wenn es von denen diskutiert wird, die nicht unmittelbar beteiligt oder selbst nicht bereit waren, den Heldentod zu sterben. "Daß revolutionäres Heroentum unerhörte Zeugniskraft ablegt, bleibt außer Streit. Doch die blutige Niederlage ist schwerer. Nur den Zuschauern ist sie erträglicher, nicht den Geschlagenen." Diese Kritik zielte insbesondere auch auf die Stimmen innerhalb der DSAP, wenn er weiter sagt: "Sozialistische Arbeiterparteien, die selbst noch keine revolutionäre Feuerprobe abgelegt haben, sollten mit ihrem Urteil mindestens solange zuwarten, bis sie selbst aus der Gefahrenzone des Faschismus sind."⁶¹⁴

Nach der Erfahrung der gewaltsamen Niederschlagung des Februaraufstandes gegen den Austrofaschismus kam Jaksch vielmehr zu dem Ergebnis, daß die Abwehrmöglichkeiten der politischen Arbeiterbewegung gegenüber Hitler äußerst begrenzt waren und daß der bislang präferierte Erklärungsansatz, die Niederlage lasse sich aus einer sukzessiven allgemeinen Entfernung einer potentiell kapitulationsbereiten politischen Führung von ihrer revolutionär gesinnten proletarischen Basis begründen, in dieser Weise nicht länger haltbar sei. Statt dessen müsse aus den österreichischen Ereignissen, die für ihn vor allem durch das halbherzige und nicht geschlossene Vorgehen der Arbeiterbewegung gekennzeichnet sind, die Erfahrung gezogen werden, daß es sich in der europäischen Arbeiterbewegung um eine "tiefe physisch-moralische Krise in der proletarischen Klasse selbst" handele. "Physisch ist diese Krise mit zu nennen, weil nach vierjähriger Zermürbung bei einem ansehnlichen Teil der Arbeiterklasse der Schrei des Magens die Stimme des proletarischen Gewissens übertönt hat. Der Verelendungsprozeß konnte nicht automatisch in revolutionäre Entschlossenheit umschlagen, denn der gepeinigten Kreatur blieb noch der Ausweg der Kapitulation und die von den faschistischen Gruppen dargebotene oder vorgeschwindelte Möglichkeit, durch Verkauf der Seele den Körper zu retten. In diesem Stadium der Entwicklung ist der Hunger der große Bundesgenosse der Konterrevolution. Die Schrecknis des Hungerdaseins eines Dauerarbeitslosen ist so groß, daß ihr nicht nur der Arbeitslose selbst auf allen Wegen zu entrinnen trachtet, daß aber auch bis in die Reihen der Beschäftigten hinein und bis in die Kreise der Amtswalter der Arbeiterbewegung hinauf der Wille zur politischen Aufruhrhandlung gelähmt wurde."⁶¹⁵ Die politische Schlußfolgerung, die Jaksch aus dieser Beobachtung zog, blieb jedoch noch sehr oberflächlich und unreflektiert. Er zielte lediglich darauf ab, daß es in einer politischen Ausnahmesituation für die Arbeiterbewegung ausschließlich auf die innere Bereitschaft jedes Einzelnen ankomme. Wie er diese Bereit-

⁶¹⁴ W. Jaksch: Frührot über Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 241-47, S. 246.

⁶¹⁵ Ebd., S. 242.

schaft herstellen wollte, bleibt an dieser Stelle - aber auch in seinen späteren Schriften - offen. Dies muß sicherlich als eine wesentliche Schwachstelle im Gedankengebäude Jakschs begriffen werden.

Konkreter und auch substantieller wird Jakschs Kritik jedoch, wenn er aus Hitlers Machtergreifung und der Niederschlagung des Februaraufstandes die Schlußfolgerung zog, "daß die historischen Daseinsformen der sozialdemokratischen Bewegung nur in geringem Maße den Anforderungen einer revolutionären Situation gewachsen waren". So erachtete es Jaksch als einen großen Fehler der deutschen Sozialdemokratie, daß deren Führungsgruppe nach 1918 innerparteilich auf dem Erhalt ihrer Machtposition beharrte. Einer Verjüngung, und damit einer notwendigen Erneuerung der Partei, wurde mit dem Argument, es handele sich um den "Kampf einer unbewährten Jugend gegen bewährtes Alter", konsequent entgegengewirkt. Daß es sich bei dem Mitgestaltungsanspruch seiner Generation jedoch nicht ausschließlich um einen Machtkampf handelte, zeigte sich für Jaksch daran, daß in der Illegalität "die Jugend vor allem Aufgaben sucht, an denen sie ihren Mut und ihre Kraft messen kann und daß erst in zweiter Linie das Führungsproblem gestellt ist". Für ihn stand fest, daß sich der Führungsanspruch der älteren Generation "aus geschichtlich überholten Situationen"⁶¹⁶ legitimierte und nur partiell und bedingt den Verhältnissen der Nachkriegszeit angepaßt worden war. Diese Kritik Jakschs muß natürlich auch im Zusammenhang mit der sich zeitgleich zuspitzenden und ähnlich empfundenen Macht- und Richtungsfrage in der DSAP gesehen werden, wenn er sagte, daß die Verhinderung des Anspruchs der teilweise anders denkenden Generation junger Sozialisten auf Teilhabe an der Macht einerseits die vorrevolutionäre Struktur der Bewegung konserviert und andererseits dem Parteinachwuchs keine Bewährungsmöglichkeit gelassen habe.

Dieser Einwurf Jakschs muß in seiner gesamten Tragweite jedoch als nicht gerechtfertigt gewertet werden. Zwar waren nach den Bestimmungen im Parteistatut sämtliche innerparteilichen Machtmittel sowie die Kontrolle über die Parteipresse in den Händen des Vorstands konzentriert und zudem alle entscheidenden politischen und organisatorischen Gremien in Personalunion verbunden, so daß oppositionelle Gruppen faktisch keine Möglichkeit hatten, alternative Ideen wirksam durchzusetzen. Doch wurde nach dem Ausscheiden des charismatischen Vorsitzenden August Bebel, der den Parteiapparat und die politisch-programmatische Entwicklung der SPD stets fest in seinen Händen gehalten hatte, das Prinzip der Einzelherrschaft durch eine konsequent durchgehaltene Praxis der kollektiven Führung in den zentralen Parteigremien ersetzt. Diese Veränderung des innerparteilichen Politikstils war in der Überzeugung begründet, daß fleißige, bodenständige und realitätsbezogene Technokraten im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren oder in der Staatsverwaltung für die von der Partei verfolgte politische Strategie nützlicher waren als mitreißende Rhetoriker⁶¹⁷. Eben dieses Prinzip, das Organisationstalent und Sachkenntnis gegenüber Spontaneität und Kreativität bevorzugte, schlug sich aber auch im

⁶¹⁶ Ebd., S. 243.

⁶¹⁷ Dieses veränderte Politikverständnis wird z.B. an einem Ausspruch Friedrich Stampfers deutlich, der den langjährigen Parteivorsitzenden und zweimaligen Reichskanzler Hermann Müller mit einem hohen Maß an Bewunderung einen 'fanatischen Anti-Illusionisten' nannte. F. Stampfer: Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, Offenbach ²1947, S. 128.

bürokratischen Ausleseverfahren für den Parteiapparat nieder, so daß hier ebenfalls ein Funktioniärstypus dominierend wurde, der problemlos seine Organisationseinheit beherrschen konnte, sich aber bei politischen Entscheidungen, die die Grenzen seines gewohnten Organisationsmilieus überstiegen, hilflos zeigte. Insgesamt führte diese Entwicklung nicht nur zu einer 'Verbeamtung' des Parteiapparats, sondern auch zu einer Formalisierung der Politik, die sich zunehmend phantasielos und konservativ zeigte und vorrangig auf Machtsicherung bedacht war. An diesem Punkt setzt jedoch wieder Jakschs Kritik ein, dem eine weitgehend identische Entwicklung aus der DSAP bekannt war und die er dort auch beanstandete, wenn er den Umstand einer verfehlten Personalpolitik als einen weiteren Ausdruck für die strukturelle Unfähigkeit der Sozialdemokratie erachtet, dem faschistischen Ansturm in Deutschland und Österreich erfolgreich begegnen zu können. In beiden Ländern mußte die schmerzliche Erfahrung gemacht werden, daß Sozialdemokraten, die ihre politische Sozialisation in einer vorrevolutionären Situation erfahren haben, in der sie vor allem für sozialpolitische Verbesserungen für die Arbeiterschaft einzutreten hatten, um dann schrittweise in politische Machtpositionen vorzurücken, nach der Übernahme politischer Verantwortung hingegen nicht zwangsläufig auch gute Revolutionäre sein müssen. Zudem wurden nach dem Krieg Partei- und Gewerkschaftssekretäre, Wahlbeamte und Funktionäre in den parteinahen Organisationen angesichts tagespolitischer Notwendigkeiten vorrangig nach deren fachlicher Qualifikation ausgewählt. Die Fähigkeit, einen revolutionären Kampf anführen zu können, spielte für ihre Berufung höchstens eine nachgeordnete Rolle. Vor dem Hintergrund, daß radikalere Intellektuelle, wie der umstrittene belgische Sozialist Hendrik de Man diese angeblichen Defizite in den eigenen Reihen und die Erfahrungen aus der Beobachtung der faschistischen und kommunistischen Gegner dazu nutzen wollten, zu Beginn der dreißiger Jahre den Führergedanken ebenfalls in der sozialdemokratischen Politik und Propaganda zu etablieren⁶¹⁸, nimmt sich Jakschs Kritik wiederum gemäßigt aus. Im Gegensatz zu de Mans Konzeption hätten Jakschs Vorstellungen kein Abrücken von den demokratischen Grundeinstellungen der Bewegung zur Folge gehabt. Er suchte sie auch zugleich zu relativieren, indem er darauf hinweist, "daß der ganze Verlauf der bisherigen Geschichte keine erfolgreiche Massenrevolution kennt, die in nichtrevolutionärer Zeit durch Beschluß herbeigeführt worden wäre". Schließlich habe sich auch die sozialdemokratische Basis bis zum Einsetzen der Weltwirtschaftskrise eher für Lohn- und Sozialversicherungsfragen interessiert oder sei "unerhörten neuen Lockungen des Daseinsgenusses (Kino, Wandern, Sport)" erlegen, anstatt von den Parteifunktionären den Beginn der sozialen Revolution einzufordern. "Die Kommunisten, die in dieser Periode eine revolutionäre Elite der Arbeiter beisammenhalten wollten, sind auch zu keinem Ziel gekommen. Man wird daher in diesem Punkte eher von Schicksal, denn von Schuld sprechen können."⁶¹⁹

Für die in der Diskussion unter europäischen Sozialdemokraten in den dreißiger Jahren als entscheidend gewertete Frage, ob die deutsche Arbeiterbewegung in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Möglichkeit gehabt hätte, durch eine dauerhafte Aneignung politischer und wirt-

⁶¹⁸ Vgl. H. de Man: Sozialismus und Nationalfascismus, Potsdam 1931.

⁶¹⁹ W. Jaksch: Frührot über Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 241-47, S. 244 f.

schaftlicher Schlüsselpositionen zu einer grundlegenden Neuordnung des gesellschaftlichen Systems zu gelangen, und ob eine Revision der politischen Nachkriegsordnung bereits zu einem früheren Zeitpunkt hätte angegangen werden können, kam Jaksch in späteren Arbeiten zu einer insgesamt negativen Einschätzung. Eine sozialrevolutionäre Lösung wäre in Anbetracht der inneren Verfassung der Arbeiterklasse und der begrenzten außenpolitischen Handlungsspielräume einem selbst unterzeichneten Todesurteil gleichgekommen. Die einzige Möglichkeit der Arbeiterbewegung, die Führung der Nation an sich zu bringen, hätte darin bestanden, die Friedensbedingungen der Westalliierten abzulehnen, die Jaksch in der seit Seliger in der DSAP vorherrschenden Interpretation als "ein Klasseninstrument des siegreichen Westkapitalismus gegen die von Arbeitern und Soldaten begründete Weimarer Republik" bezeichnete. Unter Bezugnahme auf die ungarischen Ereignisse verwies Jaksch darauf, daß dieser Schritt eine Fortführung des Krieges bedeutet hätte, denn anders als in Rußland hätten die Westmächte in Deutschland kein revolutionäres Regime geduldet. Ein solcher Schritt wäre aufgrund der abgeschnittenen Ernährungsbasis und der Friedenssehnsucht der deutschen Proletarier nicht durchzuhalten, aber auch durch nichts zu rechtfertigen gewesen. Somit gelangte Jaksch zu der Einschätzung, daß in dieser Situation "keine Klasse in ihrem Handeln unfreier war als die deutsche Arbeiterschaft, als sie die Revolution über die Hungerleichen der eigenen Frauen und Kinder hinweg weitertreiben sollte"⁶²⁰ und deshalb gezwungenermaßen die Waffenstillstandsbedingungen annahm und der Einberufung der Nationalversammlung zustimmte.

In dem sich daraufhin konstituierenden bürgerlich-demokratischen politischen System geriet die deutsche Sozialdemokratie in einen folgenschweren Widerspruch zwischen ihrer Ideologie des auf die Erlangung der politischen Macht ausgerichteten Arbeitersozialismus und der politischen Realität, in der sie zur Teilung der Macht gezwungen war. "Der deutsche Arbeitersozialismus war, wie jede große Massenbewegung, an das Gesetz seines Antritts gebunden. Die Entscheidung wurde ihm unter grundlegend veränderten Gesetzmäßigkeiten aufgezwungen, für die er weder ideologisch gerüstet noch materiell vorbereitet war." In den zwanziger Jahren arbeiteten deshalb alle Entwicklungsfaktoren der politischen Rechten in die Hände. Dazu zählte Jaksch - und daran zeigt sich seine im Gegensatz zu Hofbauer differenzierendere Sichtweise - neben der Spaltung der politischen Arbeiterbewegung vor allem den sozioökonomischen Strukturwandel, die politische Einflußnahme der Siegermächte sowie den nicht aufgearbeiteten und nach innen gerichteten Militarismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. "Revolutionäre Parolen und parlamentarische Schachzüge vermochten die zunehmende Bedrängnis der deutschen Arbeiterklasse nicht mehr zu bannen. Gescheitert ist der Weimarer Versuch der Heranarbeitung an die Macht durch demokratisch-soziale Reformarbeit. Gescheitert ist auch der Revolutionarismus der Kommunisten."⁶²¹

Läßt sich vor diesem Hintergrund die nach 1918 unter mitteleuropäischen Sozialdemokraten vorherrschende Auffassung von der Möglichkeit eines organischen Übergangs in den Sozialismus noch als eine zeit- und umstandsbedingte Illusion interpretieren, so sah Jaksch es dennoch

⁶²⁰ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 59 f.

⁶²¹ Ebd., S. 62.

als den größten Fehler, daß die Arbeiterbewegung die Zeit für ihre ideologische Erneuerung ungenutzt verstreichen ließ. Vielmehr sei sie "mit dem ganzen Gepäck ihrer Vorkriegsideologie in die Nachkriegssituation hineinmarschiert und hat sodann nicht die Wendigkeit besessen, sich all den neuen Gegebenheiten anzupassen". Konnte die politische Arbeiterbewegung in einigen europäischen Randstaaten ihren politischen Zielen näherrücken, so blieb hingegen der "friedliche Vormarsch des mitteleuropäischen Sozialismus ... im Schutt der wirtschaftlichen und moralischen Kriegsverwüstungen stecken". Verantwortlich hierfür sei nach Jakschs Ansicht zum einen die Tatsache, daß "die historische Realität des versteinerten Nationalismus in der europäischen Kontinentalzone", den er als die dritte große Kraft neben dem Kapitalismus und dem Sozialismus bezeichnet, als eigenständiges Problem keinen Eingang in das sozialistische Weltbild fand, zum anderen, daß die nicht näher spezifizierte "politische Dynamik des zentraleuropäischen Überbevölkerungsproblems"⁶²² nicht in die sozialistische Ideologie und Taktik einkalkuliert wurde.

In seiner im Spätherbst 1935 entstandenen Hauptschrift "Volk und Arbeiter", in der er die These von der Notwendigkeit einer Ablösung der für die sozialdemokratischen Parteien in Europa bestimmenden Ideologie des Arbeitersozialismus durch den sog. 'Volkssozialismus' entwickelte, konzentrierte sich Jaksch mit seiner Argumentation erneut auf die tragische Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland. Dabei wird sogleich augenscheinlich, daß sich seine Perspektive geändert hat. Es ging ihm nicht mehr vorrangig nur um die Frage eines parteipolitischen Versagens, sondern Ausgangs- und Mittelpunkt seiner Argumentation war die Niederlage der Arbeiterschaft als gesellschaftliche Klasse und als politischer Akteur. Die mit der Machtergreifung Hitlers gekennzeichnete Erscheinung, "daß in dem größten und durchgliedertsten Industriestaat des Kontinents eine langgeschulte und wohlorganisierte Arbeiterbewegung von den Höhen ihrer Geltung in tiefste Ohnmacht gestürzt wurde", stellt für Jaksch einen Vorgang von derartiger Tragweite dar, daß eine grundlegende "Nachprüfung ihrer ideellen Fundierung und ihrer machtmäßigen Voraussetzungen"⁶²³ erforderlich wird. Um die Ebene parteipolitischer und taktischer Diskussionen zu verlassen, die seiner Meinung nach in dieser Frage keine erfolgreiche Klärung, sondern allenfalls ein Auffinden einzelner Fehlerquellen versprechen, nimmt er seinen im Frühjahr 1934 formulierten Gedanken von der den politischen Herausforderungen der Zeit unangemessenen "historischen Daseinsform" der sozialdemokratischen Bewegung wieder auf und konkretisiert ihn zu einer umfangreichen Theorie, die in ihrer Konsequenz auf eine strategische Neuausrichtung sozialistischer Politik hinausläuft. Seine dabei zutage geförderten Kritikpunkte kulminieren in der These, die deutsche Arbeiterbewegung habe sich "viel zu sehr mit ihrer klassischen Literatur und zu wenig mit den Tatsachen der besonderen deutschen Wirtschafts- und Sozialverfassung auseinandergesetzt"⁶²⁴, über deren Fehleinschätzung sie dann 1933 gestürzt sei. Indem sie sich mit ihrer Ideologie des Arbeitersozialismus nach Jakschs Ansicht zu sehr am englischen Beispiel orientiert habe, hat sie die wesentlichen Merkmale des

⁶²² W. Jaksch: Frührot über Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 241-47, S. 245.

⁶²³ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 47.

⁶²⁴ Ebd., S. 55.

deutschen Kapitalismus sowie die daraus resultierenden strukturellen Probleme nicht erkannt und somit auch in keine entsprechende parteipolitische Strategie umgesetzt.

Der Aufstieg des kapitalistischen Wirtschaftssystems in England basierte auf der imperialistischen Prädominanz über ein Kolonialreich, dessen ökonomische Verselbständigung mit politisch-militärischen Mitteln verhindert werden konnte. Demgegenüber ging die Industrialisierung Deutschlands vorrangig von binnenwirtschaftlichen Impulsen aus. Seinen steigenden Anteil an der Weltwirtschaft konnte es nur im Zuge der englischen Freihandelspolitik erlangen. Dieser Prozeß wurde jedoch mit dem Erstarken außereuropäischer Wirtschaftsfaktoren gebremst und das europäische Industriemonopol schließlich infolge des Weltkriegs zerschlagen⁶²⁵. Während dem Kapitalismus in England, Frankreich und den USA aufgrund seiner internationalen Positionierung in dieser Situation verschiedene Optionen zur Verfügung stehen, bleibe dem deutschen Kapitalismus nur sein Binnenmarkt. Am internationalen Warenverkehr könne er nur noch über qualitativ hochwertige Produkte in einzelnen Handelssegmenten sowie über Dumpingpreise partizipieren. Diese Analyse bringt Jaksch zu der Schlußfolgerung, daß der Kapitalismus in Europa seine Hochphase bereits unmittelbar nach der Jahrhundertwende erreicht hatte. Weiteres Wirtschaftswachstum sei nicht mehr strukturell bedingt, sondern müsse im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung, der Kriegsführung und der Beseitigung der Kriegsschäden gesehen werden. Somit erkennt Jaksch in dieser Situation auch die Industriearbeiterschaft als gesellschaftliche Schicht in Deutschland als eine seit Beginn des 20. Jahrhunderts quantitativ stagnierende Größe. Dennoch hat die deutsche Arbeiterbewegung - ausgehend von der im Kommunistischen Manifest aufgrund der Analyse des englischen Beispiels formulierten Prämisse, die Bourgeoisie schaffe sich mit dem steigenden Entwicklungs- und Monopolisierungsgrad des Industriekapitalismus ihre eigenen Totengräber - in der Applikation der Kautskyschen Marxismusinterpretation ihre machtpolitische Konzeption auf eben diesem, im Historischen Materialismus als zwangsläufig betrachteten Wachstumsfaktor des Industrieproletariats aufgebaut.

Mit dieser Kritik traf Jaksch tatsächlich ins Mark sozialdemokratischer Ideologie. Denn diese begründete den Charakter gesellschaftlicher Entwicklung eben naturgesetzlich-evolutionär und begriff damit auch den Aufbau des Sozialismus als einen organischen Wachstumsprozeß, der bereits im Kapitalismus beginne, sich kontinuierlich steigern und dann nahtlos in den Sozialismus übergehe. Diese in Bernsteins Revisionismus angelegte und systematisierte Wachstumsideologie wurde nach dem Ersten Weltkrieg schnell zur offiziellen Parteidoktrin der SPD, die sich in Anbetracht ihres beeindruckenden Organisationswachstums und ihrer politischen Anfangserfolge zusehends optimistisch zeigte, die gesellschaftliche Entwicklung über ihre sozialemanzipatorischen Aktivitäten zügig in die sozialistische Wirtschaftsgesellschaft vorantreiben zu können. Die bereits vor dem Ersten Weltkrieg von Hilferding begründete wirtschaftsdemokratische Reformidee vom 'organisierten Kapitalismus', wonach der Sozialismus als sozioökonomi-

⁶²⁵ "Die Weiterexistenz des Kapitalismus vollzieht sich seither im Zeichen eines erbitterten Wettkampfes zwischen den neu- und altindustrialisierten Ländern, der von einer ganzen Serie gegenseitiger Absperrungsmaßnahmen begleitet ist. Eine kurze Nachkriegskonjunktur ließ die Wahrheit nur verlangsamt durchdringen, daß damit die Tore des Weltfreihandels zugeschlagen waren." Ebd., S. 53.

ches Ordnungsmodell unmittelbar aus den Organisationspotentialen des sich eigendynamisch entwickelnden Kapitalismus hervorgehen werde, wurde in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre als Konsequenz aus dem allgemein vorherrschenden industriellen Wachstums- und Rationalisierungsoptimismus offiziell bestätigt und damit strategiebestimmend. Demnach mußte die Arbeiterbewegung nur darauf warten, bis die Organisationsbestrebung des Finanzkapitals sich perfektionieren und der antikapitalistische Kampf des stetig anwachsenden Proletariats in dem aus dem Historischen Materialismus abgeleiteten dialektischen Modell der potentierten Klasse gegensätze kulminieren und somit zum unmittelbaren Kampf um die Staatsmacht führen. In der festen Überzeugung, daß der Sozialismus direkt aus dem Organisationspotential des Kapitalismus entstehen werde, wurde die 'Wirtschaftsdemokratie' - also der Ausbau politischer und sozialer Machtstellungen der wachsenden Arbeiterklasse in der sich organisierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung - zum vorrangigen Mittel des sozialistischen Kampfes. Neben der zentralen Rolle der Gewerkschaften in diesem organischen Prozeß verfolgte die Weimarer SPD - ebenso wie die ČSD - die Strategie, über wirtschaftliche Mitbestimmung, die Ausdehnung direkter staatlicher Wirtschaftstätigkeit und einer interventionistischen Wirtschaftspolitik zu einer sukzessiven Demokratisierung der Wirtschaftsordnung zu gelangen. In dieser Strategie spielte also die Ausdehnung der sozialen Basis des Sozialismus nur eine nachrangige Rolle.

Mit dieser Fehlinterpretation der Wachstumschancen der Arbeiterschaft und der resistenten Entwicklungstendenzen im Agrarsektor habe es die deutsche Arbeiterbewegung nach Jakschs Ansicht jedoch versäumt, sich aufstrebenden gesellschaftlichen Klassen zu öffnen⁶²⁶. Noch deutlicher versagte die Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis zur rebellierenden mittelständischen Jugend, die "in totaler Opposition zur bisherigen Gesellschaft stand und nach totalen Lösungen der deutschen Nachkriegsmisere suchte. Die Ideologie des Arbeitersozialismus kam an diese Jugendgeneration nicht heran, denn die Begriffe von Ausbeutung und Mehrwert waren ihr, die um jeden Preis Arbeit suchte, fremd."⁶²⁷ Ihre abstrakten Vorstellungen von der Schaffung sozialer Gerechtigkeit durch eine starke Staatsgewalt trieb große Teile der Nachkriegsjugend deshalb in die Hände des nationalen Sozialismus. Insofern sei die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung vor allem die logische Konsequenz ihrer falschen ideologischen Ausgangsposition. Die Tatsache, daß das im Erfurter Programm festgehaltene Verdikt von den "versinkenden Mittelschichten"⁶²⁸ schon lange als gesellschaftliche Fehlinterpretation gewertet wurde und daß das Problem der Gewinnung der Mittelschichten in der SPD seit ihrem Berliner Parteitag von 1924 intensiv unter der Fragestellung einer notwendigen Integrationspolitik diskutiert wurde, scheint Jaksch allerdings nicht bekannt gewesen zu sein. Er hatte jedoch recht, daß die deutsche Sozialdemokratie über das Stadium differenzierter Problemanalysen nicht zu tragfähi-

⁶²⁶ "Es ist weder gelungen, die Front des Arbeitersozialismus um die (1925 gezählten) 2,6 Millionen Landarbeiter oder die 1,3 Millionen Hausangestellten befriedigend zu erweitern, noch durch die völlige Einbeziehung der 5,2 Millionen Angestellten eine breite sozialistische Front der industriell-gewerblichen Lohn- und Gehaltsempfänger aufzurichten. Die Angliederung wirtschaftlich selbständiger Mittelschichten blieb in kümmerlichen Ansätzen stecken." Ebd., S. 56.

⁶²⁷ Ebd., S. 66.

⁶²⁸ D. Dowe/K. Klotzbach (Hrsg): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn-Berlin 21984, S. 188.

gen Konzepten für eine perspektivische Einbindung nicht-proletarischer Gesellschaftsgruppen gelangt ist. Während sich lediglich eine Minderheit in der Partei für eine aktive Annäherung an die Mittelschichten unter Aufgabe resp. Relativierung genuin sozialistischer Klassenstandpunkte aussprach, plädierte die Parteimehrheit nur für eine vorsichtige, schrittweise politisch-programmatische Öffnung der SPD für wirtschaftliche und soziale Interessen neuer Wählergruppen. Neben der real vorhandenen Gefahr, Teile der traditionellen Wähler an die KPD zu verlieren, war für diese Haltung maßgeblich, daß es sich beim Nationalsozialismus in erster Linie um eine politisch-ideologische Protestform in der Krise des Kapitalismus handelte. Infolge der offensichtlichen Unterschätzung der politischen und ideologischen Eigendynamik der NSDAP zeigte sich die SPD optimistisch, langfristig von den Radikalisierungstendenzen im Mittelstand profitieren zu können. Aus der Anschauung vom naturgesetzlichen Geschichtsablauf, im Zuge dessen sich auch bei den den Faschismus unterstützenden Gruppen aus rationaler Betrachtung ihrer objektiven Soziallage eine neue, den Sozialismus favorisierende Einsicht ergeben werde, nährte die Partei ihre Überzeugung, den antikapitalistischen Protest der Mittelschichten für die eigenen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen kultivieren und domestizieren zu können. Auch von Vertretern der Mittelstandstheorie wurde eine im politischen System und im gesellschaftlichen Gefüge der Weimarer Republik isolierte Integrationsideologie abgelehnt. Statt dessen beharrte die Partei auf der Anwendung des traditionellen marxistischen Erkenntnisinstrumentariums und forderte eine klare Abgrenzung zwischen sozialer Basis der Bewegung und der von der Partei angewandten Taktik und Strategie. Aus diesem Grund war auch das 1932 vom ADGB initiierte und durch eine Reihe gesetzgeberischer Initiativen der Reichstagsfraktion flankierte sozial- und konjunkturpolitische Programm "Umbau der Wirtschaft" weiterhin von dem theoretischen Ansatz geleitet, daß sich der Sozialismus aus dem 'organisierten Kapitalismus' heraus verwirklichen ließe. Die SPD und die Gewerkschaften hatten auf diese Weise versucht, in einem für sie schwierigen politischen und wirtschaftlichen Umfeld durch die Applikation eines umfassenden Antikrisenprogramms gezielt die soziale Basis des Faschismus zu dezimieren, und durch ein Aufzeigen alternativer Lösungswege, die proletarisierten oder sozial bedrohten Mittelschichten ins demokratisch-antifaschistische Lager zu überführen⁶²⁹.

Die Kritik Jakschs an den Konsequenzen einer aus der Klassenkampffideologie abgeleiteten und somit ausschließlich auf die Arbeiterfrage fokussierten politisch-programmatischen Ausrichtung der Weimarer SPD war in weiten Passagen dennoch zutreffend und politisch opportun. Auch kann sie, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg verschiedentlich anmerkte, als richtungweisend für die Revision marxistischer Parteiideologie nach dem Zweiten Weltkrieg und die programmatische Öffnung der SPD für weitere Bevölkerungsschichten im Godesberger Programm betrachtet werden⁶³⁰. Auffällig ist aber auch, daß die Prämissen sozioökonomischer Veränderungen, auf die er sich bei der theoretischen Herleitung seiner Forderungen nach einer neuen Parteistrategie bezieht, weniger auf die Entwicklung in Deutschland zutreffen, sondern sie viel

⁶²⁹ Vgl. zu den diesbzgl. Diskussionen innerhalb der SPD in den zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre die umfangreiche Darstellung bei Saggau (1981), a.a.O., S. 140 ff.

⁶³⁰ Vgl. W. Jaksch: Unser Weg nach Godesberg, in: Sudeten-Jahrbuch 1962, S. 17-22.

eher seinen persönlichen Erfahrungen in der ČSR entnommen waren, wo es eben nur regional begrenzt ein großstädtisches Proletariat gab, das auf eine systematische sozialrevolutionäre Politikstrategie setzte und - mit allen politischen Konsequenzen für die dort agierenden Arbeiterparteien - ansonsten eher der agrarischen Gesellschaftsordnung zugehörig betrachtet werden muß. Da dieser Zusammenhang als grundlegend und damit besonders aussagekräftig für Jakschs Revisionismus begriffen werden muß, sollen die Besonderheiten der Entwicklung der Sozialstruktur in den böhmischen Ländern kurz dargestellt und diskutiert werden.

Exkurs: Die Sozialstruktur der böhmischen Länder

Eine sozioökonomische Differenzierung der Gesellschaft begann in den böhmischen Ländern ebenso wie in Westeuropa mit dem Einsetzen der Industriellen Revolution. Der erstarrte Aufbau der traditionellen, durch Geburtsprivilegien bestimmten Ständegesellschaft wurde zunehmend mit den neuen, liberalen Werten des Bürgertums durchdrungen und der bürgerliche Lebensstil und die kapitalistischen Organisationsmethoden infolge der Industrialisierung und Urbanisierung richtungsweisend für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung. An die Stelle der überkommenen höfischen Kabinettpolitik trat eine Repräsentation bürgerlicher Interessen durch Honoratiorenparteien. Damit nahmen westlich-demokratische Orientierungen Einzug in die politische Szenerie, insbesondere auch bei der sich dann entwickelnden sozialistischen Bewegung, in der Bauernbewegung und beim politischen Katholizismus. Insgesamt stärkte dieser Gesellschaftsprozeß die tschechische Nationalbewegung, die bereits nach dem österreich-ungarischen Ausgleich von 1867 die Form einer Massenbewegung annahm⁶³¹. Bis zum Ersten Weltkrieg wies die Gesellschaft in den böhmischen Ländern alle Merkmale der Modernisierung auf: Industrialisierung, Differenzierung von Stadt und Land, Urbanisierung, Entwicklung einer bürgerlichen Mittel- und Oberschicht, die über Möglichkeiten zur politischen Partizipation verfügte. Bei Betrachtung der Zahlen der sozialen Gliederung der tschechoslowakischen Bevölkerung, besonders der vergleichsweise hohen Arbeiterquote, läßt sich zunächst vermuten, die ČSR der Zwischenkriegszeit sei eine Industriegesellschaft gewesen. Die Vergleichszahlen der Arbeitnehmerschaft aus den Jahren 1921 und 1930 zeigen darüber hinaus noch ein Anwachsen des sekundären Sektors zu Lasten des primären, wie es in allen sich entwickelnden Industriegesellschaften zu beobachten ist. Die absolute Zahl der Industriearbeiter im internationalen Vergleich, läßt sogar erkennen, daß die ČSR in dieser Kategorie weltweit an siebter Stelle stand und damit noch vor Ländern wie Frankreich oder Italien rangierte. Wie im folgenden gezeigt wird, fehlten der ČSR jedoch einige der für eine Industriegesellschaft maßgeblichen Charakteristika, und wir

⁶³¹ Vgl. M. Hroch: Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen, Praha 1968.

müssen statt dessen von einer Mischform zwischen westlicher Industrie- und östlicher Agrargesellschaft mit großen regionalen Unterschieden ausgehen⁶³².

Die soziale Gliederung nach Berufsgruppenzugehörigkeit (in %)⁶³³:

<u>Gruppe:</u>	<u>1921:</u>	<u>1930:</u>
Arbeiter	51,8	57,3
Angestellte	6,4	6,8
Bauern	24,6	22,2
"Kleinunternehm	12,8	8,2
Unternehmer	4,4	5,5

Die erste Differenz zu einer Industriegesellschaft ergibt sich aus der Zuordnung der Arbeitnehmerschaft zu den Wirtschaftsbereichen in den einzelnen Regionen des Landes. Wie die folgenden Zahlen verdeutlichen, wies die Wirtschaftsstruktur innerhalb des Landes ein starkes West-Ost-Gefälle auf. Während der westliche Teil der ČSR stark industrialisiert war, nahm der industrielle Entwicklungsgrad in Richtung der östlichen Landesteile rapide ab. In der Slowakei und der Karpato-Ukraine waren Wirtschaft und Gesellschaft, wenn auch mit langsam abnehmender Tendenz, überwiegend durch die Landwirtschaft bestimmt.

⁶³² Grundlegend für eine zusammenhängende Analyse der Sozialstruktur der ČSR sind noch immer die Arbeiten von F. Seibt: Zur Sozialstruktur der Ersten ČSR, in: Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis (1967), S. 111-25; und V. Průcha: Sociální struktura československé společnosti v předmnichovské republice, Praha 1970. Im Rahmen einer breiten Untersuchung der Entwicklung der unterschiedlichen Industriegebiete in den böhmischen Ländern wurde die dortige Sozialstruktur dargestellt von J. Macháčová/J. Steiner: Sociální vývoj průmyslových oblastí českých zemí v období první republiky, in: Průmyslové oblasti českých zemí (1780-1945), Bd. II 1918-1938, Teil 2 - sociální a populační vývoj, Opava 1991, S. 317-455. Eine gute Übersicht über den Forschungsstand, Literatur- und Quellenlage zur sozialen Schichtung gibt der kurze Aufsatz von J. Macháčová: K výzkumu sociálních struktur obyvatelstva průmyslových oblastí českých zemí v meziválečném období, in: SISb 89 (1991), S. 45-49. Umfassende Analysen der marxistischen Geschichtswissenschaft zur Sozialstruktur unter besonderer Berücksichtigung der unteren Bevölkerungsschichten geben Chyba (1972), a.a.O.; und V. Veber: Postavení dělnické třídy v českých zemích 1924-1929, Praha 1965. Als zeitgenössische Analysen sind insbesondere zu nennen I.A. Bláha: Sociologie sedláka a dělníka. Příspěvek k sociologii společenských vrstev, Praha 1925; und H.O. Ziegler: Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in der Tschechoslowakei, Prag 1936. Für die Parallelität der Gesellschaftsentwicklung in den Nachfolgestaaten, Österreich, Ungarn, ČSR und Jugoslawien vgl. die Aufarbeitung des Forschungsstands durch A. Suppan: Sozialstruktur und Gesellschaft im Donauraum zwischen den beiden Weltkriegen: Ein Vergleich zwischen der Tschechoslowakei, Ungarn, Österreich und Jugoslawien, in: EEQ 24 (1990), S. 247-73. Weiterhin grundlegend für die breitere Analyse der Nachfolgestaaten sind A. Teichova: Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, Wien 1988; G. Rankí: Economy and Foreign Policy. The Struggle of the Great Powers for Hegemony in the Danube Valley, 1919-1939, New York 1983; J. Rothschild: East Central Europe between the Two World Wars, Seattle-London 1971; und H. Seton-Watson: Eastern Europe between the Wars, 1918-1941, Hamden 1962.

⁶³³ Vgl. Kosta (1975), a.a.O., S. 31.

Die Bevölkerung der ČSR nach Wirtschaftsbereichen (in %):⁶³⁴

Jahr:	<u>Böhmische Länder:</u>		
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei:	Industrie und Gewerbe:	Andere Zweige, Dienstleistungen:
1910	34,4	39,9	26,7
1921	31,6	40,0	28,4
1930	25,6	41,4	33,0
	<u>Slowakei und Karpato-Ukraine:</u>		
1910	63,5	17,4	19,1
1921	61,8	16,5	21,7
1930	58,5	17,8	23,7

Doch auch innerhalb Böhmens läßt sich eine ungleichmäßig entwickelte Wirtschaftsstruktur erkennen. Bei der Betrachtung der Berufsgliederung unter der deutschsprachigen Bevölkerung in den böhmischen Ländern läßt sich feststellen, daß die Prozentzahl der in Industrie und Handel Beschäftigten hier noch höher lag als im westlichen Landesdurchschnitt und die Zahl der im Agrarsektor Beschäftigten deutlich niedriger war. Aus der Tatsache, daß die sudetendeutsche Bevölkerung, die vor allem im Norden und Nordwesten konzentriert war, in den böhmischen Ländern etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung stellte, läßt sich somit ablesen, daß der Industrialisierungsgrad in diesen Gebieten noch einmal erheblich höher war als in den vornehmlich von Tschechen bewohnten Gebieten⁶³⁵.

Die Berufsstruktur der 1930 wirtschaftlich aktiven deutschen und tschechoslowakischen Bevölkerung in den böhmischen Ländern nach Wirtschaftsbereichen in %:⁶³⁶

<u>Wirtschaftssektor:</u>	<u>deutsche Nationalität:</u>	<u>tschechoslowakische Nationalität:</u>
Land- und Forstwirtschaft:	26,47	32,87
Industrie und prod. Gewerbe:	49,11	39,79
Dienstleistungen:	22,82	26,16
sonstige Berufe:	<u>1,60</u>	<u>1,18</u>
insgesamt:	100,00	100,00

Nach *Seibts* Beobachtungen ist diese Industriedichte aber keineswegs ein Phänomen, das nur mit den Sprachgrenzen innerhalb Böhmens als gegebener Einheit gleichgesetzt werden kann, sondern an der Bevölkerungsdichte läßt sich vielmehr erkennen, daß es eine diagonal durch Böhmen verlaufende geographische Trennlinie gab, die einen dicht besiedelten, hochindustrialisierten Norden und Nordwesten mit den Industriegebieten um Prag-Kladno, Pilsen und Budweis von einem landwirtschaftlich geprägten und unterbevölkerten Süden und Südosten trennte. Die Nordwesthälfte Böhmens wies ohne die Großstädte eine Bevölkerungsdichte von mindestens 100 und höchstens 600 Einwohnern pro km² auf. In der südöstlichen Landeshälfte wurde,

⁶³⁴ Vgl. Teichova: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei (1988), a.a.O., S. 17.

⁶³⁵ Die deutschsprachige Bevölkerung hatte gleichzeitig auch den höchsten durchschnittlichen Lebensstandard in der Tschechoslowakei. Vgl. Václav L. Beneš: Die Tschechoslowakische Demokratie und ihre Probleme (1980), in: Mamatey/Luza (1980), 49-108, S. 54.

⁶³⁶ Vgl. J. Steiner: Profesní a sociální skladba obyvatelstva německé národnosti v českých zemích v roce 1930, in: SISb 87 (1989), 173-95 und SISb 88 (1990), 96-113, S. 177.

bis auf die Stadtgebiete, eine Bevölkerungsdichte von 100 Einwohnern pro km² an keiner Stelle erreicht⁶³⁷. Dies ist das Ergebnis einer seit dem Ende des 18. Jahrhunderts kontinuierlichen Bevölkerungsentwicklung, in der die nordwestliche Hälfte Böhmens aufgrund des Arbeitsplatzangebots ein Zuzugsgebiet wurde. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stieg die Bevölkerungszahl in den Gebieten um Prag-Kladno, Pilsen, Ostrava und Teplice-Most, wo moderne Industriezweige entstanden waren. Die Südosthälfte mit der Dominanz einer extensiven, arbeitskräftesparenden Gutswirtschaft, in der eine Existenzsicherung durch Arbeit in der Landwirtschaft nicht gewährleistet war, wurde - besonders während der Agrarkrise der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts - zu einem permanenten Abwanderungsgebiet. Das traf auch für die nordöstlichen Gebiete mit überwiegender Textilproduktion zu, in denen sich keine Industrialisierung vollzogen hatte⁶³⁸.

Mit der tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit trat eine Änderung der traditionellen Migrationsbewegungen ein. Dies betraf vor allem die Abwanderung von Fachkräften außer Landes, besonders von Südböhmen nach Wien und aus der Slowakei nach Ungarn und Übersee. Es läßt sich aber auch eine Umkehrung der traditionellen Migration von Mittel- nach Nordböhmen feststellen, die dadurch zu erklären ist, daß sich in den tschechischen Zentralgebieten infolge der zweiten Industriellen Revolution die modernen Zweige der Schwer- und Maschinenbauindustrie angesiedelt hatten. Durch das höhere Lohnniveau in diesen Gebieten und Industriezweigen gegenüber den nördlichen Gegenden mit einem Übergewicht an Konsumgüterindustrie war Mittelböhmen für den Zuzug von Arbeitskräften nun attraktiver geworden⁶³⁹. Zu den sich am schnellsten entwickelnden Regionen zählten nach dem Ersten Weltkrieg der Großraum Prag-Kladno und das Brünnener Industriegebiet. Diese Entwicklung erklärt sich aber auch mit der nun wachsenden politisch-administrativen und kulturellen Bedeutung beider Zentren. Die bereits im 19. Jahrhundert begonnene Ersetzung der deutschen urbanen Bevölkerung durch Tschechen hielt in der Zwischenkriegszeit an⁶⁴⁰.

Ein weiteres Kennzeichen für eine Industriegesellschaft ist die Tendenz zur Urbanisierung. Die Industrialisierung in westeuropäischen Ländern zog im 19. Jahrhundert Arbeitskräfte aus

⁶³⁷ Vgl. Seibt (1967), a.a.O., S. 112 f.

⁶³⁸ Vgl. zu dieser Entwicklung ausführlich die Untersuchung von L. Kárníková: *Vývoj obyvatelstva v českých zemích 1754-1914*, Praha 1965.

⁶³⁹ Vgl. dazu die ausführliche Untersuchung von Macháčová/Steiner (1991), a.a.O. Die Autoren weisen aber auch nach, daß die ausgezahlten höheren Löhne in der Schwer- und metallverarbeitenden Industrie zwangsläufig die soziale Stellung der Arbeiter beeinflusste. Diese Beobachtung erklären die Autoren mit den fehlenden Erwerbsmöglichkeiten für Frauen in diesen Gebieten. In den Gebieten mit einem Übergewicht an Konsumgüterindustrie gab es verschiedene Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit für Frauen und Familienmitglieder auf der Basis von Aushilfs- oder Heimarbeit, während es in den Regionen der Schwer- und metallverarbeitenden Industrie oftmals nur einen Ernährer pro Familie gab.

⁶⁴⁰ Vgl. zur Populationsentwicklung in der Zwischenkriegszeit ausführlich B. Pitronová: *Populační vývoj průmyslových oblastí českých zemí v období první republiky*, in: *Průmyslové oblasti českých zemí (1780-1945)*, Bd. II 1918-1938, Teil 2 - sociální a populační vývoj, Opava 1991, S. 457-557.

Das interessanteste Beispiel interner Migration war zweifellos die Stadt Zlín. Durch die wirtschaftliche Expansion des Schuhherstellers Bat'a entstand in einer reinen Agrargegend in Mähren eine Mittelstadt. 1924 betrug die Bevölkerungszahl Zlíns noch 4.500 Einwohner, bis 1935 war sie bereits auf 40.000 gestiegen. Die Belegschaft der Bat'a-Werke wuchs im selben Zeitraum von 2.000 auf 21.000 Beschäftigte. Vgl. Hauner (1985), a.a.O., S. 84.

ländlichen Gebieten an, und es entwickelten sich so aus Industriestandorten Städte. *Seibt*, der paradigmatisch die Siedlungsformen der ČSR mit denen in Deutschland vergleicht, kommt zu dem Schluß, daß für die ČSR im Gegensatz zu den westeuropäischen Industrieländern geradezu von einer "Großstadtarmut" gesprochen werden muß⁶⁴¹. Während sich die Landbevölkerung in Deutschland zwischen 1900 und 1938 infolge fortschreitender Industrialisierung um ein Viertel verringerte (von 44% auf 33%) und die Großstadtbevölkerung sich gleichzeitig fast verdoppelte (17% auf 30%), lassen sich in der ČSR im gleichen Zeitraum kaum Veränderungen feststellen. Die Großstadtbevölkerung betrug in der gesamten ČSR 1930 nur 12% und lag auch im höher industrialisierten Böhmen lediglich bei 14%. Etwa 50% der tschechoslowakischen Bevölkerung waren zu dieser Zeit als Landbevölkerung zu bezeichnen, und selbst in Böhmen lebten 1930 noch über die Hälfte der Menschen in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern. Es gab nur fünf Großstädte in der Republik, und auch die statistische Anzahl der Mittelstädte trügt, da nur zwei von ihnen die Marke von 70.000 Einwohnern überschritten. Zudem handelte es sich nach *Seibts* Ansicht bei den nord- und nordwestböhmisches Mittelstädten um nicht viel mehr als Gemeindeagglomerate, die in den seltensten Fällen mehr als 40.000 Einwohner zählten und somit auch nicht den typischen Sozialcharakter einer Stadt trugen. "Das Industriedorf spielte demnach in der ČSR eine weitaus größere Rolle als in westlichen Ländern und erinnert uns, wenn wir von schwäbisch-württembergischen Regionalformen absehen, am ehesten an die großstadtarme, aber weithin industrialisierte Schweiz."⁶⁴² Diese Sichtweise muß allerdings insofern relativiert werden, als daß es auch in Deutschland im 19. Jahrhundert eine Industrialisierung in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten gegeben hat, die in der Gesamtentwicklung dieser Volkswirtschaft eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat. Es sei für den Industriestandort Westfalen nur an die Textilindustrie in den Regionen Ostwestfalen und Münsterland oder an die metallverarbeitende Industrie im Bergischen Land erinnert. Diese Gebiete behielten, ebenso wie Nord- und Nordwestböhmen, ihren kleinstädtischen Charakter bis ins 20. Jahrhundert. Anders als in den böhmischen Ländern entwickelten sich in Westfalen aber schon im 19. Jahrhundert dort Großstädte, wo mit der Schwerindustrie neue Industriezweige entstanden (Ruhrgebiet). In jedem Fall waren die urbanen Vermassungerscheinungen mit ihren sozialen Auswirkungen, wie wir sie seit dem 19. Jahrhundert aus englischen oder deutschen Großstädten, dann aber auch aus sich spät entwickelnden Ländern wie Rußland kennen, der gesellschaftlichen Entwicklung in den böhmischen Ländern fremd. Noch in den dreißiger Jahren lebten anteilmäßig mehr Arbeiter in Kleinstädten als in Mittelstädten über 50.000 Einwohnern⁶⁴³. Dies reflektierte sich auch in der

⁶⁴¹ Vgl. *Seibt* (1967), a.a.O., S. 117 ff.

⁶⁴² Ebd., S. 118.

⁶⁴³ "Die spezifische Wohnsituation der Arbeiterschaft war sehr häufig auch dort anzutreffen, wo es sich tatsächlich um städtisch-großindustrielle Verhältnisse handelte. Die chemischen Werke in Aussig beschäftigten in der Zwischenkriegszeit Arbeiter aus 87 Dörfern, die täglich bis zu vier Stunden aus ihren Heimatgemeinden anreisten. Von den 10 660 Arbeitern der Brüner Waffnerwerke wohnten 1939 die Hälfte in den ländlichen Gemeinden um die mährische Metropole; für 2500 von ihnen lag der tägliche Weg zur Arbeit unter 20 km, 2905 legten täglich 20-50 km zurück." P. Heumos: Die Arbeiterschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Elemente der Sozialstruktur, organisatorische Verfassung und politische Kultur, in: *BohZ* 29 (1988), 50-72, S. 52 f.

Mitgliederbasis der sozialdemokratischen Parteien, die sich zu einem bedeutenden Teil aus ländlich-dörflichen Wohn- und Sozialstrukturen rekrutierte⁶⁴⁴.

Diese Industrialisierung in kleinstädtischer Umgebung erklärt sich aus einer für die böhmischen Länder spezifischen Entwicklung. Der äußeren Form nach verlief die Industrialisierung ähnlich wie in Westeuropa: Sie begann in der Mitte des 19. Jahrhunderts in der Textilindustrie, setzte sich über die industrielle Verarbeitung von Agrarprodukten fort und endete zunächst in der Schwer- und metallverarbeitenden Industrie⁶⁴⁵. Anders als in Deutschland war die Kapitalmenge für die erforderlichen Investitionen im österreich-ungarischen Wirtschaftsraum jedoch weitaus begrenzter vorhanden, so daß die auch in den böhmischen Ländern festzustellenden Urbanisierungstendenzen ohne die gleichen demographischen Auswirkungen blieben und somit die traditionelle Verbindung zwischen Landhandwerk und Landwirtschaft das 19. Jahrhundert überdauern konnte⁶⁴⁶. Es entstanden schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einigen Gegenden Manufakturen, die die Bevölkerung der umliegenden Gegenden mit Heimarbeit versorgten. Dies waren vor allem Heimweberei und Heimarbeit bei Bijouteriewaren⁶⁴⁷. Noch 1902 gab es alleine in Böhmen 200.000 Heimarbeiter, davon 120.000 in der Textilindustrie⁶⁴⁸. In den nordböhmischen Wirtschaftszentren mit überwiegender Textil- und Glasindustrie machte nach der Jahrhundertwende der Anteil der Heimarbeiter 20-31% an der Gesamtzahl der in diesen Produktionsbetrieben Erwerbstätigen aus. Bis 1930 reduzierte er sich auf 9-10%. Demgegenüber spielte der Anteil der Heimarbeiter in den Gebieten mit überwiegend modernen Industriezweigen eine weitaus geringere Rolle. 1902 betrug er 4-6% und sank bis 1930 auf 0,25-2%⁶⁴⁹.

Ein zweites für die Industrialisierung in den böhmischen Ländern charakteristisches Phänomen war die Teilerwerbslandwirtschaft. Wie *Englisch* in seiner Untersuchung über das nordböhmische Braunkohlerevier deutlich macht, galt z.B. der Bergbau in dieser Region lange Zeit als ergänzende Einkommensquelle für die in der Landwirtschaft Beschäftigten. Bauern nutzten die Arbeit in Bergwerken zur Saisonarbeit, aus Gründen des sozialen Aufstiegs, oder um sich von unsicheren Ernteerträgen unabhängig zu machen. Diese Tendenz hatte zur Folge, daß auch die großen Bergbaugesellschaften bis in die neunziger Jahre über keinen festen Belegschafts-

⁶⁴⁴ Aus dem Bericht des ČSD-Generalsekretärs an den Parteitag von 1937 geht hervor, daß die Mitgliedschaft in urbanen Gebieten mit 51,5 % nur unwesentlich größer war als in ländlichen Gebieten. Vgl. Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 20.

⁶⁴⁵ Vgl. zur Industrialisierung in den böhmischen Ländern ausführlich Horská-Vrbová (1965), Lacina (1990) und K.M. Brousek: Die Großindustrie Böhmens 1848-1918, München 1987. Eine umfangreiche Analyse der Entstehung einer Industriegesellschaft in den böhmischen Ländern im Vergleich zu den angrenzenden Industriegebieten gibt P. Horská-Vrbová: Kapitalistická industrializace a středoevropská společnost. Příspěvek ke studiu formování tzv. průmyslové společnosti, Praha 1970. Zur sozialen Lage der unteren Bevölkerungsschichten vor dem Ersten Weltkrieg vgl. VI. Křepeláková: Struktura a sociální postavení dělnické třídy v Čechách 1906-1914, Praha 1974. Eine Übersicht zum Forschungsstand, Literatur- und Quellenlage geben die drei kurzen Aufsätze von J. Macháčová: Stav výzkumu a literatura k postavení dělnictva v průmyslových oblastech českých zemí 1848-1914, in: SISb 85 (1987), S. 39-57; dies.: Prameny k postavení dělnictva v průmyslových oblastech českých zemí 1848-1914, in: Ebd., S. 132-43; dies.: Postavení dělnictva v průmyslových oblastech českých zemí 1848-1914. Závěry výzkumu, in: Ebd., S. 244-54.

⁶⁴⁶ Vgl. P. Horská: Urbanizace v českých zemích v letech 1897-1914, in: ČsČH 27 (1979), S. 104-29.

⁶⁴⁷ Vgl. Brousek (1987), a.a.O., S. 95 ff.

⁶⁴⁸ Vgl. ebd., S. 112.

⁶⁴⁹ Vgl. die Zahlenangaben bei Macháčová (1991), a.a.O., S. 48.

stamm verfügten und ihre Arbeiter aus den umliegenden Dörfern rekrutierten⁶⁵⁰. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch in anderen Industriezweigen feststellen⁶⁵¹. Noch nach dem Ersten Weltkrieg war der überwiegende Teil der in kleinen Siedlungen lebenden Arbeiter mit dem landwirtschaftlichen Kleinstbesitz verbunden. So gehörte nach Angaben von *Heumos* z.B. die Mehrheit der Belegschaft der Pilsener Škoda-Werke, die zwischen 1929 und 1938 im Einzugsbereich des Wahlkreises Jakschs lebten, diesem Typus des 'Eisenbauern' (*kovozemědělec*) an⁶⁵². In der zeitgenössischen sozialdemokratischen Literatur wurde argumentiert, daß Unternehmer den Erwerb landwirtschaftlich genutzten Kleinstbesitzes durch ihre Arbeiter mit günstigen Darlehen förderten. Dahinter verbarg sich das Kalkül, daß seßhaft gewordene Arbeiter gezwungen waren, "sich mit niedrigeren Löhnen zufrieden zu geben, als die beweglicheren Proletarier in der Industriestadt fordern konnten"⁶⁵³. Auch von staatlicher Seite wurde diese Entwicklung gefördert, indem Industriearbeiter an der Bodenreform von 1919 ebenfalls partizipieren konnten und dabei kleine Landzuteilungen erhielten. Wie empirische Studien über die Größenstruktur der Landwirtschaft in den böhmischen Ländern zeigen, hatte die Bodenreform, die in allen Gebieten der ČSR zu einer Strukturveränderung in Richtung auf größeren Landbesitz pro Betrieb führte, in den industrienahen Regionen der westlichen Landeshälfte eine gegenteilige Wirkung. Durch die Praxis, daß Arbeiter, die vorher kein Land bewirtschafteten, jetzt ebenfalls Bodenzuteilungen erhielten, vergrößerte sich der landwirtschaftliche Kleinstbesitz in den böhmischen Ländern in den zwanziger Jahren noch einmal erheblich⁶⁵⁴. Die Intention war dabei sicherlich, sozialen Härten durch die Vergabe von Land als Nebenerwerbsquelle und durch die Einbindung der Arbeiterschaft in die ländliche Sozialordnung einer politischen Radikalisierung vorzubeugen. Dies entspräche der auch an anderen Stellen anzutreffenden Politik, möglichen Ursachen für revolutionäre Aufstände durch distributive Maßnahmen frühzeitig entgegenzuwirken. Nach Schätzungen des Wochenblatts "Svobodný zítřek" aus dem Jahr 1945, auf die *Heumos* verweist, waren 1930 etwa eine halbe Million Arbeiter im Besitz solcher Parzellen⁶⁵⁵.

Die Ausbildung einer Facharbeiterschaft im Bergbau und in der metallverarbeitenden Industrie begann unter diesen Umständen erst vergleichsweise spät mit dem Zuzug von Arbeitskräften in das nordböhmische Braunkohlebecken und die mittelböhmischen Industriestädte gegen Ende des 19. Jahrhunderts, insbesondere von Tschechen aus den böhmischen Zentralgebieten. Doch bis ins 20. Jahrhundert hinein litt die böhmische Industrie unter einem Mangel an ausgebildeten Fachkräften. Wie für den Braunkohlebergbau deutlich gemacht wurde, gab es um 1900 wohl eine personelle Umstrukturierung der Zechen mit einer Vielzahl von angelegerten Hauern und Förderern, qualifizierte betriebliche Mittelschichten waren aber immer noch nicht genügend

⁶⁵⁰ Vgl. Norbert Englisch: Braunkohlenbergbau und Arbeiterbewegung. Ein Beitrag zur Bergarbeitervolkskunde im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier bis zum Ende der österreich-ungarischen Monarchie; München-Wien 1982.

⁶⁵¹ Vgl. zur Bedeutung der Heimarbeit bis ins 20. Jahrhundert auch Macháčová (1991), a.a.O.

⁶⁵² Vgl. *Heumos* (1988), a.a.O., S. 53.

⁶⁵³ E. Paul: Das sudetendeutsche Dorf, in *Arbeiter-Jahrbuch* 1936, 25-30, S. 29.

⁶⁵⁴ Vgl. Oldřiška Nejedlá: K velikostní struktuře zemědělských závodů v průmyslových oblastech v první třetině 20. století, in: *K hospodářským a sociálním dějinám* (1991), Bd. 2, S. 166-232.

⁶⁵⁵ Vgl. *Heumos* (1988), a.a.O., S. 54.

vorhanden⁶⁵⁶. Trotz der seit den neunziger Jahren auch in Nord- und Nordwestböhmen festzustellenden Tendenz zur Beschleunigung des Prozesses der Konzentration und Konzernbildung, blieb das industrielle Großunternehmen hier aus diesen Gründen eher die Ausnahme. Typisch für die böhmische Entwicklung blieb das mit Hilfskräften wirtschaftende Kleingewerbe, das weder als industriell zu bezeichnen ist, noch dem traditionellen Gewerbe zugeordnet werden kann. Diese Betriebsform war vor allem in der Nahrungsmittelindustrie, bei Ziegeleien sowie Wasser- und Elektrizitätswerken anzutreffen. Großbetriebe nach westlichem Typus gab es nur in der Metallverarbeitung und in der aufkommenden Elektroindustrie⁶⁵⁷. Das nord- und nordwestböhmische Industriegebiet nahm zweifellos einen führenden Platz unter den Industrieregionen Österreich-Ungarns ein, war aber, was Betriebsgrößen, *Output* und Sozialstruktur anbetraf, keineswegs mit den westeuropäischen Industriestandorten Lothringen, Ruhrgebiet oder Manchester zu vergleichen.

Während der Zwischenkriegszeit stieg der Konzentrationsgrad der industriellen Produktion zwar an, blieb aber hinter den Entwicklungen in Westeuropa zurück. Ein tschechoslowakischer Betrieb beschäftigte 1930 rechnerisch durchschnittlich 6,4 Arbeiter (im Gegensatz zu 3,68 Arbeitern im Jahr 1902). Es gab in den böhmischen Ländern 1930 nur 117 Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten (1902 waren es erst 67 Betriebe). Diese produzierten im Bergbau, im Hüttenwesen, in der Metallverarbeitung, im Maschinenaufbau, in der Elektro- und chemischen Industrie sowie im Bauwesen⁶⁵⁸. Den höchsten Konzentrationsgrad erreichten 1930 die Betriebe der Eisenverhüttung mit durchschnittlich 928 Personen pro Betriebseinheit, gefolgt vom Bergbau mit durchschnittlich 391 Arbeitnehmern⁶⁵⁹. Der Erste Weltkrieg brachte insbesondere den für die Kriegs- und Rüstungswirtschaft produzierenden Mittel- und Großbetrieben Entwicklungsimpulse und zwang viele Kleinstbetriebe und Werkstätten zur Aufgabe. Diese Tendenz wurde während der Nachkriegskrise der Jahre 1921 und 1923 sowie der Investitionswelle zwischen 1924 und 1929, die eine Rationalisierung der Produktionsabläufe bei den größeren Betriebseinheiten brachte, fortgesetzt. Dennoch überwog in der ČSR 1930 noch immer die kleingewerbliche Produktion in über 530.000 Betrieben mit höchstens 5 Angestellten. Hinzu kam noch die nicht unbeträchtliche Zahl von Menschen, die in Hauswirtschaften als Industriezulieferer fungierten⁶⁶⁰. Als Betriebe mit einem eindeutigen Fabrikcharakter können nur knapp 4% aller Unternehmen gerechnet werden. Die kleingewerbliche Produktion blieb vor allem in der Bekleidungs- und Lebensmittelproduktion, in der Holzverarbeitung, bei der Herstellung von Eisen- und Lederwaren, Schuhen und Musikinstrumenten vorherrschend⁶⁶¹. Insgesamt veränderte sich

⁶⁵⁶ Vgl. Englisch (1982), a.a.O., S. 55 ff.

⁶⁵⁷ Vgl. Brousek (1987), a.a.O., S. 112.

⁶⁵⁸ Dabei kann aus der vorliegenden Literatur aber nicht entnommen werden, ob es sich bei diesen Unternehmen in erster Linie um Großbetriebe handelte, die über mehrere Produktionsstandorte verfügten, was aber wegen verschiedener Firmenfusionen durchaus anzunehmen ist.

⁶⁵⁹ Vgl. J. Matějček/J. Steiner/A. Šmídová: Relace mezi průmyslem a výrobním řemesly v průmyslových oblastech ČSR (k roku 1930), in: SISb 81 (1983), 7-30, S. 9.

⁶⁶⁰ Für 1930 wird der Anteil der "Häusler" mit 4,8% aller in der Industrie und im industriellen Gewerbe Beschäftigten beziffert (1921 5,0%), muß jedoch als höher eingeschätzt werden. Vgl. Chyba (1972), a.a.O., S. 78.

⁶⁶¹ Vgl. Matějček/Steiner/Šmídová (1983), a.a.O., S. 22.

die Größenstruktur der tschechoslowakischen Industriebetriebe zwischen den beiden Betriebszählungen von 1902 und 1930 wie folgt⁶⁶²:

<u>Betriebsgröße:</u>	<i>1902</i>		<i>1930</i>	
	<u>Anteil aller Betriebe in %:</u>	<u>Anteil an Arbeiterschaft in %:</u>	<u>Anteil aller Betriebe in %:</u>	<u>Anteil an Arbeiterschaft in %:</u>
1-5	93,23	41,50	87,76	24,89
6-10	2,68	5,30	5,29	6,07
11-20	1,09	4,26	2,39	5,41
21-100	1,60	13,81	2,86	19,20
101-1000	0,40	28,17	0,78	31,87
mehr als 1000	0,02	5,99	0,04	12,56

Die Aussagekraft der damaligen statistischen Erhebungen wurde schon in den dreißiger Jahren bezweifelt. Ein Dozent an der deutschen Universität in Prag kritisierte, daß die vorgenommenen Einteilungsprinzipien für Arbeitnehmer im Zusammenhang mit dem vorherrschenden Verständnis von Industrialisierung als Prozeß der Vermassung und Konzentrierung der Produktion in Groß- und Mittelbetrieben unzulässig sei. In einer Gegenrechnung, die den tatsächlichen Verhältnissen wohl ziemlich nahe kommt, schrieb er lediglich 25,1% der Arbeiter in Böhmen dem großindustriellen und 8,5% dem mittelindustriellen Sektor zu und bezeichnete 46,8% als Kleingewerbetreibende und "Landvolk", d.h. im Kontext der ländlichen Gesellschaftsordnung lebend⁶⁶³.

Folglich waren für die politische Orientierung der Arbeiterschaft neben der Erfahrung der tagtäglichen Lebensumstände auch die Zugehörigkeit des Arbeitsplatzes zu einer bestimmten Betriebsgröße sowie ein spezifisches Arbeits- und Wohnumfeld ausschlaggebend. Klein- und selbst Mittelbetriebe wurden oftmals paternalistisch geführt, was häufig zu einer engen, teilweise sogar freundschaftlichen Verbundenheit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern führte. "In such instances, the workers tended to be rather conservative, admiring the 'classic' social system with a fixed division of labor and responsibility between employer and employee, and taking it for granted that they should be satisfied with their poor social and economic situation."⁶⁶⁴ Für die Arbeiterschaft in den vergleichsweise wenigen Betrieben mit einem ausgesprochenen Fabrikcharakter löste sich die persönliche Verbundenheit mit dem Arbeitgeber normalerweise auf, und an ihre Stelle trat ein Gefühl von sozialer Ungerechtigkeit und Benachteiligung. Doch auch sie folgten in aller Regel dem reformistischen Flügel in der politischen Arbeiterbewegung. Die Kommunisten fanden in der Arbeiterschaft lediglich in der Gruppe der Ungelernten und Hilfsarbeiter eine konstante Gefolgschaft, in den dreißiger Jahren vor allem unter den Arbeitslosen.

Für den Großteil der Arbeiterschaft in der ČSR, die also überwiegend in kleinstädtischem Milieu lebte, in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt und auf die eine oder andere Weise in die

⁶⁶² Diese Tabelle sowie die vorstehenden Angaben basieren auf den Zahlen bei J. Geršlová/J. Steiner: Die Größenstruktur der Industriebetriebe der tschechischen Länder in den Jahren 1902-1930, in: ÖOH 35 (1993), 395-412, S. 396 f. und 400 f. Die Differenzen zu 100% ergeben sich aus der Tatsache, daß in den Statistiken auch Unternehmen berücksichtigt wurden, die sich zum Zeitpunkt der Zählung außer Betrieb befanden.

⁶⁶³ Vgl. Ziegler (1936), a.a.O., S. 238.

⁶⁶⁴ J. Hajda: Class Structure of Czechoslovakia in 1930 and 1967, in: Kosmas 6 (1987), 43-59, S. 53.

ländlich-agrarische Sozialordnung eingebunden war, stellte sich die soziale Frage unter ganz anderen Gesichtspunkten als in den klassischen Industrieländern oder auch in den großstädtischen Zentren Rußlands. Die soziale Frage ließ sich hier nämlich auf dem Weg der Reform innerhalb des bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systems lösen, ohne dessen Grundlagen in einer Revolution drastisch verändern zu müssen. Ein städtisches Industrieproletariat, das zur Bestreitung des Lebensunterhalts einzig auf die Einkünfte aus der Lohnarbeit angewiesen war, gab es praktisch nur im Wirtschaftsraum Prag-Kladno. Deshalb war die soziale Radikalität der Arbeiterschaft hier sehr viel schwächer ausgebildet, und die kommunistische Bewegung, die z.B. in Deutschland zu einer ernstzunehmenden Gefahr für die bürgerliche Demokratie zu werden drohte und sich in Rußland sogar langfristig durchzusetzen vermochte, blieb in der ČSR selbst während der Weltwirtschaftskrise nur eine marginale Kraft. Auch die Rätebewegung, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch das Entstehen von revolutionären Orts- und Bezirksnationalversammlungen auch in der ČSR Fuß zu fassen begann, fand keine Unterstützung durch die Sozialdemokraten oder die Tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung (OSČ)⁶⁶⁵ und konnte bereits Anfang Dezember 1918 unterdrückt werden. Durch die Einsetzung von Vertrauensleuten wurde zu Beginn des Jahres 1919 das 'Laienelement' in die tschechoslowakische Verwaltung eingeführt und so der Rätebewegung, die in den europäischen Nachbarstaaten zu respektablen Machtzentren geworden war, durch staatliche Maßnahmen entgegengewirkt⁶⁶⁶. Soziale Proteste von Arbeitern in Form von Streiks und Demonstrationen wandten sich in den zwanziger Jahren nur gegen unzureichende Arbeitsbedingungen, forderten höhere Löhne oder soziale Verbesserungen, zielten aber in den seltensten Fällen auf einen Umsturz des politischen und gesellschaftlichen Systems. Für die fehlende Politisierung der Arbeiterbewegung sind neben der spezifischen Sozialstruktur der Arbeiterschaft noch zwei weitere Gründe ausschlaggebend: die in der ČSR verbreitete Praxis der Gewinnbeteiligung, die noch aus der genossenschaftlichen Konzeption des 19. Jahrhunderts herrührte, und die Zersplitterung der Gewerkschaften in ethnische, konfessionelle und parteigebundene Betriebsgewerkschaften. Beides führte zu einer hohen "Fokalisierung des industriellen Konflikts auf den Betrieb und damit auf eine niedrige Verhandlungsebene mit der unausweichlichen Konsequenz partikularistischer Einzelfallregelungen"⁶⁶⁷.

Die bislang beschriebenen Charakteristika waren besonders in den nordböhmischen Gebieten mit einem Übergewicht an deutschsprachiger Bevölkerung anzutreffen, mit denen der dort in den zwanziger Jahren als Parteifunktionär tätig gewesene Jaksch besser vertraut war als die maßgeblichen Vertreter im Parteivorstand, die aus dem mährischen Brünn stammten. Die typische Siedlungsform war hier das Industriedorf. Die sudetendeutschen Arbeiter waren gleichzeitig auch Teilerwerbslandwirte, was sich wiederum nachhaltig auf ihre politische Orientierung

⁶⁶⁵ Vgl. K. McDermott: The Split in the Czech Social Democratic Trade Unions and the Formation of the Red Unions, 1919-1922, in: ECE 16 (1989), 39-52, S. 41; und H. Lemberg: Die Tschechoslowakei im Jahr 1. Der Staatsaufbau, die Liquidierung der Revolution und die Alternativen 1919, in: Das Jahr 1919 (1993), 225-48, S. 240 ff.

⁶⁶⁶ Vgl. Slapnicka (1975), a.a.O., S. 125 ff.

⁶⁶⁷ Heumos (1988), a.a.O., S. 57.

auswirken mußte, die eben nicht oder nur zum Teil sozialrevolutionär war⁶⁶⁸. Die kleinen Betriebe der sudetendeutschen Konsumgüterindustrie, die aufgrund der strukturellen Kapitalarmut dem risikoloserem und billigeren Verlagssystem mit Heimarbeit verhaftet geblieben waren, hatten bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts den Anschluß an die technische Entwicklung verpaßt, die mit der zweiten Industriellen Revolution in den neuen Industriezentren des Landes begonnen hatte. Aus diesem Grund blieben Betriebsgrößen, Modernität und Effizienz der Produktion, Urbanisierung sowie soziale Differenzierung der sudetendeutschen Gesellschaft hinter dem Entwicklungstempo in den tschechischen Gebieten zurück⁶⁶⁹.

Im Gegensatz zu den Sudetendeutschen kam es bei der sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts rasch entwickelnden tschechischen Gesellschaft also zu einer viel stärkeren sozialen Differenzierung. Das betraf vor allem die Facharbeiterschaft und die Mittelschichten. Wie *Jaworski* deutlich macht, vollzog sich der soziale Aufstieg bei den Sudetendeutschen in erster Linie über den Staatsdienst oder eine akademische Ausbildung. Hierzu mußten sie aber zumindest für einige Zeit nach Wien oder sogar außer Landes. Die auf diese Weise freigewordenen Positionen im gesellschaftlichen Mittelbau konnten dann von den aus dem Agrarsektor kommenden Tschechen eingenommen werden. Diese Entwicklung führte dazu, daß es unter den Sudetendeutschen einerseits eine ausgeprägte Oberschicht und eine starke gesellschaftliche Unterschicht von Tagelöhnern und Hilfsarbeitern gab, andererseits aber nur eine sehr schmale Mittelschicht⁶⁷⁰. Die mit der Staatsgründung verbundenen sozialen Veränderungen der Sudetendeutschen charakterisiert *Jaworski* als eine "ziemlich gleichmäßig verteilte Deklassierungserscheinung"⁶⁷¹, d.h. es kam zu einer starken Reduzierung der Ober- und oberen Mittelschicht durch eine Ersetzung der deutschsprachigen Staatsbediensteten durch Tschechen, eine Komprimierung der ohnehin dünnen Mittelschichten durch wirtschaftliche Anpassungsprozesse⁶⁷² und infolgedessen zu einer Ausweitung der gesellschaftlichen Unterschichten. Wie eine Auswertung der Ergebnisse der Volkszählung von 1930 zeigt, gab es in diesem Anpassungsprozeß aber einige Faktoren, die für die deutsche Nationalitätengruppe nachteiliger waren. So gab es vor allem starke Unterschiede bei der Zugehörigkeit der unterschiedlichen nationalen Unterschichten zu den

⁶⁶⁸ "Der sudetendeutsche Arbeiter ging nie ganz in der Industrie auf, er blieb immer ein Stück Bauer. Er blieb dem Boden und dem Wald verbunden, auch wenn er den langen Arbeitstag in der Fabrik schuftete ... So kommt es, daß unsere Arbeiter seit jeher den unbezähmbaren Drang in sich hatten, ein Stück Grund zu erwerben und darauf ihre Kartoffeln anzubauen und Futter für das Kleinvieh zu ernten. Eine oder zwei Ziegen im Stall, manchmal auch ein Schwein im Kober, das war immer ihr Streben." E. Paul: Das sudetendeutsche Dorf, in: Arbeiter-Jahrbuch 1936, 25-30, S. 28.

⁶⁶⁹ "Alle Begleiterscheinungen der Industrialisierung setzten sich in den agrarisch geprägten tschechischen Landesteilen konsequenter und nachhaltiger durch. Wirtschaftliches Wachstum, Bevölkerungszuwachs und soziale Mobilität wirkten dort umwälzender und bildeten den sozialökonomischen Rahmen für die Herausbildung einer modernen Nation. Demgegenüber erwiesen sich die anfänglichen Vorteile der Sudetendeutschen in der Frühindustrialisierung als Übergangsposition, die ihrerseits von den gesellschaftlichen Veränderungen in Frage gestellt und somit zu Ursachen von Anpassungsschwierigkeiten im weiteren Industrialisierungsprozeß wurden." *Jaworski* (1977), a.a.O., S. 17 f.

⁶⁷⁰ Vgl. ebd., S. 19 ff.

⁶⁷¹ Ebd., S. 43.

⁶⁷² Zwischen 1921 und 1930 wuchs die Anzahl der Staatsbeamten bei den Sudetendeutschen nur leicht, bei den Tschechen nahm er um mehr als ein Fünftel zu. Der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor wuchs mehr als doppelt so schnell als bei den Tschechen. Vgl. dazu die Zahlen bei Steiner (1990), a.a.O., insbesondere die Tabelle 7 im Anhang.

einzelnen Produktionszweigen. Die deutschsprachigen Arbeiter waren deutlich häufiger in der Industrie und im produzierenden Gewerbe beschäftigt als die Unterschichten des Staatsvolkes (68,24% gegenüber 60,19%), aber - insbesondere wegen des geringeren Anteils an Soldaten und Hausangestellten sowie wegen des Zuzugs von slowakischen Landarbeitern und der schlechteren landwirtschaftlichen Ertragsbedingungen in den gebirgigen Randgebieten - weniger im Dienstleistungs- und Agrarsektor. Darüber hinaus zeigen sich einige signifikante Abweichungen bei der Zuordnung zu einzelnen Industriezweigen. Der Anteil der Sudetendeutschen in der Textilindustrie war fast dreimal so hoch wie der der Tschechen, und in der Glasindustrie betrug er mehr als das Doppelte. Demgegenüber betrug der Anteil der tschechischen Arbeiter in der Schuhindustrie das zweieinhalbfache und war auch im Bauwesen sowie im Bergbau und in der Maschinenindustrie deutlich höher⁶⁷³. Ein weiteres Problem stellte die mangelnde Mobilität der sudetendeutschen Bevölkerung dar. Sie führte dazu, daß die Industriegebiete im Staatsinneren, in denen häufiger in Groß- und Mittelbetrieben mit moderneren Organisationsmethoden produziert wurde, überwiegend von tschechischen Arbeitern bewohnt waren. So war der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung in den Wirtschaftsgebieten mit überwiegender Schwer- und Maschinenbauindustrie, die die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre verhältnismäßig besser überstehen konnten, deutlich geringer⁶⁷⁴. Daß die sudetendeutsche Bevölkerung von der Weltwirtschaftskrise stärker betroffen war als die Tschechen, läßt sich somit vor allem durch endogene Faktoren erklären: die geographische Randlage, die wirtschaftliche Rückständigkeit der nordböhmischen Konsumgüterindustrie und das Übergewicht an ungelerten Aushilfskräften, die in einer ökonomischen Krisensituation in der Regel vor Facharbeitern entlassen werden.

Trotz dieser von der Entwicklung in den westeuropäischen Industriestaaten unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bestimmungsfaktoren folgte die Czech-Gruppe im Vorstand der DSAP unbeirrt ihrer marxistischen Klassenkampfstrategie, die nach dem Wortlaut der Deklaration des Parteitag von 1920 "vollkommen auf den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels vom proletarischen Klassenkampf"⁶⁷⁵ basierte. In enger Anlehnung an die Marxinterpretation Kautskys und Hilferdings ging sie vom stetigen Anwachsen der Arbeiterklasse und im Zuge dessen auch von einer graduellen Zunahme der politischen Bedeutung und einem Machtzuwachs der politischen Vertretung des Proletariats aus. Der Übergang zum Sozialismus werde auf evolutionärem Weg erfolgen über eine systematische sozialemanzipatorische Politik auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie und unter dem Vorzeichen des proletarischen Internationalismus in zielorientierter Zusammenarbeit mit den andersnationalen sozialdemokratischen Parteien. Eine besondere Berücksichtigung der sich aus der spezifischen Sozialstruktur heraus manifestierenden gesellschaftspolitischen Haltung der 'Arbeiterbauern', für die neben dem subjektivi-

⁶⁷³ Vgl. dazu die Zahlen bei ebd., insbesondere die Tabelle 2 im Anhang.

⁶⁷⁴ In Prag waren nur 3,87% der erwerbstätigen Bevölkerung deutschsprachig, in Pilsen 12,66%, in Ostrava 9,92% oder in Brünn 13,67%. Vgl. die Zahlen bei ebd., S. 175. Demgegenüber waren 1930 in der exportabhängigen Glasindustrie 69,3% aller Beschäftigten deutschsprachig, in der Textilindustrie 55,5%, in der Papierindustrie 55,2%. Vgl. die Zahlen bei A. Dobrý: *Hospodářská krize československého průmyslu ve vztahu k Mnichovu*, Praha 1959, S. 116.

⁶⁷⁵ Zit. nach Bachstein (1970), a.a.O., S. 310.

ven Empfinden sozialer Benachteiligung auch Erfahrungen nationaler Zurücksetzung prägend waren und in denen sich fortschrittliche mit konservativen Überzeugungen ausglich, sind in der politischen Strategie des DSAP-Vorstands nicht festzustellen. Ebenso wurde die Einbeziehung nicht-proletarischer Gesellschaftsgruppen - wenn überhaupt - aus taktischen Gründen nicht in Erwägung gezogen.

Demgegenüber hatten Vertreter der jüngeren Generation schon frühzeitig versucht, der spezifischen Sozialstruktur in den böhmischen Ländern und ihrer deutschsprachigen Bevölkerung mittels der Forderung nach einer Änderung der politischen Strategie der Partei Rechnung zu tragen. Jaksch hatte sich bereits auf dem Parteitag vom Dezember 1921 grundsätzlich dafür ausgesprochen, daß die DSAP sich nicht nur auf die Zurückgewinnung ihrer an die KPTsch verlorenen Anhänger konzentrieren dürfe, sondern auch politisch-ideologisch die Agrarbevölkerung und die kleinstädtischen Mittelschichten in die Parteiarbeit integrieren müsse⁶⁷⁶. Um der quantitativ stagnierenden Jugendbewegung der Partei wieder frisches Leben einzuhauchen und sie auch für nichtproletarische Jugendliche attraktiv zu machen, gingen Karl Kern und Ernst Paul den Weg der Entpolitisierung. Dies hatte zur Folge, daß z.B. Volkstänze in der Jugendarbeit zunehmend eine wichtigere Rolle einnahmen als politische Schulung. In den dreißiger Jahren wurde das Zentralorgan der Jugendbewegung sogar von "Sozialistische Jugend" in "Das junge Volk" umbenannt⁶⁷⁷. Wie *Bachstein* darstellt, hatte Franzel 1930 von seiner Partei gefordert anzuerkennen, daß die Sozialstruktur in den deutschsprachigen Grenzgebieten eben nur halbproletarisch und kleinbürgerlich sei. Die Konsequenz hieraus müsse eine stärkere Orientierung an der nationalen Frage sein, die von den Sudetendeutschen vor allem als soziale Benachteiligung ihrer eigenen Volksgruppe im Nationalstaat erfahren wird⁶⁷⁸. Nach der Machtergreifung Hitlers und der Gründung der SHF griff Jaksch diesen Gedankengang Franzels wieder auf, als er forderte, der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie Henleins ein neues Konzept der "sozialistischen Volksgemeinschaft"⁶⁷⁹ gegenüberzustellen. Aber erst in seiner Schrift "Volk und Arbeiter" entwickelte Jaksch dann eine in sich geschlossene Position zur strategischen Neuorientierung seiner Partei, in der die Begriffe 'Volk' und 'nationale Frage' als zentrale Kategorien an die Stelle von 'Klasse' und 'soziale Frage' traten. Jaksch war der festen Überzeugung, daß eine derartig ideologisch reformierte Partei in Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften im tschechischen Regierungslager die faschistische Herausforderung erfolgreich werde meistern können. Ob eine rechtzeitige entsprechende Änderung der Parteistrategie es allerdings hätte verhindern können, daß die Sudetendeutschen scharenweise aus dem aktivistischen Lager zur SHF überliefen, muß entgegen der geläufigen Meinung der mit Jaksch

⁶⁷⁶ Die Rede ist auszugsweise abgedruckt in: Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wenzel Jaksch. Sucher und Kündler, München 1967, S. 118 f. Anfang der dreißiger Jahre wiederholte er seine Forderung nach Berücksichtigung der "halbproletarischen und halbbürgerlichen Mittelschichten" in der politischen Strategie der Partei. W. Jaksch: Zum Wiener Kongreß, in: Tribüne 4 (1931), 57-64, S. 59.

⁶⁷⁷ Vgl. Wingfield (1989), a.a.O., S. 114.

⁶⁷⁸ Vgl. Bachstein (1970), a.a.O., S. 312 und Bachstein (1973), a.a.O., S. 348.

⁶⁷⁹ W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 354.

sympathisierenden Forschungsliteratur⁶⁸⁰ bezweifelt werden. Dies wird im folgenden noch darzustellen sein.

5.2.2 Die Definition der Aufgaben und Ziele für die Sopade

Unmittelbar nach ihrer Übersiedlung ins Prager Exil formulierte die Sopade zwei Hauptaufgaben für ihre illegale Arbeit in Deutschland. Die erste basierte auf der Annahme, das nationalsozialistische Regime könne "nur so lange existieren, wie es die Wahrheit unterdrücken und von der Lüge leben kann". Hieraus leitete der Exilvorstand seine politische Aufgabe ab, "der Welt die Wahrheit zu sagen und der Wahrheit einen Weg nach Deutschland hinein zu sprengen"⁶⁸¹. Diese publizistisch geführte 'Wahrheitsoffensive' sollte das deutsche Volk wachrütteln mit dem Ziel, daß es sich der Widerstandsbewegung gegen Hitler anschließt. Die zweite wichtige Aufgabe wurde darin gesehen, diese Widerstandsbewegung, deren Charakter und Ziele nur revolutionär sein konnten, zu organisieren und zu führen. Der Wille, diese beiden Aufgaben tatkräftig ergreifen zu wollen, fand seinen programmatischen Niederschlag in den beiden ersten Manifesten "Zerbrecht die Ketten!" und "Revolution gegen Hitler" vom Juni resp. August 1933. Mit diesen beiden Manifesten kehrten in der Ideologie des klassischen Marxismus begründete Bilder und Schlagworte, wie Klassenkampf, proletarische Revolution oder klassenlose Gesellschaft, die in der Tagespolitik der Weimarer SPD keine zentrale Rolle mehr gespielt hatten, in die Diskussion um eine politisch-programmatische Neuausrichtung der Sozialdemokratie zurück. Darüber hinaus hatte Rudolf Hilferding zu bedenken gegeben, daß diese Aufgaben von einer weiteren Betätigung begleitet werden müsse, die "die geistige Vorbereitung zur Führung des Kampfes und zur Ausübung der Macht"⁶⁸² sei. Doch gerade in dieser strategisch entscheidenden Frage sollte sich zeigen, daß kein Einvernehmen zwischen der Wels-Gruppe und den linken Flügeln der Bewegung zu erzielen war. Der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich das Exil einigen konnte, war die These, daß der Faschismus in Deutschland nur durch eine erfolgreiche Revolution beseitigt werden könnte. Unüberwindbare Divergenzen bestanden jedoch zum einen in der strategischen Frage, wie die Umgestaltungsphase unmittelbar nach dem Umsturz auszu sehen habe, und zum anderen darin, welche staats- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen hierbei zum Tragen kommen sollten. Hinter dieser theoretischen Auseinandersetzung verbargen sich grundlegende Unterschiede zu den sozialistischen Zielvorgaben 'demokratischer Sozialismus' oder 'proletarische Diktatur' sowie in der Haltung zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse und zum Problem der Beziehung von revolutionärer Führung und revolutionärer Basis.

⁶⁸⁰ So vor allem Bachstein (1970), a.a.O.; und Sator (1996), a.a.O.. Aber auch Wingfield (1989), a.a.O. schließt sich dieser Meinung an

⁶⁸¹ Zerbrecht die Ketten! Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein, in: Neuer Vorwärts, 18.6.1933.

⁶⁸² R. Hilferding: Die Zeit und die Aufgabe, in: Sozialistische Revolution 1 (1933), 1-11, S.10.

Obwohl die Anzahl linker Vertreter in dem auf der letzten Reichskonferenz vom 26.4.1933 neugewählten SPD-Vorstand klar in der Minderheit war, läßt sich bereits in den ersten beiden Manifesten und dann vor allem im 'Prager Manifest' vom Januar 1934, das den programmatischen Abschluß der ersten Exilphase darstellte, deutlich eine Rückkehr zu marxistischen Grundsätzen revolutionärer Politik erkennen. Der Reformismus als politische Strategie der Partei wurde aufgegeben und die Sozialdemokratie erneut als 'revolutionär' ausgerufen. Hatte die Sopade in "Zerbrecht die Ketten!" den antifaschistischen Befreiungskampf ausschließlich als Revolution des Proletariats mit dem Ziel der Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse definiert, um die verlorengegangene Kontrolle über den linken Flügel zurückzugewinnen und um zu verhindern, daß sich die sozialdemokratische Basis der KPD oder den sozialistischen Splittergruppen anschließt, so sollte dieser Kampf im August 1933 wieder als demokratische Revolution "durch Mobilisierung breiter Volksschichten" geführt werden. Als gedankliches Vorbild fungierte eine liberal-demokratische Erhebung in der Tradition der Deutschen Revolution von 1848, die alle gesellschaftlichen Klassen umfaßt und den Zustand freiheitlicher Demokratie wiederherstellt. Die Sopade erhob es zur neuen Strategie, "die Kräfte der Freiheit und Rechtschaffenheit wiederzuerwecken und ihr Wachsen zu ermuntern", um auf diese Weise "das Regime geistig [zu] erschüttern und die Massen auf den Sturz des Regimes vorzubereiten". Da die Liebe zu Freiheit und Gerechtigkeit im deutschen Volk nicht ausgestorben sei, werde die eigene Erfahrung über das wahre Wesen des Nationalsozialismus und die sich einstellende Enttäuschung über nicht gehaltene Versprechen den Volksmassen ein revolutionäres Bewußtsein bringen. Kern und treibende Kraft des antifaschistischen Befreiungskampfes würden "sozialistisch geschulte Arbeiter" sein⁶⁸³.

Während die Parteilinke ihren Aufruf zu einer 'revolutionären' Sozialdemokratie als eine grundsätzliche politisch-programmatische Neuorientierung der politischen Arbeiterbewegung verstand⁶⁸⁴, leitete der Exilvorstand die Notwendigkeit eines revolutionären Kampfes hingegen vorrangig von dem Umstand ab, daß dem Reformismus im faschistischen Deutschland der legale Kampfboden entzogen war⁶⁸⁵. Damit wurde die Revolution mit dem antifaschistischen Befreiungskampf gleichgesetzt und beschränkte sich somit weitgehend auf den Vorgang des Sturzes des faschistischen Regimes. Diese Haltung implizierte ein fortwährendes Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie als Bezugsrahmen sozialistischer Politik. Stampfer hatte die grundsätzliche Frage, ob das nachrevolutionäre Deutschland ein 'demokratischer Sozialismus' oder eine 'proletarische Diktatur' werden sollte, schon 1933 zu einer Verfahrensfrage reduziert, da es nach seiner Ansicht vor allem um das Problem sozialistischer Wirtschaftspolitik ging. Grundlegende Reformen der Wirtschaftsverfassung - so seine These - seien aber nur dann

⁶⁸³ Revolution gegen Hitler. Die historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, Karlsbad 1933, S. 15,14,13.

⁶⁸⁴ Am eindringlichsten wird dies in der ersten Phase des Exils von A. Schiffrin gefordert. Er verlangt eine Rückbesinnung auf revolutionäre Traditionen der Arbeiterbewegung, denn "eine reformistische Arbeiterbewegung konnte dem Faschismus nicht erfolgreich Widerstand leisten, als dieser noch nicht an der Macht war, eine reformistische Bekämpfung der faschistischen Diktatur ist erst recht eine völlige Unmöglichkeit." A. Schiffrin: Revolutionäre Sozialdemokratie, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1933), 81-91, S. 85.

⁶⁸⁵ Vgl. Freyberg (1973), a.a.O., S. 30 f.

möglich, wenn das Volk die regierende Partei dazu legitimiert⁶⁸⁶. Da revolutionäre Gewalt nur eine Reaktion auf faschistische Gewalt darstelle, diene sie nicht der Ersetzung einer Diktatur durch eine andere. Im Verständnis der Sopade stand unter Verweis auf die Kommunisten die Diktatur im Widerspruch zum Sozialismus und dürfe deshalb kein Dauerzustand sein. Im 'Prager Manifest' wurden die Ziele des revolutionären Kampfes deshalb dahingehend definiert, daß sie im wesentlichen der Wiederherstellung des parlamentarisch-demokratischen Systems mit allen individuellen politischen Freiheitsrechten dienen, die um die Elemente sozialer und wirtschaftlicher Demokratie zu erweitern sind. Dieser Prozeß sollte durch weitreichende Eingriffe in den Besitz der Produktionsmittel zu Lasten des Monopolkapitals und eine Säuberung des Staatsapparats abgesichert werden. Unmittelbar nach dieser Phase der Machtsicherung sollte es dann jedoch zum Aufbau eines freiheitlichen Staatswesens durch eine demokratisch legitimierte Volksvertretung kommen⁶⁸⁷. Hinter dieser Zielrichtung des 'Prager Manifests' steckte die theoretisch beibehaltene Trennung von Faschismus und Kapitalismus sowie die Ansiedlung des Faschismus in der Sphäre des gesellschaftlichen Überbaus, so daß Hilferding die politische Umbruchphase nur unter dem Aspekt der Machtsicherung wertete. Erst dann werde der neue Staat mit der Organisation der sozialistischen Wirtschaftsform beginnen.

Die Aktionseinheit mit der KPD wurde von der Sopade bereits zu einem frühen Zeitpunkt grundsätzlich ausgeschlossen. Anfänglich wurde zwar verbal noch Handlungsbereitschaft signalisiert, diese ab Mitte der dreißiger Jahre aber ebenfalls aufgegeben. Diese Haltung, die im wesentlichen während der gesamten Exilphase Bestand hatte, wurde zum einen damit begründet, die KPD habe mit ihrer zersetzerischen Taktik den Sieg des Faschismus maßgeblich mitverantworten⁶⁸⁸. Zum anderen wurde eine deutliche Wesensverwandtschaft zwischen faschistischer und kommunistischer Ideologie konstatiert⁶⁸⁹. Zudem diene das Festhalten der KPD an der Sozialfaschismus-These als Legitimation für die Ablehnung kommunistischer Bündnisangebote.

Für sämtliche theoretisch arbeitenden Autoren in der DSAP stand fest, daß die Arbeiterklasse die einzige politische Kraft sei, unter deren Führung ein antifaschistischer Kampf in Deutschland Erfolg haben könne. Ebenso bestand Einvernehmen in der Ansicht, daß die Revolution gegen Hitler nicht auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie geführt werden könne und eine restlose Beseitigung aller feudalen Strukturen mit sich bringen müsse⁶⁹⁰. Zwar sei es Hitler gelungen, die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen, aber "die Klasse selbst kann er nicht vernichten, und ihr Vorhandensein ist die Bürgschaft für den sozialistischen Sieg

⁶⁸⁶ Vgl. Zwischen Faschismus und Kommunismus. Rede Stampfers auf dem 5. Kongreß der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände in Prag vom 15.-17.9.1933, in: Matthias (1968), a.a.O., S. 188-97.

⁶⁸⁷ Vgl. Prager Manifest der Sopade. Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Dove/Klotzbach (1984), a.a.O., 225-38, besonders Kap. II, S. 227-29.

⁶⁸⁸ Vgl. Zwischen Faschismus und Kommunismus. Rede Stampfers auf dem 5. Kongreß der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände in Prag vom 15.-17.9.1933, in: Matthias (1968), a.a.O., 188-97, S. 190.

⁶⁸⁹ Vgl. Revolution gegen Hitler (1933), a.a.O., S. 15.

⁶⁹⁰ Vgl. J. Hofbauer: Blick auf morgen, in: Tribüne 7 (1934), 11-16, S. 15; F. Weise: Monopolkapitalismus und Wirtschaftskrise, in: Tribüne 7 (1934), 47-53, S. 52; und E. Franzel: Zur Geistesgeschichte des Dritten Reichs, in: Arbeiter-Jahrbuch 1934, 179-185, S. 185.

über den Faschismus"⁶⁹¹. Auch wenn sich Jaksch in seinem Konzept des 'Volkssozialismus' auf eine durch gesellschaftspolitische Umstände veränderte Position und Rolle der deutschen Industriearbeiterschaft bezog, die das Bündnis mit allen freiheitlichen und antikapitalistischen Bevölkerungsgruppen erfordere, stand für ihn dennoch außer Frage, daß die richtungsgebende Größe im sozialrevolutionären Befreiungskampf der deutsche Arbeiter ist⁶⁹².

Während Karl Kern die Aufgabe der Sopade im Juni 1933 vor allem im politisch-taktischen Bereich verortete und ähnlich wie der Exilvorstand in seinen ersten Manifesten darin sah, "die Kräfte des Widerstandes in illegaler Betätigung zu sammeln und sie zur revolutionären Überwindung des Faschismus zu führen"⁶⁹³, waren Hofbauers Forderungen eher perspektivischer Natur und im programmatisch-strategischen Feld angesiedelt. Er erachtete im Oktober 1933 die Steuerung der Diskussionen über die Zukunft Deutschlands für die Zeit nach dem Nationalsozialismus als vorrangige Aufgabe für die Sopade. Während es nach seiner Ansicht auf politischem Gebiet bei der organisatorischen Zusammenfassung der exilierten Kräfte, der Planung und Unterstützung der illegalen Arbeit in Deutschland sowie der Aufklärung über das Wesen und die Ausprägung des Hitler-Faschismus sowie auf theoretischer Ebene bei der Aufarbeitung eigener Fehler und der Diskussion über die Möglichkeiten zur Erneuerung der deutschen Arbeiterbewegung durchaus vielversprechende Fortschritte gebe, wertete er die bisherigen Zukunftsdiskussionen innerhalb der SPD, wie sie Hilferding angeregt hatte und wie sie von der Linken mit Nachdruck gefordert wurden, als deren größtes Defizit. Hofbauer war wie viele andere Sozialdemokraten in dieser Zeit der festen Überzeugung, daß der Nationalsozialismus durch eine proletarische Revolution gestürzt werde. Dabei stand für ihn außer Frage, daß es danach kein Zurück mehr zum politischen und gesellschaftlichen System der Weimar Republik gäbe, sondern daß das Ziel des revolutionären Befreiungskampfes die Errichtung des Sozialismus sei. Da er die Möglichkeiten für eine äußere Beeinflussung des Kampfes gegen Hitler als äußerst gering einstuft, sei es die Hauptaufgabe des Exils, tragfähige Konzepte für die Stunde Null zu erarbeiten, um den revolutionären Arbeitern dadurch den richtigen Weg weisen zu können. Diese programmatischen Ergebnisse müßten transparent und im Gegensatz zur bisherigen Verklausulierung in marxistischer Terminologie klar formuliert sein⁶⁹⁴. Die exilierten Sozialdemokraten verfügten hierfür über einen ausreichenden *Brainpool*, wie auch über theoretische Sozialisierungserfahrungen aus Deutschland und Österreich und praktische Ergebnisse aus dem russischen Beispiel. Darüber hinaus versprach sich Hofbauer von einer programmatischen Entschlossenheit der Exilführung anstelle der bislang ausschließlichen Verdammung des Nationalsozialismus eine positive Ausstrahlung auf die Motivation der kämpfenden Arbeiterklasse.

⁶⁹¹ K. Kern: Hitlers großes Jahr, in: Arbeiter-Jahrbuch 1934, 189-200, S. 200.

⁶⁹² Vgl. W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., besonders S. 96 ff.

⁶⁹³ K. Kern: Hitlers großes Jahr, in: Arbeiter-Jahrbuch 1934, 189-200, S. 200.

⁶⁹⁴ "Dem verschwommenen, breiigen, vieldeutigen, aber gerade deshalb nach allen Seiten hin wirkenden Hitler-'Sozialismus' klar, scharf, einprägsam, eindeutig, überzeugend, packend formuliert den wirklichen, den Sozialismus von morgen gegenüberstellen! Nicht nur der revolutionäre Arbeiter in Deutschland soll wissen, wofür er kämpft, - auch den anderen, den an Hitler irre Werdenden, den Zweifelnden und Ernüchterten muß unser Kampfziel klar, verständlich, einleuchtend, begehrenswert erscheinen!" J. Hofbauer: Die Aufgaben der deutschen Emigration, in: Tribüne 6 (1933), 295-97, S. 297.

Enttäuscht vom Verlauf der bisherigen Diskussionen in der Sopade und von den dabei zutage geförderten Ergebnissen, präzisierte Hofbauer im Januar 1934 seine Forderungen nach einer programmatischen Erneuerung. Auffällig ist dabei, daß er als Sprachrohr des Parteizentrums jedoch keinen direkten Angriff auf die Positionen der Wortführer in der Sopade vornahm, sondern mit seiner grundsätzlichen Kritik an den politisch-programmatischen Positionen Karl Kautskys, dessen Einwürfe aufgrund seiner früheren dominanten Stellung in der Partei zwar immer noch hohe Beachtung fanden, dessen direkter Einfluß auf die Entwicklung der Parteideologie seit Beginn der zwanziger Jahre jedoch stetig abnahm, verbal quasi auf einem theoretischen 'Nebenkriegsschauplatz' kämpfte. Den von Kautsky in seiner Schrift "Neue Programme?" vorgebrachten Argumenten, alle wesentlichen Forderungen der Sozialdemokratie für die Zeit nach der nationalsozialistischen Herrschaft seien bereits im Erfurter Programm niedergeschrieben, widersprach Hofbauer entschieden. Insbesondere kritisierte er, daß die deutschen Sozialdemokraten in bezug auf ihre Vorstellungen über die Wege einer Sozialisierung der Wirtschaft und der Umverteilung des Bodenbesitzes gegenüber den bislang zu allgemein gehaltenen Grundsatzklärungen endlich konkreter werden müßten. "Will man die Massen, die der Faschismus nach und nach enttäuschen wird, für ein sozialistisches Programm gewinnen, will man die illegal arbeitenden Genossen für ein solches Programm begeistern, dann muß es präziser gefaßt sein. Sie alle müssen wissen, was die Sozialdemokratie nach der Machteroberung tun wird! Sie müssen wissen, welche politischen und welche wirtschaftlichen Maßnahmen sofort durchgeführt werden sollen. Es darf aber auch nicht so sein, daß diejenigen, die die Sozialisierung verkündet haben, nach der Machteroberung der gewiß großen, schwierigen, komplizierten Aufgabe verlegen und ratlos gegenüberstehen."⁶⁹⁵

Hofbauer wiederholte seine feste Überzeugung, daß die derzeit in Hitler-Deutschland gegen den Faschismus aufbegehrenden Arbeiter für die unmittelbare Durchsetzung des Sozialismus kämpfen. In ihrem Kampf stehe der Begriff 'Demokratie', der in den politischen Zukunftsdiskussionen der Exilführung nach wie vor stark betont werde, synonym für das an seinen inneren Schwächen gescheiterte politische System der Weimarer Republik. Statt dessen sei die angestrebte Freiheit stärker mit der originären Idee des Sozialismus verbunden, und zwar in dem Sinne, daß auf die faschistische nun die proletarische Diktatur folgen müsse. Dennoch zeigte sich Hofbauer sehr optimistisch, daß sich revolutionäre Entschlossenheit und die Ideenwelt eines demokratischen Sozialismus in Einklang bringen ließen. In Anbetracht der Tatsache, daß ein antifaschistischer Befreiungskampf aber nur in Kooperation mit den vom Nationalsozialismus enttäuschten, nicht-sozialistischen gesellschaftlichen Schichten erfolgreich geführt werden könne, die sich zwar zunehmend nach sozialen Veränderungen und einer Wiedererlangung politischer Freiheiten sehnen, jedoch nicht an der Errichtung einer proletarischen Diktatur mitwirken werden, stellte diese Vereinbarkeit geradezu eine Grundnotwendigkeit dar. Das politische Ziel des antifaschistischen Kampfes könne aus diesem Grund nur in der Wiederherstellung eines - nach seiner sich von Kautsky und Hilferding unterscheidenden Auffassung - freiheitlich-

⁶⁹⁵ J. Hofbauer: Blick auf morgen, in: Tribüne 7 (1934), 11-16, S. 14.

demokratischen politischen Systems bestehen. Hofbauer thematisierte an dieser Stelle also erstmals für die Diskussionen innerhalb der DSAP die Bündnisfrage als strategisches Problem der deutschen Sozialdemokratie im antifaschistischen Kampf. Er verzichtete jedoch unter Verweis auf die Gruppe "Neu Beginnen" auf die Ausarbeitung einer eigenen Position⁶⁹⁶.

Walter Loewenheim hatte in seiner Schrift "Neu Beginnen" seine Absage an die reformistische Strategie der SPD-Führung damit begründet, daß sich der Niedergang des Kapitalismus in Form gesteigerter politischer Unterdrückung und zunehmender Verelendung der Arbeiterklasse vollziehe, so daß der soziale Kampf des Proletariats unvereinbar mit einem Fortbestand des kapitalistischen Systems sei. Aus diesem Grund sei ein 'demokratischer Sozialismus', wie ihn die SPD errichten wollte, nicht möglich. Das war für ihn die objektive Erkenntnis aus der Nachkriegsgeschichte. Im Falle einer Wiederbelebung der Weimarer Demokratie "würden sie [die Sozialisten, C.S.] sehr rasch von einer neuen faschistischen Welle für immer verschlungen werden"⁶⁹⁷. Deshalb war es Loewenheims Vorstellung, die politische Staatsform im Kapitalismus im revolutionären Prozeß umgehend in einen "zentralistischen Parteienstaat"⁶⁹⁸ zu transformieren. Indem die sozialistische Partei die Staatsmacht ausschließlich in ihren Händen konzentriert, ist sie in der Lage, die neuerworbenen Machtmittel dazu zu nutzen, alle Versuche zur Sammlung der gegenrevolutionären Kräfte zu verhindern und auf diese Weise die Existenz des sozialistischen Staates im revolutionären Umgestaltungsprozeß abzusichern. Nach Loewenheims Meinung könne die sozialistische Partei aber nur an die Macht kommen, wenn die entscheidenden Schichten des Proletariats geschlossen hinter ihr stehen und es gelinge, die übrigen arbeitenden Schichten⁶⁹⁹ von der Richtigkeit dieses Weges zu überzeugen. Dies könne nur geschehen, indem der sozialistische Staat die materiellen Interessen der Mittelschichten anerkenne und ihnen politisch Rechnung trage. Die sozialistische Wirtschaft läuft in seinem Konzept auf eine Staatswirtschaft hinaus. Über den Weg einer unverzüglichen Verstaatlichung der Großbetriebe und Schlüsselindustrien und eine sukzessive Abschaffung der Lohnarbeit plane der Staat - anders jedoch als in der UdSSR - die gesellschaftliche Produktion nach gesellschaftlichen Bedürfnissen. Die gesellschaftliche Produktion im Sozialismus beruht nach Loewenheim somit auf der Möglichkeit, "die schöpferische Initiative der Menschen in organisierter Form, also in potentieller Kraft, anzuwenden". Die sozialistische Gesellschaft ist für ihn nicht gekennzeichnet durch materielle und geistige Uniformität, sondern "diese vollkommene materielle Existenz der Gesellschaft ist erst die Grundlage, auf der sich alle so verschiedenartigen individuellen Fähigkeiten des einzelnen Menschen in höchstem Maß frei entfalten können. So ist die höchste kollektive Organisation der Gesellschaft zugleich die Grundlage der höchsten individuellen Freiheit."⁷⁰⁰

⁶⁹⁶ Vgl. ebd., S. 15. Vgl. auch J. Hofbauer: Die Internationale hat gesprochen!, in: Tribüne 6 (1933), 257-62, S. 258 f. .

⁶⁹⁷ Miles: Neu Beginnen, in: Klotzbach (1974), a.a.O., S. 54.

⁶⁹⁸ Ebd., S. 33. Loewenheim grenzt seine staatspolitischen Vorstellungen mehrfach dezidiert vom sowjetischen Beispiel ab.

⁶⁹⁹ Dazu zählt er in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen der sozialdemokratischen Mittelstandstheorie in der Faschismusanalyse die 'Mittelschichten, die Kleinbürger, die kleinen Bauern, Handwerker und die zahlreichen Existenzen des ärmeren Mittelstandes in Stadt und Land'. Vgl. ebd., S. 31.

⁷⁰⁰ Ebd., S. 39 f.

Aus seinen Beobachtungen von außen schloß Hofbauer, daß einerseits ein politischer Schulterschuß gegen Hitler auf breiter gesellschaftlicher Basis möglich sei und daß andererseits dieser unter sozialistischen Vorzeichen geführt werde. "Nicht in der Vorstellung aller, aber doch der meisten, die Feinde des Faschismus werden, werden die Begriffe Antifaschismus und Sozialismus zu einem verschmelzen, um so gewisser, je grundsätzlich sozialistischer die proletarische Gegenreaktion wird."⁷⁰¹ Eine schlüssige Begründung für diese optimistische Aussicht vermochte Hofbauer nicht zu liefern, was ihn aber nicht daran hinderte, hierin einen weiteren Grund dafür zu sehen, daß sich die sozialdemokratische Exilführung nunmehr über ihre Vorstellungen zu Sozialisierungsmaßnahmen klar werden müsse, um diese in der Stunde des Sieges der Arbeiterklasse gegen den Faschismus unverzüglich einleiten zu können.

Hofbauer war sich dessen bewußt, daß die Sozialisierung der deutschen Schlüsselindustrien, wie er sie in Analogie zu den Vorstellungen Loewenheims forderte, zweifelsfrei eine diktatorische Maßnahme sein wird. Er bekannte sich aber ebenfalls zu der geläufigen These von der 'Demokratie der starken Hand', indem er diesen Zukunftsvorgang zum einen damit legitimierte, daß Demokratie etwas grundsätzlich Wandelbares sei, zum anderen vertrat er unter Hinweis auf die Parteienverbote und die Einschränkung der Pressefreiheit in der ČSR den hier verbreiteten Standpunkt, daß eine Gefährdung der Demokratie auch undemokratische Maßnahmen rechtfertige. Er verließ aber ganz deutlich den dort vorherrschenden demokratischen Konsens, wie er vor allem von der ČSD formuliert und vertreten worden war, wenn er die deutschen Sozialdemokraten aufforderte, ihren "Fetischglaube an die Demokratie"⁷⁰², der ihnen in der Auseinandersetzung mit Hitler so eindrucksvoll zum Verhängnis geworden ist, aufzugeben. Es gibt für ihn keine Automatik demokratischer Institutionen und deshalb müsse sich die deutsche Arbeiterbewegung ein aktives, d.h. für ihn marxistisch-revolutionäres Demokratieverständnis aneignen. Eine solche Argumentation wäre für die ČSD, die nach wie vor die Wirtschaftsdemokratie als ausschließliches Mittel des Sozialismus betrachtete, gänzlich undenkbar. Diesen Grundsatz des antifaschistischen Abwehrkampfes interpretierte er zudem als Methode politischer Gestaltung. "Das jetzt zu einem geflügelten Wort gewordene 'Demokratie nur für Demokraten' kann doch nicht bloß, darf doch nicht bloß Geltung haben für jene Demokratien, die sich des Faschismus erwehren wollen. Er muß erst recht gelten für die wiedereroberte Demokratie! Die Situation unmittelbar nach der Machteroberung kann keine andere als eine diktatorische sein - die Partei, die die Macht gewonnen hat auf revolutionärem Wege, hat zunächst die volle und uneingeschränkte Macht inne. Soll sie diese Macht ausschließlich dazu benützen, sofort alle demokratischen Freiheiten einzuführen? Oder muß sie nicht vorher Maßnahmen zum Schutze dieser Freiheiten treffen?"⁷⁰³

In dieser Frage verließ Hofbauer den gemeinsamen Argumentationsrahmen mit der Gruppe "Neu Beginnen" und stellte sich hinter die Position Curt Geyers und Erich Riners. Diese beiden jüngsten Mitglieder des Exilvorstands hatten die Kritikpunkte der Linken aufgenommen

⁷⁰¹ Vgl. J. Hofbauer: Blick auf morgen, in: Tribüne 7 (1934), 11-16, S. 15.

⁷⁰² J. Hofbauer: Die Internationale hat gesprochen!, in: Tribüne 6 (1933), 257-62, S. 258.

⁷⁰³ J. Hofbauer: Blick auf morgen, in: Tribüne 7 (1934), 11-16, S. 15 f.

und versucht, in der Frage der politisch-programmatischen Neuorientierung zwischen den konträren Seiten zu vermitteln. Für sie stellte sich als Konsequenz der bisherigen Ereignisabfolge, die den demokratischen Sozialismus als historische Zielvorgabe und den Reformismus als politische Strategie bei der Basis der Bewegung diskreditiert hatte, dar, daß eine Abkehr von diesen politischen Prämissen der deutschen Sozialdemokratie zwingend notwendig sei und die Partei ihre Aufgaben und Ziele nur unter revolutionären Vorzeichen erreichen könne. Zum Problemkomplex, ob das faschistische Regime durch die Diktatur des Proletariats abgelöst werden solle oder zur parlamentarischen Demokratie zurückzukehren sei, bewegte sich Geyer jedoch auf der Linie der Wels-Gruppe, indem er ihn als Scheinfrage disqualifizierte und den Schwerpunkt der theoretischen Diskussion auf das Problem der wirtschaftlichen Umgestaltung lenkte⁷⁰⁴. Für den Fall des Sieges im revolutionären Befreiungskampf des Proletariats gegen Hitler sah er neben einer sofortigen und konsequenten Umverteilung der Produktionsmittel durch Enteignung des Großgrundbesitzes und Vergesellschaftung der Schwerindustrie und des Bankkapitals eine entschlossene Absicherung der neuen Machtverhältnisse vor. Dazu gehörte besonders die Entlassung vorbelasteter Staatsdiener aus allen öffentlichen Funktionen und die demokratische Legitimierung des politischen Systems durch allgemeine Wahlen erst zum Zeitpunkt der vollständigen sozioökonomischen, politisch-administrativen und sicherheitspolitischen Konsolidierung der neuen Staatsmacht⁷⁰⁵. Das Problem der Sicherung politischer und wirtschaftlicher Macht wurde zwar von Geyer thematisiert, aber - wie Jaksch später zu Recht kritisierte - ebenso wie im 'Prager Manifest' nicht zufriedenstellend gelöst. Beide Positionen lieferten kein schlüssiges Konzept, wie die gesellschaftlichen Mittelschichten als Bündnispartner des revolutionären Proletariats in die Machtsicherung integriert und dauerhaft an den neuen Staat gebunden werden könnten. Dieses theoretische Defizit ist auch bei Hofbauer festzustellen. Im Anschluß an die Erörterung der Mittelstandsfrage durch die SAI schrieb Hofbauer im September 1933, daß die entscheidende Frage sozialdemokratischer Taktik nicht sei, "welche Lösungen für die sozialen Nöte der Mittelschichten der Sozialismus vorschlägt ..., sondern wie die sozialistische Propaganda, bisher doch fast nur auf das industrielle Proletariat eingestellt, diese so ganz anders gearteten, anders denkenden, anders fühlenden Menschen zu gewinnen vermag. Hier haben Theorie und Praxis der sozialistischen Parteien noch ernste Arbeit zu leisten ... Hier und in allen anderen Ländern ist die Aufgabe der Erfassung der Mittelschichten noch zu lösen. Es ist ihnen nicht nur zu sagen, wie ihr Schicksal sich nach dem Machtantritt der Sozialdemokratie gestalten soll, sondern es ist ihnen so zu sagen, daß sie diesen Machtantritt mit herbeiführen helfen wollen."⁷⁰⁶

Hofbauer teilte Kautskys Einwand, daß niemand gewaltsam zur Freiheit gezwungen werden könne, relativierte aber den bürgerlich-liberalen Freiheitsbegriff durch seine Definition der Freiheit im Sozialismus als "Freisein von der Ausbeutung und weiteste persönliche Freiheit - ja, volle Freiheit der Kritik, der wissenschaftlichen Forschung, der Weltanschauung, Freiheit der

⁷⁰⁴ Vgl. M. Klinger (Ps. f. C. Geyer): Positive Kritik, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1933), 96-98, S. 96.

⁷⁰⁵ Ebd., S. 98.

⁷⁰⁶ J. Hofbauer: Die Internationale hat gesprochen!, in: Tribüne 6 (1933), 257-62, S. 259.

Kunst, Freiheit der Person - aber jede Betätigung, die sich gegen diese Freiheiten richtet, muß unterbunden werden." Wenn innerhalb der Sopade endlich Gewißheit darüber herrschen würde, daß die deutschen Sozialdemokraten ihren Sieg nicht nur zur Rückkehr zu verbesserten Weimarer Verhältnissen nützen, sondern sich programmatisch dazu entschließen würde, durch ihre revolutionäre Machteroberung augenblicklich den Weg zum Sozialismus zu beschreiten, so werde dies "die Genossen in Deutschland befähigen, revolutionäre Vorarbeit zu leisten für diese kommende Revolution."⁷⁰⁷

Zu deutlich unterschiedlichen Ergebnissen bzgl. der Aufgaben und Ziele der Sopade gelangte Jaksch mit seinen programmatischen Überlegungen. In seinem bereits zitierten Beitrag in der "Zeitschrift für Sozialismus" vertrat er die Meinung, die "vom Nationalsozialismus enttäuschten Hoffnungen suchen einen neuen Kristallisationspunkt". Obwohl die deutschen Arbeiter in ihrem Kampf in der Illegalität in der augenblicklichen Situation auf sich allein gestellt seien, habe die Sopade "als Vermittlungsstelle der Erfahrungen und Pläne eine wichtige Funktion. Allein ihre Verlagstätigkeit rechtfertigt ihre Existenz, denn wenn in der ganzen Führung der Standpunkt des wehrlosen Zuhausebleibens obsiegt hätte, wäre die geknebelte deutsche Arbeiterklasse auch eines ausländischen Sprachrohres beraubt und könnte durch ihre Kerkergritter das niederdrückende Schauspiel genießen, wie sich ein Dutzend von Emigrantengruppen um den Anspruch der Auslandsführung rauft." So habe die Sopade die Möglichkeit, sich in ihrem Exil in der ČSR auf ihre Friedensaufgabe vorzubereiten. Die Gesinnung, die sich die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Emanzipationskampf der vergangenen 60 Jahre angeeignet habe, sei hierfür angemessen, nur die Methoden müßten den neuen Gegebenheiten angepaßt werden. "Die neue Einheit der Klasse, die jeder Sozialist herbeisehnt, kann nur im Bemühen errungen werden, die Eigengesetzlichkeit der deutschen Revolution gegen jeden äußeren Gleichschaltungsversuch und gegen jede doktrinäre Einmischung diesmal sicherzustellen und jene Formen des sozialistischen Aufbaus zu finden, die der west-östlichen Zwischenstellung des deutschen Volkes gemäß sind."⁷⁰⁸

Nachdem Jaksch in "Volk und Arbeiter" die Ideologie des Arbeitersozialismus für die Misere der europäischen, und insbesondere der deutschen Arbeiterbewegung verantwortlich gezeichnet hat, sieht er für alle vom Faschismus besiegten Arbeiterbewegungen die einzige Chance darin, daß sie nunmehr schnell eine neue machtpolitische Konzeption finden. Diese könne seiner Meinung nach aber nur in einem deutlichen Bruch mit der bisherigen internationalistischen Ausrichtung ihrer Strategien liegen. War der Internationalismus für den Identitätsfindungspro-

⁷⁰⁷ J. Hofbauer: Blick auf morgen, in: Tribüne 7 (1934), 11-16, S. 16. Ein derartiges utilitaristisches Demokratieverständnis, das sich deutlich von den vorherrschenden Sichtweisen in der deutschen Sozialdemokratie - aber auch in der ČSD - unterschied, die die Klassenneutralität des Staates zum Axiom sozialistischer Politik erhoben hat, läßt sich ebenfalls bei Emil Franzel ausmachen. Für ihn ist die "Demokratie ... keine Gesellschaftsordnung, sondern nur eine Staatsform, die je nach der Gesellschaftsordnung, der sie dient, einen anderen Charakter haben kann." Damit ist die Demokratie als Grundlage gesellschaftspolitischer Entwicklung zwar zunächst auch ein neutraler Faktor. Sie wird erst in ihrer politischen Instrumentalisierung durch eine jeweilige Weltanschauung zum Mittel zur Vorherrschaft einer gesellschaftlichen Klasse. "Aus sich heraus bringt sie [die Demokratie, C.S.] weder den Faschismus noch den Sozialismus hervor. Dem aber, der sie planmäßig benützt, ist sie zu Willen." E. Franzel: Einige Bemerkungen über den tschechosl. Faschismus, in: Tribüne 6 (1933), 194-200, S. 197 f.

⁷⁰⁸ W. Jaksch: Frührot über Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 241-47, S. 246 f.

zeß der europäischen Arbeiterklasse und den Aufbau funktionsfähiger Organisationsstrukturen in national bestimmten ständischen Gesellschaften angebracht, so müsse sich realistischerweise unter den gegebenen Machtkonstellationen die politische Strategie der geschlagenen Arbeiterbewegungen darauf richten, "daß sie zuerst mit ihren nationalstaatlichen Gegenkräften fertig werden müssen, ehe sie ihre europäischen und internationalen Aufgaben wieder erfüllen können"⁷⁰⁹.

Die deutsche Arbeiterbewegung müsse sich nach Jakschs Ansicht auf den revolutionären Befreiungsschlag vorbereiten. Dazu bedürfe es praktikabler Lösungen für eine Reihe grundlegender struktureller Probleme der deutschen Gesellschaft. Hierbei bezieht sich Jaksch vor allem auf die Bereiche der Wirtschaftsstruktur im Industrie- und Agrarsektor und auf die Problematik der zukünftigen Staatsorganisation. Seine Forderungen bzgl. der sozialrevolutionären Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie im Industriesektor sind mit einem deutlichen positiven Bekenntnis an die "kulturelle und geistige Aufschließungskraft des industriellen Zeitalters" verknüpft. Allen kulturpessimistischen Stimmen unter europäischen Sozialisten zum Trotz werde auch in der Zukunft "jeder menschliche Fortschritt in der Welt von einer Ausweitung des industriellen Schaffens und dem gesteigerten Bedürfnis nach Industrie-Gütern verbunden sein". Am stärksten werden von diesen gesellschaftlichen Fortschritten, die sich in einer Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den industrialisierten und sich industrialisierenden Volkswirtschaften ausdrücken, die Lohn- und Gehaltsempfänger profitieren. "Daher müssen alle diese Gruppen die neuen Gesetzmäßigkeiten des industriellen Schaffens erkennen und ihnen gemeinsam Rechnung tragen."⁷¹⁰

Trotz seiner zuvor aufgestellten These, die Weltwirtschaft befinde sich seit der Jahrhundertwende in einem Zwischenstadium, zeigt sich Jaksch insgesamt optimistisch, daß "der geistig-kulturelle und gesellschaftsorganisatorische Vorsprung Industrie-Europas wieder in Erscheinung treten" werde. So auch in Deutschland, das hierzu über alle erforderlichen personellen und materiellen Voraussetzungen verfüge. Im Gegensatz zur Industrialisierungsphase werde Deutschland jedoch nicht länger über den Export von Rohstoffen und Massengütern am Weltmarkt partizipieren können, sondern es wird sich auf die Herstellung und den internationalen Vertrieb von hochqualitativen Spezialprodukten konzentrieren müssen. Um dies sicherzustellen, bedürfe es jedoch einer konsequenten Umorganisation staatlicher Wirtschaftspolitik, die er als "planvolle äußere und innere Lenkung seiner volkswirtschaftlichen Kräfte" beschreibt. Der Nationalsozialismus konnte diese erforderliche Lenkungsaufgabe nicht erfüllen, sondern hat die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands im Gegenteil verschlechtert, indem er im Zuge seiner Kriegsvorbereitungen und seiner Autarkiebestrebungen die Schwerindustrie zu Lasten der innovativen, exportorientierten Industriezweige förderte. "Sohin ist die sozialrevolutionäre Aufgabe im industriellen Bereich die Niederwerfung der industriefeindlichen Gewalten, der organisierte Kampf um die gegenwärtige und künftige Industriegeltung Deutschlands, die Entthronung der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, Beseitigung des militä-

⁷⁰⁹ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 51.

⁷¹⁰ Ebd., S. 78 f.

rischen Diktats über die Wirtschaft - letztlich also die Durchsetzung des geschichtlichen Zwanges zur sozialistischen Neuordnung der Produktion und Verteilung."⁷¹¹ Jaksch schloß sich also zumindest rhetorisch dem 'Planismus' an, wie er von weiten Kreisen der europäischen Sozialdemokraten - auch innerhalb der ČSD - gefordert wurde. Es drängt sich jedoch die Vermutung auf, daß er hierunter nicht staatliche Wirtschaftsplanung verstand, sondern ausschließlich staatliche Strukturpolitik. Gänzlich offen bleibt an dieser Stelle - und auch in seinen sonstigen Schriften der dreißiger Jahre - die Frage seines Verhältnisses zum privaten Unternehmertum. Er thematisierte zwar im Zusammenhang mit der Bündnisfrage zwischen der Arbeiterklasse und den gewerblichen Mittelschichten das Problem der Fortexistenz handwerklicher Kleinbetriebe und räumte ihnen aufgrund der Ausbildung von Facharbeitern eine Existenzberechtigung für die Phase der sozialistischen Übergangswirtschaft ein, umging aber eine eindeutige Beantwortung dieser Frage⁷¹².

Die erforderliche Wirtschaftspolitik, die Deutschland in ein modernes, den gehobenen Produktanforderungen internationaler Märkte gerecht werdendes Industrieland transformieren soll, könne nach Jakschs Ansicht in einem, noch weitgehend feudalen Strukturen unterliegenden Land nicht erfolgen. Dies gilt vor allem aus dem Grund, da alle sozialrevolutionären Lösungen in anderen politischen Bereichen faktisch unmöglich bleiben, solange sich noch mehr als ein Fünftel des Bodens in der Hand von Großgrundbesitzern befindet. Deshalb müsse es die vorrangige Aufgabe im sozialrevolutionären Übergangsprozeß sein, die wirtschaftlichen und somit auch die politischen Machtpositionen des Großgrundbesitzes zu zerschlagen. Die Liquidierung des Feudalismus habe aber nicht nur machtpolitische Implikationen, sondern führe - wie das Beispiel der radikalen Bodenreform in der ČSR zeige - auch zu positiven wirtschaftlichen und sozialen Ergebnissen, wie sie von den Dogmatikern innerhalb der deutschen Sozialdemokratie aber bislang bestritten werden⁷¹³. Doch gerade für Deutschland, so Jaksch, könne eine Stärkung kleinerer und mittlerer Betriebsgrößen die sozialen Folgen der agrarischen Überbevölkerung abfedern sowie durch die Existenzgründung Nachfrage nach Industriewaren generieren.

Jakschs Hinweis auf die angeblich positiven Effekte der Bodenreform in der ČSR entspricht jedoch nur bedingt den historischen Tatsachen, denn die Landwirtschaft wurde in der Zwischenkriegszeit noch lange von einer Dominanz des Großgrundbesitzes geprägt. Die Bodenreform von 1919, mit der die Lösung der sozialen Frage im Agrarsektor aktiv angegangen werden sollte, brachte in absoluten Zahlen ausgedrückt keine Erhöhung der Anzahl der Höfe, und eine soziale

⁷¹¹ Ebd., S. 80 f.

⁷¹² Vgl. ebd., S. 108-11.

⁷¹³ Mit dieser Kritik wendet sich Jaksch explizit gegen Karl Kautsky, der einer radikalen Bodenreform in Deutschland wiederholt mit dem Argument begegnet war, eine Verkleinerung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen könne nicht im Interesse einer gesunden volkswirtschaftlichen Entwicklung liegen. Diese Meinung vertritt er u.a. in seinen zentralen Schriften *K. Kautsky: Was ist Sozialisierung?*, Berlin 1919 und ders.: *Die proletarische Revolution und ihr Programm*, Stuttgart/Berlin 1922. Dagegen polemisiert Jaksch: "Der historische Wert solcher Äußerungen liegt darin, daß sie als wichtiger Beleg dafür gelten können, wie theoretischer Dogmatizismus ein gefährlicher Feind richtigen politischen Handelns sein kann. Es bleibt im Hinblick auf künftige Problemstellungen festzuhalten, daß auch alle volkswirtschaftlichen Einwände gegen die Zertrümmerung der Feudalpositionen durch den Verlauf der Nachkriegsentwicklung hinfällig geworden sind." W. Jaksch: *Volk und Arbeiter* (1936), a.a.O., S. 83.

Differenzierung der Bauernschaft läßt sich nur sehr allmählich feststellen. Die Landbevölkerung blieb auch weiterhin zahlenmäßig von den Mittel- und Kleinbauern bestimmt. Die Bedeutung der mittleren Betriebsgrößen nahm durch die Neuverteilung des Bodens zu, die des Klein- und Kleinstbesitzes hingegen ab, und die Zahl der Lohnarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, die 1921 in den westlichen Landesteilen noch etwa 40% der Landbevölkerung ausmachte, nahm infolge der Bodenreform kontinuierlich ab. Als weitere soziale Folge der Bodenreform wird von der marxistischen Geschichtswissenschaft zu Recht genannt, daß die kapitalistisch wirtschaftenden Großbetriebe mit einer Größe von 50 bis 200 ha Nutzfläche, die die intensivste Anbauweise ermöglichten, schneller als alle anderen Betriebstypen wachsen und somit einen entscheidenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung im Agrarsektor erlangen konnten⁷¹⁴.

Aus der Forderung nach einer grundlegenden Agrarrevolution in Deutschland läßt sich aber ein, für einen mitteleuropäischen Sozialisten erstaunlich deutliches Bekenntnis zur gesellschaftlichen Bedeutung des Agrarsektors erkennen, das wohl vor allem in Jakschs persönlicher Biographie begründet liegt⁷¹⁵. Wird sich die wirtschaftliche Unrentabilität so manches gewerblichen Kleinbetriebs "im Rahmen einer durchorganisierten Wirtschaft, die der Erhaltung eines gedrängt siedelnden Volkes dient, ... als gesellschaftliches Plus und als Quell der nationalen Regenerationskraft erweisen"⁷¹⁶, so bezeichnet Jaksch die Landwirtschaft in ihrer gesamtwirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Funktion romantisierend als "Urproduktion und Lebensquell" und gesteht ihr ebenfalls eine ökonomische "Eigengesetzlichkeit"⁷¹⁷ zu. Um diese Aufgaben erfüllen und in der Konkurrenzsituation mit überseeischen Anbietern bestehen zu können, brauche sie allerdings den Schutz staatlicher Wirtschaftspolitik. Aus der innenpolitischen Erfahrung in der ČSR ist mithin sein Einwand zu verstehen, daß die übrigen Wirtschaftssektoren jedoch niemals den sozioökonomischen Bedürfnissen und Sonderwünschen der Landwirtschaft untergeordnet werden dürfen.

Die Agrarpolitik der Nationalsozialisten sei zur Lösung der strukturellen und sozialen Probleme der Landwirtschaft nach Jakschs Analyse kontraproduktiv. Statt im vom Reichsnährstandsminister Darré eingeführten Festpreissystem könne eine Modernisierung des Agrarsektors nur unter Marktbedingungen und in einer Situation der Rechtssicherheit gelingen. Nachdem die Aufnahmekapazitäten der anderen Wirtschaftssektoren erschöpft seien, führe die nationalsozialistische Praxis des 'Erbhofgesetzes' in die falsche Richtung. Es entziehe den Familien-

⁷¹⁴ Vgl. zur sozialen Gliederung der Landbevölkerung ausführlich M. Otáhal: *Zápas o pozemkovou reformu v ČSR*, Praha 1963, S. 72 ff.; oder auch die kurze Problemskizzierung bei Bohumil Černý: Die Rolle der Agrarpartei in der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik zwischen den beiden Weltkriegen, in: *JbWG* (1967), 172-99, S. 173 ff. Hier heißt es: "Für die Masse der Bauernschaft bedeutete die Bodenreform keine Lösung der Landfrage. Die Klassendifferenzierung wurde nur aufgeschoben, und gleichzeitig entstanden die Bedingungen für ihren weit schärferen und tieferen Verlauf in den folgenden Jahren. Durch Kreditnahme für den Ankauf von Boden und die Beschaffung des notwendigen Wirtschaftsinventars verschuldete [sich, C.S.] ein großer Teil der Landwirtschaft und gelangte so unter die Herrschaft des Agrar-Finanzkapitals." Ebd., S. 175.

⁷¹⁵ Jaksch war seit der Gründung des "Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Häusler" im Februar 1920 geschäftsführender Sekretär dieser DSAP-Unterorganisation. Ebenso gehörte er fortlaufend dem auf dem III. Parteitag 1921 eingerichteten Beratungsausschuß für Agrarfragen beim Parteivorstand an und avancierte innerhalb der Partei schnell zum Fachmann für Agrarangelegenheiten.

⁷¹⁶ W. Jaksch: *Volk und Arbeiter* (1936), a.a.O., S. 109 f.

⁷¹⁷ Ebd., S. 86.

unternehmen aus verschiedenen Gründen die für Investitionen erforderlichen Betriebsmittel und habe die "Ausbeutung der nachgeborenen Bauernkinder verschärft und deren Proletarisierung gefördert"⁷¹⁸. Die sozialrevolutionäre Politik der Sozialdemokraten müsse deshalb dahin gehen, durch die Zerschlagung des Großgrundbesitzes, die konsequente Umverteilung des Bodens und die gesetzliche Veränderung der Erbpraxis eine innerstaatliche Kolonisation durch Existenzgründung zu ermöglichen. Schließlich müssen alle in der Landwirtschaft erwerbstätigen Personen in das System der gesetzlichen Sozialversicherung einbezogen werden.

Worauf Jaksch mit seiner Argumentation jedoch vorrangig abzielte, ist es, der deutschen Arbeiterbewegung zu verdeutlichen, daß sie bei der Erarbeitung von Zielen und Wegen der revolutionären Umgestaltung von der "gesamtgemeinschaftlichen Problematik"⁷¹⁹ auszugehen habe. "Worauf es entscheidend ankommt, das ist die Harmonisierung der industriellen Regenerationskräfte mit den volkswirtschaftlichen Kräften des Dorfes in den sozialrevolutionären Zielsetzungen."⁷²⁰ Erst mit dem perspektivischen Angebot einer Agrarrevolution werde die reale Möglichkeit entstehen, die notwendige Brücke für den sozialistischen Aufbau nach der Nazi-Diktatur von der Arbeiterbewegung zu den sozialen Strömungen des Agrarsektors zu schlagen. Bislang tragen Arbeiter und Bauern ihre sozialen Kämpfe als politischen Machtkampf gegeneinander aus. Hiervon profitiere einzig das Monopolkapital. Aus diesem Grund müsse der Arbeiter- und Bauernschaft die Konvergenz ihrer genuinen Interessen bewußt gemacht werden. "Mit brutaler Aufrichtigkeit muß dem Bauer gesagt werden, daß er dem Verelendungsprozeß des niedergehenden oder stagnierenden Kapitalismus auf eigene Faust nicht entrinnen kann. Für die andere Seite ist die ebenso klare Einsicht wichtig, daß innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems ein befriedigender Ausgleich zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft nicht zu erzielen sein wird."⁷²¹ Dieser Antagonismus könne jedoch nur durch ein "System des progressiven Warenaustausches zwischen den landwirtschaftlichen und industriellen Produzenten" aufgehoben werden. "Im Rahmen einer sozialrevolutionären Lösung ist daher ein gesellschaftliches Vertragsverhältnis zwischen Arbeitern und Bauern und - in weiterer Sicht - eine verfassungsmäßige Generalreinigung zwischen Industrie und Landwirtschaft anzustreben."⁷²²

Um zwischen Arbeitern und Bauern eine gemeinsame politische Plattform für die sozialrevolutionäre Umgestaltung Deutschlands erreichen zu können, sah Jaksch aber auch bei den deutschen Bauern noch großen Klärungsbedarf. Sie müßten einsehen, daß eine isolierte Bauernpolitik in Mitteleuropa ebenso zum Scheitern verurteilt sein werde, wie der ohne Bündnispartner geführte sozialemanzipatorische Kampf des Proletariats. Sein Verweis auf die Vorbildfunktion des tschechischen Bauernpolitikers Antonín Švehla, der "die Zusammenarbeit der Arbeiter und Bauern als politisches Axiom proklamiert und lange über seinen Tod hinaus begrün-

⁷¹⁸ Ebd., S. 89.

⁷¹⁹ Ebd., S. 87.

⁷²⁰ Ebd., S. 90.

⁷²¹ Ebd., S. 87.

⁷²² Ebd., S. 90.

det hat"⁷²³, erscheint vor dem Hintergrund des vor allem in den dreißiger Jahren in der ČSR sehr rücksichtslos geführten Verteilungskampfes als ein zum politischen Zweck manipuliertes Argument. Gerade die tschechische Agrarpartei hat in der Zwischenkriegszeit stets eine Konjunkturpolitik betrieben, so daß Jakschs Urteil über die deutsche Bauernschaft, sie habe sich "eine ausgesprochene Nutznießerrolle im Ringen zwischen Arbeit und Kapital zurechtgelegt und ließ es darauf ankommen, welches Regime die höheren Festpreise bot"⁷²⁴ in dieser Form sicherlich auch auf die tschechischen Agrarier zutrifft⁷²⁵. Perspektivenreicher ist hingegen seine Forderung, die deutsche Bauernschaft müsse endlich einen eigenen politischen Standpunkt zur Arbeiterfrage formulieren und solle dem Sozialismus nicht länger nur vom Liberalismus und Feudalkapitalismus übernommene Argumente entgegensetzen oder ihn aufgrund religiöser Vorbehalte ablehnen.

Der dritte Aspekt unmittelbarer Aufgaben für die deutsche Arbeiterbewegung beinhaltete für Jaksch die grundlegende Erneuerung des deutschen Staatsbegriffs. Dieser sei in der deutschen Nation auf den inneren und äußeren Machtgedanken reduziert gewesen und habe somit alle sozialen und kulturellen Elemente des öffentlichen Lebens unterdrückt. Ziel dieses Erneuerungsprozesses müsse es sein, "ein sozialrevolutionäres Deutschland anzustreben und zu formen als Instrument höherer Schicksalsgestaltung des schaffenden Volkes und seiner Einigung im brüderlichen Geiste des Sozialismus"⁷²⁶. Hierbei dürfe jedoch nicht der taktische Fehler begangen werden, dem NS-System die proletarische Diktatur entgegenzustellen. Da die Zukunft Deutschlands nicht allein vom Willen der Arbeiterklasse bestimmt sein werde, gelte es vielmehr, konstruktive Vorstellungen zu entwickeln, die die durch Interessenpluralität geprägte Übergangssproblematik im Auge behalten. Ein wichtiger Schritt werde es in der revolutionären Situation deshalb sein, neben der bestehenden Verwaltung neue politische Organe einzurichten, "die mit ihrem Wachstum die Elemente des alten Staatsapparates zum Verdorren bringen". Jaksch dachte hierbei vor allem an eine Stärkung der berufsständischen Organisationen der Arbeiter- und Bauernschaft. Auch wenn moderne Staatswesen aufgrund der Anforderungen nach wirtschafts- und sozialpolitischer Steuerung möglichst zentralistisch organisiert sein müßten, solle

⁷²³ Ebd., S. 105. Diese Argumentation greift er in einem in etwa parallel erschienen Beitrag wieder auf und führt sie weiter aus, indem er mit großer Bewunderung darauf verweist, daß Švehla die Schwäche der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung von 1920 nicht zu einem reaktionären Stoß gegen die Sozialdemokraten ausnutzte. Die führende Stellung der Agrarpartei im politischen System der ČSR lasse sich deshalb nicht nur auf deren gelungene parteipolitische Taktik zurückführen, sondern vor allem auf die politische Umsetzung der grundlegenden Überzeugung Švehlas, der Arbeiterbewegung als einem einflußreichen gesellschaftlichen Faktor müsse eine "selbständige und konstruktive Rolle" zuerkannt werden. Vgl. W. Jaksch: Arbeiter und Bauern, in: Arbeiter-Jahrbuch 1936, 17-23, S. 21 f.

⁷²⁴ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 105

⁷²⁵ Vgl. für die Bestrebungen Švehlas, Mitte der zwanziger Jahre eine bürgerliche Koalition ohne sozialdemokratische Beteiligung zu schmieden, die Untersuchung von D. Uhlř: Republikanská strana lidu zemědělského a malorolnického ve vládě panské koalice. Podíl agrární strany na mocenském zápasu pravice s Hradem v letech 1926-1929, in: ČsČH 18 (1970), S. 195-236. Mit dem Aufstieg des reaktionären Flügels in der Agrarpartei um Beran, Hodža u.a., der mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise die programmatische Hinwendung der Partei zur Politik der 'starken Hand' und der sog. 'Agrardemokratie' beförderte, beschäftigt sich die Arbeit von V. Čada (1974), a.a.O. Eine politische Biographie Švehlas legte vor Vl. Dostál: Antonín Švehla. Profil československého státníka, Praha 1989.

⁷²⁶ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 93 f.

den Gewerkschaften und Bauernverbänden ein möglichst breiter, durch die Verfassung geschützter Spielraum zur politischen Mitgestaltung eingeräumt werden, um Deutschland so schrittweise in "einen Organismus der zielverbundenen Zusammenarbeit der tragenden Schichten der werktätigen Volksmehrheit" umzubauen. "Die Völker wollen heraus aus der inneren Zerrissenheit, in die sie der Kapitalismus gestürzt hat. Gegen die Atomisierung der Nation durch die faschistische 'Volksgemeinschaft' erhebt sich echtes Einheitssehnen der schaffenden Menschen. Wahre Einheit ist geistige Einheit und gemeinsamer Dienst am gemeinsamen Lebensziel. Darum ist die Sendung der sozialistischen Kräfte im sozialrevolutionären Übergang, ohne mißverständene Liberalität, ja im Dienste höchster menschlicher Freiheit, die Quellen feudalreaktionärer Volksvergiftung und kapitalistischer Volkszersplitterung zu verschütten."⁷²⁷

An diesem Punkt lassen sich die deutlichsten Übereinstimmungen mit dem volkssozialistischen Flügel in der Sopade um das Vorstandsmitglied Wilhelm Sollmann finden, der Anfang 1936 publizistisch in Aktion trat und dessen Thesen zu einem großen Teil schrittweise von der sozialliberal-integrativen Mehrheit der Sopade übernommen wurde. Wie *Saggau* hervorhebt, stellte die Diskussion der Staatsproblematik den zentralen Aspekt ihrer programmatischen Initiativen dar und stand in deutlicher Opposition zu den divergierenden Vorstellungen der innerparteilichen Linken und den Einheits- und Volksfrontbemühungen der Kommunisten⁷²⁸. In Anlehnung an die frühen Vertreter des demokratischen Sozialismus wurde von Sollmann und seinen Mitstreitern gefordert, eine sozialdemokratische Staatsidee zu applizieren, die den Staat von seiner Klassenfunktion trenne und ihn somit als klassenneutral begreife. Demnach solle der Staat dem Allgemeinwohl dienen, die freiheitliche Demokratie anstreben und könne als moralische Instanz niemals diktatorisches Instrument einer Klasse sein. In diesem Argumentationsmuster wird auch die politische Zusammenarbeit mit einer totalitären Partei wie der KPD, die den freiheitlich-demokratischen Volksstaat nach ihrer Auffassung rundweg ablehnte, explizit ausgeschlossen. Statt dessen seien die Bündnispartner der Arbeiterschaft in der anzustrebenden nationalen antifaschistischen Front bei den Mittelschichten, der Jugend und in den Kirchen zu finden. Die Übernahme antifaschistischer Strategien anderer europäischer, sozialistischer Parteien wurde - ebenso wie von Jaksch - mit dem Verweis auf ein nationales Volksschicksal abgelehnt.

Hieran wird deutlich, daß ein bedeutender Teil der programmatischen Forderungen, die Jaksch in "Volk und Arbeiter" erhoben hatte, zeitgleich bereits von den reichsdeutschen Exulanten diskutiert und in ihre strategischen Planungen übernommen worden waren. Schon im 'Prager Manifest' war Hilferding in Anknüpfung an die von ihm und Kautsky formulierte Staatsauffassung der Weimarer SPD von einem klassenneutralen Staat ausgegangen, der als neutrale Instanz von der sozioökonomischen Basis der Gesellschaft losgelöst ist, und hatte die

⁷²⁷ Ebd., S. 92 f.

⁷²⁸ Vgl. zu dem bislang wenig erforschten volkssozialistischen Flügel in der Sopade *Saggau* (1981), S. 379 ff. Neben den hier angeführten Quellen aus der sozialdemokratischen Zeitschriftenliteratur müssen die beiden folgenden Broschüren als grundlegend für die Positionen der Volkssozialisten betrachtet werden: *Unrecht gegen Unrecht. Volkssozialismus als Wiedergeburt des Humanismus*. Herausgegeben von der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (V.S.B.D.), Prag o.J. [1936]; und *Volks-Sozialismus*. Herausgegeben von der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (V.S.B.D.), Prag o.J. [1936].

Neugestaltung Deutschlands am humanistischen Erbe und an den liberalen Freiheitsidealen der bürgerlichen Revolution ausgerichtet. Noch deutlicher spiegeln sich diese theoretischen Ansätze und Überlegungen in der 1939 erschienenen Schrift "Die Partei der Freiheit" wider, in der sich Curt Geyer in der Auseinandersetzung mit Otto Bauers Beitrag "Die illegale Partei"⁷²⁹ von den linkssozialistischen Positionen der frühen Exilphase distanziert. Hierin erläutert der Autor differenziert die theoretische Notwendigkeit für die politische Arbeiterbewegung, sich von den "Denkfesseln der marxistischen Dogmatik" und den "geschichtsphilosophischen Spekulationen des Marxismus" zu befreien. Da das nationalsozialistische Regime bereits "kein Klassenstaat mehr im Sinne der marxistischen Theorie [sei] ..., sondern eine militärisch-bürokratisch organisierte Kaste, die den Zweck des Staates in der Bereitstellung des ganzen Volkes zum Kriege erblickt", müsse die sozialdemokratische Partei auch wieder zu ihrer politischen Funktion aus der Periode der Weimarer Demokratie zurückfinden. Diese besteht nach Geyers Ansicht in der "Anerkennung eines Pluralismus der geschichtlichen Kräfte, [in der] Rückkehr zur Idee des Sozialismus und [der] Vertretung der sozialistischen Idee in ihrer Allgemeinheit, [in ihrem offenen] Blick dafür, daß es eine sozialistische Bewegung in der Welt gibt, die nicht an eine starre marxistische Doktrin gebunden ist, [und an der] Hervorhebung der Einheit von Demokratie und Sozialismus"⁷³⁰.

5.3. Die innenpolitische Umsetzung einer antifaschistischen Strategie

Hatten die Theoretiker der DSAP ausgehend von ihrer Analyse der Gründe für den Aufstieg Hitlers und den dabei durch die SPD begangenen strategischen Fehlern von den reichsdeutschen Exulanten gefordert, ihren antifaschistischen Befreiungskampf mit konkreten Planungen für einen unmittelbaren radikalen Umbau der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu verbinden, verliefen ihre eigenen Diskussionen in der Frage, welche politische Strategie zur Eindämmung des Faschismus in der ČSR anzuwenden sei, in deutlich gemäßigeren Bahnen. Richtungsweisend war hierfür die in der Partei allgemein akzeptierte und auch von der ČSD-Führung vertretene Annahme, das Proletariat in der ČSR befinde sich in keiner revolutionären Situation. Im Gegenteil sei der Sozialismus wie in den meisten europäischen Gesellschaften derzeit in die Defensive gedrängt⁷³¹. Auf dieser Grundlage wurden innerhalb der DSAP eine

⁷²⁹ Vgl. O. Bauer: Die illegale Partei, in: Klotzbach (1974), a.a.O., S. 89-297.

⁷³⁰ C. Geyer: Die Partei der Freiheit, in: Klotzbach (1974), a.a.O., 303-56, S. 307, 310, 309.

⁷³¹ "Klarer als jeher erweist sich die Unrichtigkeit des kommunistischen Schlagwortes, daß das Elend die Massen revolutioniert. Es hat sie rebellisch gemacht, aber Zorn und Empörung über die Mißstände des kapitalistischen Systems allein machen sie noch nicht revolutionär; Wenn die klare Einsicht in den Gang der Geschichte, in die politischen Möglichkeiten fehlt, dann treibt Zorn und Empörung die Massen dem politischen Abenteuererum in die Arme oder läßt sie zur unverhüllten Reaktion desertieren." R. Wiener: Soziale Arbeit im Krisensturm, in: Arbeiter-Jahrbuch 1933, 33-36, S. 33.

"Nun, die Niederwerfung der Arbeiter in Deutschland und Österreich hat doch auch auf unsere Arbeiterschaft niederdrückend gewirkt. Zwar: in den klassenbewußten Arbeitern ist der Haß gegen den Faschismus lichterloh emporgeflammt, der Heldenkampf der österreichischen Arbeiter hat erhebend und begeisternd auf Zehntausende

Reihe sehr unterschiedlicher Vorschläge mit divergierender Zielsetzung zur Erarbeitung einer politischen Strategie für den antifaschistischen Kampf vorgelegt. Konsens in der Strategiediskussion war, daß sich das Proletariat nur durch sozialistische Aktivität aus seiner Defensivstellung, in die die Krise des niedergehenden Kapitalismus es gebracht hatte, werde befreien können. Nur verbanden die jeweiligen Protagonisten sozialistische Aktivität und Aktivierung mit verschiedenen Inhalten und Zielsetzungen, die die Verständigung auf eine gemeinsame politische Linie zwangsläufig erschwerte. Dies betraf weniger die Koordination eines gemeinsamen Vorgehens mit den tschechischen Sozialisten in der Regierungspolitik als vielmehr den innerparteilichen Interessenausgleich. Dies lag mithin daran, daß zum einen mit jedem unterschiedlichen Strategieansatz immer auch ein innerparteilicher Machtkampf um den Führungsanspruch seiner Trägergruppe verbunden war. Zum anderen beschränkten sich die Flügel in ihren substantiellen Punkten auf weitgehend abstrakte Formulierungen. Die von allen Richtungen erhobenen Forderungen, den Sozialismus als Gegenideologie zum Faschismus zu stärken oder das demokratische System von seinen Fehlern zu befreien, hielten keinen Bezug zur Durchsetzbarkeit vor dem Hintergrund der politischen Rahmenbedingungen vor, so daß sie letztlich nur affirmativ blieben und sich aus ihnen keine konkreten Abwehrstrategien gegen die Henleinbewegung ableiten ließen.

Eine zentrale Rolle in der Strategiediskussion spielte das Problem der Gewinnung der Mittelschichten für den antifaschistischen Kampf. Von allen Parteiflügeln wurde die Notwendigkeit realisiert, durch eine gezielte Antikrisenpolitik und Aktionsprogramme sozialistische Lösungsstrategien für die spezifischen Mittelstandsprobleme zu entwickeln und diesen gesellschaftlichen Gruppen propagandistisch Lebensperspektiven im Sozialismus aufzuzeigen. Die Partei war in der Frage, ob es sich hierbei um eine grundsätzliche Neuausrichtung der Parteistrategie oder nur um eine taktische Variante handeln sollte, jedoch tief gespalten. Konkrete Überlegungen, wie sie in der ČSD diskutiert wurden, durch eine Reform des politischen Systems der festzustellenden Entfremdung der Bürger vom Staat entgegenzuwirken und damit die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie zu stärken und auch ein zivilgesellschaftliches, antifaschistisches Potential z.B. der Regierungsparteien zu bilden, wurden in der DSAP nicht auf einer entsprechend breiten Ebene angestellt. Die diesbzgl. Konzeptionen Franzels bewegten sich schnell in eine allgemein ungewollte, weil autoritäre Richtung. Vielversprechender waren hingegen Vorstellungen, die Machtinstrumente des Staates zu demokratisieren, um den Behördenapparat und das Militär zu verlässlichen Partnern des demokratischen Systems zu machen. Doch auch hierbei lassen sich keine direkten Bezugnahmen zu den korrespondierenden Positionen in der ČSD feststellen.

Auffällig an den Diskussionen über eine politische Strategie im Kampf gegen die SHF/SdP ist, daß im Gegensatz zu den oppositionellen Gruppen in der ČSD von den sudetendeutschen Sozialdemokraten der Sinn und Zweck einer Regierungsbeteiligung von allen maßgeblichen Richtungen nie ernsthaft bezweifelt wurde. Derartige Stimmen blieben in der Partei isoliert und

sozialdemokratischer Arbeiter gewirkt - aber sie sind doch nicht gleichbedeutend mit der Arbeiterklasse!" J. Hofbauer: Die Politik der sudetendeutschen Sozialdemokratie, in: Der Kampf 1 (1934), 193-99, S. 194.

erreichten zu keinem Zeitpunkt die Intensität und Breitenwirkung wie die im Januar 1933 von Josef Macek angestoßene Debatte innerhalb der ČSD⁷³². Daß in der "Tribüne" zu diesem Diskurs in der Schwesterpartei nicht Stellung genommen wurde, ist einerseits ein weiteres Indiz dafür, wie gering der gedankliche Austausch in der Strategiefrage zwischen beiden sozialdemokratischen Parteien war. Zum anderen verdeutlicht es aber auch, wie nachhaltig die 1929 getroffene Entscheidung in der Partei akzeptiert worden war, ohne daß die Partei Perspektiven zu entwickeln vermochte, die eine Verwirklichung der mit dem Regierungseintritt verbundenen Hoffnungen greifbar werden ließen. Die Politiker in der DSAP waren sich ihrer begrenzten politischen Möglichkeiten nach dem Einsetzen der Wirtschaftskrise deutlich bewußt. Sie legitimierten auf ihrer Parteikonferenz im Januar 1932 den Verbleib in der Regierung damit, daß auf diese Weise die sozialen Besitzstände der Arbeiterklasse am erfolgversprechendsten verteidigt, eine Antikrisenpolitik des Staates positiv beeinflußt sowie deren Einsetzung unter dem Gesichtspunkt nationaler Gerechtigkeit am besten kontrolliert werden könnte. Auch der Hinweis auf eine mögliche Bedrohung durch den Faschismus spielte zu diesem Zeitpunkt bereits eine wichtige Motivation, den 1929 eingeschlagenen Kurs beizubehalten⁷³³. Hiernach schien der Partei jedes taktische Mittel recht, den sozialistischen Einfluß auf die Staatsgewalt zu erhöhen und die sozialen und nationalen Spannungen in der ČSR abzubauen. Vor diesem Hintergrund wurde die bestehende Koalition von der gesamten Parteiöffentlichkeit als Bollwerk gegen die faschistische Bedrohung gewertet. Dies geschah auch unter dem Gesichtspunkt, potentiell reaktionäre Kräfte in den Reihen der bürgerlichen Parteien an das demokratische System zu binden und ihr mögliches Abgleiten ins rechte Spektrum zu verhindern.

5.3.1 Die antifaschistische Strategie der Czech-Gruppe im Parteivorstand

Die Parteiführung um den Vorsitzenden Ludwig Czech und den Generalsekretär Siegfried Taub schrieb den Stimmenzuwachs der DNSAP und der DNP seit Ende der zwanziger Jahre den sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu. In ihrem Zuge sei es zu einem allgemeinen Rechtsruck in der europäischen politischen Szenerie gekommen. Auch der rasche Aufstieg der Henleinbewegung seit dem Oktober 1933 wurde auf diese Ursächlichkeit zurückgeführt, und die Czech-Gruppe hielt an dieser materialistischen Interpretation bis zu ihrer Ablösung im März 1938 stringent fest⁷³⁴. Im Umkehrschluß vertrat die Parteiführung den Standpunkt, daß es mit

⁷³² Lediglich der Bodenbacher Kommunalpolitiker Richard Reitzner kritisierte zu Beginn der dreißiger Jahre in der Parteiöffentlichkeit, daß seit dem Regierungseintritt der DSAP keine ihrer Forderungen auf wirtschaftlichem, sozialem oder nationalpolitischem Gebiet durchgesetzt worden sei, und er trat aus diesem Grund für eine Rückkehr der Partei in die Opposition ein. Vgl. Wingfield (1989), a.a.O., S. 111 f.; und Bachstein (1970), a.a.O., S. 314 f.

⁷³³ Vgl. Sozialdemokrat, 7.1.1932.

⁷³⁴ Noch im Bericht des Parteisekretariats und des Sekretariats des parlamentarischen Klubs an den Parteitag von 1938 hieß es: "Die technische Entwicklung ermöglichte eine hemmungslose Rationalisierung, durch die ebenso wie durch Fehlinvestitionen die ohnehin katastrophalen Wirkungen der Wirtschaftskrise noch weiter verschärft wurden. Der durch die Krise verursachte soziale Umschichtungsprozeß schuf neue proletarische Schichten, denen

einem Abflauen der ökonomischen Krise zu einer Rückkehr zu stabilen politischen Verhältnissen kommen werde, von der die DSAP dann überproportional werde profitieren können. Bis dahin sah der Parteivorstand in Übereinstimmung mit den Auffassungen der ČSD-Führung seine politische Aufgabe vor allem darin, die politischen Verhältnisse in der ČSR möglichst stabil zu halten und die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise durch ein verstärktes sozialpolitisches Engagement in der Regierung aufzufangen. Die Koalition mit bürgerlichen Parteien wurde in dieser Situation als das kleinere Übel begriffen und deshalb die Bildung neuer Kampfbündnisse, die von verschiedenen Intellektuellengruppen unter Europas Sozialisten, aber auch innerhalb der DSAP gefordert wurden, kategorisch abgelehnt. Diese strategische Grundposition der Parteiführung wurde damit begründet, daß die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems weiterhin die passende Voraussetzung für den sozialen Wandel und somit für einen evolutionären Übergang zum Sozialismus bereithielt. Somit kann die These vertreten werden, daß die DSAP-Führung im Einklang mit der ČSD eine politische Strategie verfolgte, die über weite Strecken mit dem SPD-Reformismus der zwanziger Jahre übereinstimmte, dem im Zuge der Auseinandersetzung mit den taktischen und strategischen Fehlern der SPD bei der Bekämpfung des Nationalsozialismus so heftig widersprochen worden war.

Bereits ab 1930 erwachsen in der Partei oppositionelle Meinungen zu dem zentralen Problem, wie der Wirtschaftskrise und dem Anwachsen rechter Parteien erfolgreich zu begegnen sei. In ihrer Substanz forderten diese Stimmen eine Rückkehr zur Oppositionspolitik der zwanziger Jahre. Der Bodenbacher Kommunalpolitiker Richard Reitzner als einer der Exponenten der innerparteilichen Linken verlangte z.B. vom Parteivorstand, er solle sein politisches Augenmerk stärker auf die Einheit der Arbeiterklasse richten und warf der Czech-Gruppe auf dem Parteitag von 1932 vor, sie verfüge über kein Konzept zur Abwehr des Faschismus. Anders als mit der *Dělnická akademie* in der ČSD gelang es diesen Funktionären jedoch nicht, ein eigenes innerparteiliches Gravitationszentrum zu errichten, von dem aus eine vom Kurs des Parteivorstands deutlich unterschiedliche Politik hätte betrieben werden können. Die Parteiführung verstand es meisterlich, diese und andere abweichende Strömungen niederzuhalten und die Parteidisziplin zu wahren. Sie vergab sich damit aber auch die Möglichkeit, die innerparteiliche Opposition in eine strategische Konzeption zu integrieren und sie damit langfristig an die Beschlüsse des Vorstands zu binden⁷³⁵.

jedes Klassengefühl und jede Erkenntnis der Ursache ihrer Lage mangelte, die den besten Nährboden für die faschistische Propaganda bildeten und aus deren Reihen der Faschismus sich seine festesten Kader holte. Ohne die Krise des Kapitalismus hätte der Weltfaschismus niemals jene Ausdehnung finden können, die er tatsächlich erreichte. Es ergab sich sogar eine nicht zu leugnende Wechselwirkung. Förderte die Krise des Kapitalismus auf der einen Seite die Entstehung und Ausbreitung des Faschismus, so war der Faschismus wiederum die stärkste Stütze des Kapitalismus, da er gerade in einer Periode, in welcher der Irrsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung am offenkundigsten wurde, einen großen Teil der Opfer durch scheinsozialistische Schlagworte ('Brechung der Zinsknechtschaft' - Differenzierung zwischen 'schaffendem' und 'raffendem Kapital' usw.) sowie durch übelste Demagogie (Antisemitismus und Kampf gegen das 'Bonzentum') irreführte, die Arbeiterbewegung aber schwächte oder vernichtete." Fünf Jahre Kampf und Arbeit! (1938), a.a.O., S. 9.

⁷³⁵ Vgl. hierzu auch Wingfield (1989), a.a.O., S. 111 f. Viele Hinweise auf das rigide Vorgehen der Czech-Gruppe gegen Abweichler finden sich in den Memoiren Emil Franzels, der hiervon selbst betroffen war. Vgl. Franzel (1983), a.a.O.

Gegenüber seinen innerparteilichen Kritikern stellte Czech auf der Reichskonferenz der DSAP im Herbst 1932 klar, daß es nach Ansicht des Vorstands für die Partei keine Alternative zur Regierungsbeteiligung gäbe, solange die ČSD an ihrem politischen Kurs festhält. Er begründete dies mit der Wichtigkeit der politischen Aktionsgemeinschaft mit der ČSD für die gesamte Arbeiterklasse in der ČSR. Ein Austritt der DSAP aus der Regierung hätte das wenige Jahre zuvor mühsam geschmiedete Bündnis zwischen beiden Parteien zerstört, was einer Tragödie für das Proletariat, aber auch für die gesamte Internationale gleichgekommen wäre⁷³⁶. Nach der Machtergreifung Hitlers und dem Aufstieg der SHF erlangte die Prämisse des proletarischen Internationalismus noch größere Bedeutung für die DSAP, die den Vorstand auch dazu veranlaßte, Entscheidungen zu unterstützen, die nicht immer seinen Wünschen entsprachen⁷³⁷. Der Sekretär des parlamentarischen Klubs, Robert Wiener, stellte Ende 1932 vor der Parteibasis jedoch klar, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien in der ČSR nicht an der Koalitionsregierung teilnehmen, "weil sie sich mit der Bourgeoisie verbündet haben, sondern im Gegenteil, weil sie so der Bourgeoisie stärkere Machtmittel entgegensetzen, weil sie nur so inmitten allgemeiner Zerstörung aufbauende soziale Arbeit leisten können."⁷³⁸ Mit den in dieser Situation erzielten Ergebnissen müsse sich die Partei - wie stets betont wurde - nicht verstecken⁷³⁹. Nach dem rasanten Aufstieg der Henleinbewegung wurde ein weiterer Grund für die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung darin gesehen, "das Vertrauen zur Staatstreue der deutschen Arbeiter im tschechischen Volke zu stärken. Wir helfen dadurch mit, jene Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Sudetendeutschen, die der Nationalsozialismus und dessen Nachfolgerin, die Sudeten-

⁷³⁶ Sozialdemokrat, 1.11.1932.

⁷³⁷ So erklärte Hofbauer im Herbst 1934, "es darf nie mehr zu einer Entfremdung zwischen den beiden Parteien kommen! Aber unsere Koalitionspolitik ist gemeinsame Politik mit den tschechischen Sozialdemokraten, sie hat sich aus dem Bündnis mit ihnen ergeben, und aus diesem für uns so selbstverständlich gewordenen Bündnis ergibt sich, daß wir unsere Politik in stetem Einklang mit der der tschechischen Genossen zu gestalten versuchen müssen. Die tschechischen Sozialdemokraten aber wollen an der Regierung des Staates teilnehmen nicht nur, um die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Arbeiter in der Krisenzeit nach Möglichkeit zu befriedigen, sondern auch, weil sie in einer sehr heiklen internationalen Situation sich für das Schicksal des Staates, den sie mitgeschaffen haben, verantwortlich fühlen. Sie wollen ihn der Umwelt gegenüber schützen und als demokratischen Staat erhalten. Dafür haben wir nicht nur Verständnis, sondern wir unterstützen sie dabei aus innerster Überzeugung." J. Hofbauer: Die Politik der sudetendeutschen Sozialdemokratie, in: Der Kampf 1 (1934), 193-99, S. 195 f.

⁷³⁸ R. Wiener: Soziale Arbeit im Krisensturm, in: Arbeiter-Jahrbuch 1933, 33-36, S. 33.

⁷³⁹ "Die Sozialdemokratie hat im Krisensturm ihren Mann gestellt. In zäher und unermüdlicher Arbeit ist sie allen Krisenerscheinungen unerschrocken entgegengetreten. Vermag das zerklüftete und von der Not zermürbte Proletariat den Kapitalismus nicht in einem Ansturm zu stürzen und so die Quelle der Krisen zu verstopfen, so kann eine zielbewußte und kampfgestählte Sozialdemokratie doch den Schutt der Krisenopfer mit Erfolg organisieren. Vor allem aber gibt sie durch ihre heroischen Anstrengungen, durch ihre soziale Arbeit, die vom Minister und Parteiführer und von allen Vertrauensmännern und von allen Parteigenossen in treuer Zusammenarbeit unternommen wird, ein Beispiel unerschütterlicher Festigkeit und ungebrochenen Lebenswillens. So wird sie gerade unter dem Druck der Not und just unter dem Ansturm der Gegner zu immer innigerer Kampfgemeinschaft, deren ehernes Gefüge allen Stürmen zu trotzen imstande ist. Darum mögen die Gegner über das Versagen der Sozialdemokratie höhnen, während sie selbst doch überhaupt nichts zu leisten vermögen, darum mag da und dort ein Häuflein von Mitläufern die Flinte ins Korn werfen oder zum Klassenfeind übergehen: Die klassenbewußten, politisch geschulten, von Klassensolidarität erfüllten Arbeiter und Arbeiterinnen hängen darum nur mit um so größerer Treue an ihrer Partei und dem Sozialismus. Eine solche Bewegung aber ist unzerstörbar und unüberwindlich." Ebd., S. 36.

deutsche Heimatfront, geschaffen haben, zu überwinden. An der Staatstreue der sudetendeutschen Arbeiter ist nicht zu zweifeln!"⁷⁴⁰

Ludwig Czech entwickelte in seiner Amtszeit als Minister für soziale Fürsorge große sozialpolitische Initiative. Er verstand seine Aufgabe nicht nur als Krisenmanagement, sondern suchte seine Kompetenzen als Mittel sozialen Fortschritts gestaltend einzusetzen. Der Schwerpunkt seiner Arbeit lag auf dem Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, insbesondere auf der Einbeziehung gewerkschaftlich nicht-organisierter Arbeitnehmer in das System öffentlicher Leistungen. So waren die Verbesserung der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung sowie außerordentliche Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge (Ernährungsaktionen für Nichtversicherte und besonders betroffene Gruppen, Notstandsarbeiten), die in der angespannten Haushaltssituation gegen die Interessen anderer Ressorts und Parteiinteressen durchgeführt werden konnten, eindeutig sein Verdienst. Ebenso erreichte Czech bis 1934 Fortschritte beim Mieterschutz, in der Wohnungsbauförderung, in der Jugendfürsorge und im Jugendschutz, im Arbeitsschutz (Ausgestaltung der Gewerbeinspektion, des Arbeitsrechts und der Arbeitsgerichtsbarkeit) und in der Arbeitsmarktförderung (Arbeitsvermittlungsgesetz, Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge, Verordnung zur Betriebsstilllegung). Absichten der bürgerlichen Parteien zur Anhebung der Verbrauchssteuern konnten von den Sozialdemokraten weitgehend verhindert werden. Die in Übereinstimmung mit dem sozialpolitischen Flügel der ČSD für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit als zentrale Maßnahme erachtete Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden brachte Czech bereits 1931 auf ein interministerielles Gesetzgebungsverfahren. Der Entwurf erreichte bis 1938 jedoch nicht die parlamentarische Ebene. Ebenso konnte Czech seine erklärte Absicht, die Unternehmen an der Einführung einer allgemeinen, gesetzlichen Arbeitslosenversicherung zu beteiligen, niemals realisieren. Als er im Februar 1934 im Rahmen der Kabinettsumbildung das Ministerium für öffentliche Arbeiten übernahm, ließ ihm die Haushaltssituation keinen Spielraum für ein effektives sozialpolitisches Engagement in den wirtschaftlichen Krisengebieten. Die seinem Ressort zur Verfügung gestellten Mittel waren insgesamt zu gering, als daß über öffentliche Infrastrukturmaßnahmen die Massenarbeitslosigkeit in den Grenzgebieten erfolgreich hätte abgebaut werden können. Ebenso mußte er die Erfahrung machen, daß die außerordentlichen Einnahmen aus speziell hierfür ausgegebene Staatsanleihen vom Finanzministerium zweckentfremdet wurden⁷⁴¹.

Die Vorschläge der DSAP zur Wirtschaftsförderung deckten sich im wesentlichen mit denen der ČSD und zielten vorrangig auf Exportförderung, für die die Abwertung der Krone als unabdingbar betrachtet wurde. Die Binnenkonjunktur sollte durch Zinssenkungen und staatliche Förderprogramme belebt werden. Um einen durch wirtschaftspolitische Impulse initiierten Konjunkturanstieg fundamental abzusichern, sprachen sich die Sozialdemokraten für eine Ent-

⁷⁴⁰ J. Hofbauer: Die Politik der sudetendeutschen Sozialdemokratie, in: *Der Kampf* 1 (1934), 193-99, S. 196.

⁷⁴¹ So wurden von den beiden im März 1933 zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen ausgegebenen Staatsanleihen im Wert von 1,3 und 2 Mrd Kč der Großteil zur Deckung des angeschlagenen Staatshaushalts aufgewandt. Vgl. Harna/Deyl/Lacina (1990), a.a.O., S. 73-75.

schuldung der Betriebe aus⁷⁴². Damit zeigten die wirtschaftspolitischen Präferenzen der DSAP noch deutlicher als in der ČSD einen Mangel an Einsicht in die tatsächlichen Gründe der Strukturkrise der tschechoslowakischen Volkswirtschaft. Die Ansichten der ČSD über eine staatliche Wirtschaftslenkung wurden geteilt, weiterführende Anmerkungen hierzu kamen aus der DSAP jedoch nicht⁷⁴³. Im Gegensatz zur ČSD-Führung zeigte sich der DSAP-Vorstand jedoch zurückhaltend, dem kapitalistischen Staat außerordentliche Machtmittel in die Hand zu geben, um die Wirtschaftskrise ohne Beteiligung des Parlaments zu bekämpfen. Nach den Berichten des deutschen Gesandten in Prag war die DSAP erst bereit, den Ermächtigungsgesetzen vom Juni 1933 zuzustimmen, nachdem aus der ČSD und den bürgerlichen Parteien massiver politischer Druck auf den Koalitionspartner ausgeübt worden war⁷⁴⁴. Auch eine der Fraktion von Robert Wiener aus diesem Anlaß vorgelegte Erläuterung und Bewertung der Ermächtigungsgesetze aus verfassungsrechtlicher Sicht kennzeichnete deren Gesetzesvereinbarkeit als äußerst bedenklich. Wiener warnte hierin vor allem vor einem Mißbrauch der außerordentlichen Verfügungsgewalt aus Gründen "administrativer Bequemlichkeit"⁷⁴⁵. Deshalb mußte darauf geachtet werden, daß alle Regierungsverordnungen stets dem Geist der Verfassung entsprechen. Der Regierung dürften nur klar definierte und abgegrenzte Politikfelder und für bestimmte Zeiträume die geforderten Vollmachten erteilt werden, und die Regierung dürfe hiervon nur in dem Fall Gebrauch machen, wenn das Parlament nicht schnell genug handlungsfähig sei. Schließlich dürften die Ermächtigungsgesetze unter keinen Umständen verhindern, daß das Parlament zukünftig auf wirtschaftspolitischem Feld aktiv werden könne. Vor dem Hintergrund der faktischen Handlungsunfähigkeit und der fehlenden Gesetzgebungsinitiative des Parlaments in der tschechoslowakischen Proporzdemokratie mutet ein solcher Standpunkt als realitätsfern an. Er ist aber zugleich auch ein Ausdruck der Hilflosigkeit und Frustration eines politisch gemaßregelten Parlamentarierers.

⁷⁴² Vgl. Aufbauarbeit im Krisensturm. Ein sozialdemokratischer Rechenschaftsbericht, Teplitz-Schönau 1935, S. 103 ff. oder das sog. 'Aussiger Kampfprogramm' vom 23.10.1934, in: Fünf Jahre Kampf und Arbeit! (1938), a.a.O., S. 15 ff.

⁷⁴³ Emil Strauß merkte als einer der wirtschaftspolitischen Sprecher der Partei zu diesem zentralen Problemkomplex sozialistischer Politik nur ganz allgemein an: "Angesichts des Zerfalls der Weltwirtschaft muß das Proletariat jedes Landes zunächst seine eigene Wirtschaft planmäßig organisieren und erst durch den Zusammenschluß dieser nationalen Planwirtschaften wird die internationale Planwirtschaft auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage entstehen, welche die Welt zu einer einzigen großen Gemeinschaft machen, in der die Arbeit aller dem Wohle aller dienen wird." E. Strauß: Krisenbekämpfung in der Tschechoslowakei, in: Tribüne 7 (1934), 41-47, S. 47.

⁷⁴⁴ Antonín Hampl und bürgerliche Politiker hatten den sudetendeutschen Sozialdemokraten damit gedroht, daß bei einem Scheitern der Ermächtigungsgesetze Neuwahlen unumgänglich seien. Vgl. Koch an AA, v. 9.6.1933, in: Gesandtschaftsberichte IV (1983), a.a.O., S. 46 f.

⁷⁴⁵ "Dadurch wird jedes Rechtsgefühl untergraben und es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Lockerung der Rechtsbegriffe eines der Einfallstore des Faschismus in die Demokratie gewesen ist. Denn es ist wohl ein Rechtsstaat denkbar, der kein konstitutionell-demokratischer ist, aber kein demokratischer Staat, der nicht Rechtsstaat ist. Und vollends das Parlament muß ein eifervoller Hüter der Verfassungsmäßigkeit sein, welche doch die Grundlage seiner eigenen Existenz ist. Ein Parlament schließlich, das sein Gesetzgebungsrecht nicht ausübt, sondern, und dies gegen den Geist der Verfassung, seine Befugnisse und damit die Verantwortung für die Normengebung auf andere Faktoren abschiebt, verliert seine Daseinsberechtigung." Außerordentliche Verordnungsgewalt in der parlamentarischen Demokratie. Eine juristisch-politische Studie von Robert Wiener, S. 9. AsD, Seliger-Archiv, Sign. 1785.

Trotz seiner insgesamt positiven sozialpolitischen Erfolgsbilanz wurde Czech von allen Seiten politisch angefeindet. "While the nationalists condemned his efforts on behalf of the workers, the communists attacked him for having done too little for them, and the German nationalists derived Minister Czech as the Jewish Marxist who had sold off the Germans to their arch-enemy, the Czechoslovak government."⁷⁴⁶ Hinzu kam innerparteilich die Generation jüngerer Funktionäre, die ihre Parteikarriere über die Forderung nach einem Strategiewechsel zu forcieren suchten. Dessen ungeachtet hielt der Parteivorstand unbeirrt an seinem politischen Kurs fest. Es wurde weiterhin der Kapitalismus pauschal als Ursache aller gesellschaftlichen Mißstände verantwortlich gemacht. Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus habe die Proletarisierung der Gesellschaft vorangetrieben. Hiervon seien nicht länger nur Arbeiter und Angestellte betroffen, sondern in zunehmendem Maß auch die Selbständigen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe⁷⁴⁷. Um in der nach wie vor bestehenden Situation des 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' erfolgreich der faschistischen Bedrohung des Staates widerstehen zu können, sah die Parteiführung das einzig wirksame politische Mittel in der "Schaffung reiner Klassenfronten innerhalb des sudetendeutschen Volkes"⁷⁴⁸, mit dem der Kampf um die Macht im Staat zusammen mit den tschechischen Sozialisten geführt werden sollte. Einer strategisch verstandenen Öffnung der Partei für nicht-proletarische Schichten, wie sie von der innerparteilichen Opposition gefordert wurde und von der ČSD zumindest in der Theorie beabsichtigt war, wurde damit eine eindeutige Absage erteilt und die Heranführung der Mittelschichten an die sozialistische Partei unter dem Gesichtspunkt der Parteitaktik auf ein Vermittlungsproblem durch die richtige Form der Propaganda reduziert⁷⁴⁹. Eine engere Zusammenarbeit mit der Agrarbewegung, wie sie insbesondere von der "Sozialistischen Aktion", aber auch von Jaksch unter der Parole der 'sozialistischen Aktivität' gefordert wurde, wies der Parteivorstand aufgrund seiner ernüchternden Erfahrungen aus der mehrjährigen Regierungsarbeit mit den Agrarparteien schon frühzeitig entschieden zurück. Besonders die tschechischen Agrarier werden ihre machtpolitische Dominanz im politischen System der ČSR keinesfalls zugunsten eines ideologisch für beide Seiten zweifelhaften Bündnisses aufgeben, da es sich bei ihnen eben nicht nur um eine Bauernpartei handelt, sondern vor allem um eine "Partei der großen Kartelle, großer Banken, der Restgutbarone, der hohen Bürokratie und mächtigen städtisch-bourgeois Kreise"⁷⁵⁰. Die Abgrenzung von der Agrarpartei im Rahmen der Koalitionspolitik sei vielmehr Teil des Klassenkampfes. Gegenüber seinen langjährigen Freunden, Karl und Luise Kautsky, äußerte Czech im Sommer

⁷⁴⁶ Wingfield (1989), a.a.O., S. 107.

⁷⁴⁷ Vgl. z.B. K. Lederer: Die Einkommensverteilung in der Tschechoslowakei, in: Tribüne 6 (1933), S. 109-119.

⁷⁴⁸ J. Hofbauer: Von Illusion zu Illusion, in: Tribüne 6 (1933), 325-29, S. 329.

⁷⁴⁹ "Nicht das ist die Frage, welche Lösungen für die sozialen Nöte der Mittelschichten der Sozialismus vorschlägt ..., sondern wie die sozialistische Propaganda, bisher doch fast nur auf das industrielle Proletariat eingestellt, diese so ganz anders gearteten, anders denkenden, anders fühlenden Menschen zu gewinnen vermag. Hier haben Theorie und Praxis der sozialistischen Parteien noch ernste Arbeit zu leisten... Hier und in allen anderen Ländern ist die Aufgabe der Erfassung der Mittelschichten noch zu lösen. Es ist ihnen nicht nur zu sagen, weil ihr Schicksal sich nach dem Machtantritt der Sozialdemokratie gestalten soll, sondern es ist ihnen so zu sagen, daß sie diesen Machtantritt mit herbeiführen helfen wollen." J. Hofbauer: Die Internationale hat gesprochen!, in: Tribüne 6 (1933), 257-62, S. 259.

⁷⁵⁰ Sozialdemokrat, 4.7.1931, zit. nach Kracik (1999), a.a.O., S. 221.

1934 seinen festen Willen, den verschiedenen in der Partei kursierenden sozialistischen Offensiv-Ideologien mit harten Maßnahmen begegnen zu wollen. "Wie solche Dinge ausarten können, haben wir zur Genüge erlebt, um mich für immer gewarnt zu sein." Er berichtete den Kautskys ferner, daß aus diesem Grund das Parteiausschlußverfahren gegen die Mitglieder der "Sozialistischen Aktion" vom Vorstand eingeleitet wurde, und zeigte sich optimistisch, den angeblich durch österreichische Exulanten im Jugendverband ausgelösten halbkommunistischen Strömungen auf gleiche Weise Herr zu werden. In diesem Zusammenhang lobte Czech Kautskys soeben erschienene, die europäischen Sozialisten zur Ruhe mahnende Broschüre "Grenzen der Gewalt"⁷⁵¹ als "erlösendes Wort ... zur rechten Zeit, denn schon lange hat es in den sozialistischen Kreisen kein solches Durcheinander gegeben als gerade jetzt, da selbst die besten Vertrauensmänner unserer Partei - einer der ideologisch gefestigten der Internationale - durch die Katastrophe des Sozialismus aus dem seelischen Gleichgewicht geworfen wurden. Sie werden dies verstehen, wenn ich Ihnen sage, daß unsere Bewegung seit Jahr und Tag von einem verantwortungs- und gewissenlosen Literatentum, das sich in ödester Revolutioniererei auslebt, heimgesucht und jetzt auch noch dem Ansturm unserer 'Jungen' ausgesetzt ist, die von ihrem 'Vorrechte', in dem fürchterlichen Erleben den Kopf verlieren und sich ausgiebig austoben zu dürfen, reichlichsten Gebrauch machen."⁷⁵²

Neben der Konzentrierung auf sozialpolitische Reformen betrieb die Parteiführung die politische Auseinandersetzung mit dem faschistischen Gegner in erster Linie in dem durch das politische System vorgegebenen Rahmen. Wegweisend hierfür war u.a. die Einsicht, daß die SHF/SdP - im Gegensatz zu Mussolini oder der NSDAP in ihrer Frühphase - darauf ausgerichtet war, auf legalem Weg an die Schaltstellen politischer Macht vorzudringen. Hierfür benötigte sie - so die logische Schlußfolgerung aus der Faschismusinterpretation anhand der sozialistischen Bündnistheorien - jedoch die Hilfestellung der bürgerlichen Parteien, des Finanzkapitals, des Staatsapparats und/oder des Militärs. Die antifaschistische Strategie der Parteiführung lief deshalb darauf hinaus, die Henleinbewegung im politischen System der ČSR zu isolieren und somit ihren Schulterschuß mit den reaktionären Kräften zu verhindern. Taktisch bedeutete dies, daß sich die DSAP den bürgerlichen Parteien im Einvernehmen mit der ČSD auch weiterhin als Koalitionspartner anbieten und auf die Errichtung neuer politischer Konstellationen - vor allem unter Einbeziehung der KPTsch - verzichten würde. Auf diese Weise sollten die Kräfte im BdL und in der Agrarpartei behindert werden, die zunächst glaubten, aus der Gründung der SHF für ihre eigenen Positionen Kapital schlagen zu können, und später den Ausgleich mit Henlein suchten. Der BdL begann bereits im Herbst 1933 eine Politik zu betreiben, die einerseits die Zusammenfassung aller aktivistischen Kräfte unter den Sudetendeutschen fortführte, gleichzeitig aber die SHF, mit der zügig politische Konsultationen aufgenommen worden waren, in diesen Prozeß zu integrieren suchte. Beim Innenministerium hatte sich die BdL-Führung gegen ein Verbot der SHF eingesetzt, nachdem einzelne ihrer führenden Repräsentanten vom Verfassungsschutz auf die Beobachtungslisten gesetzt worden waren. Und auch beim rechten

⁷⁵¹ Grenzen der Gewalt. Aussichten und Wirkungen bewaffneter Erhebungen des Proletariats, Karlsbad 1934.

⁷⁵² L. Czech an K. und L. Kautsky, v. 9.6.1934, in: Šolle (1993), a.a.O., Dok. 229, S. 317-19.

Flügel der Agrarpartei stieß die Henleinbewegung mit ihrem Antimarxismus auf Gegenliebe und galt hier fortan als möglicher Partner des bürgerlichen Lagers im Fall eines Ausschlusses der Sozialisten aus der Regierung⁷⁵³. Als diese Tendenzen in beiden Parteien sichtbar wurden, bemühte sich die DSAP, auf die Regierung und den BdL einzuwirken, daß sie ihr Verhältnis zur SHF klären und diese offensichtlich demokratiefeindliche Bewegung nicht länger administrativ protegieren und als potentiellen Koalitionspartner in Bedacht ziehen solle⁷⁵⁴. Folgerichtig beschloß der Exekutivausschuß der Partei unmittelbar nach dem Wahldesaster vom Mai 1935 die Regierungsbeteiligung fortzusetzen⁷⁵⁵. In der Folgezeit galt dem Parteivorstand - ebenso wie der ČSD-Führung - unter Berufung auf die taktischen Fehler der SPD von 1930 ein Ausscheiden aus der Regierung als politischer Selbstmord⁷⁵⁶.

Eine weitere Implikation der Isolierungsstrategie war der Versuch, die Resistenzfähigkeit des demokratischen Systems zu stärken und den politischen Gegner mit rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Diese Bestrebungen entstanden rhetorisch unter den Schlagworten "wehrhafte Demokratie" und "Demokratie der starken Hand"⁷⁵⁷ und zielten darauf ab, dem Staat außerordentliche Machtmittel zu geben, um den Aktionsradius staatsfeindlicher Parteien administrativ einzuschränken oder sie - falls nötig - ganz zu verbieten. Im Sinne des sozialistischen Reformismus wurde diese taktische Entscheidung damit begründet, daß die Demokratie den besten Lebens- und Kampfboden für das Proletariat auf dem Weg zum Sozialismus darstelle und als solcher unbedingt erhalten werden müsse. Hierin stimmte sie also vollkommen mit der Lesart in der ČSD überein. Anders als die tschechischen Sozialdemokraten, die den Kampf gegen die SHF/SdP auf den Bereich der rechtsstaatlich-administrativen Abwehr vor einer Bedrohung für das demokratische System zu beschränken suchten, wurde dieser von der DSAP zugleich als Kampf der Arbeiterklasse um die Macht im Staat ausgegeben⁷⁵⁸. Auf dieser theoretischen Grundlage stimmte die DSAP für die Gesetze zum Schutz der Republik, befürwortete im Oktober 1933 das Verbot der DNSAP und der DNP und unterstützte nachdrücklich die erfolglosen Versuche der ČSD, 1935 vom Innenministerium auch ein Verbot der SHF zu erwirken. Mit Hilfe der Unterorganisationen sammelte das Sekretariat der DSAP ab 1933 belastendes Material

⁷⁵³ Vgl. Kracik (1999), a.a.O., S. 256 und S. 261; R. Kvaček: Nad Evropou zataženo. Československo a Evropa 1933-1938, Praha 1966, S. 116.

⁷⁵⁴ Sozialdemokrat, 8.9.1934.

⁷⁵⁵ Sozialdemokrat, 25.5.1935.

⁷⁵⁶ "Die Kommunisten haben, wie üblich, die sozialistischen Parteien zur Bildung einer oppositionellen Einheitsfront eingeladen. Aber Ausscheiden der Sozialdemokraten aller Nationen würde bedeuten, dem Faschismus die Tore zur Macht zu öffnen. Eine demokratische Regierung ohne Sozialisten ist nicht möglich. Es wäre ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, eine Koalition der tschechischen Agrarier, auch gegen deren Willen, mit allerlei reaktionären Gruppen, auch mit den tschechischen Faschisten, geradezu zu erzwingen, in der Hoffnung, den herrschenden Faschismus niederringen zu können! Selbstverständlich sind weder die tschechischen Sozialdemokraten, noch die tschechischen Nationalsozialisten zu diesem politischen Selbstmord bereit." J. Hofbauer: Zwiespältiges Wahlergebnis in der ČSR, in: Der Kampf 2 (1935), 250-55, S. 254 f.

⁷⁵⁷ Vgl. Sozialdemokrat, 18.10.1933.

⁷⁵⁸ Vgl. J. Hofbauer: Von Illusion zu Illusion, in: Tribüne 6 (1933), 325-29, S. 329; und J. Hofbauer: Die Politik der sudetendeutschen Sozialdemokratie, in: Der Kampf 1 (1934), S. 193-99, S. 196.

über seine politischen Gegner⁷⁵⁹. Im Vorfeld des Wahlkampfes von 1935 veranlaßte es die Kreis- und Bezirkssekretariate, den physischen Schutz der Kundgebungen unbedingt mit den Polizeibehörden zu koordinieren⁷⁶⁰. Es untersagte seinen Mitgliedern schließlich auch, es auf den Veranstaltungen der SHF/SdP zu körperlichen Auseinandersetzungen kommen zu lassen⁷⁶¹ und forderte die Mitglieder und Parteiorganisationen auf, sich bei gesetzeswidrigen Übergriffen unbedingt an die Behörden zu wenden und nicht eigenmächtig vorzugehen⁷⁶².

Ein weiterer Aspekt der antifaschistischen Strategie der DSAP war darauf ausgerichtet, den öffentlichen Auftritten Henleins eine möglichst gleichwertige Kundgebung entgegenzusetzen⁷⁶³. Am eindrucksvollsten gelang dies sicherlich am 4.11.1934, als die DSAP zwei Wochen nach Henleins programmatischer Rede in Böhmisches-Leipa immerhin über 90.000 Anhänger zu antifaschistischen Kundgebungen mobilisieren konnte⁷⁶⁴. Da diese Taktik für sich genommen nur eine Reaktion auf die Initiativen des politischen Gegners bedeutet hätte, baute die DSAP die Anfang der dreißiger Jahre begonnene Praxis gemeinsamer Kundgebungen und Demonstrationen mit den tschechischen Sozialdemokraten weiter aus. Anlässlich der Feiern zum 1. Mai, zum Nationalfeiertag, zur Unterstützung der Exulanten sowie als Antwort auf innen- und außenpolitische Herausforderungen bekräftigte die DSAP ihren Willen, die Demokratie und territoriale Integrität des Staates zu verteidigen zu wollen⁷⁶⁵. Schließlich verfolgte die DSAP die Taktik, über ihre Parteipresse und die Kundgebungen den politischen Gegner und seine Repräsentanten zu diskreditieren. Hierzu versuchte die Parteiführung mittels ihrer Unterorganisationen über der

⁷⁵⁹ Der Schriftverkehr zwischen dem Kreissekretariat in Bodenbach und dem Parteisekretariat vom September 1933 zeugen davon, daß die DSAP verdeckte staatsfeindliche und faschistische Schriften und Periodika identifizierte, um ihre Aufnahme auf den Index verbotener Bücher zu erwirken. A ČSSD, f. 78, a.j. 18, l. 22, 24, 25.

⁷⁶⁰ Rundschreiben Bezirkssekretariat Bodenbach an die Kreissekretariate v. 7.5.1935. A ČSSD, f. 78, a.j. 19, l. 212.

⁷⁶¹ "Besuch gegnerischer Versammlungen nur nach Rücksprache mit der örtlichen Kreis-Parteivertretung, da diese Beteiligungen in der Regel in Prügeleien enden, bei denen die Gegner überlegen sind, da sie über mehr Geldquellen verfügen und so Schlägertrupps engagieren." Rundschreiben Sekretariat DSAP an alle Kreis- und Bezirksorganisationen, v. 27.4.1935. A ČSSD, f. 78, a.j. 19, l. 139-43. Es ist aufgrund der Formulierung zu vermuten, daß eine solche Praxis zuvor zumindest toleriert wurde.

⁷⁶² Rundschreiben Sekretariat DSAP an alle Kreis- und Bezirksorganisationen, v. 16.5.1935. A ČSSD, f. 78, a.j. 19, l. 241-42.

⁷⁶³ Nachdem für eine Großkundgebung der SHF kein Verbot erwirkt werden konnte, forderte der Generalsekretär der DSAP den Kreissekretär von Bodenbach auf, eine bereits polizeilich genehmigte Veranstaltung des ATUS zur Gegendemonstration auszubauen und dafür Sorge zu tragen, daß "die Beteiligung an dieser Kundgebung eine überwältigende wird." Taub an Kögler, v. 27.4.1935. A ČSSD, f. 78, a.j. 19, l. 179. Aufschluß über diese Taktik gibt auch die Sammlung von Bildern und Erinnerungen der Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Weg, Leistung, Schicksal. Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung in Wort und Bild, Stuttgart 1972.

⁷⁶⁴ Auf den Kundgebungen in insgesamt sechs verschiedenen Kreisstädten konnte die Parteiführung auch das sog. 'Kampfprogramm' der Aussiger Reichsparteikonferenz vom 23.10.1934 popularisieren und breite Zustimmung für ihre antifaschistische Proklamation ernten. Vgl. für beide Dokumente Fünf Jahre Kampf und Arbeit! (1938), a.a.O., S. 15 ff. und 26 ff.

⁷⁶⁵ Kopecek, der anhand von Polizeiberichten diese gemeinsamen Kundgebungen analysiert hat, kommt zu dem Schluß, daß diese auch eine moralisch stabilisierende Wirkung auf die krisengeschüttelten Arbeiter gehabt haben. "Joint activities by Czechs and Germans in Social Democratic groups continued to be a characteristic feature of the labor movement in the middle years of the 1930s. Social tensions resulting from the severity of the economic depression and the growth of fascism within the general population of Germans and Czechs did not invade the Social Democratic camp. The establishment of a genuine concern for solidarity among the nationalities should be considered one of the greatest achievements of the program of cooperation." Kopecek (1997), a.a.O., S. 161.

Partei nahestehende Beamten "in unauffälliger Art und Weise" an kompromittierende Informationen über einzelne Persönlichkeiten der SHF/SdP zu gelangen, um diese in der politischen Auseinandersetzung und im Wahlkampf von 1935 dann gezielt gegen ihre Gegner einsetzen zu können⁷⁶⁶. Wie *Sator* dargestellt hat, wurden über die Parteipresse gezielt Verleumdungen und Denunziationen - auch sexuelle Denunziationen - in die politische Öffentlichkeit lanciert und versucht, den Gegner zu kriminalisieren. Der Einsatz derartiger Kampfmethoden nahm proportional zum Erfolg der Henleinbewegung zu⁷⁶⁷.

Gegenüber der SHF/SdP bewegte sich der Parteivorstand mit seiner Strategie der Regierungsbeteiligung zwangsläufig in eine schwierige Lage. Einerseits mußte er innerhalb der Regierung für weitere finanzielle Unterstützungen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik für die Grenzregionen eintreten, andererseits konnte er seine politischen Aktivitäten aber nicht öffentlichkeitswirksam betonen, ohne der Henleinbewegung damit aufgrund der begrenzten Erfolge und der rückläufigen Mittel die entsprechenden Argumente gegen eine Regierungsbeteiligung deutscher Parteien zu liefern. Der Parteivorstand entschied sich, dieses Dilemma durch ein offensives Vorgehen zu lösen, und bestritt den Wahlkampf des Frühjahres 1935 mit der deutlichen Betonung, die bislang verfolgte strategische Linie weiterführen zu wollen. Der Parteivorsitzende begann die Kampagne deshalb mit der klaren Aussage, die Koalition mit den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien fortzusetzen. Wollten die sudetendeutschen Arbeiter die freiheitliche Demokratie und ihre sozialen Errungenschaften verteidigen, dann könne dies - so die Ausgangsthese Czechs - nur unter aktivistischen Vorzeichen als Unterstützung des politischen Kurses des bisherigen Regierungsbündnisses geschehen. Er warb dafür um Verständnis, daß aufgrund der bisherigen und zu erwartenden politischen Kräfteverhältnisse der Übergang zum Sozialismus nicht in der Koalition mit den großen bürgerlichen Parteien zu erreichen sei⁷⁶⁸. In ihrem Wahlkampf konzentrierte sich die DSAP auf die Arbeiter, die noch nicht im Bannkreis des linken und rechten Radikalismus gefangen waren, und versuchte, ihnen zu verdeutlichen, daß nur eine starke politische Vertretung des Proletariats in der Lage sei, zu ihrem Wohl in der Regierung aktiv zu werden und der Mehrheitsnation finanzielle Zugeständnisse abzutrotzen. In der Krise des Kapitalismus und der Bedrohung des Staates durch den Faschismus wurde diese Parlamentswahl zur Schicksalswahl stilisiert und dabei betont, daß jede Stimme für die SdP eine verlorene Stimme für die Vertretung sudetendeutscher Interessen in der Regierung sei⁷⁶⁹. Gebetsmühlenartig wurden den Wählern - aber auch gegenüber den innerparteilichen Kritikern - die sozialpolitischen Erfolge der DSAP seit ihrem Regierungseintritt vorgerechnet und im Gegenzug darauf verwiesen, daß die politischen Gegner mit leeren Händen dastehen und aus der Oppositionsrolle heraus keine ihrer Forderungen werden verwirklichen können⁷⁷⁰. Auch die

⁷⁶⁶ Schriftverkehr zwischen Taub, Kögler und dem Beamten Karl Löwit vom Februar 1935. A ČSSD, f. 19, l. 22 f., 25 ff., 31 f.

⁷⁶⁷ Vgl. *Sator* (1996), a.a.O., S. 286 ff.

⁷⁶⁸ Sozialdemokrat, 24.4.1935. Vgl. auch den offiziellen Wahlaufruf der Partei, in: *Fünf Jahre Kampf und Arbeit!*(1938), a.a.O., S. 34 ff.

⁷⁶⁹ Sozialdemokrat, 16.5.1935.

⁷⁷⁰ Anlässlich des Wahlkampfes stellte der Sekretär Ludwig Czechs, Johann Wolfgang Brügel, alle bisherigen Erfolge der DSAP-Politik noch einmal dar und bekräftigte die Richtigkeit des vom Parteivorstand eingeschlagene-

Nationalitätenpolitik der Regierung wurde vor dem Hintergrund der politischen und nationalen Zerrissenheit Europas als überwiegend positiv dargestellt.

In der geschichtswissenschaftlichen Forschung, die sich thematisch auf die Positionen und Forderungen der innerparteilichen Opposition konzentriert, wird die Strategie der Parteiführung scharf kritisiert. So erachtet es *Bachstein* zum einen als entscheidenden taktischen Fehler des Vorstands, daß er sich während des Wahlkampfes von 1935 nicht verbal von der Regierung distanzierte und sich statt dessen vor allem der nationalpolitischen Forderungen der deutschen Minderheit annahm, um auf diese Weise besser der nationalen Verratskampagne der SdP begegnen zu können. Zum anderen sieht es dieser Autor als problematisch, daß aufgrund der inneren Zerrissenheit der Partei bei den Wählern Unklarheit über die politischen Ziele der DSAP herrschte. Während der Parteivorstand mit seiner Klassenkampfrhetorik die Bourgeoisie angriff, das kapitalistische Wirtschaftssystem für die Krise verantwortlich machte und weiterhin auf proletarischen Internationalismus setzte, thematisierten die jüngeren Funktionäre die nationale Frage und bemühten sich um Stimmengewinne bei nicht-proletarischen Bevölkerungsschichten. Dieser Mißstand hätte - so *Bachsteins* These - durch die rechtzeitige Verabschiedung eines zeitgemäßen Programms umgangen werden können⁷⁷¹. Neben einem angeblich unattraktiven äußeren Erscheinungsbild der Partei macht *Sator* vor allem eine Unterschätzung und Fehldeutung der Politik der SHF/SdP durch die DSAP-Führung für das Scheitern ihrer Politik verantwortlich. Demnach versäumte es die DSAP, den Aufstieg der Henleinbewegung als ein "Indiz für die Fragwürdigkeit der eigenen Weltanschauung"⁷⁷² aufzufassen. Dieses analytische und ideologische Defizit führte dazu, daß die Partei kein tragfähiges Alternativkonzept erarbeiten konnte, das die Nöte und Ängste der Sudetendeutschen adäquat berücksichtigte und die DSAP damit zwangsläufig gegenüber der SHF/SdP in einer passiven Rolle beließ. Dieser Kritik stellt er den Volkssozialismus als ideologisch unorthodoxes und deshalb erfolgversprechendes Politikkonzept gegenüber. Die weniger polarisierende Arbeit *Wingfields* hebt zumindest auf eine personalisierende Ebene ab und charakterisiert Ludwig Czech als einen unflexiblen Technokraten ohne hervorsteckende politische und wahlkämpferische Talente und hinterfragt, ob seine doktrinären sozialistischen Anschauungen noch zeitgemäß waren⁷⁷³.

Besonders die Kritikpunkte *Bachsteins* und *Sators* vermögen substantiell jedoch nicht zu überzeugen. Unbestritten ist sicherlich, daß die politische Strategie des Parteivorstandes nur geringe innovative Elemente aufwies und keine neuen Kampfformen hervorbrachte, sondern sich vielmehr an tradierte Positionen klammerte. Dies sind jedoch Feststellungen, die auf praktisch

nen Kurses: "Wir wissen: wir haben in der Zeit, in der unsere Partei zum ersten Male einer Koalitionsregierung angehörte, in einer Zeit der fürchterlichsten Wirtschaftskrise, in einer Zeit der gewaltigsten politischen Erschütterungen, die das Antlitz Europas bis zur Unkenntlichkeit entstellten, die demokratischen Grundlagen des Staates erfolgreich erhalten geholfen und darüber hinaus positive Aufbauarbeit geleistet. Wir haben die Interessen der deutschen arbeitenden Bevölkerung dieses Landes gut gewahrt. Während die anderen mit weit aufgerissenen Mündern, aber mit leeren Händen vor die Wähler treten, können wir uns mit Leistungen ausweisen, die - nehmt alles in allem - beispiellos sind." J. W. Brügel: Unser sozialpolitisches Werk, in: Der Kampf 2 (1935), 203-13, S. 203.

⁷⁷¹ Vgl. besonders *Bachstein* (1970), a.a.O., S. 321 f.

⁷⁷² *Sator* (1996), a.a.O., S. 331.

⁷⁷³ Vgl. *Wingfield* (1989), a.a.O., S. 145 f.

jede sozialistische Partei im zeitgenössischen Europa zutreffen könnten. Das Festhalten an der Koalitionspolitik bei gleichzeitiger Erfolglosigkeit in der Durchsetzung eigener Antikrisenprogramme, das Bestreben nach Aufrechterhaltung politischer Handlungsspielräume in der parlamentarischen Demokratie und die Beschränkung antifaschistischer Maßnahmen auf die administrative Ebene und öffentliche Protestaktionen konnten den Aufstieg der Henleinbewegung nicht bremsen, geschweige denn verhindern. Zugleich mußte die damit verbundene politische Ohnmacht vor dem Gegner auf die Parteibasis und die traditionelle Anhängerschaft demoralisierend wirken. Die rigide Durchsetzung der Parteidisziplin sowie die stetige Betonung, der Geschichtsverlauf bewege sich nach den immanenten Gesetzmäßigkeiten des Übergangsprozesses zum Sozialismus, waren nicht dazu angetan, diese Entfremdungserscheinungen zwischen Führung und Basis in der DSAP aufzufangen. Es mag durchaus zutreffen, daß Ludwig Czech als Parteiführer persönliche Defizite hatte. Dennoch muß bezweifelt werden, daß ein Parteivorsitzender mit den Charaktermerkmalen eines Volkstribunen eine unterschiedliche Entwicklung für die DSAP hätte herbeiführen können. Denn bei der sachlich gerechtfertigten Kritik an den mangelhaften Qualitäten Czechs, die ihm leicht als politische Ohnmacht und Ideenlosigkeit ausgelegt werden können, gilt es zu bedenken, daß die Begrenztheit seiner politischen Möglichkeiten vor allem von äußeren Einflußfaktoren bestimmt war. Die DSAP war mit einem Stimmenanteil von 6,9% das schwächste Glied in der bürgerlich dominierten Koalition und galt zudem lediglich als Juniorpartner in der Aktionsgemeinschaft mit den tschechischen Sozialdemokraten. Die Partei war deshalb stets gezwungen, ihre Strategie und Taktik an eben diese politischen Realitäten anzupassen. Solange die ČSD-Führung jedoch nicht willens war, ihre politische Generallinie zu verlassen, bestand für die DSAP keine Möglichkeit, alternative Wege zu beschreiten. Politische Alleingänge, selbst in der Form und den Inhalten eines vom Konsens abweichenden Wahlkampfes, hätten leicht den Bruch des fragilen Bündnisses mit der ČSD nach sich ziehen können. Für deren Führung nahm der Erhalt der Regierungskoalition stets einen höheren Stellenwert ein als die internationalistische Zusammenarbeit mit den deutschen Genossen. Ein solches Zerwürfnis wäre in der Situation des außen- und innenpolitischen Drucks auf die Arbeiterparteien dauerhaft gewesen und hätte somit nicht nur ein Ausscheiden der DSAP aus der Regierung, sondern auch ein Abgleiten in die politische Bedeutungslosigkeit zur Folge gehabt.

Vor diesem Hintergrund konnte es sich die Parteiführung 1935 nicht erlauben, einen aggressiveren Wahlkampf unter dem Motto 'Nun geht es ums Ganze' zu führen. Eine Auseinandersetzung mit der SdP unter Anwendung neuer Kampfformen, wie dem Aufbau paramilitärischer Strukturen⁷⁷⁴ oder politischen Streiks, machten ohne eine Beteiligung der ČSD keinen Sinn. Selbst als Wenzel Jaksch auf dem Höhepunkt der 'Sudetenkrise' den vielzitierten Aufruf "Mit-

⁷⁷⁴ Die 1926 gegründete "Rote Wehr" (ab Dezember 1934 "Republikanische Wehr") diente lediglich als Ordnertruppe für Parteiveranstaltungen. An den Ausbau zu einer paramilitärischen Organisation - etwa nach dem Muster des "Republikanischen Schutzbundes" in Österreich - ist innerhalb der Parteiführung niemals ernsthaft gedacht worden. Vgl. dazu auch die Satzung der "Republikanischen Wehr", in: AsD, Seliger-Archiv, Sign. 1901. Auch scheint es fraglich, ob tatsächlich über einen Einsatz der "Republikanischen Wehr" zur Landesverteidigung diskutiert wurde und ob ein solcher von der Regierung überhaupt akzeptiert worden wäre. Von den Beteiligten wurde eine solche Möglichkeit später gerne kolportiert. Z.B. E. Paul an K. Kern, v. 28.4.1970. AsD, Seliger-Archiv, Sign. 1446.

bürger! Es geht um alles!"⁷⁷⁵ herausgegeben hatte, scheute er sich nach dem Ausscheiden der DSAP aus der Regierung vor der Anwendung derartiger politischer Mittel. Den Kritikern der Parteiführung muß allerdings insofern beigespflichtet werden, daß eine alternative Strategie innerhalb der Czech-Gruppe nie ernsthaft in Erwägung gezogen und bei der ČSD politisch ausgelotet wurde. Der Parteivorsitzende war vielmehr der festen Überzeugung, mit seiner Minister-tätigkeit am besten zur sozialen und politischen Emanzipation der Arbeiterklasse beitragen zu können und mit der Regierungsbeteiligung der Errichtung einer faschistischen Diktatur in der ČSR entgegenzuwirken. Folglich lassen sich auch keine Anzeichen ausmachen, daß aus den Reihen der DSAP-Führung auf die tschechische Schwesterpartei Druck zu einem Strategie-wechsel ausgeübt wurde. Die vorgebrachte Kritik an der Politik der ČSD bezog sich sowohl vor als auch nach 1935 lediglich darauf, daß der DSAP als staatstragender Partei mehr Möglichkei-ten eingeräumt werden müßten, sich durch eigene politische Erfolge gegenüber den staatsfeind-lichen Kräften unter den Sudetendeutschen zu profilieren. Diesem Problem wurde zu Recht eine grundsätzliche Bedeutung für den Erhalt des demokratischen Systems in der ČSR zugeschrie-ben⁷⁷⁶.

Daß die DSAP eine Partei mit programmatischen Defiziten war, ist unbestritten. Die Pro-grammbeschlüsse des Gründungsparteitags bezogen sich zum einen auf das Brünner Nationa-litätenprogramm von 1899, dessen Autonomieforderungen mit der Staatsauffassung des Tsche-choslowakismus nicht zu vereinbaren waren, und zum anderen auf das Wiener Programm von 1901, dessen zentrale Forderungen (achtstündiger Arbeitstag, allgemeines, gleiches Wahlrecht) durch das Gesetzeswerk der ČSR erfüllt waren. Im Gegensatz zur ČSD hatte die DSAP-Führung die Erarbeitung und Verabschiedung eines Grundsatzprogramms für den täglichen politischen Kampf als nicht zwingend erforderlich erachtet und die diesbzgl. Bestrebungen der innerparteilichen Opposition seit Beginn der dreißiger Jahre behindert⁷⁷⁷. Ob die DSAP die direkte Auseinandersetzung mit der Henleinbewegung mit einem Parteiprogramm hätte erfolg-reicher bestreiten und das äußere Erscheinungsbild der Partei nachhaltig hätte verbessern kön-nen, scheint ebenfalls zweifelhaft. Das Ringen um Wählerstimmen wurde in den dreißiger Jah-ren nicht auf politisch-programmatischer Ebene, sondern auf einer emotionalen Basis entschie-den⁷⁷⁸. Die Menschen in der ČSR - und nicht nur dort - folgten Versprechungen und abstrakten Hoffnungen. Sie wendeten sich der SHF/SdP zu, weil sie fasziniert waren von nationalem

⁷⁷⁵ Sozialdemokrat, 14.9.1938.

⁷⁷⁶ Vgl. J. Hofbauer: Gefährdete Demokratie, in: Der Kampf 1 (1934), 242-46, S. 244; J. Hofbauer: Staat im Staate?, in: Der Kampf 2 (1935), 120-24, S. 124; R. Wiener: Der Brünner Parteitag, in: Der Kampf 2 (1935), 351-55, S. 353.

⁷⁷⁷ "Unsere Partei hat sich, obwohl die Programmfrage seit unserer im Jahre 1919 erfolgten Konstituierung permanent auf der Tagesordnung steht, noch immer nicht zu einem neuen Programme aufrufen können, sodaß für sie das Wiener Programm vom Jahre 1901 noch immer Geltung hat. Allerdings haben wir am konstituierenden Parteitage für den allerdringlichsten Bedarf durch einen Programmbeschluß vorgesorgt, welcher zu den für unsere Arbeit in Betracht kommenden grundlegenden Fragen in einer für die heutigen komplizierten Verhältnisse viel-leicht etwas primitiven Form Stellung nimmt, aber ... die kardinalsten Fragen in klarer und auch für unsere heutigen Bedürfnisse genügender Weise beantwortet." L. Czech an K. Kautsky, v. 15.12.1933, in: Šolle (1993), a.a.O., Dok. 220, S. 329 ff.

⁷⁷⁸ Hierbei wird Bezug genommen auf die eingangs dargestellte Übertragbarkeit der Ergebnisse der Arbeit von Paul (1990), a.a.O.

Machtstreben, politischer Kühnheit und Dreistigkeit, wie sie das NS-Regime vorexerzierte. Wer 1935 Henlein wählte, sympathisierte mit Hitler. Diese politischen Zusammenhänge wurden von den Theoretikern der DSAP - wie oben dargestellt - in vollem Umfang erkannt. Folgerichtig konnte es für die Parteiführung im Wahlkampf von 1935 nicht mehr um die Gewinnung neuer Wählerschichten oder die Aktivierung der sudetendeutschen Volksgruppe unter antifaschistischen Vorzeichen gehen, sondern nur noch um die Mobilisierung der Stammwählerschaft. Hierzu waren die Betonung der eigenen Erfolge und die Skizzierung der Folgen, die ein Wahlsieg der SdP für die Sudetendeutschen und insbesondere für die Vertretung proletarischer Interessen haben würde, durchaus angebracht und auch ausreichend. Vor diesem Hintergrund scheint es weiterhin fraglich, ob ein freiwilliges Ausscheiden der DSAP aus der Regierung zugunsten einer staatstragenden Oppositionsrolle der Partei überhaupt einen wahltaktischen Vorteil gegenüber der Henleinbewegung erbracht hätte. Sicherlich hätte die DSAP außerhalb der Regierungsverantwortung die soziale Frage in ihrem Wahlkampf besser instrumentalisieren können. Da die SHF/SdP jedoch über kein Programm in der Arbeiterfrage verfügte und dieses Feld nicht zum Wahlkampfthema machte, hätte die DSAP auf diese Weise schwerlich ihre Stimmenverluste begrenzen können. Die ungleiche Verteilung von Chancen und Risiken eines solchen taktischen Schritts war der Parteiführung hingegen deutlich bewußt.

Inhaltlich war die DSAP in ihrem Wahlkampf vollends damit beschäftigt, den falschen Beschuldigungen durch die Henleinbewegung zu begegnen und nachzuweisen, daß die SdP eben doch eine Interessenvertreterin des Industriekapitals war⁷⁷⁹. Und schließlich gilt es zu berücksichtigen, unter welchen äußeren, gänzlich veränderten Umständen die Partei gezwungen war, den Wahlkampf zu führen. Infolge der langen Wirtschaftskrise war der Parteiapparat finanziell ausgeblutet⁷⁸⁰, so daß ein aufwendiger Wahlkampf von der DSAP nicht zu bezahlen war. *Insider* charakterisierten die politische Atmosphäre des Jahres 1935 als nachteiliger für die Sozialdemokraten als bei den entsprechenden Entscheidungen in Deutschland oder Österreich⁷⁸¹. Einen treffenden Eindruck hierüber vermittelt auch ein Memorandum des Bezirkssekretärs von Deutsch-Gabel, Hans Schenk, an das Bodenbacher Kreissekretariat vom 6.5.1935. Er berichtet hierin, daß die traditionelle Wählerschaft der Partei durch das aggressive Auftreten der Henleinbewegung "vollständig eingeschüchtert" sei. Dieser Zustand könne nach Ansicht dieses erfahrenen Wahlkämpfers nur durch einen aufwendigen Straßenwahlkampf und begleitende Veran-

⁷⁷⁹ Rundschreiben des Parteisekretariats an alle Kreis- und Bezirksorganisationen v. 16.5.1935, in dem Taub die Inhalte und die taktische Notwendigkeit der drei zentralen Flugblätter für den Wahlkampf erläutert. A ČSSD, f. 78, a.j. 19, l. 243-44.

⁷⁸⁰ Nach Hofbauers Aussage waren nur wenige der arbeitslosen Parteimitglieder in der Lage, ihre Beiträge zu entrichten, und der Parteiapparat war in dieser Situation nur unter großen finanziellen Abstrichen aufrecht zu erhalten. J. Hofbauer an L. Kautsky, v. 31.3.1933, in: Šolle (1993), a.a.O., Dok. 209, S. 290 f.

⁷⁸¹ "Von einer geistigen Auseinandersetzung ist natürlich keine Spur, es ist ein reiner persönlicher Kampf, der gegen jeden einzelnen Mandatären der Partei, ja sogar gegen den schlichten Vertrauensmann geführt wird. Obendrein wird von den Industriellen, die durchwegs Henleinanhänger sind, mit einem Terror gearbeitet, der wohl einzigartig ist. Man muß den Heroismus, mit dem unsere Menschen all diesen Drangsalierungen Stand halten, bewundern. Über den Wahlausgang will ich mich nicht in Prophezeiungen ergehen. Es genügt mir vorläufig die Feststellung, daß die Menschen durchwegs ihr Bestes hergeben und daß ein Mehr an Arbeit wohl nicht mehr geleistet werden kann." S. Taub an K. Kautsky, v. 11.5.1935, in: Šolle (1993), a.a.O., Dok. 279, S. 366 f.

staltungen der nachgeordneten Organisationen verbessert werden. Ein Straßenwahlkampf sei jedoch aufgrund der gewaltsamen Übergriffe der Henleinanhänger nicht ratsam. Aus diesem Grund hatte er sich in Absprache mit den Sekretären aus den angrenzenden Bezirken auf den einmaligen Einsatz eines Lautsprecherwagens geeinigt. Neben der üblichen Plakatwerbung, für die er 150 Plakate bestellte, war der Kreissekretär also vor allem auf einen zeitintensiven Häuserwahlkampf angewiesen, den er mit einem zweiten Genossen in 38 Orten unter Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durchzuführen gedachte. Zudem wollte er 200 Briefsendungen verschicken, hatte für diese Maßnahme aber nur noch 2 Kč zur Verfügung⁷⁸². Auch unter der Voraussetzung, daß sich die Verhältnisse in diesem Wahlkreis nicht mit denen der anderen deutschsprachigen Kreise deckte, wird hieran dennoch deutlich, daß es für die DSAP unter diesen Umständen tatsächlich nur um die Mobilisierung von Stammwählern gehen konnte.

Auf der unmittelbar nach der Wahl einberufenen Reichskonferenz der DSAP vertrat Czech den Standpunkt, daß die Niederlage seiner Partei nicht durch eine verfehlte Strategie selbstverschuldet war, sondern die Ursachen in der Krise des Kapitalismus und in der Ausstrahlungskraft des Nationalsozialismus zu suchen seien. Die DSAP müsse sich nun darauf konzentrieren, ein Vorrücken der SdP in staatliche Machtpositionen unter allen Umständen zu verhindern. Daher sei eine Fortsetzung der Regierungsbeteiligung unabdingbar⁷⁸³. Diese Haltung wurde vom Exekutivausschuß der Partei unterstützt⁷⁸⁴. Auf dem im Juni in Brünn abgehaltenen Parteitag, der sich ausschließlich mit der "Überprüfung der Politik und Taktik" der DSAP auseinanderzusetzen hatte, sah sich die Parteiführung massiver Kritik einiger jüngerer Funktionäre ausgesetzt. In der Aussprache zum Grundsatzreferat des Vorsitzenden wiederholten diese im wesentlichen die Vorwürfe und Thesen, die seit einem Jahr in der "Sozialistischen Aktion" erhoben worden waren⁷⁸⁵. Jaksch, der zu diesem Zeitpunkt bereits als Gegenspieler Czechs und Hoffnungsträger der Opposition galt, operierte auf dem Parteitag sehr vorsichtig. In seiner Rede leistete er zunächst Lippenbekenntnisse für den Kurs des Parteivorstands, zu dem es seiner Meinung nach keine Alternative gegeben habe. Für die zukünftige Auseinandersetzung mit der Henleinbewegung forderte er jedoch eine Revitalisierung der Partei, für die eine Überprüfung des bisherigen Weltbildes unumgänglich sei. Die Verbreiterung der sozialen Basis der sozialistischen Bewegung stellte für ihn nicht nur ein Problem für das Überleben der eigenen Partei dar, sondern er wertete es als Voraussetzung für die Weiterexistenz einer demokratischen ČSR. Obwohl sich der Staat in einer innen- und außenpolitisch bedrohlichen Situation befinde, dürfe sich die DSAP politisch nicht zurücknehmen, um den Bestand der Koalitionsregierung sicherzustellen, sondern müsse versuchen, auf nationalpolitischem Gebiet verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

⁷⁸² A ČSSD, f. 78, a.j. 19, l. 218.

⁷⁸³ Vgl. Sozialdemokrat, 24.5.1935.

⁷⁸⁴ Vgl. Sozialdemokrat, 25.5.1935.

⁷⁸⁵ Zentrale Forderungen waren die Verjüngung der Parteiführung, die Verabschiedung eines Parteiprogramms, die programmatische Ausweitung auf das Kleinbürgertum und die Landbevölkerung, geeignete Maßnahmen zur Durchsetzung eigener Forderungen in der Regierung sowie die Neuformulierung des Verhältnisses zur KPTsch. Vgl. Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der DSAP (1935), S. 37 ff.

Eine politische Zusammenarbeit mit der KPTsch lehnte Jaksch in Übereinstimmung mit der Position der Parteiführung entschieden ab⁷⁸⁶.

Trotz dieser Kritik aus den eigenen Reihen konnte sich die Czech-Gruppe auf dem Parteitag in allen Punkten durchsetzen und erhielt die Zustimmung der Delegierten zur Fortsetzung des bisherigen politischen Kurses. In der verabschiedeten Resolution wurde noch einmal zum Ausdruck gebracht, daß der Wahlerfolg der SdP auf die objektiven Faktoren des Geschichtsverlaufs zurückzuführen sei. Neben dem Einfluß der reichsdeutschen Entwicklung und dem allgemeinen antimarxistischen Klima seien vor allem die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise wahlentscheidend gewesen. Um die verlorenen Wähler zurückzugewinnen, müsse die Partei die Menschen wieder davon überzeugen, daß alle Ursachen sozialer Mißstände im Kapitalismus begründet liegen. Daß auch der faschistische Gegner antikapitalistisch argumentierte, wurde in der politischen und ideologischen Notsituation also kurzerhand ausgeblendet. Wirtschaftspolitisch solle sich die DSAP in der Regierung für groß angelegte staatliche Investitionsprogramme einsetzen und sozialpolitisch für eine Verbesserung der Arbeitslosenfürsorge. Im Kampf gegen den Faschismus wurde besonderes Augenmerk auf die Sicherstellung der uneingeschränkten Gewerkschaftsarbeit gelegt. Auf nationalpolitischem Gebiet wurde in der Resolution nur die Forderung erhoben, der Staat müsse sudetendeutsche Bewerber, deren demokratische Gesinnung außer Zweifel steht, stärker für den öffentlichen Dienst berücksichtigen. Ansonsten stand der Parteitag zur engen internationalistischen Zusammenarbeit mit der ČSD. Beide Parteien sollten auch weiterhin daran arbeiten, die Teilhabe des Proletariats an der politischen Macht zu erhöhen und durch sozial- und wirtschaftspolitische Reformen das marode kapitalistische System in der ČSR in den Sozialismus zu überführen⁷⁸⁷.

Als politisches Zugeständnis an die innerparteilichen Kritiker mußte die Parteiführung die Wahl Jakschs zum stellvertretenden Vorsitzenden zulassen, in dem Czech und Taub einen skrupellosen Karrieristen sahen. Politische Unterstützung erhielt dieser durch die Aufnahme Willi Wankas und Richard Reitzners in den Exekutivausschuß. Dessen ungeachtet wertete die Czech-Gruppe den Verlauf und den Ausgang des Parteitags als ihren Erfolg. Robert Wiener verneinte in einem Beitrag in der Zeitschrift "Der Kampf" die Existenz einer innerparteilichen Opposition. Vielmehr sei die Partei geeint und gefestigt aus den jüngsten Rückschlägen hervorgegangen⁷⁸⁸. Ebenso bestritt er das Vorhandensein eines Generationskonflikts in der DSAP. Denn jene jüngeren Funktionäre, die sich in der täglichen Parteilarbeit bewährt hätten, seien in der Hierarchie

⁷⁸⁶ Vgl. ebd., S. 101 ff.

⁷⁸⁷ Vgl. ebd., S. 121 ff.

⁷⁸⁸ "Es gab keine Meinungsverschiedenheiten über die politische Taktik, nicht in der Beurteilung der Taktik bis zum Wahltag und noch weniger in dem Urteil über den nun einzuschlagenden Weg. Es ist überaus charakteristisch, daß die stärksten Worte zugunsten der Koalitionspolitik gerade von den Rednern der Opposition ausgesprochen wurden ... Wenn in Brünn 1935 alle Delegierten ohne Ausnahme für die Fortsetzung der bisherigen Politik stimmten, so deshalb, weil es tatsächlich gemeinsame Auffassung der ganzen Partei ist, daß die Sozialdemokratie nur so den Kampf um Arbeit und Brot für die sudetendeutschen Massen und damit auch den Kampf um die Selbstbesinnung der vom Faschismus betörten Menschen führen kann. Daß in dem historischen Augenblick, da das tschechoslowakische Volk als einziges in Mitteleuropa sich für die Demokratie entschieden hat, der Platz der deutschen Sozialdemokraten an der Seite der tschechoslowakischen Demokratie ist. Und daß die Außenpolitik des Staates, die aufrichtig und entschlossen der Erhaltung des Friedens dient, von der Partei unterstützt werden muß." R. Wiener: Der Brünner Parteitag, in: Der Kampf 2 (1935), 351-55, S. 352.

weiter aufgerückt. Ansonsten sei der Wunsch der Jüngeren nach politischer Teilhabe verständlich und ein Zeichen für die Lebendigkeit der Partei. Ebenso wertete Wiener die Kritik am politischen Kurs der Parteiführung nicht als Krise der Partei oder - mit Anspielung auf die Rede Jakschs - als Krise der sozialistischen Ideologie, sondern als Folge der Probleme der Zeit⁷⁸⁹.

Es gelang der Czech-Gruppe also deutlicher als in der ČSD, ihre innerparteilichen Kritiker zu kontrollieren und zu maßregeln. Dies ist darauf zurückzuführen, daß es die Organisationsstruktur und die Praxis der Parteiführung dem Parteivorstand ermöglichte, alle zentralen Machtpositionen fest in seinen Händen zu behalten. Die Kontrolle der Finanzen, der Parteipresse, der Kandidatenaufstellung sowie der parteinahen Organisationen durch den Vorstand und das Sekretariat bewirkten, daß alternative Strategieansätze nur schwer bekannt und an der Basis populär werden konnten⁷⁹⁰. Vom Parteivorstand wurden oppositionelle Gruppen entweder negiert oder in die Nähe subversiver Kräfte gebracht, die die Einheit der Partei zerstören wollten. Aufgrund der exponierten Machtstellung des Vorstandes konnte dieser die "Sozialistische Aktion" verbieten und ihre Mitglieder aus der Partei ausschließen sowie Emil Franzel als Leiter der Zentralen Bildungsstelle der Partei aufs politische Abstellgleis stellen. Jaksch konnte mit seinen abweichenden Thesen die innerparteiliche Karriere nur fortsetzen, weil er die Machtposition des Vorstandes anerkannte und sich seinen Spielregeln unterwarf. Die von Wiener vorgebrachten Einheitsbekundungen können jedoch nicht über bereits bestehende tiefe Gegensätze und Animositäten in der Partei hinwegtäuschen. Es ist in der Geschichtsforschung unumstritten, daß seit dem Brünner Parteitag zwei divergierende und auseinanderstrebende Strömungen in der DSAP existierten. *Wingfield* bezeichnet diese treffend als "Traditionalisten", die den Kurs der Parteiführung unterstützten, und als den sog. "Seliger-Flügel" resp. "Revisionisten" um Wenzel Jaksch. Wie die Autorin darstellt, hat Jaksch den Brünner Parteitag nachher als verpaßte Chance gewertet, noch rechtzeitig durch einen Strategiewechsel den Aufstieg der Henleinbewegung zu stoppen. Diese Interpretation wurde von Teilen der Geschichtswissenschaft ebenso unreflektiert

⁷⁸⁹ "Wir alle sehen die Verfallserscheinungen des Kapitalismus, seine wachsende Unfähigkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, wir sehen gleichzeitig just in diesem historischen Augenblick in Ländern, die für die soziale und politische Entwicklung der Menschheit entscheidend sind, den blutigen Faschismus an der Macht. Just in der historischen Situation, in der die Arbeiterklasse mehr denn je danach brennt, dem niedergehenden Kapitalismus den letzten Stoß zu versetzen, scheint sie am allerwenigsten dazu befähigt zu sein. Das groß Wort von Karl Marx 'Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen', offenbart sich in seiner ganzen dialektischen Tiefe, da es die gegenwärtige Geschichtsperiode als Widerspruch zwischen dem Willen der Menschen, die Geschichte machen, und den unmittelbar vorgefundenen Umständen, unter denen sie Geschichte machen müssen, enthüllt. Und um so tiefer wird der Widerspruch empfunden in einer Partei, die erzogen ist in einer alten, in das lebendige Bewußtsein jedes einzelnen übergegangenen marxistischen Tradition, deren Erkenntnis alle wirtschaftlichen, sozialen, politischen, weltanschaulichen Gegensätze dieser Zeit umspannt, deren unmittelbarer Aktionsradius aber beschränkt ist auf die werktätigen Schichten einer Minderheitsnation in einem verhältnismäßig kleinen Staate." R. Wiener: Der Brünner Parteitag, in: *Der Kampf 2* (1935), 351-55, S. 354. Czech teilte diese Beurteilung. In einem persönlichen Schreiben an Kautsky äußerte er zudem die Einschätzung, die Partei werde sich durch den zufriedenstellenden Verlauf des Parteitages, auf dem sich jeder Verantwortliche seine Frustration vom Herzen reden konnte, schnell wieder aus dem anfänglichen "Zustand der schwersten seelischen Depression" lösen und durch eine erfolgreiche Regierungspolitik wieder politisch konsolidieren können. L. Czech an K. Kautsky, v. 11.6.1935, in: Šolle (1993), a.a.O., Dok. 288, S. 375 f.

⁷⁹⁰ Vgl. zu dieser Problematik vor allem Weiser (1998), a.a.O., S. 37 ff.

übernommen wie Jakschs Aussage, daß es zu diesem Zeitpunkt einflußreiche Stimmen in der ČSD und auch in den Exilführungen gab, die eine Absetzung Czechs von seinen Partei- und Regierungsämtern befürworteten⁷⁹¹. Wie *Wingfield* hervorhebt, läßt sich diese These nicht durch Quellen belegen. Desgleichen sind die faktischen Grundlagen für die kolportierte Behauptung, die ČSD-Führung habe die Ersetzung Czechs wegen seines jüdischen Glaubens herbeiführen wollen, äußerst fragwürdig, da sie sich ausschließlich auf Berichte über Gerüchte bezieht⁷⁹².

Ein entscheidender politischer Grund dafür, daß die Czech-Gruppe bis zu ihrer Absetzung im Frühjahr 1938 im Einklang mit der ČSD-Führung nicht bereit war, ihren Kurs zu ändern, bestand darin, daß ab Ende 1935 gewisse Anzeichen ausgemacht wurden, daß sich die Errichtung einer faschistischen Diktatur in der ČSR vielleicht doch umgehen ließe. Diese Hinweise wurden dankbar aufgenommen und als Wende zum Besseren interpretiert. Eine besondere Rolle für diese Wahrnehmung der innenpolitischen Entwicklung nahm die Auseinandersetzung um die Wahl des neuen Staatspräsidenten im Dezember 1935 ein. Nachdem es dem Stoupal-Flügel in der Agrarpartei nicht gelungen war, mit Hilfe der SdP und den tschechischen Rechtsparteien ihren Gegenkandidaten gegen Edvard Beneš ins höchste Staatsamt zu bringen, wertete die DSAP-Führung diesen Vorgang lautstark als "Sieg der Demokratie" und zugleich als "eine Niederlage des europäischen Faschismus"⁷⁹³. Der Rückzug der Kandidatur des Nationaldemokraten Bohumil Němec am Vorabend der Wahl schwächte die reaktionären Kräfte in der ČSR und überzeugte die Sozialdemokraten von der Richtigkeit ihres Kurses. Der politische Führungsanspruch der Agrarier als stärkster Partei wurde von Hofbauer anerkannt, die Durchsetzung ihres dem Faschismus nahestehenden Flügels könne durch die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten aber verhindert werden⁷⁹⁴. Der neue Staatspräsident signalisierte zwar, daß er zu keinen grundlegenden verfassungsrechtlichen Änderungen zur Neuordnung des tschechisch-deutschen Verhältnisses bereit sei, bemühte sich im Frühjahr und Sommer 1936 jedoch durch seine Reisen in die Grenzgebiete um eine perspektivische Verbesserung der Beziehungen. Vor dem Hintergrund dieser als innenpolitische Entspannung gewerteten Entwicklung gewann die aus der Bonapartismustheorie generierte Auffassung, die SdP werde an ihren inneren Widersprüchen scheitern, in der DSAP wieder Aktualität. Im Verlauf des Jahres 1936 erhielt sie - wie oben dargestellt - Unterstützung durch den offenkundigen Richtungsstreit in der SdP sowie durch den Umstand, daß die SdP in verschiedenen kleineren Wahlen nicht weiter hinzugewinnen konnte. Infolgedessen ging die DSAP-Führung im Dezember 1936 vom Ende des Aufstiegs der Henleinbewegung aus⁷⁹⁵.

Die Parteiführung erkannte also nur bedingt, daß sich alle innen- und außenpolitischen Entwicklungen gegen sie wendeten. Der nationalsozialistische Flügel konnte den Richtungsstreit

⁷⁹¹ Vgl. Bachstein (1974), a.a.O., S. 94.

⁷⁹² Vgl. dazu die Relativierung von Wingfield (1989), a.a.O., S. 144 f.

⁷⁹³ J. Hofbauer: Sieg der Demokratie. Die Wahl des tschechoslowakischen Staatspräsidenten, in: *Der Kampf* 3 (1936), 1-6, S. 6.

⁷⁹⁴ Vgl. ebd., S. 2.

⁷⁹⁵ Sozialdemokrat, 9.12.1936.

innerhalb der Henleinbewegung für sich gewinnen und die SdP sukzessive ins Fahrwasser der deutschen Außenpolitik lotsen. Nach den zunehmenden Einbrüchen Deutschlands in das französische Sicherheitssystem, der erfolgreichen Saarabstimmung im Januar 1935 und der Wiedereinführung der Wehrpflicht im März 1935 gewann Hitler außenpolitische Handlungsspielräume. Diese konnte er nun zunehmend dazu einsetzen, eine völkerrechtliche Lösung für die seiner Meinung nach national unterdrückten Volksdeutschen in der ČSR einzufordern. Für die ČSR bildeten beide Entwicklungen eine Situation ständiger Bedrohung, in der alternative Wege der Regierungspolitik nur schwer möglich waren. Die Regierung zeigte sich deshalb zunehmend handlungsunfähig, da sämtliche Politikfelder ausschließlich von Partikularinteressen dominiert waren, die sich in der langwährenden Krise nicht mehr junktimieren ließen. Ihre Haushaltspolitik wurde noch eindeutiger als zuvor als Verteilungskampf geführt, in dem sich die DSAP als schwächstes Glied in der Koalition nicht mehr behaupten konnte. Da die Wirtschaftskrise in der ČSR vor allem eine Strukturkrise war, führten leichte Erholungstendenzen der Weltwirtschaft, auf die beide sozialdemokratische Parteien ihre Politik aufgebaut hatten, nicht zu einem signifikanten Abbau der hohen Arbeitslosenzahlen. Das ausschlaggebende Momentum für den innerparteilichen Verschleiß der Czech-Gruppe waren aber die erfolglosen Bemühungen um Fortschritte auf nationalpolitischem Gebiet. Nachdem es im Laufe des Jahres 1937 trotz des vielversprechenden Auftakts durch das sog. 'Feber-Abkommen' zu keinen greifbaren und verbindlichen Ergebnissen gekommen war, war auch der Vorstand, der die politische Verantwortung für das Scheitern dieser Bemühungen zu tragen hatte, für die Parteibasis nicht mehr haltbar.

Wie sich der damalige Jugendfunktionär und Kommandant der "Republikanischen Wehr", Ernst Paul, erinnert, vermehrten sich seit Anfang 1938 in der DSAP konkrete Forderungen nach einer Ablösung Ludwig Czechs durch eine neue, jüngere Person. Er gibt an, in dieser Zeit Briefe aus den lokalen Parteiorganisationen mit entsprechenden Forderungen erhalten zu haben. Die Funktionäre äußerten hierin die Einschätzung, daß eine Aufrechterhaltung ihrer antifaschistischen Arbeit mit der überalterten, dogmatischen Parteiführung nicht länger möglich sei⁷⁹⁶. Von dieser Stimmung in der Partei profitierte nunmehr Wenzel Jaksch. Es war jedoch weniger seine in der Partei gar nicht so popularisierte volkssozialistische Konzeption, die ihn schließlich über Czech obsiegen ließ, als vielmehr seine Agilität in den Parteibezirken⁷⁹⁷. Da die DSAP ohnehin nur über wenige Führungspersönlichkeiten verfügte und es somit keine ernstzunehmende personelle Alternative zu Jaksch gab, nutzte dieser nun erstmals die Gelegenheit, auf der eine Woche vor dem Parteitag abgehaltenen Reichskonferenz die Parteiführung offen anzugreifen und sich selbst für die Nachfolge Czechs ins Spiel zu bringen. In seiner Rede drohte er mit Parteiaustritt, sollte der Parteitag weiter verschoben werden, wie Czech und Taub dies angeblich plan-

⁷⁹⁶ Paul: Was nicht ..., Bd. 3, S. 63 ff.

⁷⁹⁷ Hiervon zeugt eine weitere Erinnerung Ernst Pauls: "Als Czech ... Minister geworden war, ging er völlig in seiner ministeriellen Aufgabe auf. Ich hatte im Parteisekretariat u.a. auch mit der Vermittlung der Referenten für Konferenzen und Großversammlungen zu tun. Die Anforderungen lauteten stets, es mögen Czech, Taub oder Jaksch vermittelt werden. Czech ging nicht, Taub konnte nicht, Jaksch konnte und ging. So gewöhnten sich die Parteiorganisationen langsam daran, nur Jaksch anzufordern und dieser wurde immer bekannter und populärer." E. Paul an K. Kern, v. 13.8.1970. AsD, Seliger-Archiv, Sign. 1446.

ten⁷⁹⁸. Um eine Parteispaltung zu vermeiden, sah sich Czech gezwungen, seinen Rücktritt anzukündigen. Unter diesen Umständen war es den Delegierten faktisch nicht mehr möglich, sich bis zum vom 26. bis 27.3.1938 in Prag abgehaltenen Parteitag auf einen anderen Kandidaten zu verständigen, so daß er trotz der sicherlich vorhandenen Skepsis über seine Person mit einer deutlichen Mehrheit zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde.

Nach wie vor umstritten sind die Rollen, die Hodža und Beneš beim Wechsel des Parteivorsitzenden spielten. So ist bislang nicht geklärt, ob Hodža auf die Rücktrittsentscheidung Czechs durch bestimmte Zusagen bzgl. einer zukünftigen Ressortverteilung eingewirkt hat. Weiterhin machten Parteitagsteilnehmer nachher widersprüchliche Aussagen darüber, ob und inwieweit Beneš während des Parteitags persönlich zugunsten Jakschs interveniert hat. *Wingfield*, die sich mit den verschiedenen Quellen beschäftigt und sie gegenübergestellt hat, kommt zu dem Schluß, daß es von Seiten des Regierungschefs und des Staatspräsidenten durchaus ein berechtigtes Interesse daran gab, Czech durch einen anderen Politiker zu ersetzen und daß beide im Vorfeld des Parteitags entsprechende Meinungen geäußert hatten. Die Autorin schließt jedoch aus, daß es während des Parteitags für die eine oder andere Seite eine Möglichkeit gab, Einfluß auf den Wahlausgang auszuüben⁷⁹⁹. Eindeutiger war hingegen die Rolle der ČSD. Sie machte keine Anstalten, sich unterstützend für Czech einzusetzen, und schickte nicht einmal - wie sonst unter besonders nahestehenden Parteien in der SAI üblich - eine Delegation auf den Parteitag der DSAP⁸⁰⁰. Infolge seiner Niederlage legte Czech am 9.4.1938 auch sein Ministeramt nieder, das hiernach nicht wieder mit einem Politiker aus der DSAP besetzt wurde.

Die Wahl Jakschs bedeutete nicht nur eine personelle Veränderung oder den Vollzug eines Generationswechsels an der Parteispitze, sondern war vor allem ein empfindliches Eingeständnis der Partei, mit der bislang von ihrer Führung verfolgten Strategie gegenüber dem Gegner gescheitert zu sein. Obwohl nicht die gesamte alte Führungsgarde auf dem Parteitag ausgetauscht worden war, waren Czech und seine Gefolgsleute seit dem März 1938 innerparteilich desavouiert. Czech verlegte seinen Hauptwohnsitz alsbald zurück nach Brünn. Vom erlittenen politischen Gesichtverlust Ludwig Czechs zeugen die folgenden, an das Ehepaar Kautsky gerichteten Worte: "Im Hinblick auf die arge Situation der Partei arbeite ich - entgegen meiner Absicht, mich vorläufig auf die Mitarbeit in Brünn und Mähren zu beschränken - mit. Aber Sie verstehen sicher, wie schwer mir - schon eine bloße Begegnung - geschweige denn die Zusammenarbeit mit Jaksch und Konsorten fällt."⁸⁰¹ Bereits im Frühjahr 1938 hatte Czech also den Lebenskampf um seine politischen Überzeugungen in dreifacher Hinsicht verloren: innenpolitisch gegen den verhaßten faschistischen Gegner, innerparteilich gegen einen verachteten Emporkömmling und internationalistisch, indem ihm die tschechische Schwesterpartei im für ihn entscheidenden Augenblick die Solidarität versagte.

⁷⁹⁸ Vgl. Sozialdemokrat, 19.3.1938.

⁷⁹⁹ Vgl. Wingfield (1989), a.a.O., S. 157 f.

⁸⁰⁰ Gegenüber dem Parteivorstand begründete Generalsekretär Dundr diesen Schritt damit, daß die DSAP auf ihrem Parteitag ausschließlich innere Probleme zu lösen hatte. Protokoll der Vorstandssitzung v. 23.3.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 427-30.

⁸⁰¹ L. Czech an K. und L. Kautsky, v. 29.6.1938, in: Šolle (1993), a.a.O., Dok. 378, S. 461-63.

Aus diesen Niederlagen ging Czech als moralisch gebrochener Mensch hervor. Er fand im Frühjahr 1939 nicht mehr die Kraft, ins Exil zu gehen. Wenige Monate nach seiner Verhaftung kam er im Sommer 1942 im KZ Theresienstadt um. Für die weitere Entwicklung der DSAP war es jedoch ausschlaggebend, daß Jaksch - wie im folgenden noch darzustellen ist - weder die Beziehungen zu den tschechischen Sozialisten verbessern oder Einfluß auf die Nationalitätenpolitik der Regierung nehmen noch die aufgerissenen Gräben innerhalb seiner Partei schließen konnte. Sein nicht weniger autoritärer Führungsstil verprellte nun zunehmend auch jüngere Funktionäre⁸⁰². Die zahlreichen Abspaltungen während des Londoner Exils sind ein deutlicher Ausdruck dafür.

5.3.2 Das Konzept der 'jakobinischen Republik' und der 'konservative Sozialismus'

Ein für die Diskussion unter europäischen Sozialisten ungewöhnliches und gedanklich neuartiges Konzept für die Abwehr der faschistischen Bedrohung legte im Frühjahr 1934 Emil Franzel mit seinem Programm der "jakobinischen Republik" vor. Dieser programmatische Vorschlag basiert zum einen auf der präzisen Analyse, daß die multinationale ČSR aufgrund ihres nationalstaatlichen Aufbaus nicht ausreichend Kräfte zu ihrer Verteidigung werde mobilisieren können. Zum anderen fußt er auf der von dem Autor schon zuvor erhobenen Forderung, die ČSR dürfe sich angesichts der doppelten Bedrohung gegenüber ihren inneren und äußeren Gegnern weder nachgiebig zeigen, noch sich in Kompromisse zur politischen Verständigung mit den konterrevolutionären Kräften retten, sondern müsse deren Drohung aktiv begegnen⁸⁰³. Hätte diese Aktivität der demokratischen Gesellschaft gegen die faschistische Bedrohung bis zur Machtergreifung Hitlers in der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und danach in

⁸⁰² Im Exil erhielt Jaksch von seinen früheren Mitstreitern deshalb den Spitznamen "der Führer". Vgl. z.B. F. Kögler an A. Schneider, v. 14.1.1941. AsD, Seliger-Archiv, Sign. 952.

⁸⁰³ Im Anschluß an die Pariser Konferenz der SAI hatte Franzel ausgeführt: "Nur eine Bewegung, die den Massen einen Weg aus dem Chaos zur Ordnung, aus der Depression zu einer menschenwürdigeren Existenz zeigt, hat heute noch eine Chance, die Massen zu einer Aktion führen zu können. Die antifaschistische Kampagne wird im Sande verlaufen, den das Blut zahlloser Opfer umsonst getränkt hat, wenn wir sie defensiv führen, das heißt, wenn wir uns auf Anklage, Abwehr und Analyse des Faschismus beschränken, ohne den Massen ein Ziel in unserer Zeit zu weisen, ohne die immer tiefer werdende Kluft zwischen den beschäftigten und den arbeitslosen Proleten, die aus der Klasse zwei Stände zu machen droht, mit einem positiv-revolutionären Programm zu überbrücken, das uns die Legitimation gibt, mehr als fatalistische Ankläger des übermächtigen Schicksals, nämlich wirklich Erneuerer der Welt zu sein." Aus diesem Grund fordert er von seiner Partei, ein entsprechendes Aktionsprogramm zu erarbeiten, mit dem die DSAP endlich wieder zu einem aktiven Faktor in der Regierungspolitik wird, anstatt die Rolle des politisch Handelnden noch länger ausschließlich den bürgerlichen Parteien zu überlassen. Deshalb hält es Franzel für ausschlaggebend, daß die DSAP "überhaupt zu einem Programm gelangt, das der Agitation eine Grundlage bietet und den Zustand behebt, daß im Grunde jedes Programm, das einer für seine Bedürfnisse zurechtzimmert, den Anspruch erheben kann, das fehlende Aktionsprogramm der Partei zu ersetzen, das alle binden und verpflichten würde, sei es auch um den Preis von Fehlschlüssen in einem oder dem anderen Punkt. Und einem anderen peinlichen Zustand würde dadurch ein Ende gesetzt: daß die Öffentlichkeit sich daran gewöhnt, in uns das nur bremsende, hemmende und konservative Element im Staate zu sehen, dessen geschichtliche Aufgabe darin besteht, die Forderungen der anderen auf ein kompromißfähiges Minimum herabzudrücken, während sie Initiative nur noch von Agrariern und Nationaldemokraten, von Außenseitern und Bürokraten erwartet!" E. Franzel: Antifaschistische Aktion ohne Programm?, in: Tribüne 6 (1933), 289-92, S. 289 und 292.

einem wirtschafts- und sozialpolitisch begründeten breiten politischen Bündnis nach dem belgischen Beispiel eines 'Plans der Arbeit' liegen können, so sieht Franzel nach der Niederschlagung des österreichischen Februaraufstandes den einzigen Ausweg für die ČSR in einer Radikalisierung ihrer Staatsidee. Diese muß nach seiner Ansicht auf eine supranationale Neugründung des politischen Gemeinwesens auf der Grundlage einer neuen, gesellschaftsverbindenden Identität hinauslaufen, die aus dem Willen eines übernationalen Widerstands gegen den Faschismus entspringt und die er als "jakobinische Demokratie" kennzeichnet. "Die jakobinische Demokratie, also die Herrschaft der kleinbürgerlichen, bäuerlichen und proletarischen Schichten ..., ist die einzige Form, in der auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung die Widerstandskraft der Nation zur Gänze mobilisiert, ihre Wehrkraft vervielfacht, die Konterrevolution durch den Terror gebrochen werden kann. Die jakobinische Republik ist nicht ein Zustand, nicht ein Dauerstadium in der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern sie ist die Bewegung selbst."⁸⁰⁴

Anknüpfend an die revolutionär-demokratischen Traditionen im tschechischen Volk wird die Politik der jakobinischen Republik von einer breiten gesellschaftlichen Bewegung bestimmt, deren verbindendes Element der gemeinsame Wille zur Verteidigung des freiheitlich-demokratischen Systems und der staatlichen Unabhängigkeit der ČSR ist. Diese Bewegung ist in ihrer politischen Ausformung keine Koalition bestehender Parteien, sondern ein gesellschaftliches Bündnis verschiedener Klassen. Die bislang dominierenden auseinander strebenden Klasseninteressen werden kompensiert und ersetzt durch die neue, verbindende Identität. Weiterhin werden nach Franzels Vorstellung in dem gesellschaftlichen Bündnis aber auch die bis dahin bestehenden nationalen Vorurteile überwunden, und sämtliche Nationalitäten schließen sich zusammen zu einem neuen einheitlichen Staatsvolk. Die politische Führung dieses Bündnisses wird von Franzel der 'Burg-Gruppe' um den Staatspräsidenten zugedacht, der seine Macht auf eine zu reformierende demokratische Armee und eine bürgerliche Miliz⁸⁰⁵ stützen soll.

⁸⁰⁴ E. Franzel: ČSR - wohin?, in: Tribüne 7 (1934), 97-101, S. 100. In seinen Memoiren hat Franzel der Erläuterung und Verteidigung dieses Konzepts und seiner gedanklichen Entstehung noch einmal einen breiten Raum geschenkt. Vgl. Franzel (1983), a.a.O., S. 239 ff.

⁸⁰⁵ In den Beiträgen Franzels, der sich selbst auch zu militärstrategischen Überlegungen berufen fühlte, tauchten 1933/34 immer wieder die Themen Demokratisierung der Streitkräfte und Errichtung einer Bürgermiliz auf. Ausgehend von der Analyse der Auswirkungen eines politischen Umsturzes in Österreich auf die Landesverteidigung der ČSR widersprach er vehement der im Herbst 1933 erhobenen Forderung der Agrarpartei, die durchgängig auch den Posten des Verteidigungsministers besetzte, nach einer Ausweitung der Militärdienstzeit. Seiner Ansicht nach könne eine erfolgreiche Verteidigungspolitik nur in einer Kombination von Berufsarmee, Reserve und einer einzurichtenden "republikanischen Mobilgarde" bestehen. "Bei dieser Truppe, die sehr selbständig operieren, unerhört viel Mut, Entschlossenheit und Opferbereitschaft erweisen, stärkste Initiative betätigen müßte, käme es vor allem auf eine absolut verlässliche Gesinnung an. Dieser Grenzschutz - 30 bis 50 Brigaden zu 2000 bis 5000 Mann - würde wichtigste Entschlüsse im eigenen Bereich fassen, selbständig durchführen, Stoß mit Gegenstoß beantworten, elastisch ausweichen und rasch angreifen müssen. Er hätte die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu sichern, wo sie nötig wird, der eigenen Armee die Aufmarschlinien freizuhalten, die Verbindungen ins Innere zu schützen. Er könnte nur aus Männern bestehen, die diesen Kampf aus innerster Überzeugung, freiwillig und todesbereit führen. Diese Miliz, diese Mobilgarde der demokratischen Republik müßte sich aus den besten und verlässlichsten antifaschistischen Elementen ergänzen, also aus den Legionären, dem Sokol und Arbeiterorganisationen." E. Franzel: Das Problem der Nationalverteidigung in der Tschechoslowakei, in: Tribüne 6 (1933), 355-63, S. 362

Da Franzel mit allen maßgebenden Theoretikern der DSAP die Ansicht teilte, daß sich unter den gegebenen Umständen radikal-sozialistische Forderungen in der ČSR nicht durchsetzen lassen, sieht er die Partei aufgefordert, nach praktikablen politischen Zwischenlösungen zu suchen⁸⁰⁶. Das Konzept der jakobinischen Republik stellt seiner Ansicht nach eine solche Möglichkeit dar, sich neue politische Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, ohne dabei den Boden der bürgerlichen Demokratie verlassen zu müssen. "Die jakobinische Republik, das wäre nicht die sozialistische Republik. Aber der Kampf gegen den faschistischen Wirtschafts imperialismus würde verstärkte autarkistische Tendenzen, würde einen weitgehenden 'Kriegssozialismus' auch in der Tschechoslowakei bedeuten." Damit bekäme der Staat noch mehr wirtschaftspolitische Kompetenzen in seine Hand, die er dazu einsetzen soll, die wirtschaftliche Existenz der Arbeiter und Bauern zu sichern. Dies geschieht im Zuge der Errichtung eines "planwirtschaftlichen Staatssozialismus". Weiterhin würde dieser völlig neuartige Weg des Aufbegehrens gegen den Faschismus bewirken, daß die ČSR schnell zum politischen Zentrum des antifaschistischen Kampfes in Europa aufsteigen und damit die demokratischen Westmächte zu ihrer außenpolitischen Unterstützung zwingen würde. "Mit einer Politik des Verzichtes oder der Kapitulation wird die Tschechoslowakei sich isolieren, die französische Politik in ihrer Tendenz, sich hinter den Rhein zurückzuziehen, nur bestärken und den Sieg des Faschismus heraufbeschwören."⁸⁰⁷ Daß die von ihm avisierten "autarkistischen Tendenzen" ebenfalls in eine außenpolitische Isolierung führen könnten - insbesondere in der bestehenden, gerade in Handelsfragen sensiblen Bündniskonstellation -, wird von dem Autor nicht thematisiert.

Franzel ist sich darüber im klaren, daß sein Konzept der jakobinischen Republik sowohl mit der Staatsideologie der ČSR als auch mit den ideologischen Grundlagen des marxistischen Sozialismus kollidiert. Er weist deshalb darauf hin, daß dieser Prozeß "innerhalb der Denk-Kategorien der liberalen Demokratie und des liberalen Sozialismus nicht gedacht, nicht verstanden werden [kann]. Dennoch ist er möglich, denn in dem Maße, in dem die sozialen Spannungen im Innern, der machtpolitische Druck von außen wachsen, werden die traditionellen Begriffe und überlebten Vorstellungen zusammenbrechen und neue Tatsachen über Nacht entstehen. Ob es die Tatsachen der faschistischen Kapitulation der ČSR oder die der jakobinischen Wiedergeburt sein werden, das hängt vor allem von dem Grade der politischen Einsicht, der Entschlußkraft und dem Kampfwillen der sozialistischen Arbeiterschaft ab."⁸⁰⁸ Damit erhebt er die gesellschaftliche Basis der Bewegung zum entscheidenden Faktor für den Erfolg seines Konzepts. Er weiß aufgrund der streckenweise positiven Resonanz z.B. auf die Einheitsfrontangebote der KPTsch oder der befürwortenden Haltung zu einer engeren Zusammenarbeit des deutschen und tschechischen Proletariats, daß sie sich durchaus offen für eine alternative politische Taktik zeigte. Franzel umgeht jedoch bewußt die für die Durchsetzbarkeit seines Ansatzes viel wichtigere Auseinandersetzung mit den politischen Führungen der Arbeiterbewegung und des Staates. Doch gerade hier mußte sich zeigen, daß das Konzept der jakobinischen Republik nicht nur mit

⁸⁰⁶ Vgl. E. Franzel: Antifaschistische Aktion ohne Programm?, in: Tribüne 6 (1933), 289-92, S. 291.

⁸⁰⁷ E. Franzel: ČSR - wohin?, in: Tribüne 7 (1934), 97-101, S. 101.

⁸⁰⁸ Ebd.

den Vorgaben des 'Tschechoslowakismus' und der Präponderanz der tschechischen Nation, sondern auch mit der Klassenkampffideologie und der klassengebundenen Interessenpolitik der Sozialdemokratie nicht zu vereinbaren war. Ebenso paßte der plebejische Charakter, den das von Franzel angestrebte gesellschaftliche Bündnis zwangsläufig annehmen würde, nicht zu dem elitären Staats- und Politikverständnis der politischen Führungen. Solange die 'Burg-Gruppe' die von Masaryk vorgegebene Anschauung vertrat, die Geschicke des Staates ließen sich am besten unter Ausschluß der Öffentlichkeit und selbst der politischen Vertretung von ausgewählten Fachleuten bestimmen, und die sozialdemokratischen Führungen ihre Organisationen ausschließlich als Vertretung eines ideologisch bewußten und marxistisch geschulten Proletariats verstanden, ist es nicht zu erwarten, daß sie diese elitäre und politisch abgrenzende Haltung zugunsten einer in ihren Formen und Zielen ungewissen Massenbewegung aufgeben würden. Dies umso mehr, als Franzel in seinem Konzept weder eine gesellschaftspolitische Zielvorstellung noch eine zeitliche Begrenzung der jakobinischen Republik formulierte und diese wichtigen Fragen in den nachfolgenden publizistischen Beiträgen bis zu seinem Parteiaustritt 1937 noch weiter verschwimmen. Wie bei allen strategischen Ansätzen, die auf einer konstruierten, politisch definierten Identität basieren, stellt sich auch bei Franzels Konzept die Frage, was geschieht oder geschehen soll, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, unter denen ein derartiges Bündnis- und Regierungssystem geformt worden wäre. Sicher erscheint, daß mit den politischen auch die identitätsstiftenden Grundlagen einer jakobinischen Demokratie verschwinden würden. Franzel macht zwar deutlich, daß er die jakobinische Republik nur als Zwischenstadium sieht, es ist jedoch nicht eindeutig, was danach kommen soll. Strategische Überlegungen zum Aufbau des Sozialismus aus der jakobinischen Demokratie heraus stellt er nicht an und gibt folglich ebenfalls keine taktischen Empfehlungen, aus denen sich eine klare Position des Autors erkennen ließe. Es bleibt also gänzlich offen, wie der klassenübergreifende und übernationale Charakter seines angestrebten Kampfbündnisses in einer politischen Situation ohne innere und äußere Bedrohung durch den Faschismus aufrechterhalten werden kann und zu welchem gesellschaftspolitischen Ziel es letztendlich führen könnte resp. sollte. Ein zivilgesellschaftliches Modell, das auf einer staatsbürgerlichen Identität basiert, wäre in dieser Situation zweifellos nachhaltiger gewesen, da es auch über den Zustand innerer und äußerer Bedrohung hinaus hätte bestehen können. Derartige Ansätze wurden jedoch in keiner der Arbeiterparteien diskutiert. Schließlich scheint es äußerst fraglich, ob die sozialdemokratischen Parteiführungen eine derartige Aufbrechung des politischen Systems, wie es die jakobinische Demokratie mit sich gebracht hätte, überhaupt wünschten.

Eine öffentlich geführte theoretische Auseinandersetzung mit dem Konzept der jakobinischen Republik erfolgte von sozialdemokratischer Seite nicht, so daß Franzels radikalen Thesen als intellektuelle Gedankenspielererei im Raum stehen blieben. Lediglich gegenüber seiner Forderung nach einer revolutionären Wehrpolitik wurden beim pazifistischen Flügel der Partei überaus kritische Stimmen laut. Diese warnten davor, sich in einer Art Fatalismus nun innerlich auf einen erneuten Weltkrieg einzustellen, solange nicht sicher ist, daß er auch wirklich die antifaschistische Revolution auslösen würde, und gaben zu bedenken, daß sich neue Wege in der

Verteidigungspolitik schließlich auch anders als intendiert gegen das sozialistische Interesse einer Verteidigung des freiheitlich-demokratischen Staates richten können⁸⁰⁹. Als alternative Lösung wurde vorgeschlagen, auf einen internationalen Boykott gegen alle faschistischen Staaten hinzuwirken. Dieser hätte zudem eine größere integrative Wirkung auf den Kampfegeist der Arbeiterklasse als ein erneuter Krieg oder gar ein Präventivkrieg.

Trotz des erheblichen politischen Widerstands, auf den die jüngere Generation von Parteimitgliedern mit ihren Ansätzen beim DSAP-Vorstand traf, führte Emil Franzel in der Folgezeit die Argumentation aus der "Sozialistischen Aktion" fort, die marxistische Linke sei bei der Bekämpfung Hitlers daran gescheitert, daß ihr theoretischer Ansatzpunkt ein falscher sei. Im Januar 1936 wiederholte er deshalb die These, daß es die gefährlichste Illusion des Antifaschismus sei, von der Senkung des Konsumniveaus in Deutschland die entscheidende innenpolitische Erschütterung des nationalsozialistischen Regimes zu erwarten. "Die alte Linke hat den Nationalsozialismus jahrelang mit dem Argument bekämpft, er werde nicht nur keine Besserung der materiellen Verhältnisse bringen, sondern den Lebensstandard der Massen noch beträchtlich herabsetzen. Das Argument hat nicht verfangen, auch dann nicht, als der Nationalsozialismus seine Verbindung mit dem kapitalistischen Besitz schon sehr deutlich eingestanden hatte, auch dann nicht, als er auf beschränktem Gebiet seine Regierungskünste bereits unter Beweis gestellt hatte... Man hat die Begründung für diese merkwürdige Reaktion der Massen in der Überlegenheit der braunen Propaganda gesucht und es stimmt schon, daß sie der unseren um ein halbes Menschenalter voraus war. Man hat von dem Krisenfieber gesprochen, das jede logische Auseinandersetzung verhindere, und man hat auch hier eine wichtige Teilursache des soziologischen Wunders aufgedeckt. Aber man kann mit jenem und diesem und mit einem Dutzend anderen Gründen doch nicht restlos erklären, warum Gedanken, die wenige Jahre vorher noch überzeugend wirkten, Methoden, die sich noch 1928 bewährt hatten, politische Argumente, die noch in

⁸⁰⁹ "Aber weil wir vielleicht doch nicht einmal die Zeit haben werden, genügend zu erwägen, welche bescheidensten Sicherheiten oder auch nur Wahrscheinlichkeiten es dafür gibt, daß die natürliche Zweckbestimmung und -erfüllung aller Aufrüstung am Ende vorwiegend anderen Zielen und Resultaten als sozialistisch-demokratischen dienen wird, weil wir nicht wissen können, ob, im Krieg oder Frieden, Berufsheer oder 'Volksheer' im Dienste anderer als bürgerlich-kapitalistischer, ja vielleicht faschistischer Kräfte stehen wird, eben deswegen tut meines Erachtens nicht nur größtmögliche Besinnung und Klarheit bei der Umstellung auch in diesem Punkte not, sondern wir haben es auch dringend nötig, einerseits unsere geistige Kraft nicht ausschließlich auf die so notwendige totale Umstellung in gewissen Fragen zu verwenden, andererseits auch von alten, grundsätzlich unverrückbaren Einstellungen aus die politischen Möglichkeiten zu prüfen und um so mehr unkriegerische Lösungen suchen und verwirklichen zu helfen, je beängstigender der Kriegsgefahr wird. Je mehr wir es als richtig erkennen, daß wir Sozialdemokraten dem Faschismus überall und in jeder Gestalt militant gegenüberzutreten befähigt sein müssen und je mehr wir diese Art unseres Kampfeistes ideologisch und organisatorisch faktisch und äußerlich zu entwickeln beginnen, desto mehr müssen wir darauf halten, daß diese 'Bereitschaft' nur nach Schwinden jeder anderen und letzten Abwehr- und Befreiungsmöglichkeit sich einsetzen zu lassen entschlossen wird. Nichts wäre wohl gefährlicher, nichts bedenklicher und nichts falscher als eine Art Fatalismus gegenüber der Kriegsgefahr, die ja doch nicht einzudämmen sei und gegen die vor allem wir nichts vermöchten. Und nichts widerspräche mehr unserer Erfahrung und unserer sozialistischen Erkenntnis als der Glaube, die stärkeren, bürgerlichen Kräfte könnten diesmal die sozialistische Auseinandersetzung, die sozialistische Machtergreifung nach der Niederzwingung faschistischer Herrschaften nicht aufhalten. Im Prinzip lehnt kein Bürgertum der Welt den Faschismus ab, nur ob er dort und dann zweckdienlicher sei als die bürgerliche Demokratie, steht jederzeit, auch nach einem Sieg unter antifaschistisch drapierten Fahnen, für die Bourgeoisie zur Debatte!" L. Goldschmidt: Gegen Kriegsgefahr Besinnung und - Boykott!, in: Tribüne 6 (1933), 334-37, S. 335 f. Vgl. auch J. Hofbauer: Die Internationale hat gesprochen!, in: Tribüne 6 (1933), 257-62, S. 260.

dem Jahrzehnt vor Hitlers Machtergreifung von 95 Prozent der Wähler verstanden und, sofern sie abgelehnt wurden, Gegenargumente auf der gleichen Ebene wirtschaftlicher, finanzpolitischer, fiskalischer, liberaler Denkart fanden, seit 1930 ihren Kurs verloren und 1933 auf die Mehrheit der Nation kaum mehr Eindruck machten als eine Parole in chinesischer Sprache."⁸¹⁰

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen für Franzel vor allem darin begründet, daß sich die Logik und die gesellschaftlichen Triebfedern politischen Handelns im 20. Jahrhundert nachhaltig gewandelt haben. Ohne nähere Spezifizierung vertritt er die These, der Ausgangspunkt für den Erfolg des Nationalsozialismus bilde eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Werte und moralischer Bindungen. Der Mensch des 20. Jahrhunderts sei ein konservativ-revolutionärer. Die ideologischen Wegbereiter des Nationalsozialismus, zu denen er Friedrich Nietzsche, Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck, den Otto-Strasser-Kreis, Wiegand von Miltenberg, Stefan George, Friedrich Gundolf und Ernst Jünger zählt, haben diese Veränderungen frühzeitig erkannt, und der Nationalsozialismus konnte ihre Erkenntnisse für sich gewinnbringend instrumentalisieren. Bereits während des Ersten Weltkriegs war für Franzel augenscheinlich zu beobachten, daß die deutsche Bevölkerung den Lebensmittelmangel solange zu erdulden bereit war, wie er durch die patriotische Idee der Vaterlandsverteidigung kompensiert werden konnte. Seiner Meinung nach wäre es im November 1918 auch nicht zur politischen Erhebung gekommen, hätten die Mittelmächte nicht vor der militärischen Niederlage gestanden. In diesem Zusammenhang ist es für Franzel nur zwangsläufig und keineswegs aussichtslos, wenn Hitler unter seinen Appellen an den nationalen Heroismus vom deutschen Volk nunmehr weiteren Konsumverzicht fordert⁸¹¹. So wichtig das Aufzeigen sozioökonomischer Defizite und terroristischer Praxis durch die antifaschistische Propaganda auch ist, kann doch der Nationalsozialismus folglich nur auf der ideologischen Ebene geschlagen werden. Deshalb sieht Franzel die vorrangige Aufgabe der antifaschistischen Kräfte darin, die Spannung zwischen normativem Anspruch des Nationalsozialismus und der entarteten Wirklichkeit im 'Dritten Reich' aufzuzeigen. Denn der "Hitlerismus", so seine feste Überzeugung, stehe "in Widerspruch nicht nur zu den Idealen der liberalen Welt, sondern er setzt sich von Tag zu Tag mehr auch in schärfsten Widerspruch zu den Idealen der konservativ-revolutionären Menschen des 20. Jahrhunderts. Diesen Widerspruch aufzuzeigen, hat einen Sinn und verspricht Erfolg."⁸¹² Um diesen Weg beschreiten zu können, ist es jedoch zum einen notwendig, sich mit den ideologischen Vätern des Nationalsozialismus intensiv auseinanderzusetzen, und zum anderen, das eigene sozialisti-

⁸¹⁰ E. Franzel: Butter und Stahl. Zur Ideologie des Antifaschismus, in: Der Kampf 3 (1936), 6-13, S. 7.

⁸¹¹ "Nur eine kurzsichtige, liberal-materialistische Opposition kann die Tatsache übersehen, daß es die Schicksalsfrage für den Nationalsozialismus sein wird, ob er sich vor seiner geistig und organisatorisch führenden Schichte als revolutionäre Bewegung nach dem Gesetz, nach dem er angetreten, rechtfertigen wird, oder ob er sich als Instrument der 'Reaktion' im Sinne dieser Kreise erweist, daß es aber für ihn von drittrangiger Bedeutung ist, ob er den Mitläufern, die aus Angst, aus Verzweiflung, aus Dummheit, aus Sensationslust, aus reaktionären Ressentiments zu ihm gestoßen sind, einen Bruchteil dessen bringt, was er ihnen in demagogischer Weise versprochen hat, oder ob er hier mit einer Unterbilanz abschließt. Ohne Butter wird das Regime wirklich leben können, seine Lebensfrage ist es, ob es die heroischen Taten zu setzen vermag, die es als Gegenleistung verspricht. Nur wenn diese ausbleiben, wenn der Nationalsozialismus vor seinem eigenen Ideal nicht besteht, wird er so schwach sein, daß der Unwille einer Masse, die heute den Aufstrich entbehrt und morgen am Brote darben wird, ihn hinwegfegen kann." Ebd., S. 8 f.

⁸¹² Ebd., S. 12.

sche Welt- und Geschichtsbild den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten des 20. Jahrhunderts anzupassen⁸¹³. Erst dann wird es möglich sein zu zeigen, "daß der Nationalsozialismus weit entfernt davon ist, die Spenglersche Antithese von Blut gegen Geld vorzustellen, daß er vielmehr nur die Summierung von Geld und Blut ist. Dann wird sie [die neue Generation der Sozialisten, C.S.] in der Konfrontation des Spenglerschen 'Cäsar' mit der Wirklichkeit und Wesenheit Adolf Hitlers aus Braunau eine Möglichkeit revolutionärer Polemik gewinnen und Görings Erscheinung an der Theorie messen können, die Ernst Jünger über die Bedeutung der 'Tracht' des neuen Zeitalters aufstellt, das durch die 'Gestalt des Arbeiters', durch Schlichtheit und glanzlose Würde charakterisiert sein soll. Man muß schon einen Hauch des Geistes der Stefan George, Gundolf, Moeller verspürt haben, um zu verstehen, welch jämmerlicher Bankrott die braune Wirklichkeit ist, wie fern sie bleibt allen Idealen eines Geschlechts, das 1914 in einem dumpfen Glauben aufbrach, sich bei Langemarck verblutete, das noch an die Ehrlichkeit des Blutopfers an der Feldherrnhalle glaubte und in Hitler den Trommler für einen neuen Cäsar, Übermenschen und Heros sah, ehe sich herausstellte, daß er nur der Beauftragte der 'Wirtschaft', der Junker und der Generale ist. Man lese Moellers großes Manifest 'Das Dritte Reich' und lerne verstehen, warum der Autor dieses glühenden und höchsten Anspruchs vollen Pamphlets gegen das 19. Jahrhundert sich an der Schwelle des 20. selbst auslöschte, erstickend am Ekel über seine Zeit, die er für sein Ideal zu klein empfand! Wer so über die Republik und die Republikaner von 1918 urteilte, muß an der Scham über die 'Revolutionäre' von 1933 würgen, bis er selbst zum wirklichen Revolutionär wird oder sich austilgt, um das Licht nicht mehr zu teilen mit den Mächten, deren Schande und Blöße es bescheint."⁸¹⁴

Auch wenn sich Franzel sogleich beeilt zu betonen, daß es ihm nicht darum geht, daß die politische Arbeiterbewegung die Anschauungen der ideologischen Wegbereiter des Nationalsozialismus übernimmt - dafür seien diese wiederum zu unausgereift -, sondern daß sich der europäische Sozialismus seiner aus dem 19. Jahrhundert übernommenen Dogmatik entledigt und die gesellschaftspolitischen Sehnsüchte der Menschen des 20. Jahrhunderts in sein Weltbild und seine politische Programmatik einarbeitet, ist doch seine Affinität zu den Anschauungen der 'konservativen Revolutionäre' nicht zu übersehen. Hierfür zeugt auch seine umfangreiche publizistische Tätigkeit in der Bundesrepublik und die diesbzgl. Bekenntnisse in seinen Memoiren⁸¹⁵.

⁸¹³ "Man kann doch nach allem, was in den letzten Jahren geschehen ist, die Geschichtsauffassung dieser Männer nicht mit einer Handbewegung abtun, man sollte vielmehr unsere eigene Geschichtsphilosophie auf ihre Tragfähigkeit in unserer Zeit, auf ihre Verwurzelung in zeitgebundenen Ideen des 19. Jahrhunderts überprüfen ... Indem der marxistische Sozialismus sich weder mit Nietzsche, noch mit Spengler auf ihrem Gebiet auseinandersetzte, sondern sich begnügte, sie wie alle anderen geistigen Erscheinungen zu klassifizieren und in das Entwicklungsschema einzuordnen, entstand eine gewaltige Lücke, durch die der Nationalsozialismus dann als unangefochtene Lehre in das Weltbild der neuen Generation trat. Heute halten an der Art einer Auseinandersetzung, die dem Gegner immer nur sagt, daß wir in unserem Weltbild bereits einen Platz für ihn reserviert haben und daß er wie ein Gaderobestück auf Nr. x in Abteilung III aufgehängt wird, aber kein Problem für uns darstelle, ja nur die Moskauer Orthodoxie und vor allem ihre Pfaffen niederen Grades fest." Ebd., S. 9 f.

⁸¹⁴ Ebd., S. 12 f.

⁸¹⁵ Vgl. Franzel (1983). Hier stellt er besonders seine engen Kontakte und seine gedankliche Nähe zu Otto Strasser in den Vordergrund.

Im Frühjahr 1936 präsentierte Franzel dann mit seiner umfangreichen Schrift "Abendländische Revolution"⁸¹⁶ seine eigene Position eines sozialistischen Geschichtsbildes, in dem er praktisch alle theoretischen Grundlagen des Historischen Materialismus verwirft und sich in romantisch-nationalistische Mythologien flüchtet, die seine Kennzeichnung einer in ihrem Wesen sozialistischen mittelalterlichen Gesellschaftsform als wieder anzustrebendes Zukunftsideal vorstellen. Grundlage für Franzels Deutung gesellschaftlicher Entwicklungen bildet eine raumpolitische Einteilung Europas in kultursoziologische Gebiete, die vorrangig von unterschiedlichen geistigen Strömungen determiniert sind: Der Mittelmeerraum, der anglo-amerikanische, der byzantinische und der abendländische Kulturkreis, den er reichlich unpräzise im rechtsrheinischen Süddeutschland ansiedelt und dem er ebenfalls die böhmischen Länder zuordnet. Der abendländische Geist, der aus der Vereinigung von christlich-römischer Kultur und germanischer Stammesdemokratie entstand, schaffte im Frühmittelalter eine rundum harmonische Gesellschaftsform, die Franzel in Abgrenzung von den anderen Kulturkreisen als gerecht, solidarisch und planwirtschaftlich, und somit als wahrhaft sozialistisch darstellt⁸¹⁷. Seine höchste Stufe fand der abendländische Geist in der ritterlichen Kultur und in der klösterlichen Lebensform, die mit der Unterstützung der römisch-katholischen Kirche den "gotischen Menschen" herausbildete, zu dem der abendländische Kulturkreis heute zurückfinden muß. Zerstört wurde dieses sozialistische Gesellschaftsideal des Mittelalters durch den Einzug des Materialismus infolge der Stadtgründungen, indem der wirtschaftliche Profit über den Geist gestellt wurde. Hiernach sind alle geistigen Strömungen des abendländischen Kulturkreises, einschließlich des Nationalsozialismus und des Marxismus, aus eben diesem Primat des Materialismus geboren. Sie sind in ihrem ganzen Wesen liberal und haben dazu beigetragen, daß heute alle Gesellschaftsgruppen, auch das Proletariat⁸¹⁸, verbürgerlicht sind. Will der abendländische Kulturkreis den Materialismus und Liberalismus durch den Sozialismus überwinden, so kann dies nach Franzels

⁸¹⁶ Vgl. E. Franzel: *Abendländische Revolution. Geist und Schicksal Europas*, Bratislava 1936. Flankiert wurde diese Schrift durch eine Reihe von Artikeln und Rechtfertigungen in den theoretischen Organen der DSAP. Vgl. ders.: *Der Sinn der europäischen Geschichte*, in: *Arbeiter-Jahrbuch 1935*, S. 161-95; ders.: *Der Bauer in der abendländischen Geschichte*, in: *Arbeiter-Jahrbuch 1936*, S. 127-45; ders.: *Europa - eine sozialistische Aufgabe!*, in: *Der Kampf 3* (1936), S. 182-88; ders.: *Stände und Klassen*, in: *Der Kampf 3* (1936), S. 399-404.

⁸¹⁷ "Die Ordnung der Gemeinschaft nach sittlichen Prinzipien, die Beschränkung der persönlichen Willkür im Interesse der Gesellschaft erscheinen im Gegensatz zur Antike als Ziele der Politik, als Sinn der Gesellschaft überhaupt." Die "sozialistischen Grundzüge" dieser vollendeten mittelalterlichen Gesellschaft sind für Franzel geprägt durch "Ordnung neben Freiheit, Barmherzigkeit neben Zucht, Gerechtigkeit und Billigkeit neben Strenge und Autorität". E. Franzel: *Abendländische Revolution* (1936), a.a.O., S. 35 und 216.

⁸¹⁸ Zur europäischen Arbeiterbewegung vor 1914 sagt Franzel: "Die Arbeiter und Sozialisten aller Länder dachten in den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung. Sie glaubten an die Dauer und den Segen der Industrialisierung, die ihnen zugleich unabsehbares Wachstum des industriellen Proletariats und damit die Erreichung der zahlenmäßigen Mehrheit im demokratischen Wählerheer und im Parlament verhieß. Auch sie glaubten an das rapide Werden einer Weltwirtschaft, an die Gleichschaltung des Erdballes mit dem europäischen Kapitalismus, an das Werden einer gleichförmigen, kaum noch gestuften, von Mittelschichten und sozialen Rückständen freier Klassengesellschaft von Kapitalisten und Proleten, aus der sich ganz von selbst das Umschlagen in die Revolution ergeben sollte. Auch sie verkannten die gewaltige Bedeutung des Organischen, Naturgewachsenen, der Nation, der Rassenfrage, des Generationsproblems, ahnten nichts vom Gesetz der ewigen Wiederkehr, vom Altern, Sterben und der Geburt der Völker und ihrer Kulturen. Auch sie hielten wenig von Traditionen, geistiger Bindung und Erbfolge, auch sie freuten sich des ewigen Fortschrittes, der ihnen als Fortschreiten in das Paradies erschien, das 'am Tage nach der sozialen Revolution' anbrechen würde. Ihre Vorstellung vom Sozialismus war so liberal, daß sie ihn sich kaum anders denken konnten, denn als ein Reich der Harmonie ohne Leiden, Lasten, Nöte." Ebd., S. 181 f.

Überzeugung nur durch die Rückkehr zum abendländischen Geist geschehen. Den hierzu notwendigen, vom deutschen Element auszugehenen geistigen Läuterungsprozeß bezeichnet er als "konservative Revolution". In ihrem Zuge wird der Sozialismus im Rahmen einer paneuropäischen Völkergemeinschaft errichtet und findet seinen staatsrechtlichen Ausdruck in einer universalistischen römisch-katholischen Monarchie, deren begrifflicher Bezug die germanische Reichsidee in Form des abendländischen "Gottesstaates" darstellt. Diese faktische Neuauflage des Heiligen Römischen Reichs grenzt sich scharf gegen die verderblichen Einflüsse des britischen Liberalismus und des russischen Byzantinismus ab, dessen heutige Form der dem Wesen des abendländischen Geistes für immer fremde Bolschewismus ist.

In einer marxistischen Klassenpartei wie der DSAP war für einen derartigen Revisionismus jedoch kein Platz. Ungeachtet der streckenweise willkürlichen Auswahl geschichtlicher Bezüge und deren in weiten Teilen unkorrekten Interpretation und geradezu abenteuerlichen Instrumentalisierung stellt Franzels Weltbild, das seine ideologische Basis in der mittelalterlichen katholischen Philosophie findet und es um Theorien und Auffassungen aus dem antimodernistischen Denken des 20. Jahrhunderts⁸¹⁹ anreichert, einen Eklektizismus dar, der praktisch überall ideologische Anleihen macht, außer beim Historischen Materialismus. Die grundlegenden marxistischen Paradigmen, daß die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist oder daß das gesellschaftliche Sein in seiner materiellen Dimension das Bewußtsein des Menschen bestimmt, werden von Franzel ebenso negiert wie das dialektische Prinzip gesellschaftlicher Entwicklung, nach dem aus der Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Bewegungen und Zustände qualitativ neue Realitäten hervorgehen. Ist die marxistische Zielvorstellung in ihrer praktischen Anwendung auf die Beseitigung gesellschaftlicher Grundlagen der menschlichen Ausbeutung in der Zukunft ausgerichtet, so sind Franzels Geschichtsbild und sein politisch-revolutionäres Streben ausschließlich reaktionär. Treibende Elemente des marxistischen Sozialismus, wie der Fortschrittsglaube, das Freiheitsstreben, Realismus, Rationalität und Humanismus, haben in Franzels Weltbild - genauso wie im nationalsozialistischen - keinen Platz. Schließlich ist im Gegensatz zum sozialistischen Internationalismus der Übergang von seinen nationalen Erlösungsmysmen und seiner abgrenzenden abendländischen Europa-Konzeption hin zur nationalsozialistischen Vorstellung von einer völkisch-national begründeten Prädominanz einerseits, und vom Geistmythos zum nationalsozialistischen Blutmythos andererseits, nur noch fließend. Innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde dieser Ansatz heftig bekämpft, und die öffentlich geführte Auseinandersetzung mit Franzels radikalen Thesen erreichte im Sommer 1936 in der Partei, aber auch unter den deutschen und österreichischen Exulanten ihren Höhepunkt⁸²⁰. War Franzel bereits 1934 vorsorglich von der Leitung der "Zentralstelle für das

⁸¹⁹ Deutliche Übereinstimmung lassen sich feststellen zum Antiliberalismus bei Moeller van den Bruck, zu Nietzsches Lehre von der "ewigen Wiederkehr des Gleichen", zu Spenglers Warnungen vor dem "Untergang des Abendlandes" oder zu Spanns Hervorhebung der organischen und naturgewachsenen Gesellschaft.

⁸²⁰ Die schärfste Kritik an Franzels 'konservativem Sozialismus' findet sich bei K.W. Deutsch. Dieser führt inhaltlich überzeugend die Argumentation, daß sich Franzel mit seiner negativen Relativierung politisch-ideologischer Grundpfeiler des marxistischen Sozialismus, wie der unbedingten Notwendigkeit der Vernichtung der Kapitalistenklasse und der Ausweitung industrieller Produktion zum Wohle gesellschaftlichen Fortschritts, den Zielen und Interessen des Proletariats und der politischen Arbeiterbewegung in den Rücken fällt. Durch seine

Bildungswesen" der DSAP abberufen und auf einen Posten in der Prager Urania abgeschoben worden, wurde ihm nun der Parteiaustritt nahegelegt, den er 1937 bereitwillig und ohne Aufsehen vollzog.

5.3.3 Der Volkssozialismus als Königsweg sozialistischer Politik gegen Hitler und Henlein?

In seiner programmatischen Schrift "Volk und Arbeiter", die eine Synthese seiner früheren Arbeiten darstellt⁸²¹, beschäftigt sich Wenzel Jaksch mit der für die politische Arbeiterbewegung seiner Ansicht nach zentralen Frage, wie es dem Sozialismus gelingen kann, neue Verbündete für ihren Kampf gegen den Faschismus zu finden, um an seiner Stelle eine politische Ordnung zu errichten, die soziale und nationale Gerechtigkeit in Mitteleuropa gewährleisten kann. Die Voraussetzung hierfür stellt für ihn eine Revision des marxistischen Weltbildes und vor allem seines klassenzentrierten Sozialismusmodells dar, die zu einer politisch-programmatischen Neuorientierung des Sozialismus führen soll, in dem die Fragen des Sozialen und des Nationalen als gleichwertige Bezugsgrößen nebeneinander bestehen können. Übertragen auf die Verhältnisse in der ČSR bedeuteten Jakschs Thesen, daß eine Beseitigung der sozioökonomischen Probleme und der nationalen Gegensätze im Staat - und damit auch die Abwendung einer faschistischen Diktatur - nur unter der Voraussetzung möglich sind, daß es gelingt, unter den verschiedenen politischen Akteuren auf der Basis objektiver Notwendigkeiten und gemeinsamer Interessen neue, von nationalen Lagern unabhängige politische Machtkonstellationen zu etablieren, die übernationale Lösungen anstreben können.

Jakschs Analysen sind jeglicher ideologischer Fundamentalismus und Dogmatismus fern. In ihnen spiegeln sich vielmehr die Überlegungen und Erfahrungen eines Realpolitikers wider, der von der Sozialdemokratie fordert, die einschränkenden Dimensionen marxistischer Ideologie zu sprengen. Dabei bleibt aber auch Jaksch der festen Überzeugung, daß die Idee des revolutionären Sozialismus den Nationalsozialismus überwinden wird. Im Gegensatz zur sozialistischen

Romantisierung mittelalterlicher Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse in "Abendländische Revolution" wende sich Franzel nachdrücklich gegen die sozialistische Überzeugung von der Fortschrittlichkeit gesellschaftlicher Entwicklung vor dem Hintergrund objektiver Erkenntnisfähigkeit menschlicher Vernunft und wird dadurch zum wichtigen Sprachrohr Otto Strassers in der europäischen Sozialdemokratie. Vgl. K. W. Deutsch: Emil Franzels konservativer Sozialismus, in: Der Kampf 3 (1936), S. 408-16. Vgl. auch J. Hofbauer: Abendländische Revolution, in: Der Kampf 3 (1936), S. 142-50.

Im Gegensatz zur Rezeption in der Sozialdemokratie wurden Franzels Thesen von der KPTsch im Zuge ihrer Volksfrontpolitik nach dem VII. Weltkongreß der Komintern deutlich gelassener aufgenommen. Ein kommunistischer Rezensent erachtet das von Franzel präsentierte ideologische "Leipziger Allerlei" als die "unverdauliche Mischung pseudomarxistischer, halbfaschistischer und christlichsozialer Ideologie", von denen er nicht glaubt, "daß dieses Buch irgendeine ernste Strömung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft widerspiegelt, es ist interessant nur als Symptom der hoffnungslosen Verwirrung, der geistigen Verzweiflung, der inneren Haltlosigkeit der reformistischen Ideologen, die, 'neue Wege' suchend, immer tiefer in den alten Sumpf geraten." J. L., in: Der Funke 1 (1935/36), 211-18, S. 211.

⁸²¹ Hierzu zählen vor allem W. Jaksch: Frührot über Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), S. 241-47; und W. Jaksch: Was wird aus Österreich?, Bodenbach o.J. [1934].

Klassenkampfidelogie beschränkt sich die Revolution bei Jaksch aber nicht auf den Aufstand der Arbeiterklasse, sondern vollzieht sich gemeinsam mit den bäuerlichen und Mittelschichten. Ziel der sozialistischen Revolution ist folglich nicht die Errichtung einer Klassenherrschaft, sondern ein von allen und zum Wohl aller arbeitenden Gesellschaftsschichten agierendes soziales und politisches System. Sein sozial- und nationalpolitisches Konzept, daß unter dem Begriff 'Volkssozialismus' firmiert, ist dabei langfristig angelegt, und es unterscheidet sich von anderen revisionistischen Ansätzen vor allem durch seinen gesamtgesellschaftlichen und gesamteuropäischen Bezug. Es legt seinen Schwerpunkt insbesondere auf die Notwendigkeit einer Akzeptanz veränderter sozioökonomischer und gesellschaftspolitischer Zustände als Grundlage für eine neue sozialistische Strategie im sozialrevolutionären Befreiungskampf. Jaksch umgeht - seinem politischen Charakter entsprechend, aber sicherlich auch aufgrund der Komplexität der von ihm behandelten Materie der sozialistischen Strategie - eine eindeutige Definition des qualitativ neuen Begriffs des Volkssozialismus. In "Volk und Arbeiter" taucht dieser Begriff nur einmal auf, und zwar als affirmative Zukunftsvision, wenn er schreibt: "Möge der deutsche Arbeitersozialismus in den Tagen seiner schwersten Prüfung jene Weite der Seele finden, die die große Volksseele umspannt und die ihn befähigt, als Volkssozialismus neu zu entstehen und zu siegen!"⁸²² Auch in späteren Schriften machte er keine klaren Aussagen, was sich für ihn mit diesem Begriff an eindeutiger Programmatik verbindet, sondern er bezog sich in diesem Diskussionszusammenhang immer wieder auf die politischen Motive, die taktischen Notwendigkeiten, die strategischen Wirkungen und die sozialrevolutionären Ziele der europäischen Arbeiterbewegungen. Im Zuge der Kritik an seinem Konzept führte er Ende 1936 zur Klärung der von ihm gewählten Begrifflichkeit aus: "Wenn also ein für allemal gesagt sein soll, was mit dem eigentlich in das Buch 'Volk und Arbeiter' eingestreuten Wort Volkssozialismus gemeint war, so lautet die Antwort: Schweden! Überhaupt der nordische Sozialismus, der ohne jede Dogmatik und daher mit Erfolg bestrebt war, die Arbeiterbewegung zu einer sozialistischen Volksbewegung auszuweiten." Und auch die tschechische Sozialdemokratie sei "seit den Umsturztagen ein Stück lebendiger Volkssozialismus und betont ununterbrochen ihre absolute Verbundenheit mit dem nationalen Schicksal. Daß sie sich in der Nation nicht isolieren ließ, hat die Demokratie unter wahrhaft bedrohlichen Umständen gerettet."⁸²³ Auf dem Prager Parteitag, der ihn Anfang 1938 zum Parteivorsitzenden wählte, erklärte er beschwichtigend, daß es letztlich nicht auf Begrifflichkeiten ankomme, "sondern auf den Wesensinhalt einer Politik. Das Wort Volkssozialismus ist ja übrigens nur eine Übersetzung des Wortes Sozialdemokratie ... und an diesem Begriff soll und darf nicht gerüttelt werden."⁸²⁴

⁸²² W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 117.

⁸²³ W. Jaksch: Konservativer Marxismus?, in: Der Kampf 3 (1936), 426-35, S. 432 f.

⁸²⁴ Sozialdemokrat, 29.3.1938.

5.3.3.1 Die gesamtgesellschaftliche und gesamteuropäische Dimension des Volkssozialismus in "Volk und Arbeiter"

Die bereits in den zurückliegenden Abschnitten skizzierte Analyse der ökonomisch-technischen Veränderungen und der politischen Machtverschiebungen im Weltmaßstab sowie deren Rückwirkungen auf die strukturellen Entwicklungen in den einzelnen europäischen Nationalstaaten führt Jaksch für seinen Entwurf zur Neuorientierung sozialdemokratischer Politik zu der Prämisse, die "dritte Sozialistengeneration seit Marx und Engels [kämpfe] auf völlig veränderten Schauplätzen"⁸²⁵. Bislang geläufige Weltbilder macht er als nicht mehr stimmig aus. Eine Einsicht in aktuelle Entwicklungsvorgänge beschreibt er als nicht mehr faßbar für den Einzelnen. Die von der Krise des kapitalistischen Systems betroffenen Völker suchen nach neuen Ordnungsprinzipien für ihre gesellschaftlichen Systeme, und ihre Wegrichtung, so seine Auffassung, wird dabei vor allem von emotionalen Einflußfaktoren bestimmt. Die Konzeptlosigkeit des Kapitalismus wird vor diesem Hintergrund immer augenscheinlicher. Er kann seine systemimmanenten Probleme nicht lösen und "keinen Zustand gesellschaftlicher Vollendung schaffen, denn der lebendige Mensch steht außerhalb seiner Berechnung"⁸²⁶. Diese Ausweglosigkeit hat die im Kapitalismus lebenden Völker zunehmend in gesellschaftspolitische Desorientierung geführt, wie sie sich im Aufstieg faschistischer Bewegungen und in der Etablierung faschistischer Diktaturen manifestiert hat. "Der Faschismus ist im Wesen eine europäische Erscheinung. Was an faschistischen oder ständischen Heilslehren kursiert, ist in Wahrheit nur eine kümmerliche Adaptierung des Büttel- und Zunftgeistes, der mit dem Sieg der bürgerlichen Revolution ausgetilgt schien und in der Wirrnis unseres Jahrhunderts wieder auferstanden ist. Alle europäischen Diktaturen wurzeln in den unverdauten Resten patriarchalisch-feudaler Zustände."⁸²⁷ Damit ist der Faschismus für ihn zugleich Folge der Krise des Kapitalismus und Identitätssuche der ihn tragenden gesellschaftlichen Schichten. Hieraus leitet Jaksch wiederum seine Überzeugung ab, daß es für die Arbeiterbewegung möglich sein müsse, durch eine politisch-programmatische Neuorientierung das vorhandene gesellschaftliche Protestpotential aufzufangen und für den Kampf für den Sozialismus nutzbar zu machen.

Die sozialistische Faschismustheorie kann nach Jakschs Ansicht auf ihrem derzeitigen Diskussionsstand keine zufriedenstellende Antwort für das grundlegende Problem geben, "daß sich ein Siebzigmillionenvolk durch Mehrheitsbeschluß seiner Freiheiten entledigt". Die sozialistischen Theoretiker haben hierfür nur stereotype Antworten parat⁸²⁸. Eine schlüssige und umfassende Erklärung hierfür vermag er allerdings auch nicht zu geben. Als zentrale Momente verweist Jaksch auf ein "irregeleitetes Nationalgefühl", das "verhängnisvoll zum Nationalsozialismus beigetragen" hat, und auf eine verbreitete "gefühlsmäßige Ablehnung der sozialistischen

⁸²⁵ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 7.

⁸²⁶ Ebd., S. 11.

⁸²⁷ Ebd., S. 20 f.

⁸²⁸ "Allzu bequem ist es, die faschistischen Diktaturen als Zeiterscheinungen hinzunehmen und das Ausmaß ihrer Erfolge auf das Schuldkonto der Gegenkräfte zu wälzen." Ebd., S. 119.

Prinzipien"⁸²⁹. Besonders der zweite Aspekt bedeutete natürlich einen Affront gegen den sozialistischen *Mainstream*, der seine antifaschistische Strategie eben gerade auf das Vorhandensein eines intakten Klassenbewußtseins im deutschen Proletariat stützte. Im Einklang mit Josef Hofbauer ist er sich aber sicher, daß der Nationalsozialismus "kein natürlicher Ausdruck, sondern krankhafte Verzerrung des deutschen Volkscharakters"⁸³⁰ sei. Auf diesem Argument basiert seine optimistische, durch die gegebenen Sachverhalte aber nicht zu untermauernde Überzeugung, daß diese geschichtliche Fehlentwicklung - sowohl in Deutschland als auch in der ČSR - schließlich durch einen reformierten Sozialismus zu korrigieren sein wird.

Der sozialistischen Idee, so Jakschs Bekenntnis zur marxistischen Denktradition der politischen Arbeiterbewegung, kommt nach wie vor die historische Leistung zu, eine Alternative zu den ungelösten Problemen der kapitalistischen Entwicklung aufgezeigt zu haben. "Das antimarxistische Feldgeschrei eines rabiaten Gewaltmenschentums kann die Wahrheit nicht übertönen, daß die geniale denkerische Leistung von Marx und Engels erst den Schlüssel zum Verständnis des industriellen und finanzkapitalistischen Zeitalters geliefert hat." Da die Sozialisten aber nicht angetreten sind, die Welt nur zu deuten, sondern vielmehr um sie zu verändern, kommt es auf der Grundlage veränderter ökonomischer und machtpolitischer Rahmenbedingungen sowie im Angesicht von Unterdrückung und Verfolgung für die heutige Sozialistengeneration darauf an, daß sie sich "ein neues inneres Verhältnis zum Sozialismus" erarbeitet und darauf aufbauend eine zeitgemäße und problemorientierte Strategie für ihren sozialrevolutionären Befreiungskampf konzipiert. Sie ist deshalb aufgefordert, sich selbstkritisch den Gegenwartsfragen zu stellen. "Ja sie darf sogar der quälenden Frage nicht ausweichen, ob nicht der Sozialismus selbst von der allgemeinen Krise des menschlichen Daseins erfaßt ist."⁸³¹

Während sich besonders in Deutschland die reaktionären Kräfte zusammengeschlossen haben, ist das entscheidende Momentum für Jakschs Argumentation jedoch die Kehrseite dieses Phänomens, nämlich die "Lähmung der Gegenkräfte". Um diese zu überwinden, erteilt er dem Antifaschismus, wie er in Deutschland, aber auch in der ČSR und besonders in seiner eigenen Partei verstanden wurde, als politischer Strategie der Arbeiterbewegung eine, für einen europäischen Sozialdemokraten der dreißiger Jahre überraschend deutliche Absage. "In dem negativen Begriff des Antifaschismus wird nur der Mangel an positiven Zielen des europäischen Selbsterhaltungswillens offenbar. Kein Kampf ist zu bestehen und zu gewinnen ohne positive Gegenwartsziele."⁸³² Da der Faschismus sein Versprechen eines antikapitalistischen, antimaterialistischen 'Dritten Reichs nicht einlösen wird, sondern ganz im Gegenteil die Wehrlosmachung des Menschen im Kapitalismus vollendet hat, erhält der Sozialismus vor diesem Hintergrund eine neue Bedeutung, aber auch eine veränderte, durch die spezifischen Problemstellungen der Gegenwart bestimmte Aufgabe zur Neugestaltung. Für Jaksch sind neue Bedeutung und veränderte Aufgaben für den Sozialismus - ähnlich wie bei Emil Franzel - gleichbedeutend mit einer neuen

⁸²⁹ Ebd., S. 121.

⁸³⁰ Ebd., S. 126. Vgl. die korrespondierenden Thesen bei J. Hofbauer: Die letzte Bastion, in: Tribüne 6 (1933), 130-34, S. 133; und J. Hofbauer: Von der Saar nach Záhoví, in: Der Kampf 2 (1935), 49-53, S. 49 f.

⁸³¹ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 9 f.

⁸³² Ebd., S. 15.

Richtung seiner gesellschaftspolitischen Mission. Diese darf sich nicht länger darin erschöpfen, die Arbeiter lediglich als Klasse zu organisieren, sondern sie wird darin bestehen, künftig als eine gesellschaftlich verbindende Kraft aufzutreten, die im Einklang mit allen Gegnern des Faschismus "um die Würde des freien Menschen" kämpft und ihm "höhere Ziele nationaler Gemeinschaftsarbeit"⁸³³ setzt. Die hierzu erforderliche Formulierung "positiver Gegenwartsziele", die er in Übereinstimmung mit Franzel⁸³⁴ fordert, soll es der politischen Arbeiterbewegung ermöglichen, auf diese Weise "die sozialistische Idee auf das ganze weite Feld des werktätigen Volksdaseins zu streuen und jene Kräfte zusammenschweißen, die nicht nur den Faschismus machtmäßig ablösen, sondern an seine Stelle ein Werk setzen können, wie es der größte deutsche Dichter sehndend ahnte: Solch ein Gewimmel möcht' ich seh'n, auf freiem Grund mit freiem Volke steh'n!"⁸³⁵

Aufgrund der Widersprüche und krassen Gegensätze in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der unterschiedlichen Staaten erteilt Jaksch aber auch allen Versuchen, generalisierende und allgemeinverbindliche Strategien für den sozialrevolutionären Kampf zu finden, eine klare Absage. Vielmehr sieht er die sozialistische Aufgabe von Land zu Land "unter besonderen historisch-geographischen Gesichtspunkten"⁸³⁶ unterschiedlich gestellt. "Jeder umwälzende Fortschritt auf dem Felde der Wirtschafts- und Gesellschaftsreform, mag er auch an den Reifegrad der Verhältnisse weitgehend gebunden sein, scheint letzten Grundes davon abzuhängen, inwieweit die Geschichte des betreffenden Landes die Zusammenballung der werktätigen Volksinteressen in fortschrittliche Bewegungen begünstigt oder erschwert."⁸³⁷ Darüber hinaus haben die Sozialisten neben der spezifischen sozioökonomischen und der historisch gewachsenen politischen Ausgangslage "auch die volkpsychologischen Voraussetzungen ihres Wirkens in Rechnung zu stellen"⁸³⁸. Auf diese Weise ermöglichte er es sich, später unterschiedliche Vorgehensweisen der politischen Arbeiterbewegung aus dem Exil und in der Illegalität gegen Hitler und in der ČSR gegen Henlein zu begründen.

Um nunmehr den Weg zur Formulierung jener "positiven Gegenwartsziele" zu öffnen, fordert Jaksch von den europäischen Sozialisten zuvorderst die Einsicht, daß sich der Kapitalismus als sozioökonomisches System auch in seiner Krise beharrlich gezeigt hat⁸³⁹. Damit widerspricht er deutlich der Interpretation durch die Komintern. Er straft aber auch die unter zahlreichen europäischen Sozialisten auf der Grundlage der Kautskyschen Marxinterpretation gehegte Hoffnung ab, "daß aus den Druckzonen der Weltdepression sozialistische Elementarkräfte emporschießen würden"⁸⁴⁰. Die Entwicklung des Kapitalismus ist für Jaksch vor allem dadurch bestimmt, daß die enormen technisch-innovativen Fortschritte wohl ein bislang unbekanntes

⁸³³ Ebd., S. 13.

⁸³⁴ Vgl. E. Franzel: Antifaschistische Aktion ohne Programm?, in: Tribüne 6 (1933), 289-92, S. 289.

⁸³⁵ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 14.

⁸³⁶ Ebd., S. 22.

⁸³⁷ Ebd., S. 23 f.

⁸³⁸ Ebd., S. 21.

⁸³⁹ "Der Kapitalismus mit seinen Auf- und Abstiegskurven ist nach wie vor der entscheidende Regulator des modernen Lebens. Kaum behindert durch das europäische Gezänk geht die weltkapitalistische Entwicklung ihren Weg." Ebd., S. 18.

⁸⁴⁰ Ebd., S. 25.

Ausmaß an Güterreichtum hervorgebracht haben, gleichzeitig aber einen Rückschritt im zivilisatorischen Bereich bedeuten. Armut und Hunger bleiben als gesellschaftliche Massenphänomene feste Bestandteile des Spätkapitalismus⁸⁴¹. Mit dem Hinweis auf die Russische Revolution, Roosevelts *New Deal* und das skandinavische Beispiel sozialpolitischer Fortschritte im Kapitalismus zeigt sich Jaksch jedoch zuversichtlich für den sozialrevolutionären Kampf in Mitteleuropa, denn im Weltmaßstab habe sich gezeigt, daß "die bewegenden über die beharrenden Kräfte die Oberhand"⁸⁴² behalten.

Mit dieser Analyse verbindet Jaksch seine Aufforderung zu der weiteren Einsicht, daß die Arbeiterschaft in der neuen gesellschaftlichen Dynamik nicht länger die einzige oppositionelle Schicht im Kapitalismus bildet⁸⁴³. Diese Prämisse führt ihn zu der weitreichenden Schlußfolgerung, daß sich die gesellschaftspolitische Position der Arbeiterschaft in der modernen Gesellschaft zur politischen Mitte hin verschoben habe. Das kann für ihn in der Konsequenz wiederum nur bedeuten, daß sie ihre sozialistischen Ziele auch nicht länger ausschließlich vom proletarischen Klassenstandpunkt ableiten kann. "Sie muß mit ihrer Geistigkeit das erweiterte Gefechtsfeld umfassen, Gehirn und Sprachrohr aller vom Kapitalismus bedrängten Volksschichten werden."⁸⁴⁴ Verbunden mit seiner bereits dargestellten und diskutierten These, die Arbeiterschaft stelle in Deutschland - und nicht nur dort - eine quantitativ stagnierende Größe dar, die sich zudem einer Volksmehrheit gegenübergestellt sieht, die ihr proletarisches Klassenbewußtsein keineswegs teilen kann, bedeutet für Jaksch in nächster Konsequenz, daß jeder "Versuch einer revolutionären Perspektivierung ... auf die keinesfalls neue Fragestellung über das Verhältnis von Klasse und Volk eine Antwort geben [muß]"⁸⁴⁵.

Anknüpfungspunkte für eine solche ideologisch-programmatische Neuorientierung des Sozialismus sind nach Jakschs Ansicht in der für die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor maßgeblichen Marxinterpretation durch Kautsky und Hilferding nicht zu finden. Die deutsche Arbeiterbewegung müsse sich deshalb stärker ihrer Lassalleschen Denktradition besinnen, die zum einen eine starke nationale Komponente besitzt und in der zum anderen der "Begriff der arbeitenden Klasse nicht so sehr als ökonomische Kategorie und mehr als soziale Schicksalsgemeinschaft interpretiert [wurde]"⁸⁴⁶. Es war eben diese zentrale Forderung, die Jaksch zeitweilen einen Revisionismusvorwurf einbrachte. Der Anspruch, der Sozialismus müsse "die ganze

⁸⁴¹ "Diese Kontraste charakterisieren die Gegenwart als Periode des schlimmsten Rückschlages in dem Aufstiegsringen der Menschheit. Schaudernd weichen die im Banne kapitalistischen Denkens lebenden Völker vor den riesengroßen sozialen Möglichkeiten und Aufgaben zurück, die ihnen der Siegeszug der Technik und der Naturwissenschaft aufgetan hat. So kommt es, daß sie zwar alle Vorbedingungen höchster menschlicher Freiheit und Kultur zu schaffen verstanden, sich aber gleichzeitig nach dem autoritären Pferch feudal-absolutistischer Zeiten zurücksehnen." Ebd., S. 20.

⁸⁴² Ebd., S. 26.

⁸⁴³ "Die Abstiegskrise des Kapitalismus wirft ihre Reflexe auf alle werktätigen Schichten, radikalisiert sie, setzt sie politisch in Bewegung. Neben den historischen Klassen und den zwiespältigen Mittelgruppen ist eine neue Armee der Berufslosen und Zukunftslosen entstanden, die an Radikalismus jede bisherige gesellschaftliche Opposition übertrifft und bereit ist, ihn nach jeder Richtung hin einzusetzen, die einen Ausweg aus der Sinnlosigkeit ihres Daseins verspricht." Ebd., S. 112.

⁸⁴⁴ Ebd., S. 113.

⁸⁴⁵ Ebd., S. 98.

⁸⁴⁶ Ebd., S. 99.

Volksseele umschließen" ist für Jaksch aber keineswegs gleichbedeutend mit einem Selbstverzicht in der sozialrevolutionären Zielsetzung der Arbeiterbewegung. "Die sozialistischen Kämpfer aller faschistischen Länder haben keinen Hehl daraus zu machen, daß sie ihre Leiden und Opfer in der todesmutigen Entschlossenheit darbringen, nach dem Sturz der Diktaturen in die Schlüsselstellungen des sozialrevolutionären Übergangs vorzudringen. Denn es liegt im Wesen der heutigen Gesellschaftsverfassung, daß nur die klassenbewußte Arbeiterschaft mit positivem Willen zu völliger Neugestaltung gerüstet ist, während die antikapitalistische Rebellion der anderen Schichten geneigt erscheint, bei der nächsten Teilkonjunktur des Kapitalismus halt zu machen. Weil aber jede kapitalistische Teilkonjunktur wieder in neue soziale Absturzgefahren mündet, erwächst der sozialistischen Arbeiterschaft die Aussicht, in ihrem grundsätzlich geführten Kampfe um die ganze Lösung mehr und mehr Kräfte auf ihre Seite zu bringen."⁸⁴⁷

Für Jaksch bedeutet die strategische Umsetzung dieser Thesen in ein machtpolitisches Konzept, daß die deutsche Arbeiterbewegung bei einem erneuten sozialistischen Vorstoß nicht länger von einem theoretisch angenommenen Idealfall einer proletarischen Massenrevolution ausgehen darf. Den "Radikalismus sozialistischen Willens" gilt es seiner Ansicht nach vielmehr "aus den gesellschaftlichen Tatbeständen abzuleiten und nicht von früheren Doktrinen und Forderungen"⁸⁴⁸. Doch gerade das - so Jakschs generalisierende Beurteilung der bisherigen Ergebnisse politisch-programmatischer Diskussionen innerhalb des Exils - geschieht unter den reichsdeutschen Sozialisten nicht. Dabei übersieht Jaksch, daß die Sopade in ihrem Manifest "Revolution gegen Hitler" dieser Frage im Hinblick auf die politische Strategie der KPD bereits im August 1933 Rechnung getragen hatte⁸⁴⁹.

Zur Begründung seiner grundlegenden Kritik verweist er exemplarisch auf die These des 'Arbeitskreises revolutionärer Sozialisten', der im Winter 1934 erklärt hatte, die deutsche Arbeiterklasse wolle die "ganze, uneingeschränkte Macht"⁸⁵⁰, und ganz ohne eine theoretisch fundierte Begründung die weitere These vertrat, die geeinte Partei der Arbeiterklasse werde in ihrem revolutionären Befreiungskampf von einer Volksbewegung der Bauern und kleinbürgerlichen Schichten begleitet und unterstützt. Die alte Linke ging im Unterschied zu Jaksch davon aus, daß sich die Bündnisfrage, insbesondere die Herstellung eines revolutionären Bündnisses mit den Mittelschichten, problemlos von allein regeln werde⁸⁵¹. Unüberbrückbare Gegensätze zu

⁸⁴⁷ Ebd., S. 101.

⁸⁴⁸ Ebd., S. 97.

⁸⁴⁹ "Nur blinder Vulgärmarxismus vermag sich der Illusion hinzugeben, daß die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes aus Proletariern bestehe, daß es also nur darauf ankomme, in dieser Mehrheit proletarisches Bewußtsein zu wecken und ihr proletarische Parolen zu geben, um dem Regime ein Ende zu machen. Diese Blindheit gegenüber der Klassenschichtung in Deutschland, gegenüber dem sozialen Standpunkt und der Ideologie der einzelnen Bevölkerungsklassen, die vollkommene Verschätzung ihrer wirklichen Stärke und ihrer Grenzen, wie der historischen Bedingtheit, ist eine der Hauptquellen der kommunistischen Anschauungen." Revolution gegen Hitler (1933), a.a.O., S. 15.

⁸⁵⁰ Der Weg zum sozialistischen Deutschland. Eine Plattform für die Einheitsfront. Zur Diskussion gestellt von einem Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 375-409, S. 381.

⁸⁵¹ Hierzu heißt es in der 'Plattform' mit unbegründetem Optimismus: "Indem das sozialistische Proletariat die 'antikapitalistischen Sehnsüchte' und die materielle Unzufriedenheit der Mittelschichten auf ein konkretes sozialistisches Ziel richtet, schweißt es die große Mehrheit des Volkes zu einem antikapitalistischen, revolutionären Block zusammen." Der Weg zum sozialistischen Deutschland. Eine Plattform für die Einheitsfront. Zur Diskus-

Jakschs Ansichten bestanden aber auch in der revolutionären Zielsetzung. So vertrat die alte Linke in der Sopade die These, nur die Diktatur des Proletariats könne die Ergebnisse der antifaschistischen Revolution sichern⁸⁵². Nach Böchels Ansicht sollte sie in Form eines demokratischen Rätessystems errichtet werden, das das kapitalistische System staats- und wirtschaftspolitisch vollständig ersetzt und durch den Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft absichert. Die kapitalistische Ideologie sollte flankierend durch die Errichtung einer "Erziehungsdiktatur"⁸⁵³ zerstört werden. Daß es sich bei der alten Linken nur um eine Randgruppe des Exils handelte, die zum Zeitpunkt der Niederschrift seiner Thesen in der Sopade bereits politisch isoliert war, spielte für Jaksch bei deren kritisierender Benennung offensichtlich keine Rolle.

Aber auch die Sopade ging nach Jakschs Ansicht in ihrem 'Prager Manifest' von der realitätsfernen Annahme aus, die "Niederwerfung des nationalsozialistischen Feindes durch die revolutionären Massen schafft eine revolutionäre Massenpartei der Arbeiterschaft, die sie kontrolliert"⁸⁵⁴. Die hier angestoßene und in der weiteren Diskussion des Parteivorstands entwickelte Konzeption eines politischen Umsturzes, der nach einer Phase der staatsgestaltenden Übergangsherrschaft der proletarischen Massenpartei die Ausrufung freier Wahlen in Aussicht stellt und damit die Kontrolle über die Fortsetzung der sozialrevolutionären Umgestaltung u.U. aus den Händen gibt, bewertet Jaksch als strategisch inkonsequent. Es würde letztlich bedeuten, "die Revolution an ihrer Ziellosigkeit scheitern zu lassen"⁸⁵⁵. Dieser berechtigte Kritikpunkt Jakschs stellt auch das zentrale Argument für die Einordnung des Manifests für einen bedeutenden Teil der geschichtswissenschaftlichen Forschung dar, der das Papier aus diesem Grund nicht als revolutionären Neuanfang der Sopade wertet, sondern ihm lediglich eine parteitaktische Funktion zuschreibt⁸⁵⁶. Hier wird vor allem kritisiert, daß durch das Festhalten an der Theorie vom 'organisierten Kapitalismus', die seit dem Kieler Parteitag von 1927 offizielle Parteidoktrin war, die Einsicht in einen strukturellen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus versperrt blieb. Hilferding verortete den antifaschistischen Befreiungskampf also weiterhin auf der machtpolitischen Ebene. Die Eroberung der Staatsmacht diene demnach dem Ziel, die demokratischen Freiheitsrechte zurückzuerlangen. Er ist aufgrund der dominierenden Auffassung vom klassenneutralen Staat jedoch nicht als Kampf gegen den Kapitalismus an sich zu begreifen. Der Freiheits- und der Demokratiebegriff sind im Manifest ausschließlich politisch ver-

sion gestellt von einem Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 375-409, S. 399 f.

⁸⁵² Vgl. Der Weg zum sozialistischen Deutschland. Eine Plattform für die Einheitsfront. Zur Diskussion gestellt von einem Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 375-409, S. 399; K.B. Neuendorf (Ps. f. K. Böchel): Das Prager Manifest, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 185-97, S. 195 f.; M. Seydewitz: Die Überwindung der faschistischen Diktatur, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 198-207, S. 201 f.

⁸⁵³ K.B. Neuendorf (Ps. f. K. Böchel): Das Prager Manifest, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 185-97, S. 196.

⁸⁵⁴ Prager Manifest der Sopade. Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Dove/Klotzbach (1984), 225-38, S. 229. Jaksch zitiert diese Passage ebenfalls.

⁸⁵⁵ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 98.

⁸⁵⁶ Vgl. Petersen (1983), a.a.O., S. 67 ff.; Saggau (1981), a.a.O., S. 244, 418; B. Hebel-Kunze: SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932-1935, Frankfurt/M. 1977, S. 163; und Freyberg (1973), a.a.O., S. 33 f.

standene Kategorien. Folglich ist auch von einem grundsätzlichen Strukturwandel des politischen Systems im Manifest nicht die Rede. Die dort ebenfalls erhobene Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist deshalb in erster Linie als flankierende Maßnahme zur politischen Machtsicherung zu sehen, und nicht als Schritt zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Der klassenneutrale Staat - und nicht etwa die Arbeiterklasse - bildet die treibende Kraft auf dem Weg zum Sozialismus. Indem Jaksch seine Kritik am 'Prager Manifest' und am 'Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten' nebeneinander stellt, übersieht er jedoch, daß die alte Linke der von der Sopade vernachlässigten Frage der Machtsicherung im revolutionären Prozeß von Anfang an größte Bedeutung beigemessen hatte⁸⁵⁷.

Als Quintessenz seiner gesellschaftspolitischen Analyse fordert Jaksch die deutschen Sozialisten auf, die Bündnisfrage, der sie so lange ausgewichen sind⁸⁵⁸, vor der Revolution aufzurollen und einen klaren Standpunkt zur Mittelstandsfrage zu formulieren, so daß sie auf dessen Grundlage das Bündnisproblem dann in den ersten Schritten des sozialrevolutionären Umgestaltungsprozesses einer definitiven Lösung zuführen können. Geschieht dies jedoch nicht und hält die deutsche Arbeiterbewegung weiterhin an ihrem Glauben an ein quantitatives Wachstum der Arbeiterklasse fest und reduziert die Frage der Mittelschichten auf ein taktisches Problem politischer Angliederung an die revolutionäre Massenpartei des Proletariats, dann wird, so seine Prognose, der Arbeiterschaft auch im Falle der Niederschlagung des Faschismus der sozialistische Ausweg versperrt bleiben. Er gibt also kein politisches Terrain preis, sondern wirbt für die Einsicht, daß die sozialistische Arbeiterschaft ohne gesellschaftliche Unterstützung niemals ihre sozialemanzipatorischen Ziele im antifaschistischen Befreiungskampf werde erreichen können. "Daher ist es das zentrale taktische Problem des Übergangs, die bedeutendsten Sozialgruppen aus der falschen Frontstellung, in die sie der Spätkapitalismus hineinmanövriert hat, herauszulösen und in ein System nationaler Werkgemeinschaft einzugliedern." Da es sich bei den Mittelschichten um einen eigenständigen politischen Faktor handelt, wird dieser Schritt aber nicht durch allgemeine Belehrungen seitens der Sozialisten über vermeintliche Vorteile für den Mittelstand aus einer sozialrevolutionären Umgestaltung gelingen. Vielmehr bedürfe es der unmißverständlichen Beantwortung ihrer vorrangigen Existenzfragen durch die Sozialisten⁸⁵⁹.

⁸⁵⁷ Dazu heißt es z.B. in Böchels Kritik am Manifest: "Der entscheidende Teil einer sozialen Revolution liegt nicht, wie bei den bürgerlichen Revolutionen, im politischen Umsturz, sondern in jenem Geschichtsabschnitt, der nach dem Sieg beginnt und der wahrscheinlich von unerhörten Spannungen und dramatischen Vorgängen begleitet sein wird." K.B. Neuendorf (Ps. f. K. Böchel): Das Prager Manifest, in: Zeitschrift für Sozialismus 1 (1934), 185-97, S. 195.

⁸⁵⁸ Jaksch verweist darauf, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland ohne politischen Partner zum Machtkampf angetreten ist, was in Europa durchaus untypisch sei. Schon die Narodniki verbündeten sich gegen den Zaren mit den menschewistischen und bolschewistischen Sozialisten. "Polens Kleinadel focht auf gleicher Linie wie die polnischen Sozialisten und Nationalrevolutionäre ... Für das tschechische Volk war das in der Einheitsfront aller Klassen erkämpfte allgemeine Wahlrecht ein Stück nationaler Geltungsgewinn ... Ungarns revolutionäre Tradition geht auf die Erhebung seines Adels gegen das fremdnationale Herrschergeschlecht der Habsburger zurück." W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 22 f.

⁸⁵⁹ "Die mittelständischen Sozialgruppen wollen wissen, ob innerhalb der sozialistischen Lösungen, die die Arbeiterschaft anstrebt, für ihre gesellschaftliche Weiterexistenz und relative Sicherung Raum ist oder nicht. Auch in dieser Frage ist die Offenlegung der sozialen Interessen oberstes Gebot. Wer Bundesgenossen für das Neugestaltungsringen der Arbeiter gewinnen will, darf ihnen nicht vom falschen Standpunkt aus predigen, son-

Die kontroverseste Kritik an der Ideologie des Arbeitersozialismus war aber sicherlich die Forderung, die Sozialdemokratie müsse sich auch mit den "sozialrevolutionären Elementen des neudeutschen Nationalismus" auseinandersetzen. Hinter dieser Forderung standen unausgesprochen Otto Strasser und die Schwarze Front, die der überwiegenden Mehrheit der deutschen Sozialisten als Unpersonen galten. Jaksch kritisiert, daß die deutsche Sozialdemokratie noch immer nicht erkannt habe, daß deren Existenz Ausdruck eines realen Zeitgeistes sei und diesem Problem nicht durch Polemik begegnet werden könne⁸⁶⁰. Es geht Jaksch hierbei jedoch eindeutig nicht um Assimilation, sondern um politisch-programmatische Auseinandersetzung, um Überzeugung und um politische Annäherung in der sozialistischen Zielsetzung⁸⁶¹. Zur Legitimierung dieser Argumentation führt er einen qualitativ neuen und zudem in jeder Hinsicht unmarxistischen Begriff in die Diskussion ein, nämlich den "Kampf um die Seele der Nation". Seiner Meinung nach darf es der Arbeiterbewegung eben nicht nur darum gehen, politische und soziale Fragen zu reflektieren, sondern als neue Dimension muß der Sozialismus an die "seelische Verfassung des Menschen unserer Zeit"⁸⁶² herangetragen werden. Wie auch bei allen anderen potentiellen Bündnispartnern der Arbeiterschaft strebt Jaksch keine Union oder Koalition mit diesen Kräften an, sondern ein sozialrevolutionäres Bündnis, in dem die Führungsrolle der Arbeiterschaft von der Konstellation des Bündnisses unabhängig ist und somit auch nicht zur Disposition stehen kann. Eine weitere Bündnisfrage ist für Jaksch auf das "ehrlche Erneuerungswollen der vorwärtsdrängenden Jugend"⁸⁶³ gerichtet, die nun einmal überwiegend außerhalb des Einflußbereichs der Arbeiterbewegung steht. Auch hierbei kommt er zu dem Schluß, daß der Sozialismus zu einer positiven Einstellung gegenüber dieser politischen Gruppe kommen muß und die "Bundesgenossenschaft einer ritterlichen freiheitskämpfenden Jugend nicht

dem muß sie an ihren gesellschaftlichen Positionen aufsuchen und von dort aus Brücken zum Standpunkt der Arbeiterschaft zu schlagen versuchen." Ebd., S. 102 f.

⁸⁶⁰ "Ein politisches Prinzip, das nicht der Dekadenz verfallen will, kann seine Lebenskraft nur erweisen im Ringen mit den geistigen Strömungen der Zeit. Die ungeheuerliche Verfälschung des Sozialismus durch nationalistisch-faschistisches Freibeutertum fordert zu einem großen Klärungsfeldzug auch in dieser Frontrichtung heraus. Dabei kann der Versuch nicht unterlassen bleiben, das dumpfe antikapitalistische Drängen neuer gesellschaftlicher Oppositionsgruppen zu klarem sozialistischen Wollen zu formen. Die Nachkriegsgeneration kann nur auf jenen Wegen zu sozialistischen Erkenntnissen gelangen, die durch ihr Erleben vorgezeichnet sind. Der aufsteigende Kapitalismus reihte die Menschen ein in seine ökonomischen Klassenformationen. In dieser Zeit wurde sozialistische Massengesinnung von der Klassenlage her bestimmt und durch die fördernde Kraft idealistischer Zuströmungen verstärkt. Der niedergehende Kapitalismus hat die im ökonomischen Sein verkörperten Klassenformationen grausam deformiert. Der Zwang zu sozialistischer Neugestaltung tritt nicht mehr ausschlaggebend als subjektives Bedürfnis der im Produktionsprozeß stehenden Arbeitsmenschen, sondern viel schwerwiegender als objektive Notwendigkeit des gesellschaftlichen und nationalen Daseins in Erscheinung." Ebd., S. 113. In diesem Punkt besteht also eine weitere politische Übereinstimmung mit Emil Franzel.

⁸⁶¹ "Darum wird die sozialistische Arbeiterschaft ihre Stellung zu den neuen antikapitalistischen Strömungen ausschließlich danach einzurichten haben, welche Stellung der Arbeiter in deren Zielsetzung einnimmt. Die Forderung nach voller menschlicher Gleichberechtigung des Arbeiters, seinen Anspruch auf mitverantwortliches Schaffen und Anteilnahme an der nationalen Kultur kann niemand unbejaht lassen, der als Sozialist anerkannt sein will. Es gibt keine Befreiung der Nation vom Kapitalismus ohne Befreiung des Arbeiters." Ebd., S. 116.

⁸⁶² Ebd., S. 113.

⁸⁶³ Ebd., S. 114.

verschmäht [werden dürfe], wenn sie ihm im offenen Wettbewerb und auf der Basis vollster menschlicher Gleichberechtigung angeboten wird"⁸⁶⁴.

Insgesamt sind die deutschen Sozialisten deshalb nun gefragt, als Grundlage für den politischen Dialog mit den definitorisch absichtlich weit gefaßten Mittelschichten Konzepte für eine tragfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik vorzulegen, die sowohl volkswirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten als auch dessen gerechte Verteilung unter allen körperlich und geistig arbeitenden Volksgruppen sicherzustellen vermag, und zwar "ohne mechanische Nivellierung, aber auch ohne die Duldung aufreizender Spitzeneinkommen"⁸⁶⁵. Jaksch geht aber noch einen Schritt weiter, indem er einige, unter europäischen Sozialisten bislang als Patentrezepte zur Lösung sozioökonomischer Probleme im Spätkapitalismus favorisierte Maßnahmen explizit in Frage stellt. So lehnt er die Forderung nach kategorischer Arbeitszeitverkürzung mit der Begründung ab, daß hieraus ein quantitatives Mißverhältnis zwischen zeitlich reduzierter Lohnarbeit und unreglementierter selbständiger Erwerbsarbeit entstehen würde, das wiederum soziale Spannungen zwischen Arbeitern und Freiberuflern sowie Gewerbetreibenden nach sich ziehen wird. Statt dessen soll die Festlegung der Arbeitszeit in jedem Erwerbszweig individuell unter dem Gesichtspunkt des Gesundheitsverschleisses geregelt werden. Um die wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten der Kleinhändler sicherzustellen, fordert Jaksch neben der Beschränkung der Großhandelskonzerne von der organisierten Arbeiterbewegung, "die Konsumgenossenschaften ihrer Bestimmung zurückzugeben"⁸⁶⁶. Neben der durchzuführenden Landreform bezeichnet es Jaksch im Agrarsektor als "Sache vorausblickender Arbeiterpolitik, den Bauern als lebendige Gegebenheit in ihre Konzeption einzureihen und ihm die Möglichkeit verantwortlicher Mitbestimmung am sozialrevolutionären Aufbauwerk einzuräumen"⁸⁶⁷. Besonders bei den beiden letzten Punkten folgt Jaksch sehr deutlich den Überlegungen Karl Renners, der bereits 1932 gefordert hatte, dem Agrarsektor und den Gewerbetreibenden wirtschaftlichen Protektionismus in Aussicht zu stellen, um sie ins sozialistische Lager zu locken⁸⁶⁸.

Diese Forderungen bedeuteten aber vor allem auch einen weitreichenden Angriff auf die wirtschaftspolitische Strategie der tschechischen Schwesterpartei. Deren renomierter sozialpolitischer Flügel um Josef Macek, Evžen Štern, Theodor Pistorius, Josef Bělina oder auch Jaroslav Koudelka hatte nämlich gerade in der Durchsetzung rigoroser Arbeitszeitverkürzungen den Kardinalweg in der Bekämpfung der sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise gesehen und diese Strategie auch in der Regierungspolitik der ČSD durchgesetzt. Ebenso scheint es nur schwer vorstellbar, daß eine Beschneidung oder auch nur eine freiwillige Selbstbeschränkung der parteinahen Konsumgenossenschaften zu irgendeinem Zeitpunkt die Unterstützung des

⁸⁶⁴ Ebd., S. 116. Demgegenüber zeigt sich Jaksch sehr ablehnend in der Frage einer Einbeziehung des "Lumpenproletariats" in die sozialistische Strategie. Zwar müsse "zwischen rein physischer Verelendung und charakterlicher Verkommenheit" getrennt werden, doch sei der "Umfang der Käuflichkeit auch proletarischer Schichten, die den Sieg des Nationalsozialismus mit ermöglichte", nicht zu übersehen. "Das ist eine Gefahrenquelle für die Zukunft, die in jede politische Berechnung eingesetzt werden muß." Ebd., S. 111 f.

⁸⁶⁵ Ebd., S. 103.

⁸⁶⁶ Ebd., S. 108.

⁸⁶⁷ Ebd., S. 106.

⁸⁶⁸ Vgl. K. Renner: Mittelstand und Sozialismus. Ein klares Wort an Gewerbetreibende und Bauern über die Grundfragen der Wirtschaft, Wien 1932.

traditionell sehr starken genossenschaftssozialistischen Flügels gefunden hätte, der im Parteivorstand von keinem geringeren als František Modráček repräsentiert wurde. Denn gerade die Genossenschaften waren in der Vergangenheit nicht nur Mittel im sozialemanzipatorischen Kampf der tschechischen Arbeiterbewegung gewesen, sondern wurden stets auch in nationalpolitischen Auseinandersetzungen instrumentalisiert und bildeten damit Einrichtungen mit hoher symbolischer und identitätsstiftender Wirkung.

Der zweite große Problemkomplex, der eine Vorbedingung für die Formulierung "positiver Gegenwartsziele" darstellt, besteht für Jaksch in der Bedeutung des Kriegserlebnisses für Europa. Dieses sei "seit zwei Jahrzehnten der tiefste Quell der politischen Meinungsbildung der meisten europäischen Nationen. Sie können davon nicht loskommen. Verkrampfte Haßgefühle, Revanchelust und Revanchegeist beherrschen unseren blutenden Kontinent."⁸⁶⁹ Diese Situation gilt besonders für die Region Mittel- und Südosteuropas. "Hier ist das Kriegserlebnis der Völker die Achse ihres politischen Denkens. Hier hat das Krisenerlebnis zur furchtbaren Verkrampfung der nationalistischen Stimmungen geführt. Hier hat die Nation ihren 'Erbfeind'. Hier besitzen wieder die Militärgewalten das Primat über Politik und Wirtschaft. Hier ist der klassische Herrschaftsboden des Feudalismus, der in Jahrhunderten den Charakter der Völker tief beeinflußt, Herrengeist und Knechtgesinnung also polare Menschentypen geprägt hat. Hier steht zwischen Kapitalismus und Sozialismus die historische Realität eines versteinerten Nationalismus." In der Situation verhärteter nationaler Frontstellungen in Mitteleuropa kommt der weiteren Entwicklung Deutschlands eine besondere Rolle zu, denn der deutsche Faschismus wird aufgrund seiner ihm immanenten Tendenzen zwangsläufig in den Krieg mit seinen Nachbarn getrieben. Er kann nur durch die geschlossene Stärke seiner Gegenkräfte aufgehalten werden. "Deutschland ist die offene Wunde Europas ... In Deutschland fällt die europäische Entscheidung."⁸⁷⁰ Damit wird nach Jakschs Auffassung die Liquidierung des Krieges zur europäischen Schicksalsfrage. Er warnt die sozialistischen Bewegungen in Europa deshalb davor, sich nunmehr auf einen erneuten Weltkrieg einzurichten, in dem der Faschismus gewaltsam beseitigt wird. Seiner Meinung nach bedarf es jetzt vielmehr der völkerübergreifenden Einsicht aller sozialistischen und freiheitlich-demokratischen Kräfte in die Sinnlosigkeit eines weiteren Eroberungskrieges. Diese könne nur durch ein gemeinsames "Bewußtsein der gesamteuropäischen Schicksalsverbundenheit in der neuen Weltsituation" geschaffen werden. Anstelle "blutleerer paneuropäischer Theorien" bedürfe es eines lebendigen Europabegriffs, der mittels "konstruktiver sozialer und politischer Ideen ... das Zukunftsbild höherer Lebensformen der Menschen und Völker aufrichtet"⁸⁷¹.

Da zwischen "der europäischen Gestaltung und dem innerdeutschen Geschehen ... ein unlösbarer Zusammenhang besteht"⁸⁷², fordert Jaksch die antifaschistischen Kräfte auf, im Ringen um die "Seele der Nation" Lösungen zu den Hauptfragen der deutschen Außenpolitik zu finden.

⁸⁶⁹ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 17.

⁸⁷⁰ Ebd., S. 28 f.

⁸⁷¹ Ebd., S. 16 f. Der SAI schreibt er in diesem Prozeß eine zentrale Rolle zu. Sie solle sich endlich "heranwagen an das Europaproblem". Ebd., S. 135.

⁸⁷² Ebd., S. 45.

Diese müssen in der spezifischen kontinentaleuropäischen Dynamik die Anschlußfrage, das Korridorproblem und die Frage exterritorialer Minderheiten einschließen. Aus diesem Grund können "die Grenzziehungen von Versailles, insbesondere dort, wo sie aus dem Reichsboden deutsche Volksteile herausschnitten, nicht das letzte Wort der Geschichte sein"⁸⁷³. Aus dieser These geht bereits hervor, daß Jaksch im Gegensatz zur Czech-Gruppe und der ČSD-Führung der Lösung der nationalen Frage eine der sozialen Frage durchaus gleichwertige Bedeutung zuschrieb. In diesem Punkt bestand also eine größere Nähe zu Franzel. Jaksch fordert ferner, Europa zu einer Gemeinschaft demokratischer Staaten umzugestalten, in dem es weder eine deutsche noch eine französische Vorherrschaft geben darf. Die neuen Nationalstaaten sollen in einer größeren Wirtschaftseinheit - einer Donauföderation - aufgehen, der auch Österreich angehören muß. Ein nachhaltiger Minderheitenschutz - eine Forderung, die nur aus dem spezifischen Kontext seines Wirkens als politischer Vertreter einer nationalen Minderheit zu verstehen ist - muß in allen diesen Staaten im politischen Bewußtsein fest verankert sein und gesetzlich umgesetzt werden. "Die deutsche Volksgruppe in Polen wie in Ungarn, in Jugoslawien und Rumänien dürfen nicht dem bisherigen Niederwalzungsverfahren unterworfen bleiben." Dies gilt auch für Südtirol, und "das tschechisch-deutsche Zusammenleben im böhmisch-mährischen Raum harrt noch einer positiven Sinngebung und organischen Gestaltung". Die Sudetendeutschen könnten in dem von ihm favorisierten mitteleuropäischen Wirtschaftsraum die "ehrvolle Funktion ... als Brückenschläger zwischen dem deutschen und dem slawischen Zentraleuropa"⁸⁷⁴ einnehmen.

Hieran wird zugleich deutlich, daß dem Realpolitiker Jaksch alle großdeutschen Phantastereien der unmittelbaren Nachkriegszeit fern liegen, und er begründet dies rein pragmatisch: "Ist es dem deutschen Gesamtvolk durch den Zwang der Geographie und Geschichte versagt, zu nationalstaatlicher Einigung zu kommen, dann darf es an diesem Schicksal nicht verbluten."⁸⁷⁵ Es ist daher gefordert, am Ende eines inneren Klärungsprozesses über die Ziele seines nationalen Strebens die Energien, die jetzt zur Errichtung eines großdeutschen Nationalstaats drängen, auf eine qualitativ neue Ebene zu transferieren und den gesamteuropäischen Ausgleichsprozeß tatkräftig zu fördern. Aus diesem Grund lautet Jakschs visionäres Fazit für die Aufgabe Deutschlands im europäischen Kontext: "Deutschland muß um seinen Platz in Europa ringen durch die ausstrahlende Kraft großer sozialrevolutionärer Leistung. Damit wird es wieder frische Anziehungskraft ausüben auf die besten Erneuerungskräfte der Völker, die Schützengräben des Hasses zuschütten an seinen Grenzen und eine neue europäische Dynamik in Gang setzen, deren Motor nicht die Überfallsangst ist, eine Dynamik, die von innerer Freiheit zu äußerer Geltung der Nation hinführt im Rahmen einer alleuropäischen Föderation von Arbeiter- und Bauernstaaten."⁸⁷⁶

⁸⁷³ Ebd., S. 33 f.

⁸⁷⁴ Ebd., S. 44 f.

⁸⁷⁵ Ebd., S. 130.

⁸⁷⁶ Ebd., S. 46.

5.3.3.2 Die marxistische Kritik am Volkssozialismus und deren Einordnung

Jakschs Anliegen, der sozialistischen Bewegung Denkanstöße für eine programmatische Neuorientierung und eine politische Aktivierung im Kampf gegen den Faschismus zu liefern, wurde innerhalb der deutschsprachigen Sozialistengemeinde äußerst kontrovers diskutiert. Die stärksten Widerstände gegen seine Thesen kamen dabei von Richard Löwenthal aus der Gruppe Neu-Beginnen, der gar von einem "Einbruch einer politischen Ideologie des Gegners in unsere Reihen"⁸⁷⁷ sprach, sowie aus dem eigenen Parteilager von Karl Wolfgang Deutsch⁸⁷⁸. Auffällig ist, daß sich beide Kritiker nicht auf eine inhaltliche politische Diskussion einließen, sondern Jakschs Thesen von einem orthodox marxistischen Standpunkt aus zu attackieren und *a priori* zu verurteilen suchten. Durch vordergründige Textvergleiche suchten beide Autoren, eine ideologische und programmatische Übereinstimmung Jakschs mit Emil Franzel und besonders mit Otto Strasser, deren persönliche Beziehungen allgemein bekannt waren, herzustellen, ohne daß dies überzeugend gelang. Schließlich drängt sich bei kritischer Betrachtung der Verdacht auf, daß die eigentliche Stoßrichtung in der Exilliteratur auf die Sollmann-Gruppe innerhalb der Sopade gerichtet war, zu der Jaksch offensichtlich keine Kontakte unterhielt.

Die umfangreichste Kritik an Jaksch ist der angeblich von Rudolf Hilferding⁸⁷⁹ angeregte Artikel Richard Löwenthals "Was ist Volkssozialismus?". Allein der Umstand, daß diesem Beitrag zur "Zeitschrift für Sozialismus" die gesamte September-Ausgabe des Jahres 1936 eingeräumt wurde, kann als Hinweis darauf gesehen werden, welche große Gefahr und Bedeutung dem Volkssozialismus von maßgeblichen Faktoren in der Sopade beigemessen wurde, da er - so die These - "offenbar bewußt die Zersetzung der Arbeiterbewegung anstrebt"⁸⁸⁰. Wie bereits dargestellt, forderte auch die Gruppe Neu-Beginnen eine Erneuerung des Sozialismus. Die Analyse der politischen Ausgangslage und die sich daraus für die sozialistische Arbeiterbewegung ergebenden strategischen Notwendigkeiten durch Löwenthal und Jaksch sind nahezu identisch. Auch der ehrliche Erneuerungswille der Volkssozialisten wurde nicht in Abrede gestellt. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Lagern besteht jedoch darin, daß die erforderliche Neuorientierung nicht über einen "unklaren Gefühlssozialismus", einen "kleinbürgerlichen Sozialismus" oder einen "Bauernsozialismus" erfolgen kann, wie er sich von Wilhelm Sollmann und Otto Strasser initiiert bei Jaksch als dem "Hauptträger des Volkssozialismus in der Sozialdemokratie"⁸⁸¹ manifestiert hat, sondern sie müsse eine Rückkehr "zu den Quellen seiner eigenen Kraft"⁸⁸² bedeuten. Mit ihrer Ideologiekritik sei die volkssozialistische Strömung innerhalb der Sozialdemokratie lediglich eine "Übergangsströmung", denn sie "drückt die Ten-

⁸⁷⁷ P. Sering (Ps. für R. Löwenthal): Was ist Volkssozialismus?, in: Zeitschrift für Sozialismus 3 (1936), 1105-36, S. 1106.

⁸⁷⁸ Vgl. K. W. Deutsch: Emil Franzels konservativer Sozialismus, in: Der Kampf 3 (1936), S. 408-16.

⁸⁷⁹ Vgl. für diese Information Bachstein (1973), a.a.O., S. 367. Da sich der theoretische Gehalt weit unterhalb des Niveaus der Arbeiten von Hilferding bewegt, ist jedoch nicht von einer Koautorenschaft auszugehen.

⁸⁸⁰ P. Sering (Ps. für R. Löwenthal): Was ist Volkssozialismus?, in: Zeitschrift für Sozialismus 3 (1936), 1105-36, S. 1105.

⁸⁸¹ Ebd., S. 1115.

⁸⁸² Ebd., S. 1130.

denz von Angehörigen der Arbeiterbewegung zum Übergang auf den Standpunkt eines 'linken' Nationalsozialismus aus"⁸⁸³. Demnach ist der Volkssozialismus nicht mehr als die "ideologische Anpassung an den siegreichen Faschismus, verkleidet als die Bedürfnisse der Gegenwart"⁸⁸⁴. Während Deutsch die ideologische Annäherung Emil Franzels als bereits vollzogen wertet, hegt er im Gegensatz zu Löwenthal für Jaksch immer noch Hoffnung⁸⁸⁵.

Mit diesem ohne politische Beweisführung ausgesprochenen Verdikt ist die Rollenzuweisung und die Bewertung der politischen Konzeption Jakschs durch Löwenthal beschrieben, selbst wenn er ihm gelegentlich gönnerhaft und nachsichtig auch positive Ansätze attestiert⁸⁸⁶. Jedweder aus der aktuellen politischen Erfahrung gewonnenen Einsicht Jakschs zu pragmatischem Handeln setzt der Autor dozierend seinen dogmatischen Marxismus entgegen, als sei der Nationalsozialismus nur eine kurze Episode der deutschen Geschichte, dessen Beseitigung lediglich der Anwendung der ewig gültigen Gesetze des Marxismus bedürfe. Statt einer Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten des volkssozialistischen Konzepts verweist Löwenthal auf die unfehlbare Autorität des Marxismus und glaubt, Jakschs Position durch den Vorwurf desavouieren zu können, er habe den Klassenkampfgedanken aufgegeben und den Sozialismus bürgerlichen Interessen untergeordnet. Dieser Fehler sei schon dem Untergang der deutschen Arbeiterbewegung vorausgegangen und könne ihr somit nicht für die Niederschlagung des Faschismus dienlich sein.

Zutreffend ist zweifellos Löwenthals Kritik, daß Jaksch gelegentlich mehrere Problemebenen vermengt und dadurch unklare und sich teilweise widersprechende Schlußfolgerungen zieht. So leitet Jaksch einerseits marxistisch den Führungsanspruch der Arbeiterschaft aus der Klassenlage im Kapitalismus ab, andererseits verweist er realpolitisch auf die Gesamtlage des proletarierten Volkes. Und auch die Mittelstandsfrage ist für ihn einmal ein Bündnisproblem im sozialrevolutionären Befreiungskampf und ein anderes Mal die Begründung für eine neue Sinngebung des Sozialismus selbst. Völlig undifferenziert und diffamierend ist jedoch Löwenthals Erklärung, daß diese theoretischen Widersprüche auf "verwirrende Sprünge aus der Politik in die Metaphysik"⁸⁸⁷ zurückzuführen seien. Eine Jaksch als sozialistischen Theoretiker ernst nehmende Auseinandersetzung mit seinen Thesen hätte statt dessen eine Reihe inhaltlicher Schwachstellen und unbeantworteter Probleme zutage fördern können. Aufgrund der Tatsache, daß sich Jaksch nicht auf politische Handlungsanweisungen festlegen wollte, blieb die entscheidende Frage vollständig offen, wie das angestrebte Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Mittelstand organisatorisch ausgestaltet werden soll. Die mögliche Organisationsform einer Parteienkoalition mit antifaschistischer, sozialrevolutionärer Zielsetzung taucht bei Jaksch ebenso auf wie die Vorstellung einer nationalen, sozialistischen Befreiungsbewegung. Seine dringende Auf-

⁸⁸³ Ebd., S. 1105.

⁸⁸⁴ Ebd., S. 1129 f.

⁸⁸⁵ "Jaksch ist allerdings dem Strasser'schen Einfluß nicht wehrlos verfallen." K. W. Deutsch: Emil Franzels konservativer Sozialismus, in: Der Kampf 3 (1936), 408-16, S. 414.

⁸⁸⁶ "Sein Buch 'Volk und Arbeiter' ist in vielen Punkten ein ernster positiver Beitrag zur Klärung der Aufgaben der deutschen Revolution." P. Sering (Ps. für R. Löwenthal): Was ist Volkssozialismus?, in: Zeitschrift für Sozialismus 3 (1936), 1105-36, S. 1115.

⁸⁸⁷ Ebd., S. 1116. Für eine Beurteilung der Arbeiten Emil Franzels wäre diese Aussage sicherlich zutreffend.

forderung an die deutschen Sozialdemokraten, die Bündnisfrage vor dem Eintreten der Revolution zu klären, hätte es zumindest erwarten lassen, daß der Autor zu dieser Frage eine eindeutige Stellung bezieht. Wie sich der marxistische Sozialismus einerseits auf die Existenz einer einheitlichen Arbeiterklasse beruft, geht Jaksch in der Frage des sozialrevolutionären Bündnisses andererseits von einem einheitlichen Mittelstand aus. Hieraus ließe sich schlußfolgern, daß die den Faschismus unterstützenden Schichten durch gemeinsame Interessen und Bewußtseinsinhalte geleitet sind und dadurch eine gewisse Homogenität aufweisen. Damit widerspricht sich Jaksch jedoch, da er im vorangehenden theoretischen Schritt bei der Analyse der sozialen Basis des Faschismus recht unterschiedliche soziale Gruppen mit einer individuell verschiedenen Motivation für ihre Gefolgschaft des Nationalsozialismus ausgemacht hatte. Čecháček hatte schon einige Jahre zuvor in der von ihm auch in der "Tribüne" präsentierten Analyse anhand der sozialistischen Mittelstandstheorie deutlich differenzierter argumentiert. Eine Bezugnahme auf die Ergebnisse der Diskussionen innerhalb der ČSD hätte Jaksch also helfen können, derartige theoretische Widersprüche zu vermeiden. Indem Jaksch die Frage der Gewinnung der Mittelschichten letztlich doch auf ein Problem der Agitation reduziert, erweckt er den Anschein, als müsse sich die Arbeiterbewegung nur von ihrer Klassenkampftaktik lösen und die passenden Antworten für die Existenzfragen des Mittelstandes finden und schon würden sich die Adressaten der programmatischen Neuausrichtung des Sozialismus aus ihrer falschen Frontstellung lösen und sich aus wohlverstandenen Eigeninteresse in eine Front mit der Industriearbeiterschaft einreihen. Jaksch wirft zwar den Sozialisten vor, daß ihr ideologisch einengendes Klassenbewußtsein die programmatische Öffnung der Arbeiterbewegung für neue Schichten verhindere. Er problematisiert jedoch nicht, daß es bei eben diesen Schichten ein sehr dezidiertes, unterschiedlich definiertes und ausgerichtetes Standesbewußtsein gab, daß für eine grundsätzliche, über punktuelle Interessenverknüpfungen hinausgehende Zusammenarbeit der politischen Akteure mindestens ebenso hinderlich war wie die marxistische Programmatik und die Klassenkampfrhetorik der Arbeiterparteien. Damit weist Jakschs Konzept in der Bündnisfrage substantiell mindestens ähnlich große Schwächen auf wie das von ihm so heftig kritisierte 'Prager Manifest' oder die 'Plattform' der RSD. Weiterhin hat Jaksch zwar die Existenz verschiedener Produktionsweisen richtig erkannt, sich für ihren Fortbestand ausgesprochen und deshalb gefordert, daß der Sozialismus als Voraussetzung für seine Bündnisfähigkeit auf die sich daraus ergebenden ökonomischen Notwendigkeiten adäquate wirtschaftspolitische Antworten finden müsse. Doch nimmt er bei der Diskussion seiner wirtschaftspolitischen Lösungsansätze unzulässige Simplifizierungen vor, die nicht unbedingt von ökonomischem Sachverstand zeugen. Demnach scheint es, als könne die sozialistische Wirtschaft in einem nachrevolutionären Deutschland mit gutem Willen problemlos den ökonomischen Bedürfnissen aller Wirtschaftszweige und aller verbündeten Schichten nachkommen. Der Umstand, daß die Agrarsektoren aller wichtigen europäischen Volkswirtschaften unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise die staatliche Marktprotektion durch Einfuhrzölle benötigten, während Handel, Industrie und produzierendes Gewerbe im Gegenteil auf einen freien Warenaustausch angewiesen waren, und daß hieraus nahezu unüberbrückbare Interessengegensätze resultierten, taucht bei Jaksch nicht auf. Dabei hätte er aus sei-

nen Erfahrungen in der ČSR ersehen müssen, daß die unterschiedlichen Interessen in eben dieser Frage es der tschechoslowakischen Regierung nicht ermöglicht hatten, zu einer effektiveren Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu gelangen, und daß die fehlende handelspolitische Untermauerung der Kleinen Entente schließlich die verteidigungspolitischen Bündnisse des Staates untergrub. Ein Aufzeigen derartiger Schwachstellen in Jakschs Konzeption wäre dem Diskussionsprozeß allemal dienlicher gewesen als blanke Polemik.

Schließlich glaubt Löwenthal, Jaksch durch die nicht belegte Behauptung entlarven zu können, er fühle sich "von der realen Kraft Hitlers" angezogen und suche deshalb die "Erneuerung des Sozialismus aus den Quellen zu gewinnen, aus denen der Faschismus seine Kräfte geschöpft hat"⁸⁸⁸. Zusammen mit der These von der "Übergangsbewegung" führe ihn dies nach Löwenthals Ansicht dazu, der Sozialdemokratie eine "Weggenossenschaft"⁸⁸⁹ mit Otto Strasser zu empfehlen. Die Absurdität dieser Unterstellung ist aus keiner Äußerung Jakschs abzuleiten, und sie widerspricht in allen Belangen seinen gesellschaftspolitischen Vorstellungen, so unpräzise sie in seinen programmatischen Äußerungen zuweilen auch erscheinen mögen. Eine Einwilligung in einen Ständestaat, wie ihn Strasser und der Spannsche Flügel innerhalb der SdP anstrebten, blieb für Jaksch ausgeschlossen. Selbst wenn er nicht mehr an die klassenlose Gesellschaft als geschichtlichen Schlußpunkt in der Logik des Historischen Materialismus glaubte und der Kampf um die Führung der Nation, dessen Notwendigkeit auch von der Gruppe Neubeginnen nicht in Abrede gestellt wurde, für ihn aufgrund der richtig analysierten zahlenmäßigen Abnahme des Proletariats nicht vorrangig mit einem rücksichtslosen Klassenkampf einer Industriearbeiterschaft als Avantgarde des Proletariats geführt werden konnte, und er in einem Staatsgebilde mit volkssozialistisch bestimmter Verfassung durchaus noch Gewerkschaften und bäuerliche Berufsvereinigungen als notwendige Einrichtungen empfand, ist er programmatisch nicht in die Nähe Otto Strassers zu bringen. Denn dieser sah die Frontkameradschaft als ideologischen Ausgangspunkt seiner Bündnispolitik und hatte im Gegensatz zu dem Sozialdemokraten Jaksch keineswegs die Solidarität mit den durch die Krise des Kapitalismus pauperisierten Angestellten und Landarbeitern im Blick.

Auch läßt sich von der These der "dreieinigen Bipolarität", die die theoretische Grundlage für Strassers programmatische Forderungen nach völkischer Revolution, Revision des Versailler Friedens, Überwindung des Kapitalismus durch eine Sozialisierung der Wirtschaft sowie Errichtung eines nach Ständen und Berufszweigen geordneten Staatsaufbaus bildete und im Exil in leicht überarbeiteter Form noch einmal herausgegeben wurde, bei Jaksch nichts wiederfinden. Während Jakschs Konzeption ausschließlich sozial und humanistisch begründet ist und diese Motivation aufgrund der europäischen Konfliktlage eine prononciert nationale Dimension erhält, basiert Strassers Theorie auf der Beobachtung eines regelmäßigen historischen Entwicklungsablaufs, in dem sich angeblich im Abstand von etwa 150 Jahren "Epochen der Gebundenheit" (Konservatismus) mit "Epochen der Ungebundenheit" (Liberalismus) ablösen. Die diese Epochen bestimmenden Ideen haben eine "Dreidimensionalität in Körper, Geist und Seele", was

⁸⁸⁸ Ebd., S. 1130.

⁸⁸⁹ Ebd., S. 1124.

auf die Herrschaftsepochen übertragen bedeutet, die Dimensionen Wirtschaftsordnung, Gesellschaftsordnung und Kultur. Für den Liberalismus drücken sich diese "Formenwelten" im Kapitalismus, im Individualismus und im Materialismus aus; für den Konservativismus im Sozialismus, im Nationalismus und im völkischen Idealismus. Seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs sieht Strasser "das Pendel der Schicksalsuhr" nunmehr umschwingen in eine neue Herrschaftsepoche des Konservativismus, "deren gewaltigen Auf- und Durchbruch wir die Deutsche Revolution heißen"⁸⁹⁰. War Jakschs Ablehnung des Marxismus als ideologische Grundlage für den sozialrevolutionären Befreiungskampf eine ausschließlich pragmatisch begründete Notwendigkeit, da sich mit ihm seiner Ansicht nach nicht die erforderlichen politischen Mehrheiten für die Arbeiterschaft finden ließen, so resultierte Strassers Eintreten gegen den Marxismus aus eben diesem Geschichtsbild. Er charakterisierte den Marxismus als einen "liberal überfremdeten Sozialismus, dessen Wesensbestandteile ihn zwangsläufig für die Gestaltung der sozialistischen (= konservativen!) Zukunft ausschalten und ihn 'programmäßig' in den Untergang des Liberalismus verwickeln". Dies gelte sowohl für den "legalen Marxismus" der SPD als auch für den "revolutionären Marxismus"⁸⁹¹ der KPD. Sämtliche Theoretiker des Marxismus waren für Strasser typische Liberale, was in ihrem Bekenntnis zur Internationale, in ihrer Klassenkampf-taktik und in ihrer materialistischen Weltanschauung zum Ausdruck kommt und sie somit als Träger der anstehenden konservativen Revolution abqualifiziert und sie zusammen mit dem Liberalismus untergehen läßt. Demgegenüber bestand für Jaksch niemals ein grundsätzliches Problem im sozialistischen Internationalismus oder im Materialismus, sondern politisch-situativ begründet lediglich in der seiner Meinung nach für die Zielsetzung der sozialistischen Arbeiterbewegung abträglichen Klassenkampf-taktik.

Bei der Betrachtung der politischen Thesen der "Kampf-gemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" aus dem Herbst 1930, die nach *Moreau* die Grundlage für Strassers Programm seines "Aktionskomitees der Deutschen Revolution" vom 1.2.1934 bildeten⁸⁹², lassen sich ebenfalls keine Übereinstimmungen zu Jaksch finden. Hierbei wird vielmehr deutlich, daß Strasser seinen Volksbegriff aus der pseudogermanischen Mythologie entnahm. Das Volk als die "höchste und vollkommenste Gemeinschaft" stellte für ihn in sich selbst eine eigene Qualität dar. Aus diesem Verständnis leitete er seinen Anspruch ab, daß es die "höchste Aufgabe des einzelnen ist ..., für die Gemeinschaft, für sein Volk zu leben und, wenn es not tut, zu sterben"⁸⁹³. Demgegenüber war Volk für Jaksch eine ausschließlich politische Kategorie, die für ihn die Summe der arbeitenden Menschen umfaßte. Es ging ihm nur um eine "sozialistische Neugestaltung des Volksdaseins"⁸⁹⁴, also um eine gesellschaftliche Veränderung im Sinne des

⁸⁹⁰ O. Strasser: Aufbau des Deutschen Sozialismus. Mit einem Vorwort von Weigand von Miltenberg, Leipzig 1932, S. 18 ff.

⁸⁹¹ Ebd., S. 22 f.

⁸⁹² Vgl. P. Moreau: Nationalsozialismus von links. Die "Kampf-gemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1985, S. 185 f.

⁸⁹³ Der Nationale Sozialist, v. 4.10.1930. Zit. nach K. Gossweiler: Die Strasser-Legende: Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi und einem Beitrag von Norbert Madloch, Berlin 1994, S. 67.

⁸⁹⁴ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 117.

Sozialismus. Weiterhin galt Strassers politische Intention der Errichtung eines "Führerstaates"⁸⁹⁵ als einziger erstrebenswerter Staatsform sowie einem ständisch gegliederten Gesellschaftsaufbau. Für Jaksch hingegen lag es "im Wesen der heutigen Gesellschaftsverfassung, daß nur die klassenbewußte Arbeiterschaft mit positivem Wollen zu völliger sozialistischer Neugestaltung gerüstet ist"⁸⁹⁶. Seine politischen Zielvorstellungen wichen zu keinem Zeitpunkt von denen des demokratischen Sozialismus ab.

Ebenso deutliche Unterschiede lassen sich in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen beider Autoren feststellen. Jaksch glaubte an den technischen Fortschritt des Industriezeitalters und seinen Nutzen für die Menschheit. Dessen negativen sozialen Implikationen, die durch den Faschismus noch verstärkt werden, müsse jedoch durch die Überwindung des Kapitalismus im Sozialismus entgegengesteuert werden. Er zeigte sich lediglich skeptisch gegenüber der rationalisierten Produktionsweise in Großbetrieben und sah eine sozial vorteilhaftere Entwicklung durch Stärkung kleinerer und mittlerer Betriebsgrößen⁸⁹⁷. Demgegenüber lehnte Strasser technischen Fortschritt im Zeichen der konservativen Revolution nachdrücklich ab⁸⁹⁸. Waren Jakschs Vorschläge zur inneren Migration wirtschafts- und bevölkerungspolitisch motiviert, so waren Strassers Forderungen nach "Entstädterung" und "Re-Agrarisierung Deutschlands" rassistisch begründet und daher für ihn eine "zwingende völkische Verpflichtung". Stellten internationale Arbeitsteilung und Warenaustausch für Jaksch ein konstituierendes Moment seiner Überlegungen dar, so liefen die diesbzgl. Vorstellungen des Nationalsozialisten Strasser auf Autarkie hinaus. Forderte Strasser ganz in der Tradition des Blut und Boden-Mythos die "Einführung des Erblehens im bäuerlichen Besitzrecht"⁸⁹⁹, finden wir bei Jaksch eine ausdrückliche Zurückweisung des nationalsozialistischen Erbhofgesetzes.

Auch in der Außenpolitik sind diametral auseinandergehende Richtungen in beiden Konzepten auszumachen. Jaksch hatte - wie dargestellt - allen großdeutschen Ambitionen des Nachkriegssozialismus abgeschworen und sich mit der gemischt-nationalen Zusammensetzung Mitteleuropas als gegebener Tatsache abgefunden. Seine außenpolitischen Überlegungen liefen auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hinaus, in der friedliche Koexistenz möglich sein mußte und in der dem sozialistischen Deutschland eine gestaltende Aufgabe zugeschrieben wurde. Die Revision der Friedensverträge stellte für ihn lediglich die außenpolitische Voraussetzung dafür dar. In der Frage der extritorialen Minderheiten galt sein Hauptaugenmerk dem nationalpolitischen Interessenausgleich, damit sie eine völkerverständigende Brückenfunktion einnehmen könnten. Hierzu greift er auf austromarxistische Konzepte nationaler Autonomie, auf die Demokratisierung der innerstaatlichen Verhältnisse und auf den Ausbau des Minderheiten-

⁸⁹⁵ Der Nationale Sozialist, v. 22.10.1930. Zit. nach Gossweiler (1994), a.a.O., S. 71.

⁸⁹⁶ W. Jaksch: Volk und Arbeiter (1936), a.a.O., S. 101.

⁸⁹⁷ Dieser Zusammenhang wurde besonders von Deutsch nicht gesehen und deshalb zu unrecht kritisiert. Vgl. K. W. Deutsch: Emil Franzels konservativer Sozialismus, in: Der Kampf 3 (1936), 408-16, S. 413 f.

⁸⁹⁸ "Dem liberalen (und marxistischen) Ideal einer uferlosen Steigerung der Produktion und Konsumtion setzen wir das konservative (und sozialistische) Ideal eines sinnvollen ... Lebens entgegen ... Daß damit eine gewisse Götzendämmerung der Technik verbunden sein wird, kann konservatives Denken nicht als Rückschritt empfinden. Denn es ist an der Zeit, daß der deutsche Mensch die Tyrannei der Technik, die Herrschaft der Maschine, bricht." Strasser (1932), a.a.O., S. 24, 37.

⁸⁹⁹ Ebd., S. 39.

schutzes zurück. Demgegenüber forderte Strasser die gewaltsame Zerschlagung der Pariser Nachkriegsordnung als Voraussetzung für die Errichtung national homogener Staatsgebilde und die Einbeziehung aller Volksdeutschen Mitteleuropas in einen großdeutschen Nationalstaat⁹⁰⁰. Betrachtete Jaksch den Nationalismus als das Grundübel des 20. Jahrhunderts, so war für Strasser "das Bekenntnis zu einem schroffen Nationalismus"⁹⁰¹ richtungsweisendes Element der bevorstehenden und angestrebten konservativen Revolution. Und auch der außenpolitische Darwinismus Strassers, der die Möglichkeit von Nachbarschaftskriegen explizit einschloß⁹⁰², hat mit dem überzeugten Pazifismus Jakschs, dessen politisches Bestreben zu allererst auf Kriegsvermeidung bedacht ist, nichts gemein.

Löwenthal versucht in seinem Beitrag noch wiederholt, Jaksch in Faschismusverdacht zu bringen, wenn er ihm z.B. unterstellt, er wolle die nationale, bündische Jugendbewegung als die "kritische junge Generation des Nationalsozialismus" in das Kampfpotential des Sozialismus integrieren. Jaksch wird daher bezichtigt, mit dieser Jugend des faschistischen Deutschlands in Form eines ideologischen Kompromisses eine "neue Geistesfront" bilden zu wollen, die in ihrer Substanz jedoch nur "einem unklaren Gefühlssozialismus" anhängen und somit die Schlagkraft des ideologisch bewußten Proletariats unterminieren würde. Auch Löwenthal räumt ein, daß es der Arbeiterbewegung gelingen muß, politisch und agitatorisch an diese idealistische Jugend heranzukommen. Jakschs Intentionen jedoch vollkommen mißverstehend, führt er aus, daß "das Ziel dieses Herankommens, der Inhalt dessen, was mit der neuen Sprache gesagt wird, ... nur die Zerstörung der Illusionen dieser Menschen, nicht die Anpassung an sie sein [kann]. Diese Menschen, die sich betrogen fühlen, verstehen nicht, warum sie betrogen worden sind; wir müssen ihnen helfen, es zu verstehen." Jaksch hatte nichts anderes im Sinn. Aus der Erfahrung der politischen Niederlagen heraus, wollte er jedoch zum Ausdruck bringen, daß der Sozialismus diesen Menschen nicht vom falschen Standpunkt aus predigen darf. Als falscher Standpunkt hat sich für ihn der orthodoxe Marxismus herausgestellt, mit dem sich die drängenden Fragen dieser Generation nicht zufriedenstellend beantworten lassen. Selbst wenn Jaksch zu diesem Problem Moeller van den Bruck zitiert, mag das politisch unsensibel und taktisch unklug gewesen sein, doch ist es keineswegs mit dem Versuch gleichzusetzen, sein Konzept mit dem Gedanken gut eines Vorläufers nationalsozialistischer Ideologie zu belegen. Umso absurder ist Löwenthals indirekter Vorwurf an den Volkssozialismus, "die Arbeiterbewegung wird ihre neuen Wege nicht von denen übernehmen können, die selbst auch auf der Seite ihrer Gegner gekämpft haben

⁹⁰⁰ "Die fremden Volksteile wirken wie ein Krankheitsstoff, der ausgeschieden werden muß, wenn der Organismus gesund und leistungsfähig bleiben soll. Wir fordern auf der anderen Seite die Einbeziehung aller deutschen Volksgenossen in den deutschen Staat, da sie Zellen des Organismus 'deutsche Nation' sind." Ebd., S. 75.

⁹⁰¹ Ebd., S. 77.

⁹⁰² "Wenn sich auf Grund des natürlichen Wachstums des deutschen Volkes eine Reibung mit anderen, angrenzenden Völkern ergibt, dann wird diese Reibung zu einem Kampf zwischen beiden Völkern führen, der mit dem Sieg des Stärkeren enden wird. Dieser Sieg hat nicht die Unterjochung und Ausbeutung des fremden Volkes, sondern seine Verdrängung zum Ziel, die Verdrängung aus einem Raum, die so weit - aber auch nur so weit - gehen muß, wie es das natürliche Wachstum erfordert." Ebd., S. 75 f. Wie ein Krieg im 20. Jahrhundert von einer reagrarisierten, ständischen Gesellschaft erfolgreich geführt werden soll, wird von Strasser natürlich nicht problematisiert.

und bis heute nicht begriffen, daß es die falsche Seite war"⁹⁰³. Davon hat Jaksch nie etwas gesagt.

Jaksch hat auf diese Kritik angemessen und zugleich besonnen reagiert, indem er sich in seiner Replik auf Löwenthal und Deutsch bemühte, statt einer polemischen Antwort noch einmal seinen politischen Standpunkt zu verdeutlichen und evt. Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen. Hierbei empfand er es jedoch nicht als notwendig, der begeisterten Zustimmung entgegenzutreten, die seinem Buch in Strassers "Deutsche Revolution" widerfuhr und die sicherlich maßgeblich zu den überzogenen Reaktionen der beiden sozialistischen Autoren beigetragen hat. Schließlich hatte er die theoretisch-programmatische Auseinandersetzung zwischen beiden Lagern ja intendiert. Auch wehrte er sich nur mäßig gegen den Vorwurf, er sei ideologisch von Strasser beeinflusst worden und habe das Gedankengut der linken Nationalsozialisten in seine Konzeption übernommen. So führte er aus, daß die Tatsache einer quantitativen Stagnation der Arbeiterschaft in der sozialistischen Literatur schon lange vor Strasser erkannt worden ist. Ebenfalls sei über die Anschauungen Otto Strassers "manches prüfende und manches kritische Wort zu sagen". Dies hält ihn jedoch nicht davon ab, die "Auseinandersetzung mit den sozialrevolutionären Elementen des Nationalsozialismus" auch weiterhin als "eine der wichtigsten Aufgaben des sozialistischen antihitlerschen Vorbereitungskampfes" zu sehen. "Wer Hitler noch eine lange Regierungszeit wünscht, braucht sich allerdings über Bündnisfragen nicht den Kopf zu zerbrechen und kann in der Zwischenzeit Strassers Schwarze Front als 'bürgerliche Sekte' beschimpfen, weil das besonders revolutionär klingt und außerdem ungefährlich ist."⁹⁰⁴ Sicherlich ist Strassers Programm im Interesse und nach dem gesellschaftspolitischen Anliegen aller Sozialisten für eine Neugestaltung von Staat und Gesellschaft nach dem Nationalsozialismus zu widersprechen gewesen. Jaksch hat dies aus taktischen und wohl auch aus persönlichen Gründen nicht deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Eine entscheidende Motivation wird für ihn dabei gewesen sein, diejenigen, die einen der möglichen Bündnispartner der sozialistischen Arbeiterbewegung darstellen könnten, nicht von vornherein vor den Kopf zu stoßen und sie in einer die ideologischen Grundfeste des Marxismus berührenden Diskussion zu opfern. Deshalb wäre ihm allenfalls vorzuwerfen, die Scharlatanerie Strassers nicht in all ihren Konsequenzen erkannt zu haben, so daß er in ihm eine Persönlichkeit sah, mit der sich die Sozialisten in ihrer antifaschistischen Zielsetzung ernsthaft auseinandersetzen müßten. Wenn jedoch der Widerspruch hiergegen - wie bei Löwenthal - als bloße Agitation angelegt und bar jeder Solidarität sowie von unverkennbarer Arroganz in der Kritik an Abweichlern im eigenen Lager angetrieben ist, dann muß dieser Vorgang zuvorderst als ein Indiz für die unüberbrückbaren Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie gewertet werden.

Neben der oftmals festzustellenden terminologischen Nähe Jakschs zu Theoretikern des Nationalsozialismus wird ein entscheidender Grund für das vehemente Auftreten der sozialistischen Linken aber auch darin zu suchen sein, daß Jaksch ganz offensichtlich die theoretisch

⁹⁰³ P.Sering (Ps. für R. Löwenthal): Was ist Volkssozialismus?, in: Zeitschrift für Sozialismus 3 (1936), 1105-36, S. 1119 f.

⁹⁰⁴ W. Jaksch: Konservativer Marxismus?, in: Der Kampf 3 (1936), 426-35, S. 430.

fundierte Einsicht in die marxistische Kapitalismuskritik fehlte, die der Ausgangspunkt besonders für die Gruppe Neu-Beginnen war. Er weist zwar eine emotionale Affinität hierzu auf, kann sie in seinen Schriften jedoch nicht intellektuell nachvollziehen oder intelligent anwenden. Somit beschränkt sich seine Interpretation sozioökonomischer Entwicklung in "Volk und Arbeiter" auf allgemeine politische Betrachtungen, und seine taktischen Schlußfolgerungen wirken mitunter sehr hausbacken. Die Sollmann-Gruppe, die mit ihrer undogmatischen Problemanalyse und ihrer nationalen Ausrichtung zeitgleich die größte programmatische Nähe zu Jaksch aufwies, hatte ihre Forderung nach einer Revision marxistischer Ideologie und Strategie der deutschen Arbeiterbewegung deutlicher formuliert und somit ihre These vom inneren Widerspruch zwischen marxistischer Ideologie und demokratischer Praxis auf ein sichereres theoretisches Fundament gestellt⁹⁰⁵. Mit der Beurteilung dieses Defizits korrespondieren die Aussagen von Zeitzeugen, Jakschs theoretische Bildung habe in den dreißiger Jahren erhebliche Lücken aufgewiesen⁹⁰⁶. Für einen versierten sozialistischen Theoretiker wie Richard Löwenthal muß dies mithin Ansporn zur Kritik gewesen sein, und es ließe sich vermuten, daß dies auch das Niveau der Auseinandersetzung bestimmt hat.

Von der geschichtswissenschaftlichen Forschung wurde der Tenor der Rezeption von "Volk und Arbeiter" durch die sozialistische Linke als programmatische und ideologische Übereinstimmung zwischen Jaksch und Strasser bislang unreflektiert übernommen. *Bachstein* identifiziert in seinen Arbeiten aus den frühen siebziger Jahren Strasser als den geistigen Ziehvater Jakschs, der ihn bei allen politischen Schritten wegweisend beraten hat und ihm stets standhaftes Vorbild war. Diese These wird durch eine Untersuchung der Aussagen Strassers in der "Deutschen Revolution" sowie durch Interviews mit diesem 'Legendenbilder' als einzigen Quellen zu belegen versucht. *Bachstein* räumt zwar ein, daß diese eigentümliche Männerfreundschaft "für den Historiker nur schwer faßbar" sei, doch seiner Ansicht nach rechtfertigte die "politische Entwicklung in Mitteleuropa ... damals auch ungewöhnliche Allianzen"⁹⁰⁷. Um die durch Jaksch vorgenommene, in der reichsdeutschen Diskussion jedoch belastete Verbindung von nationalen und sozialistischen Ideen in einen größeren Bezugsrahmen zu stellen, verweist *Bachstein* auf die angeblich lange Tradition von nationalen, nicht-marxistischen sozialistischen Parteien im Donaunraum. Eine besondere Vorbildfunktion für Jaksch schreibt er - neben den tschechischen Nationalen Sozialisten - dabei Engelbert Pernersdorfer zu. Als Hauptvertreter des nationalen Flügels in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) während des Ersten Weltkriegs, der nicht die Klassen, sondern die Völker und Nationen als geschichtliche Triebkräfte aus-

⁹⁰⁵ Vgl. Saggau (1981), a.a.O., S. 385 ff.

⁹⁰⁶ "Seine marxistische Bildung war gewiß nicht tief. Ich glaube nicht, daß er viel mehr gelesen hat, als Dannebergs 'Parteiprogramm', die Bücher Otto Bauers und einige Artikel aus der austromarxistischen Zeitschrift 'Der Kampf'. Er wußte aber immer aus wenigem viel zu machen, gab sich auch keine Blößen und bot böswilligen Zungen keinen Anlaß, über ihn Geschichten zu erzählen. Für neue Ideen war Jaksch immer zugänglich. Wenn er etwas davon verwenden konnte, kam es ihm nicht darauf an, sie willkürlich zurechtzustutzen. Ob er sich unter dem, was er gedanklich hervorbrachte, jeweils auch konkret etwas vorstellen konnte, möchte ich bezweifeln." Franzel (1983), a.a.O., S. 182.

⁹⁰⁷ Bachstein (1973), a.a.O., S. 355. Auch Sator übernimmt die These von der engen ideologischen und persönlichen Verbindung der beiden und Franzel, räumt jedoch ein, daß "eine detaillierte Untersuchung der Bedeutung dieser Beziehungen" bislang ausstehe. Sator (1996), a.a.O., S. 224.

machte, sei Pernersdorfer als "Präzeptor des Volkssozialismus"⁹⁰⁸ zu betrachten. Da sich vor allem der völkische Sozialismus, der in der DNSAP und später in der Henleinbewegung von Rudolf Jung und Hans Knirsch repräsentiert wurde, maßgeblich auf dessen Arbeiten berief, konstruiert *Bachstein* somit - zumindest indirekt - auch eine ideologische Nähe Jakschs zum nationalsozialistischen Flügel in der SdP.

Statt dessen lassen sich alle theoretischen Elemente zu Jakschs volkssozialistischer Konzeption in den zeitgenössischen sozialistischen Diskussionen wiederfinden. Neben der Sollmann-Gruppe sowie den Schriften Hendrik de Mans und der skandinavischen Sozialdemokratie, auf die *Sator* zusätzlich verweist⁹⁰⁹, sind weitreichende Übereinstimmungen Jakschs mit den sog. 'militanten Sozialisten' feststellbar, einer Randgruppe innerhalb der SPD, die sich zu Beginn der dreißiger Jahre um die Zeitschrift "Neue Blätter für den Sozialismus" formierte und deren innerparteiliche Kritik maßgeblich die Entwicklung der Nachkriegs-SPD beeinflusste⁹¹⁰. In ihren Überlegungen wurde der seit 1930 von Theodor Geiger und Svend Riemer avisierte Strategiewechsel der SPD, gerade die Schichten zu umwerben, die sich besonders der NSDAP zuwandten, aufgenommen und - vor allem von Eduard Heimann - zu der Forderung nach Bildung einer sozialdemokratischen "Volkspartei" ausgeweitet. Die Neubestimmung der programmatischen Grundlagen und der politischen Praxis der SPD müsse darauf basieren, daß sich der Sozialismus entsprechend nicht länger ausschließlich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiere. Statt dessen solle die Parteistrategie - wie auch von Jaksch begründet - variabel gestaltet werden und sich umfassend den Interessen und Bedürfnissen des gesamten Volkes annehmen, da dieses in seiner Gesamtheit von der politischen und Wirtschaftskrise betroffen sei. Die 'militanten Sozialisten' widersprachen der Prognose im Kommunistischen Manifest, daß der Mittelstand durch die idealtypische Entwicklung des Kapitalismus verschwinden werde, wovon die deutsche Sozialdemokratie seit dem Erfurter Parteitag von 1891 in ihrer Programmatik noch überwiegend ausging. An der hieraus generierten politischen Strategie kritisierten sie, daß das evidente Auseinanderfallen der antikapitalistischen Front in Proletariat und proletarisierte Mittelschichten nicht dadurch überwunden werden könne, daß die Sozialdemokratie in den heutigen Mittelschichten zukünftige Proletarier sehe. Die tatsächliche gesellschaftliche Entwicklung erfordere vielmehr "eine große geistige und moralische Anstrengung vom Sozialismus: er muß seine bisherigen Grenzen sprengen und den ihm feindlichen Willen verstehen, ihm gerecht werden und ihn in den Plan der neuen Gestaltung wesensgemäß einbeziehen." Hieraus wurde - wie auch von Jaksch - der politisch-programmatische Anspruch abgeleitet, der Sozialismus müsse den gemeinsamen gesellschaftspolitischen Ausgangspunkt von Arbeiterklasse und Mittelschichten erkennen und "dadurch die beiden [gesellschaftlichen Gruppen, C.S.] als zusammengehörende Teilwirklichkeiten innerhalb einer umfassenden Einheit begreifen"⁹¹¹.

⁹⁰⁸ Bachstein (1973), a.a.O., S. 345.

⁹⁰⁹ Vgl. Sator (1996), a.a.O., S. 223 f. Der Autor liefert jedoch keine komparative Beweisführung.

⁹¹⁰ Vgl. zur allgem. Bedeutung der Gruppe Beck (1986), a.a.O.; F. Borinski: Die "Neuen Blätter für den Sozialismus", in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 13 (1981), S. 65-97; M. Martiny: Die Entstehung und politische Bedeutung der "Neuen Blätter für den Sozialismus" und ihres Freundeskreises, in: VfZ 25 (1977), S. 373-419.

⁹¹¹ E. Heimann: Sozialismus und Mittelstand, Leipzig 1932, S. 13.

Für eine korrektere Einordnung von Jakschs Konzeption in den zeitgenössischen Diskussionszusammenhang ist auch ein Vergleich zu den Arbeiten Carlo Mierendorffs von großem Interesse, einem weiteren Vertreter der 'militanten Sozialisten'⁹¹². Er suchte eine Erneuerung der sozialdemokratischen Strategie gegen den Nationalsozialismus durch eine Verbindung der drei Elemente Massenmobilisierung, Verbesserung der Agitationstechniken und Präsentation konkreter, verständlich formulierter und positiv belegter gesellschaftspolitischer Ziele herbeizuführen. Dabei vertrat er die unkonventionelle Ansicht, daß die SPD hierfür auch vom faschistischen Gegner lernen könne und solle. Den Ausgangspunkt seiner Beschäftigung mit dieser Problematik bildete die mittels einer Verbindung von soziologischer Wählerforschung und Sozialpsychologie gewonnene Analyse der Sozialstruktur der NSDAP-Wählerschaft und in einem zweiten Schritt die Benennung der Gründe, die diese Menschen dazu bewegten, Hitler zu wählen. Mierendorff charakterisiert die NSDAP als Sammlungs- und Massenbewegung, also als Partei, in der alle gesellschaftlichen Schichten vertreten sind. Neben den bürgerlichen Mittelschichten, den Bauern und Angestellten als Hauptunterstützer der NSDAP sieht er auffällig viele typische Nichtwähler und Jungwähler, aber auch eine nicht unbedeutende Anzahl von Wählern aus der Arbeiterschaft. Bei diesen handelt es sich nach Mierendorffs Ansicht um Arbeiter, die keine Proletarier sein wollen, d.h. die eine marxistische Definition für ihre gesellschaftliche Selbsteinschätzung und die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen ablehnen. Den Erfolg der NSDAP bei diesen Wählergruppen sieht er - ähnlich wie parallel de Man⁹¹³ - vor allem darin begründet, daß erstmals im Parteiensystem eine politische Partei ausschließlich auf emotionaler Ebene agiert, indem sie elementare Haßgefühle mit sozialen, politischen und rassistischen Ressentiments verbindet und dadurch neue Feindbilder kreiert. Dazu instrumentalisiert sie die Wirtschaftskrise, operiert mit Antiparlamentarismus und Nationalismus und kultiviert einen jugendlichen Romantizismus und Mystizismus. Infolgedessen präsentiert sich die NSDAP antidemokratisch, antikapitalistisch und antiproletarisch. Daneben verfügt sie über eine Organisationsstruktur, die vergleichbar effektiv aufgebaut ist wie die der Arbeiterparteien. Die Gegenüberstellung dieser Ergebnisse mit der politischen Praxis der SPD führt Mierendorff zu der Schlußfolgerung: "Die nationalsozialistische Bewegung hat zuviel, was die SPD zuwenig hat (die Betonung der gefühlsmäßigen Komponenten bei der politischen Willensbildung), und sie hat zuwe-

⁹¹² Vgl. zur Person und zum politischen Werk Mierendorffs vor allem Hennig (1990), a.a.O.; R. Albrecht: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897-1943. Eine Biographie, Berlin-Bonn 1987; J. Reitz: Carlo Mierendorff 1897-1943. Stationen seines Lebens und Wirkens, Darmstadt 1983.

Durch die nachfolgende Gegenüberstellung beider Autoren soll natürlich keineswegs suggeriert werden, daß Jakschs Konzept einen vergleichbaren analytischen Tiefgang und gesellschaftswissenschaftliche Fundierung besaß wie die Arbeiten Mierendorffs. Es geht vielmehr darum aufzuzeigen, daß bereits wenige Jahre zuvor deutsche Sozialisten bei einer ähnlichen Problemauffassung zu nahezu identischen Ergebnissen in der Frage der Parteistrategie gelangten wie Jaksch in "Volk und Arbeiter".

⁹¹³ "Der Nationalfascismus appelliert an politische Triebkräfte, die der Sozialismus im Laufe der letzten Jahrzehnte garzusehr außer Acht gelassen hat. Ich nenne sie vorläufig: den Drang zu Mythos und Utopie, das Bedürfnis nach rückhaltloser Kritik an Institutionen, den Trieb zur Aktivierung der Massen in unmittelbarer, offensiver Aggressivität, das Verlangen nach Führerpersönlichkeiten." H. de Man: Sozialismus und National-Fascismus, Potsdam 1931, S. 48.

nig, was die Sozialdemokratie fast ausschließlich hat (Erziehung der Wähler zu bewußtem und klarem politischen Denken)."⁹¹⁴

Die politischen Konsequenzen, die Mierendorff hieraus zu ziehen empfiehlt, sind in ihren prinzipiellen Ergebnissen nahezu identisch mit den Forderungen Jakschs. Lediglich in den inhaltlichen Ausformungen gibt es leichte Unterschiede, was aber vor allem situativ erklärt werden muß, da zwischen beiden Arbeiten die Machtergreifung Hitlers lag. Beide Autoren fordern, die Arbeiterbewegung müsse die Gefühle der breiten Massen ansprechen und den Sozialismus auf diese Weise schrittweise zu einer "Volksbewegung" machen. Bei Jaksch heißt dies "Kampf um die Volksseele", Mierendorff nennt es "Kampf um die Massenseele"⁹¹⁵. Weiterhin betonen beide Autoren die große Bedeutung nationaler Fragen für die Massen- resp. Volksseele und suchen sie für den Abwehrkampf zu instrumentalisieren⁹¹⁶. In den Arbeiten beider Sozialisten findet sich die zentrale Aussage, daß die Arbeiterbewegung nur durch die Formulierung positiv belegter Ziele, die den Menschen Sicherheit und Entschlossenheit vermitteln soll, und deren stetiger Betonung Wähler halten, zurück- und hinzugewinnen könne. In ihnen müssen die zentralen Themen und Problemkreise, mit denen die NSDAP erfolgreich die menschlichen Gefühle anspricht, aufgenommen, verarbeitet und schließlich sowohl antifaschistisch als auch prosozialdemokratisch formuliert werden, um den Menschen geistigen Spielraum für gesellschaftspolitische Visionen zu eröffnen⁹¹⁷. Neben einer erfolgreichen wirtschaftlichen Antikrisenpolitik legt Mierendorff dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Demokratisierung des politischen Systems, deren wichtigste Schritte für ihn in einer Reduzierung der Überparlamentarisierung durch eine Wahlreform begründet lagen, und auf eine aktive Friedenspolitik, die sich sowohl an Frankreich zu orientieren hatte als auch eine Revision der Nachkriegsordnung beinhaltete. Derartige sozialistische Umformulierungen nationalsozialistischer Agitationsinhalte sollten den Massen letztlich vermitteln, daß die Sozialisten die besseren Deutschen seien. Auffällig ist bei beiden Arbeiten, daß sie kein Konzept einer sozialistischen Gesellschaft entwickeln. Dies liegt aber durchaus in der Logik beider Ansätze. Es ging Jaksch und Mierendorff vorrangig darum, durch den Abwehrkampf den Gegner zurückzudrängen. Dadurch sollten Handlungsspielräume zurückgewonnen werden, um sie im nächsten Schritt für einen sozialistischen Vorstoß zu nutzen. Die "Republik von morgen" stellte sich Mierendorff, ähnlich wie später Jaksch, als eine sozialistisch reformierte Demokratie vor, die außenpolitisch ein sozialistisches Europa anstrebt

⁹¹⁴ C. Mierendorff: Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: Die Gesellschaft 7 (1930), 489-504, S. 494 f. Vgl. auch C. Mierendorff: Was ist Nationalsozialismus, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 149-54.

⁹¹⁵ C. Mierendorff: Der sozialistische Weg, in: Sozialistische Monatshefte 38 (1932), 989-93, S. 991.

⁹¹⁶ Albrecht verweist in diesem Zusammenhang auf das Rededuell zwischen Mierendorff und Goebbels im Reichstag am 6.2.1931, indem er rhetorisch geschickt die SPD als die eigentliche Vertreterin nationaler Interessen darstellte. Vgl. Albrecht (1987), a.a.O., S. 143 ff.

⁹¹⁷ "Die nationalsozialistische Bewegung ist nicht durch Propaganda und Agitation zu überwinden, man schlägt sie auch nicht durch die Steigerung der eigenen organisatorischen Kraft ... Wenn sie überwunden werden soll, dann muß sie an ihren Wurzeln gepackt werden. Wenn die Agitation, die Aufklärung der Wähler und die ganze Bearbeitung der öffentlichen Meinung, deren Bedeutung nicht im geringsten verkleinert werden soll, nicht bloß eine Geste der Beschwörung bleiben soll, muß sie durch positive Politik ergänzt werden. Erst dann ist Aussicht auf einen dauernden Erfolg gegeben." C. Mierendorff: Überwindung des Nationalsozialismus, in: Sozialistischen Monatshefte 37 (1931), 225-29, S. 225.

und innenpolitisch durch eine Planwirtschaft gefestigt wird⁹¹⁸. Ebenso wie Jaksch lehnte auch Mierendorff ein organisatorisches Zusammengehen mit den Kommunisten ab und forderte, die SPD müsse sich im antifaschistischen Abwehrkampf auf ihre eigenen inhaltlichen und organisatorischen Stärken besinnen.

Mierendorff beschäftigte sich stärker als Jaksch mit der Frage der Agitationstechniken, mit denen der auf die "Massenseele" zielende Sozialismus die bislang nicht erreichbaren Gruppen mobilisieren könnte. Ein besonderes Augenmerk mußte seiner Meinung nach auf den außerparlamentarischen Abwehrkampf gelegt werden, in dem mittels eines gezielten Symbolkampfes in einer Massenpropaganda die Massenmobilisierung gegen den Faschismus erreicht werden sollte. Durch die Anwendung analoger Mittel sollte an die irrationalen Momente im politischen Denken und Entscheiden der durch die Wirtschaftskrise existenzbedrohten Massen appelliert werden. Zusammen mit dem exilrussischen Psychologen Sergej Tschachotin entwickelte er das integrationsfördernde Konzept des politischen Zeichens der "Drei Pfeile", die sozialistische Aktivität, Disziplin und Einigkeit symbolisieren sollten, und favorisierte Massenkundgebungen und Massenaufmärsche, um ein sozialistisches, antifaschistisches Gemeinschaftsgefühl zu stärken⁹¹⁹.

In beiden Ansätzen lassen sich vergleichbare Schwachstellen erkennen. Sowohl in der ČSR der dreißiger Jahre als auch in der Spätphase der Weimarer Republik war die Anzahl überzeugter Sozialisten zu gering, um solch ambitionierte Vorhaben - selbst beim theoretisch angenommenen Zustand innerparteilicher Geschlossenheit - erfolgreich durchführen zu können. Nicht einmal ein demokratischer Konsens war tief genug im Bewußtsein der reichsdeutschen und der sudetendeutschen Gesellschaft verankert gewesen, um die sich den faschistischen Bewegungen zuwendenden Menschen von den Vorteilen des demokratischen Systems für den Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Krise zu überzeugen. Dies gilt umso mehr, als daß die bedrohende Dynamik, die von der faschistischen Ideologie und Politik ausging, keine Zeit für die erforderliche demokratisch, antifaschistische Massenpädagogik ließ, die beiden Konzepten zugrunde lag. Weiterhin scheint es fraglich, ob vor dem Hintergrund des Zeitgeistes überhaupt eine reale Chance bestand, den Faschismus mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen. Dies ist nirgendwo gelungen. Noch fragwürdiger scheint die Annahme, daß dies möglich sein könnte, wenn sich die Arbeiterbewegung - wie es Jaksch im Jungaktivismus umsetzte - tatsächlich auch vom Faschismus belegter Themen annahm und in diesem Fall auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik den Sudetendeutschen zu suggerieren versuchte, die Sozialisten seien die besseren Deutschen. Wie im folgenden noch zu zeigen sein wird, erwies sich diese Strategie für die DSAP als insgesamt kontraproduktiv, da es ihr in der spezifischen Konfliktlage weder gelingen konnte, nationalpolitische Fortschritte zu erzielen, noch sich als Regierungspartei der Mitverantwortung für den Reformstillstand zu entledigen. Auf diese Weise manövrierte Jaksch seine Partei schließlich in die innenpolitische Isolation und konnte zudem nicht den Wählerzulauf zur

⁹¹⁸ Vgl. C. Mierendorff: Die Republik von morgen, in: Sozialistische Monatshefte 38 (1932), S. 738-44.

⁹¹⁹ Vgl. Tschachotin/Mierendorff (1932), a.a.O.; und C. Mierendorff: Die Bedeutung der neuen Propaganda, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 17-21.

SdP stoppen, deren puristische, nationalistische Agitation eben nachhaltiger verfiel, indem sie die Gefühle der Sudetendeutschen aufnahm, sie mobilisierte und steuerte und damit den Haß auf alles Tschechische wirkungsvoll beförderte, als der auf eine abstrakte "sozialistische Volksgemeinschaft"⁹²⁰ hinauslaufende nationale Pragmatismus eines sozialistischen Revisionisten.

Eine noch größere Schwachstelle lag aber sicherlich darin begründet, daß sowohl Mierendorff als auch Jaksch davon ausgingen, daß sich der Nationalsozialismus noch nicht in den Köpfen seiner Unterstützer verfestigt hatte, sondern immer noch ausreichend Zeit zur Verfügung stehe, um über eine strategische Neuausrichtung sozialistischer Politik und durch die Anwendung neuer taktischer Mittel diese Menschen ins demokratische Lager zurückzuholen und sie für die sozialistische Zielsetzung gewinnen zu können. Ist ein derartiger gedanklicher Ansatz für einen reichsdeutschen Sozialisten zu Beginn der dreißiger Jahre noch rational nachvollziehbar, wirft er bei Jaksch, der sein Konzept nach der Machtergreifung Hitlers, der Niederlage der österreichischen Sozialisten und dem erdrutschartigen Wahlsieg der SdP präsentierte, doch die kritische Frage auf, woran er diese aus keiner politischen Erfahrung ableitbare Hoffnung knüpfte. Da Jaksch wahrlich kein Politiker war, der die Augen vor bitteren Wahrheiten verschloß oder sich in der Bedrohungssituation auf fundamentalistische Patentrezepte des wissenschaftlichen Sozialismus zurückzog, ist nicht davon auszugehen, daß er sich in der politischen Einordnung der sudetendeutschen Wahlentscheidung vom Mai 1935 so grundlegend geirrt haben kann. Vor dem Hintergrund seiner insgesamt undogmatischen Einschätzung des Wahlergebnisses in der ČSR und der Analyse der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, die dazu geführt haben, kann weiterhin ausgeschlossen werden, daß er sich bei seinen politischen Forderungen von Zweckoptimismus leiten ließ. Für die Entscheidung, die Grundprinzipien seines volkssozialistischen Konzepts auch auf den Kampf gegen die SdP anzuwenden, können demnach nur zwei Motivationen bestimmend gewesen sein: zum einen die Hoffnung, das Unmögliche doch noch möglich werden zu lassen, wenn es im Idealfall gelingen sollte, die verbleibenden demokratischen Gegenkräfte unter den Sudetendeutschen in einer antifaschistischen Bewegung zu einigen und mit Hilfe der verständigungsbereiten Gruppen im tschechischen Regierungslager unverzüglich eine breit angelegte wirtschaftliche und nationale Reformpolitik zu initiieren. Zum anderen muß seinen volkssozialistischen Bestrebungen eine rein machtpolitische Dimension zugeschrieben werden. Denn seine Konzeption kollidierte in jeder Beziehung mit der vom Parteivorstand verfolgten Strategie. Sie politisch voranzutreiben, bedeutete also in jedem Fall zunächst den offenen Machtkampf anzusteuern. Sie als neue Parteidoktrin zu etablieren, bedeutete in logischer Konsequenz, die alte Führung durch den Hauptvertreter des Volkssozialismus - Wenzel Jaksch - zu ersetzen. Waren die Aussichten auf politischen Erfolg für die 'militanten Sozialisten' noch äußerst gering gewesen, da sie über keinen politischen Rückhalt in der SPD verfügten und mit ihrem Aktivismus keine Gegenliebe im versteinerten Apparat fanden, startete Jaksch seine revisionistische Initiative gegen die innenpolitisch und innerparteilich herausgeforderte Czech-Gruppe aus einer denkbar vorteilhaften Ausgangslage.

⁹²⁰ W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 354.

Er war seit dem Sommer 1935 stellvertretender Parteivorsitzender und verfügte über einen großen Bekanntheitsgrad und fachliche Kompetenz im Parteiapparat, so daß er nicht ohne weiteres als intellektueller Parvenü abgestempelt werden konnte wie zuvor die Gruppe der *Dělnická akademie* in der ČSD oder Emil Franzel und die 'Sozialistische Aktion' in der DSAP. Muß der Versuch eines Carlo Mierendorffs, seine Partei noch auf den rechten, erfolgversprechenden Weg gegen den Nationalsozialismus bringen zu wollen, als es für diesen Schritt faktisch schon zu spät war, als eine politisch-historische Tragik gewertet werden, gestalteten sich die Umstände für Jakschs volkssozialistisches Konzept unter persönlichen Gesichtspunkten vollkommen anders. Sollte sein Reformprojekt gelingen, hatte er die Möglichkeit, als Held der Geschichte dazustehen. Sollte es scheitern, waren Schuldige hierfür leicht auszumachen und - wie später geschehen - anzuklagen. In jedem Fall bestanden für ihn dabei beste Voraussetzungen, zum Führer seiner Bewegung zu werden. Diese Umstände nutzte er ab dem Frühjahr 1936 gezielt aus.

Nachdem auch die Czech-Gruppe ihre ablehnende Haltung zu den Überlegungen und Forderungen Jakschs zum Ausdruck gebracht hatte, waren die Diskussionen im theoretischen Organ der DSAP von Seiten der Parteiführung eher auf Vermittlung bedacht. So verweist Hofbauer in seiner Rezension von "Volk und Arbeiter" aufgrund der Signalwirkung des deutschen Faschismus für die Entwicklung in der ČSR einleitend noch einmal auf die Legitimation für seine Partei, "den Ursachen der deutschen Tragödie nachzuspüren, die deutsche Gegenwart zu untersuchen und die neuen Kampfbedingungen und Kampfformen des Sozialismus darzustellen"⁹²¹. Die hierbei von Jaksch angeführten Kritikpunkte - insbesondere an der politischen Fokussierung der SPD auf die Industriearbeiterschaft und der daraus resultierenden Vernachlässigung der Mittelschichten und der Unterschätzung des Entwicklungspotentials im landwirtschaftlichen Sektor - sind nach Hofbauers Ansicht angemessen, mit Bedacht geäußert und stimmen zudem mit den Analysen weiter Teile innerhalb der Sopade überein. Er teilt Jakschs These, daß es für die deutsche Arbeiterbewegung nun vor allem darauf ankomme, die Mittelschichten und die Bauernschaft aus ihrer kapitalistischen Gefolgschaft zu lösen und sie zu überzeugten Verbündeten im Kampf für den Sozialismus zu gewinnen, da der Sozialismus in den Zeiten faschistischer Herrschaft nicht länger nur Schicksalsfrage der Arbeiterklasse, sondern nun auch des gesamten Volkes sei. Daß dies mit der bisher angewandten Strategie nicht zu leisten sein wird, sondern der Sozialismus tatsächlich - wie Jaksch forderte - um die "Seele der Nation" kämpfen mußte, ist für Hofbauer überzeugend. Er kritisiert jedoch, daß Jaksch durch die zentrale Bedeutung des Begriffs "Volk" in seiner Konzeption mit mißverständlichen und mißbrauchten Termini operiert. Zu seinen Gunsten könne es aber auch dahingehend ausgelegt werden, "daß mit dem Wort 'Volk' ... durch die Verbindung mit Sozialismus wirklich ein neuer Inhalt gegeben wird"⁹²². Von den beiden Vorstandsmitgliedern Robert Wiener und Karla Schwelb wurde die Problematik des Volkssozialismus ebenfalls vermittelnd unter der Fragestellung diskutiert, inwiefern eine Revision marxistischer Orthodoxie für die sozialistische Bewegung hinnehmbar resp. erforderlich sei. Beide Autoren warnten in diesem Zusammenhang vor einer Stagnation in

⁹²¹ J. Hofbauer: Volk und Arbeiter, in: Der Kampf 3 (1936), 57-62, S. 58.

⁹²² Ebd., S. 62.

der Sozialismuskritik. Nach Wieners Meinung seien viele der Kritikpunkte Jakschs bereits im Linzer Programm enthalten, so daß "wir als glaubensmäßiges Gegengewicht gegen den faschistischen Massenglauben keinen neuen Glauben erfinden können und auch nicht zu erfinden brauchen, weil wir ihn schon haben: die ewige Sehnsucht der Unterdrückten, die nur im Kampf gegen die Unterdrückung Erfüllung finden können"⁹²³. Solange dies nicht widerlegt ist, seien sowohl die Kritik Jakschs an der vermeintlichen ideologischen Erstarrung des Sozialismus als auch die Gegenargumente Löwensteins und Deutschs keinesfalls weiterführend. Und auch Schwelb zeigte sich skeptisch, daß es einen neuen Sozialismus geben könnte, in dem der Marxismus nicht die zentrale ideologische und theoretische Position einnahm. Eine grundlegende Ablehnung des volkssozialistischen Konzepts könne aber erst dann sinnvoll begründet werden, wenn es tatsächlich eine allseitige Übereinstimmung über die begrifflichen Inhalte des Sozialismus gäbe⁹²⁴.

Demgegenüber wurde Jakschs Arbeit in den theoretischen Organen der ČSD nicht rezensiert, und auch in den sonstigen Diskussionen der Schwesterpartei lassen sich keine Bezugnahmen finden. Dies muß einerseits als ein weiterer Hinweis auf die fehlende Interaktion beider Parteien auf programmatischem Gebiet gewertet werden. Jiří Hájek, der seit dem Frühjahr 1934 neben seinem Engagement in verschiedenen christlich-sozialen Gruppen auch in die sozialdemokratischen Jugend- und Studentenorganisationen integriert war, erinnert sich in seinen Memoiren, daß Jakschs Versuche einer politisch-programmatischen Neuorientierung weder in seinem damaligen politischen Umfeld noch von Seiten der Parteiführung oder der 'Burg-Gruppe' kritisch gesehen wurde. Nicht einmal innerhalb der *Dělnická akademie* wurde es zurückgewiesen. Hájek macht auch keinen Hehl daraus, daß seine Ablehnung des Volkssozialismus vor allem durch die tschechische Diskussion der fünfziger Jahre bestimmt ist⁹²⁵, so daß wir davon ausgehen können, daß der Volkssozialismus als politische Alternative innerhalb der ČSD nicht ernst genommen wurde. Da jedes politische Konzept letztlich nur so gut ist, wie sich Verbündete zu seiner Umsetzung finden lassen, war die Beurteilung des Volkssozialismus durch die tschechischen Sozialisten andererseits jedoch entscheidend für Jakschs Ambitionen, da eine erfolgversprechende Applikation in der ČSR ohne die wohlwollende Unterstützung seitens der ČSD aussichtslos gewesen wäre.

Vordergründig läßt sich die größte Übereinstimmung Jakschs wohl mit der sozialistischen Linken innerhalb der *Dělnická akademie* vermuten. Ebenso wie Jaksch waren auch Čecháček oder Fischer der Ansicht, daß die Arbeiterbewegung für einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus und für den sozialistischen Gesellschaftsumbau ihre soziale Basis ausweiten müsse. Die gesellschaftlichen Zielgruppen wurden mit den Mittelschichten von diesen Flügeln beider Parteien übereinstimmend identifiziert. Gleichfalls teilten beide Gruppen die Ansicht, daß die politische Arbeiterbewegung mit ihrer orthodox-sozialistischen Rhetorik und den alten Kampfmethoden nicht gegen die faschistische Herausforderung werde bestehen können. Der entschei-

⁹²³ R. Wiener: Was ist orthodox?, in: Der Kampf 3 (1936), 481-85, S. 485.

⁹²⁴ Vgl. K. Schwelb: Vom ABC des Marxismus, in: Der Kampf 3 (1936), S. 472-81.

⁹²⁵ Vgl. J. Hájek: Paměti, Praha 1997, S. 42.

dende Unterschied zum Volkssozialismus bestand jedoch darin, daß die tschechische Linke ihre Überlegungen vor allem auf eine rationale, wissenschaftliche Analyse stützte, während Jakschs theoretischer Ausgangspunkt hingegen im nationalen Bereich angesiedelt werden muß. Bezogen sich die Theoretiker der *Dělnická akademie* auf einen empirisch-soziologischen Gesellschaftsbegriff, so benützte Jaksch mit Begriffen wie "Volk", "Nation" oder "nationaler Werkgemeinschaft" Vokabeln, die dort definitiv nicht auftauchten. Und schließlich ging es Jaksch nicht um einen europäischen Sozialismus, sondern um einen deutschen Sozialismus, der zwar in ein europäisches Gesamtsystem eingebettet sein sollte, in seiner Quintessenz aber dennoch ein nationaler Sozialismus blieb.

Deutlich größer mußten sich aber die Differenzen zum Parteizentrum der ČSD gestalten. Während die ČSD-Führung stets bestrebt war, die nationale Frage zu entpolitisieren, rückte sie für Jaksch ab dem Frühjahr 1936 ins Zentrum seiner Politik. Dies zeigte sich - wie im folgenden darzustellen sein wird - besonders deutlich in seinem jungaktivistischen Vorstoß und in dem sich daran anschließenden innerparteilichen Machtkampf. Wie wir gesehen haben, versuchte die ČSD nationalpolitische Reformen auf das Gebiet der schulischen und kulturellen Selbstverwaltung zu reduzieren und sah ansonsten in der Verwirklichung ihrer Vorstellungen von der Wirtschaftsdemokratie die beste Voraussetzung, den Staat auch nationalpolitisch zu konsolidieren. Sie verfolgte also die Strategie, über gezielte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und das Erreichen eines nationalen Proporz' im öffentlichen Dienst einen sozialen Frieden herzustellen, der die Basis zur 'kalten Erledigung' ungewünschter nationalpolitischer Forderungen der Minderheiten bilden sollte. Demgegenüber war Jakschs Strategie darauf ausgerichtet, über eine Instrumentalisierung nationaler Gegensätze nationalpolitische Fortschritte zu erzwingen. Er ging schließlich sogar so weit, mit einer Aufkündigung der sozialdemokratischen Zusammenarbeit in der Regierung zugunsten eines nationalen Bündnisses zu drohen. Auch seine politischen Inhalte waren nicht dazu angetan, von vornherein die politische Unterstützung der ČSD zu erhalten. Sie waren ab dem Frühjahr 1936 darauf ausgerichtet, über eine Reform der Sprachregelung und eine Revision der Staatskonzeption nach austromarxistischem Vorbild die nationale Gleichberechtigung der Minderheiten herbeizuführen.

5.3.3.3 Die innenpolitische Umsetzung des volkssozialistischen Konzepts im Jungaktivismus

Gegenüber der von der Parteiführung verfolgten politischen Strategie, die vor allem die Notwendigkeit internationaler proletarischer Zusammenarbeit in den Vordergrund rückte und auf der Grundlage ihrer Klassenkampffideologie - aber auch als Ergebnis der Analyse politischer Handlungsspielräume im gegebenen politischen System - sozialpolitischen Fortschritten den Vorrang vor der Beseitigung nationaler Ungerechtigkeiten gab, hatte Jaksch schon früh in den zwanziger Jahren ein dezidiertes Interesse für die nationalen Implikationen und Determinanten

der sozialen Frage entwickelt. Ebenso läßt sich bei ihm eine gewisse Frustration über den faktischen Umstand feststellen, daß unter den strukturellen Rahmenbedingungen des Nationalstaates und der Proporzdemokratie die Durchsetzung nationalpolitischer Forderungen der sudetendeutschen Arbeiterbewegung immer und ausschließlich von der Gunst der tschechischen Partner abhingen. Glaubt man den Ergebnissen von *Bachsteins* Jaksch-Biographie, deren Thesen sich ganz wesentlich auf die Befragung ehemaliger politischer Weggefährten stützen, dann hatte Jaksch bereits gegen Ende der zwanziger Jahre Ideen zu einer nationalen Sammlung der Sudetendeutschen unter sozialistischen Vorzeichen entwickelt. Gegenüber Freunden und politischen Vertrauten soll er es als vorrangige Aufgabe der DSAP bezeichnet haben, die bürgerlichen Mittelschichten für eine Zusammenarbeit bei der Beseitigung nationalpolitischer Einschränkungen zu gewinnen. Die ernüchternden Erfahrungen aus seiner Abgeordnetentätigkeit ab 1929 hatten diese Tendenzen offensichtlich verstärkt. Zu Beginn der dreißiger Jahre soll Jaksch hinter vorgehaltener Hand schließlich auch den politischen Schulterschuß mit der tschechischen Linken zur Disposition gestellt haben, dem er seit dem Beginn seiner politischen Laufbahn stets mit Reserviertheit begegnet war. Dieser mache für seine Partei politisch nur einen Sinn, wenn es zu nachhaltigen nationalpolitischen Verbesserungen für die sudetendeutsche Volksgruppe komme⁹²⁶.

Einen wichtigen Wendepunkt für die weitere Haltung der politisch ambitionierten jüngeren Generation in der DSAP, die eine Überwindung der sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise und eine Abwendung reaktionärer Entwicklungen in Europa durch eine aktivere sozialistische Politik herbeizuführen gedachte, stellte der Prager Parteitag von 1932 dar. Der Parteivorstand hatte schon in seinem Bericht an den Parteitag erklärt, daß sich Europa derzeit in einem deutlich auszumachenden Rechtsruck befinde, der das Proletariat auch in der ČSR in eine Defensivstellung dränge. Aus diesem Grund könne es für die DSAP derzeit nur darum gehen, durch den Verbleib in der Regierungskoalition sozialpolitische Errungenschaften zu sichern und politische Machtpositionen im Staatsapparat und im intermediären System zu erhalten. Mit erfolgreichen Initiativen, auch in nationalpolitischen Fragen, sei deshalb auf absehbare Zeit nicht zu rechnen⁹²⁷. Wie *Bachstein* - wiederum auf der Grundlage von Augenzeugenbefragungen - darstellt, begann Jaksch unmittelbar nach dem für seine Auffassung desaströsen Parteitag, hinter den Kulissen ein Oppositionsbündnis gegen die Czech-Gruppe zu schmieden. Seine politischen Partner waren dabei neben Emil Franzel die Vertreter des linken Bodenbacher Kreisverbandes, Richard Reitzner und Fritz Kessel, und der Vorsitzende des Sozialistischen Jugendverbandes,

⁹²⁶ Vgl. Bachstein (1974), a.a.O., S. 34 f. und S. 46 ff.

⁹²⁷ Die Weltwirtschaftskrise - so die These des Parteivorstands anhand der sozialistischen Bündnistheorie - hat "nicht revolutionierend in dem Sinn gewirkt, daß die Kampfergien der Arbeiterklasse gestärkt und neue proletarische Schichten mit Klassenbewußtsein erfüllt wurden, sondern daß viele Proletarier eher in Mutlosigkeit, Resignation und Verzweiflung gestürzt wurden und daß die Krise wohl den Prozeß der Proletarisierung großer Mittelschichten gewaltig beschleunigt hat, ohne daß aber diese soziale Umschichtung schon den Anschluß der Proletarisierten an das klassenbewußte Proletariat bewirkt hätte. Im Gegenteil, es war den Besitzklassen ... möglich, die antikapitalistischen Instinkte dieser Schichten auf dem Wege über den Nationalsozialismus sich wieder dienstbar zu machen." Bericht des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik an den Parteitag in Prag vom Samstag den 29. Oktober bis Dienstag den 1. November 1932, Prag o.J. [1932], S. 3.

Karl Kern⁹²⁸. Daß dieses Bündnis erst Jahre später zum Tragen kam und unter anderen Umständen und in einer verschiedenen Konstellation im Frühjahr 1938 die Ersetzung Czechs durch Jaksch als Parteivorsitzenden bewirkte, hat mehrere Ursachen. Zum einen unternahm Jaksch keine Schritte gegen die politisch-programmatischen Positionen des Parteizentrums die seine Parteikarriere zu gefährden drohten⁹²⁹. Ob dies einem opportunistischen Charakterzug entsprang oder auf einer realistischen Einschätzung von Handlungsspielräumen in gegebenen Machtverhältnissen beruhte, sei dahingestellt. In jedem Fall hielt Jaksch flammende Reden nur in der Provinz und beeilte sich, die dort formulierten Forderungen zu relativieren, sobald sich Widerstände aus der Prager Parteizentrale andeuteten. Einer Gefahr, die durch nachdrückliches Eintreten für eine divergierende Position wie bei Franzel oder den Mitgliedern der "Sozialistischen Aktion" in die innerparteiliche Isolierung führte, setzte er sich niemals aus. Zum anderen läßt sich in den politischen Vorstößen Jakschs in den dreißiger Jahren keinerlei Stringenz feststellen. Dies ist sicherlich vorrangig auf die große Dynamik zurückzuführen, die außenpolitisch vom Deutschen Reich ausging und innenpolitisch ihren Niederschlag im Siegeszug der SHF fand und von allen sozialistischen Theoretikern ein fortlaufendes Umdenken erforderte. Bei Jaksch vollzog sich dieser ständige Wandel von Meinungen und Ansichten zwischen radikalen Forderungen nach einem politisch-programmatischen Neuanfang und einer weitgehenden Anerkennung der taktisch defensiven Parteilinie jedoch derart schnell und unsystematisch, daß er keine programmatische Orientierung für die Opposition bieten konnte⁹³⁰.

Jaksch sprach zwar stets von sozialistischer Aktivität und Aktivierung, füllte diese Begriffe zu unterschiedlichen Zeiten jedoch mit verschiedenen Inhalten. Nach der Gründung der SHF verstand er hierunter zunächst nur die ideologische Klarstellung eigener Positionen gegenüber den Forderungen und dem Auftreten des politischen Gegners. Diese sollten sich vor allem auf die Programmfrage, auf die Volksgemeinschafts- und Ständestaatsideologie sowie nachrangig auf die Person Henleins beschränken. Die propagandistische Aktivität der DSAP müsse sich dabei auf die gesamte erwerbstätige Bevölkerung stützen, um die Arbeiterbewegung zu einem aktiven Gegenpol zu den Faschisten zu machen, die ihren Kampf auf die Fragestellung Faschismus vs. Sozialismus konzentriert⁹³¹. Wenige Monate später verband Jaksch den Gedanken sozialistischer Aktivierung mit einer neuen programmatischen Ausrichtung seiner Partei. In seiner kontroversen Schrift "Was wird aus Österreich?" lehnte er die Errichtung der Diktatur des

⁹²⁸ Vgl. Bachstein (1974), a.a.O., S. 67.

⁹²⁹ Franzel streicht in seinen Memoiren heraus, daß Jaksch stets ein unberechenbarer und wenig zuverlässiger Partner war, dessen Sprunghaftigkeit ein geschlossenes Auftreten der innerparteilichen Opposition immer wieder unterminierte: "Was wir jüngeren, um 1930 zur Opposition in der Partei zählenden Leute schmerzlich erlebten, war der kalte Opportunismus, der Jaksch zu einem sehr unzuverlässigen Partner machte. Er war nicht bereit, seine Karriere zu riskieren, um die Partei rechtzeitig in eine neue Bahn zu führen. Auf den Parteitag hielt er wohl bestechend formulierte Reden, aber er hütete sich, sich mit Czech anzulegen oder die Regie von Taub zu stören." Franzel (1983), a.a.O., S. 184.

⁹³⁰ Bachstein diskutiert diese Problematik allerdings eher unkritisch als "sichtbaren Ausdruck eines ständigen Suchens nach neuen politischen Wegen und Möglichkeiten". Bachstein (1974), a.a.O., S. 35. Der Autor folgt damit der qualitativen Maßgabe von Jakschs politischen Weggefährten, die die Gedenkausgabe seiner Schriftenammlung unter eben diese Überschrift gestellt haben. Vgl. Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wenzel Jaksch. Sucher und Kündler, München 1967.

⁹³¹ Vgl. W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), S. 353-55.

Proletariats als nächsten Schritt in der Geschichtsabfolge in Analogie zum Historischen Materialismus explizit ab und begründete diese Auffassung damit, daß "der Schrei nach einer proletarischen Diktatur in Mitteleuropa zu einer hoffnungslosen Isolierung des sozialistischen Lagers von den mittelständischen Schichten [führt] und die freiheitlichen, antifeudalen Regungen in der Bauernschaft [erschlägt]". Ohne sich - wie für Jaksch typisch - auf konkrete Handlungsschritte festzulegen, erklärte er die Erlangung der Herrschaft über den industriellen Sektor zum vorrangigen Ziel einer anzustrebenden revolutionären Lösung, so daß das Proletariat dann aus einer starken wirtschaftlichen Position heraus eine erfolgversprechende Zusammenarbeit mit den Mittelschichten herstellen könne. Darüber hinaus tauchten bei Jaksch immer wieder Forderungen auf, die deutlich machen, daß er unter sozialistischer Aktivität nur Initiativen seiner Partei auf der parlamentarischen und Regierungsebene verstand, die vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen beinhalten oder auf Forderungen in der Kultur- und Minderheitenfrage hinauslaufen. Im Vorfeld der Wahlen von 1935 strich Jaksch wiederum heraus, daß sozialistische Aktivität insbesondere den Kampf um die Führung der Nation bedeute. Seine strategischen Überlegungen kulminierten jetzt in der Forderung nach einer parteiübergreifenden Sammlung der arbeitenden Volksmehrheit unter planwirtschaftlich-sozialistischen Losungen⁹³². Auf dem Brünner Parteitag im Juni 1935 vertrat er die These, daß selbst nach dem erdrutschartigen Wahlsieg der SdP für seine Partei noch immer die Möglichkeit bestehe, in Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften des tschechischen Volkes die faschistische Herausforderung in der ČSR meistern zu können. Ohne zu diesem Zeitpunkt schon den offenen Machtkampf mit der Czech-Gruppe zu wagen, erklärte er gegenüber den Delegierten, daß es hierzu neben personellen Veränderungen an der Parteispitze vor allem einer "Erneuerung des sozialistischen Weltbildes"⁹³³ bedürfe. Mit dieser Forderung bereitete er seine Partei geschickt auf seine volkssozialistische Politikkonzeption vor, die ihr ein dreiviertel Jahr später in "Volk und Arbeiter" zugänglich gemacht werden sollte. Und schließlich machte Jaksch immer wieder deutlich, daß er unter Aktivierung und Aktivität zum einen eine konzertierte sozialistische Aktion in Mitteleuropa verstand⁹³⁴, und zum anderen auch übernationale Initiativen zu einer Föderalisierung Mitteleuropas, um aus den Donaustaaten ein politisches Gegengewicht zum Deutschen Reich zu schaffen. Da er die Mehrzahl der Nachfolgestaaten für wirtschaftlich nicht lebensfähig hielt und die faktische Kleinstaaterei nach seiner Meinung sinnvolle ökonomische Kooperationen in der Re-

⁹³² Vgl. W. Jaksch: Die Schlacht des Arbeiters um sein Recht und sein Brot, in: Der Kampf 2 (1935), S. 193-95.

⁹³³ "Wir zehren noch immer von dem geistigen Erbe Kautskys, Victor Adlers, Renners, Seligers. Wir dürfen dieses Erbe nicht aufbrauchen, ohne neue Reichtümer sozialistischen Geistes aufgestapelt zu haben. Damit sage ich nichts gegen die ruhmreiche Überlieferung unserer Bewegung. Wir müssen diese Überlieferungen bewahren, aber den Konservatismus in den eigenen Reihen überwinden. Dieser geht durch alle Zonen unserer Bewegung ... Es klafft eine Lücke in unserer Theorie, und das ist die Anwendung des sozialistischen Wissens auf die Psychologie der Völker. Wir alle wissen heute zu wenig darüber, was in der Seele des deutschen Volkes vorgeht. Wir sehen die Abkehr vom Geistigen, aber wir finden keinen Partner auf dem geistigen Kampffelde, denn der Faschismus ist der Abmarsch vom geistigen Kampfboden. Es scheint so zu sein, daß das Faustische in der deutschen Seele gelähmt ist." Zit. nach Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wenzel Jaksch. Sucher und Kündler (1967), a.a.O., S. 121 f.

⁹³⁴ Vgl. W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), 353-55, S. 355.

gion konterkarrierten, nahm die Forderung nach einer Revision der Nachkriegsordnung in seiner Argumentation eine zentrale Stellung ein⁹³⁵.

Die beiden rhetorischen Konstanten, die sich daneben bis gegen Ende des Jahres 1935 in Jakschs programmatischen Äußerungen ausmachen lassen, sind zum einen seine uneingeschränkt positive Einstellung zum tschechoslowakischen Staat und zum unbedingten Verbleib der sudetendeutschen Volksgruppe in der ČSR und zum anderen die Auffassung, daß eine erfolgreiche Arbeit zur Behebung der sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise und zur Abwehr der faschistischen Bedrohung nur im Konsens mit der tschechischen Linken erfolgen kann. Etwa im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1935 läßt sich dann bei Jaksch feststellen, daß er zusehends vom politischen Axiom eines groß angelegten sozialistischen Vorstoßes abließ. Wohl aufgrund der unter den gegebenen Bedingungen eingeschränkten politischen Handlungsspielräume scheint sich bei ihm die Einsicht durchgesetzt zu haben, daß ein Sieg über Henlein nur durch eine Politik der kleinen Schritte zu erreichen sei. Seine Forderungen fokussierte er hier nach vor allem auf die Probleme der Wirtschaftshilfe für die sudetendeutschen Krisengebiete und Fortschritte auf dem Weg zu nationaler Gleichberechtigung. In seiner Rede auf dem Brünner Parteitag machte Jaksch deutlich, daß es in der Regierungspolitik dabei nicht nur um Teillösungen oder in der Auseinandersetzung mit der SdP nicht um die mittelfristige Rückgewinnung verlorener Wählerstimmen gehen darf. "Bei unserer Auseinandersetzung mit der Henleinpartei geht es ums Ganze, geht es um die Führung des sudetendeutschen Volkes und der sudetendeutschen Politik. Und da ist es notwendig, daß wir unsere Qualität gegen die Quantität der Gegner einzusetzen wissen. Denn diese 300 000 Menschen, die uns am 19. Mai gewählt haben, verkörpern einen Qualitätswert, der an Gesinnungstreue die fünfviertel Millionen Henleinwähler zehnmals aufwiegt."⁹³⁶ Die Führung des Volkes glaubte Jaksch dadurch erlangen zu können, indem er die deutsche Frage in der ČSR, die für die Parteiführung im Zeichen der Krise nur von sekundärer Bedeutung war und von der ČSD-Führung nach Möglichkeit zu entpolitisieren versucht wurde, wieder aufrollte und nach neuen Formen des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zusammenlebens suchte.

In der Folgezeit suchte Jaksch eine Brücke zu den bürgerlichen aktivistischen Parteien zu schlagen, die nach der Machtergreifung Hitlers ihre bisherige Zurückhaltung aufgegeben hatten und nunmehr erneut Forderungen nach nationalpolitischen Reformen erhoben⁹³⁷. Die in seiner Schrift "Volk und Arbeiter" begründete Notwendigkeit einer Öffnung der sozialdemokratischen Parteien für nicht-proletarische Bevölkerungsgruppen muß deshalb eindeutig in diesen Zusammenhang gestellt werden, auch wenn er die spezifische sudetendeutsche Problematik nicht direkt behandelte. Zusammen mit dem Koalitionspartner BdL und der DCV gedachte Jaksch, einen Gegenangriff der demokratischen Kräfte gegen die SdP zu starten, in dem die aktivistischen

⁹³⁵ Vgl. W. Jaksch: Mehr Internationalität, mehr Europäertum!, in: Der Kampf 2 (1935), S. 449-52; W. Jaksch: Frankreich und Europa, in: Der Kampf 3 (1936), S. 271-73; W. Jaksch: Zentraleuropa und Westeuropa, in: Der Kampf 3 (1936), S. 381-84.

⁹³⁶ Zit. nach Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wenzel Jaksch. Sucher und Kündler (1967), a.a.O., S. 122.

⁹³⁷ Wie Kracik herausstellt, kann nicht nur beim BdL und bei der DAWG, sondern auch bei der DCV von einer eindeutigen Renaissance nationalistischer Rhetorik gesprochen werden, die schließlich in einer weitgehenden Übernahme nationalsozialistischer Phrasen mündete. Vgl. Kracik (1999), a.a.O., S. 233 ff.

Parteien innerhalb des festgefahrenen politischen Systems der ČSR erstmals zu einer durch gemeinsame Interessen geleiteten initiativen Politik finden sollten. Auf diese Weise sollten die bestehenden tschechisch-deutschen Spannungen abgebaut und ein weiterer Aufstieg Henleins durch gezielte sozioökonomische Krisenmaßnahmen und die Erreichung nationaler Gleichberechtigung verhindert werden. Daß er damit das politische Mißtrauen der tschechischen Parteien schüren mußte, wurde von ihm zu keinem Zeitpunkt problematisiert. Vielmehr begegnete er möglichen realpolitisch begründeten Vorbehalten aus dem tschechischen Regierungslager, indem er zu Recht die national- und sozialpolitische Lösung der sudetendeutschen Frage zum vorrangigen Problem der tschechoslowakischen Staatsraison zu stilisieren suchte.

Innerhalb der DSAP stellte ein derartiger programmatischer Vorstoß zwar kein politisches Novum dar, denn schon die Programmatik der "Sozialistischen Aktion" hatte ungeachtet der unterschiedlichen Rhetorik substantiell dieselben strategischen und taktischen Forderungen erhoben. Doch die Politik des Parteivorstands war in nationalen Fragen bislang ausschließlich auf die Zusammenarbeit mit der ČSD ausgerichtet gewesen. Folglich war ein Parteienbündnis mit dem bürgerlichen aktivistischen Lager auf diesem Gebiet von Czech stets vehement abgelehnt worden. Zwar hatte die ČSD die Forderung nach Schul- und Kulturautonomie 1930 programmatisch festgeschrieben, doch war es seit der Initiative von Schulminister Dérer, nach dessen im Dezember 1932 vorgelegten Reformentwurf national und von der Staatsverwaltung getrennte Schulbehörden eingerichtet werden sollten, zu keinen Ergebnissen gekommen. Die DSAP selbst hatte seit 1934 keine eigenständige Initiative in der Minderheitenfrage mehr ergriffen, und im Wahlkampf hatte sich die Partei weniger als Vertreterin nationaler, denn sozialistischer Interessen präsentiert⁹³⁸.

Vom BdL und der DCV wurde der Vorstoß Jakschs dankbar aufgenommen. Man war sich hier darüber im klaren, daß die sudetendeutschen Aktivisten ohne vorzeigbare nationalpolitische Erfolge noch schneller ihre innerparteiliche Unterstützung und damit auch Wählerstimmen an die SdP verlieren würde, was mittelfristig ebenfalls Auswirkungen auf ihren politischen Aktionsradius in der Regierungskoalition haben mußte. Als eine wichtige Voraussetzung wurde hierfür die Tatsache gewertet, daß innerhalb der sudetendeutschen Sozialdemokratie nun durch Jaksch eine programmatische Neuorientierung vollzogen wurde, die sich von der stets überwiegenden klassenkämpferischen Prämisse bei der Bewertung der nationalen Frage löste. Hiermit schien den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit eines sudetendeutschen Parteienbündnisses auf der Grundlage nationalpolitischer Forderungen, das die DSAP von ihrer engen Bindung an das tschechische Regierungslager zu lösen versprach und daher bislang von der Czech-Gruppe abgelehnt worden war, erstmals in realistische Reichweite gelangt zu sein.

Politische Partner für diese Neuausrichtung des sudetendeutschen Aktivismus fand Jaksch in Gustav Hacker vom BdL und Hans Schütz von der DCV. Alle drei waren etwa gleichaltrig⁹³⁹. Sie traten am 26.4.1936 an unterschiedlichen Orten mit ihrem gemeinsamen programmatischen

⁹³⁸ Vgl. Bachstein (1974), a.a.O., S. 78.

⁹³⁹ Jaksch war im Jahr 1896 geboren worden, Hacker 1900 und Schütz 1901.

Anliegen, das fortan als 'Jungaktivismus' bezeichnet wurde, an die Öffentlichkeit⁹⁴⁰. Jaksch, der sich bei seinen Forderungen am weitesten exponierte, hatte den Vorstoß der Jungaktivisten in einer Rede vor Funktionären der Bodenbacher Kreisorganisation, in der er für die Verhältnisse in der DSAP überzogen nationalistische Töne anschlug⁹⁴¹, innerparteilich vorzubereiten gesucht. Diese Rede stellt insofern einen Wendepunkt in der Parteigeschichte dar, als daß hier erstmals die bislang politikleitenden Axiome der DSAP explizit zur Disposition gestellt wurden. Dies gilt insbesondere für das Problem der Partnerschaft in nationalpolitischen Fragen. In der jetzigen Situation, so Jakschs These, könne sich die DSAP nicht mehr nur auf die tschechische Schwesterpartei und die demokratischen Kräfte im Regierungslager verlassen, sondern sei "auf die Bundesgenossenschaft der deutschen Bauern, Handwerker und Intelligenzschicht angewiesen. Solange die tschechischen Arbeiter trotz ihrer demokratisch-sozialistischen Grundhaltung in nationalen Fragen mit anderen politischen Gruppen ihres Volkes zusammengehen, muß diese Freiheit auch für uns gelten."⁹⁴² Diesen weitreichenden Schritt begründet Jaksch gegenüber seinen Parteifreunden damit, daß die Sudetendeutschen, die er als "das unglücklichste, das proletarischste Volk des Erdteils" bezeichnet, durch die Vielzahl wirtschaftlicher Krisen, von denen sie betroffen sind⁹⁴³, "ihre geistige Selbstbestimmung" verloren haben und deshalb nicht in der Lage sind, von "ihren eigenen Standorten aus politisch zu denken". Henlein, dem es lediglich gelungen sei, die Sudetendeutschen durch Negation zu einigen, steuere sie auf den nationalen Abgrund zu. Um sie "vor Rückschlägen zu bewahren, die größer würden als jene der Hussitenzeit und des Dreißigjährigen Krieges"⁹⁴⁴, erfordere es nun die enge Zusammenarbeit im aktivistischen Lager. Ziel dieser Zusammenarbeit müsse es sein, eine komplette Reform der tschecho-

⁹⁴⁰ Die drei Reden sind mit unterschiedlichen Kürzungen abgedruckt bei Habel (1984), a.a.O., S. 184 ff. und bei E. Nittner (Hrsg.): Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1918-1967, München 1967, S. 140 ff. Vgl. auch die Darstellung und Interpretation bei Kracik (1999), a.a.O., S. 324 f.

⁹⁴¹ Er bediente sich hier einer Reihe populistischer Argumente, die im Nationalitätenkampf in den böhmischen Ländern seit langem geläufig, wenig originell und zudem eher auf Konfrontation, denn auf Verständigung ausgerichtet waren: Die Sudetendeutschen seien 1918 vom Verfassungsaufbau ausgeschlossen worden, und seither seien alle nationalpolitischen Fragen einseitig oder gar nicht gelöst worden. Die Sudetendeutschen seien keine ethnische Minderheit, sondern ein "durchgebildeter Volkskörper", der nur aufgrund einer tragischen Sonderentwicklung keinen eigenständigen Staat habe. Während sich die tschechische Seite über die Beseitigung schädlicher Überspannungen des Zentralismus Gedanken mache, würden den Sudetendeutschen ihre letzten Sektionen in den Landeskulturräten und bei den Sozialversicherungsträgern streitig gemacht. Neben der offiziellen bestehe in der ČSR eine inoffizielle Nationalitätenpolitik der "kleinen nationalen Nadelstiche" und der Verstärkung nationaler Ungleichheiten durch "die nationalen tschechischen Kampfvereine". Die Ersetzung deutscher Eisenbahnarbeiter und Briefträger durch Tschechen sei Ausdruck für eine "gesteigerte nationale Durchdringungspolitik in den Grenzgebieten. W. Jaksch: Schicksalsfragen der tschechoslowakischen Politik, zit. nach Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wenzel Jaksch. Sucher und Kündler, München 1967, 140-44, S. 142 f. Im Seliger-Archiv befindet sich ein nahezu identischer Text mit der Überschrift W. Jaksch: Wird er gelingen? Nationalpolitischer Vorstoß der deutschen Sozialdemokraten. AsD, Seliger-Archiv, Sign. 1900 (Dokumentation Aktivismus 1920-1939).

⁹⁴² W. Jaksch: Schicksalsfragen der tschechoslowakischen Politik, zit. nach Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wenzel Jaksch. Sucher und Kündler (1967), a.a.O., 140-44, S. 141.

⁹⁴³ "Sie sind von fünf Krisen gleichzeitig heimgesucht: 1. von der Strukturkrise des Kapitalismus, die sich mit unerhörter Kraft in den dichtbesiedelten sudetendeutschen Industriegebieten auswirkt; 2. von der großen Positionskrise des Erdteils, die sich in dem Verlust des west- und mitteleuropäischen Industriemonopols in der Weltwirtschaft äußert; 3. durch den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands seit 1914, der über die Grenzen wirkt; 4. durch die Zerstückelung des alten Österreich-Ungarn, die wir mit dem Verlust der wichtigsten Absatzmärkte bezahlen mußten; 5. durch die Industrialisierung auch der tschechischen landwirtschaftlichen Gebiete, die unsere erschütterte Industriebasis noch mehr schmälert." Ebd., S. 140 f.

⁹⁴⁴ Ebd., S. 141 f.

slowakischen Staatskonzeption anzustreben. Als Vorlage hierzu sollten die Grundlagen des Brüner Nationalitätenprogramms von 1899 dienen, durch die die bestehenden Benachteiligungen der Sudetendeutschen im öffentlichen Dienst und in der Sprachenfrage aufgehoben würden. Hiermit war die Möglichkeit einer Verfassungsänderung zumindest impliziert. Dieser Weg, so Jakschs feste Überzeugung, müsse auch im Interesse der Tschechen liegen. Denn ohne eine Stützung der aktivistischen Parteien und ohne politische Zugeständnisse an ihre Forderungen werde eine innere Stabilisierung der ČSR nicht zu erreichen sein⁹⁴⁵. Zu diesem Zeitpunkt hatte die SdP bereits bedeutend mehr registrierte Mitglieder als die DSAP zuvor an Wählerstimmen erlangen konnte⁹⁴⁶.

In einem im Mai in der renommierten Zeitschrift "Přítomnost" veröffentlichten Interview erläuterten die drei Jungaktivisten die politischen Grundzüge ihres gemeinsamen Anliegens. Dabei verwiesen sie zuerst auf die Notwendigkeit, einer absehbaren Verschärfung des tschechischen Nationalismus, die sich aus dem Zwang zur Staatsverteidigung zwangsläufig ergeben muß, durch ein nachdrückliches Bekenntnis zum Staat vorzubeugen. Hierdurch sollte die tschechische politische Öffentlichkeit gezwungen werden, deutlicher zwischen staatsfeindlichen und staatsstreuen Sudetendeutschen zu differenzieren. Weiterhin glaubten sie, durch die Bekundung eines neuen, verbindenden Willens zu aktiver politischer Mitgestaltung zu einer Konsolidierung des aktivistischen Lagers beisteuern und dadurch den sudetendeutschen Aktivismus aus seiner bisherigen Defensivhaltung herausführen und die Sudetendeutschen zu einem Subjekt der innerstaatlichen Politik machen zu können. Schließlich erläuterten Jaksch, Schütz und Hacker, daß sie vor allem ihr Bekenntnis zur Demokratie und zum tschechoslowakischen Staat von der SdP unterscheide⁹⁴⁷. Insgesamt stellte dieser Versuch der jungen Funktionäre zur Aktivierung des tschechisch-deutschen Verhältnisses eine sehr fragile Konstruktion dar. Neben den Widerständen, die aus den eigenen Parteien zu erwarten waren, war der Jungaktivismus auf Gedeih und Verderb auf die Unterstützung der tschechischen Koalitionsparteien angewiesen. Um diese zu erhalten, durften die Forderungen nicht zu weit gehen. Wollten sie jedoch einer fortlaufenden Radikalisierung der Sudetendeutschen entgegenwirken, mußte in diesem politischen Konzept gerade in der nationalen Frage eine deutlich schärfere Gangart gegenüber den tschechischen Partnern eingeschlagen werden.

Von der tschechischen Seite wurde der Jungaktivismus durchgängig begrüßt, und es wurde seinen Protagonisten von führenden Partei- und Staatsvertretern, vor allem aus dem Umfeld der

⁹⁴⁵ "Wir können an den Grenzen keine Maginot-Linie bauen, deshalb muß sich der tschechoslowakische Staat einen Festungsgürtel von staatsstreuen Deutschen sichern ... Gelingt es ihr [der ČSR, C. S.], an ihren Grenzen den nationalen Frieden herzustellen, wird sie erhöhte Verteidigungskraft gewinnen und moralisch unangreifbar sein." Ebd., S. 143 f.

⁹⁴⁶ Die DSAP hatte bei den Parlamentswahlen von 1935 insgesamt 299.942 Stimmen erhalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch (1937), S. 279. Bei proportionaler Entwicklung ist davon auszugehen, daß die SdP im Frühjahr 1936 schon mehr als 400.000 Mitglieder in ihren Reihen zählte. Vgl. die Aufstellung der Mitgliederentwicklung der SdP bei V. Král (1964), a.a.O., Dok. 88, S. 151 f.

⁹⁴⁷ Vgl. Zd. Smetáček: Co je to novoaktivismus, in: Přítomnost 13 (1936), S. 289-90. Diese Zeitschrift sollte für die weitere Transmission jungaktivistischer Forderungen in die tschechische politische Öffentlichkeit das entscheidende Forum bleiben. Das Interview findet sich in leicht gekürzter Form auch in Nittner (1967), S. 146-48.

'Burg' und der tschechischen Linken, im Laufe des Jahres 1936 immer wieder öffentlich in Aussicht gestellt, daß das deutsche Problem in der ČSR einer praktikablen und gerechten Lösung zugeführt werden sollte⁹⁴⁸. Trotz den damit feststellbaren substantiellen Veränderungen tschechischer Haltungen zur Frage der nationalen Minderheiten darf aber nicht übersehen werden, daß die Rahmenbedingungen für Reformen sich seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, als Masaryk sich überraschend positiv zu einer möglichen nationalen und kulturellen Autonomie geäußert und damit eine breite publizistische Debatte über das Verhältnis der tschechischen Politik zu den deutschsprachigen Staatsbürgern initiiert hatte, die 1930 wiederum maßgebend für die Aufnahme der Forderung nach Schul- und Kulturautonomie in das Parteiprogramm der ČSD war, grundlegend geändert hatten. Die damals zumindest theoretisch offenen nationalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten waren im Frühjahr 1936 durch die völkisch-nationalistische Radikalisierung der Sudetendeutschen bei gleichzeitig anwachsenden Tendenzen in der tschechischen Öffentlichkeit zu nationaler Abgrenzung und die aggressiver werdende Außenpolitik des Deutschen Reichs nicht länger vorhanden. Autonomieregelungen hätten nach dem triumphalen Wahlerfolg Henleins bedeutet, SdP-Funktionäre in wichtige Staatsfunktionen zu bringen, was nicht im Interesse der tschechischen und jungaktivistischen Politiker liegen konnte. Hatte Minister Bechyně noch im Dezember 1934 erklärt, "ein neues Staatsvolk ist im Werden"⁹⁴⁹, so fielen die nun auf den jungaktivistischen Vorstoß getätigten Äußerungen sehr viel relativierender aus. Der im Februar neu in sein Amt gekommene Außenminister Kamil Krofta machte im Mai zwar deutlich, daß die Nationalstaatskonzeption aus einer besonderen historischen Situation heraus erwachsen, daß aber eine Anerkennung der Sudetendeutschen als zweites Staatsvolk deshalb dennoch perspektivisch möglich sei, und er wiederholte diese Position im Laufe des Jahres 1936 mehrfach⁹⁵⁰. Auch Staatspräsident Beneš wurde im Sommer 1936 in dieser Frage aktiv. Er bereiste die Krisengebiete und bot sich als politischer Vermittler zwischen den Jungaktivisten und der Regierung Hodža an. In seinen Reden an die deutschsprachigen Staatsbürger räumte er zwar Versäumnisse in der Minderheitenpolitik ein, blieb jedoch mit seinen politischen Aussagen hinter den weitreichenden Überlegungen seines Amtsvorgängers zurück. Autonomistische und föderative Lösungen kamen für ihn nicht in Frage. Er sprach nur von Dezentralisierung⁹⁵¹. Von der Regierung wurde der Jungaktivismus dahingehend unterstützt, daß umgehend mit dem DCV Verhandlungen über einen Regierungseintritt eingeleitet wurden, die schon am 2.7.1936 mit der Ernennung Erwin Zajičeks zum Minister ohne Portfolio abgeschlossen werden konnten.

Doch auch von der DSAP-Führung und den sozialdemokratischen Gewerkschaften bekam der Jungaktivismus schließlich eine - zumindest indirekte - Unterstützung. Als nach einem halben Jahr außer unverbindlichen Sympathiebekundungen und Erklärungen zu grundsätzlicher

⁹⁴⁸ Aus den Reihen der Seliger-Gemeinde wurde dies jedoch später bestritten. Vgl. Paul: Was nicht ... , Bd. 3, S. 54; und Jaksch: Um Seligers Erbe, in: Sudeten-Jahrbuch 1961, 17-26, S. 22.

⁹⁴⁹ "Ein neues Staatsvolk ist im Werden und ein großer Teil der Deutschen ist bereit, der Republik in allen Gefahren zu folgen. Diese Entwicklung darf nicht durch Haß gestört werden." R. Bechyně auf einer Parteikundgebung, zit. nach Kracik (1999), a.a.O., S. 328.

⁹⁵⁰ Vgl. ebd., S. 327; und Brügel (1960), a.a.O., S. 142 f.

⁹⁵¹ Vgl. Kural (1993), a.a.O., S. 151 f.

Verhandlungsbereitschaft vom tschechischen Regierungslager keine konkreten Reformschritte eingeleitet worden waren und die Initiative Jakschs, Schütz' und Hackers im Sande zu verlaufen drohte, fand sich Mitte November eine Parteidelegation beim Ministerpräsidenten ein, der neben Jaksch auch Ludwig Czech und Generalsekretär Siegfried Taub angehörten. Sie verlangten von Hodža die Aufstellung eines Katalogs von wirtschaftlichen Sofortmaßnahmen für die nordböhmische Krisenregion, die Einführung des nationalen Proporztes in der Staatsverwaltung sowie Transparenz und Vergabegerechtigkeit bei öffentlichen Ausschreibungen⁹⁵². Die mangelhafte Quellenlage läßt allerdings keine verlässliche Aussage darüber zu, ob die Parteiführung mit diesem Schritt tatsächlich den jungaktivistischen Forderungen Nachdruck zu verleihen suchte und sich damit ein Stück weit von ihrer bislang verfolgten politischen Strategie löste, oder ob die Anrufung Hodžas als eigenständige, vom Jungaktivismus unabhängige Initiative gewertet werden muß. Da dieser Appell an Hodža im ansonsten sehr detaillierten Rechenschaftsbericht an den Parteitag von 1938⁹⁵³ nicht erwähnt wird, ist davon auszugehen, daß hiermit nicht notwendigerweise beabsichtigt war, das vom Parteikurs abweichende Vorgehen Jakschs nun offiziell zu legitimieren. Schließlich kritisierte Jaksch in einem späteren Beitrag, daß das sozialdemokratische Memorandum zu diesem Zeitpunkt die viel offensivere Forderung nach einer Abkehr vom Nationalstaatsprinzip hätte beinhalten müssen⁹⁵⁴.

Parallel appellierten die drei Jungaktivisten in einem gemeinsamen Aufruf, der am 18.11.1936 wiederum in der Zeitschrift "Přítomnost" veröffentlicht wurde, an die tschechische politische Öffentlichkeit, daß die Umstände für die erforderliche Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen nach wie vor günstig seien, jede Verzögerung dieser "historischen Aufgabe" jedoch dem Gegner in die Hände spiele. Um die Sudetendeutschen vom derzeitigen Zustand einer theoretischen in die Position einer tatsächlichen Gleichberechtigung in der Gesellschaft zu bringen, bedarf es jedoch mehr als nur guten Willens. "Die berufenen Leute beider Nationen müssen sich endlich mit dem festen Willen zur Einigung an den grünen Tisch setzen" und eine verbindliche Neuregelung "in Fragen des öffentlichen Dienstes, der Sprachenpraxis, der Schulverwaltung und der staatlichen Investitionspolitik"⁹⁵⁵ erarbeiten. Auch dieser Aufruf erhielt eine positive Resonanz. Der sozialdemokratische Publizist Zdeněk Smetáček, der sich in der Folgeausgabe der "Přítomnost" auch auf die zustimmenden Kommentare aus den beiden sozialdemokratischen und agrarischen Parteiorganen bezieht, nennt den Aufruf der Jungaktivisten "ganz vernünftig und keinesfalls überzogen" und verweist schließlich darauf, daß sie "ihre Forderungen so elastisch begreifen, daß sie bereit sind, sie von Fall zu Fall abzugrenzen, je nach den Erfordernissen in den einzelnen Ressorts der Staatsverwaltung"⁹⁵⁶. In der Folgezeit traten die drei jungen Politiker vereinzelt wieder an die Öffentlichkeit, doch war es - wie *Kracik* pointiert formuliert - "zu einer breiten jungaktivistischen Bewegung innerhalb der jeweiligen Parteien oder darüber hinaus ... nicht gekommen. Ihr Verdienst war es jedoch, den nationalpolitischen

⁹⁵² Vgl. Sozialdemokrat, 14.11.1936.

⁹⁵³ Vgl. Fünf Jahre Kampf und Arbeit! (1938), a.a.O.

⁹⁵⁴ Vgl. W. Jaksch: Um Seligers Erbe (1961), a.a.O., S. 22.

⁹⁵⁵ H. Schütz/G. Hecker/W. Jaksch: Otázka českým politikům, in: Přítomnost 13 (1936), S. 721-22.

⁹⁵⁶ Oč jde dnes německému aktivismu?, in: Přítomnost 13 (1936), S. 737-38.

Anliegen der aktivistischen Parteien einen öffentlich wirksamen Impuls verliehen und den Versuch gewagt zu haben, die zumeist der SdP verfallene jüngere Generation für den Gedanken der tschechisch-deutschen Verständigung zurückzugewinnen. Das eigentliche politische Handeln bestimmten nach wie vor die Parteiführungen, in denen freilich Hacker und Jaksch mittlerweile einen gewichtigen Platz eingenommen hatten. Sie setzten jetzt alles daran, mit der Regierung, vor allem mit Hodža, über ihre Forderungen zu verhandeln."⁹⁵⁷

Im Zuge des nunmehr für Reformen sichtlich aufgehellten innenpolitischen Klimas überreichten die drei aktivistischen Parteien Ministerpräsident Hodža Ende Januar 1937 ein gemeinsames Memorandum mit problembezogenen Forderungen zur Verbesserung der Lage der sudetendeutschen Bevölkerung. Als Minimalposition waren hier unter sieben Punkten Reformvorschläge erarbeitet worden, die sich alle im Rahmen der Verfassung hätten verwirklichen lassen. Sie beinhalteten konkrete Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die Anerkennung eines Bevölkerungsschlüssels im öffentlichen Dienst und in der Verwaltungspraxis, nationale Trennung in den Bereichen Jugendfürsorge, Schul- und Kultureinrichtungen, allgemeine Erleichterungen in der Sprachenpraxis im Behördenverkehr und in den gesetzgebenden Vertretungen sowie die Einsetzung einer parlamentarischen Beschwerdekommision⁹⁵⁸. Der Umstand, daß im Memorandum keine Autonomieforderungen auftauchten, ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß auch die Aktivisten nicht riskieren wollten, daß sich auf diese Weise eine nationalsozialistische Enklave innerhalb der ČSR bildete⁹⁵⁹. Auf dieser Grundlage formulierte die Regierung am 17.2.1937 Richtlinien für die weitere Behandlung der Minderheitenfrage und der Minderheitenpolitik, die als das sog. 'Feber-Abkommen' in den politischen Sprachgebrauch eingegangen sind⁹⁶⁰. Das Abkommen stellte somit keine Gesetzesvorlage dar, nicht einmal eine Regierungsverordnung, sondern blieb lediglich eine unverbindliche Richtlinie. In ihren meisten Punkten war es zudem sehr vage formuliert, so daß sich eine politische Verbindlichkeit nicht ohne weiteres aus ihm ableiten ließ. Als problematisch für die spätere Durchsetzbarkeit des Abkommens sollte sich erweisen, daß es nicht das Ergebnis eines breiten öffentlichen Dialogs war oder zumindest auf der parlamentarischen Ebene erarbeitet worden war, sondern einmal mehr von wenigen Entscheidungsträgern hinter verschlossenen Tür 'ausgekungelt' wurde. Schon diese Art des Zustandekommens des Febrarausgleichs mußte seine Legitimität im Sinne parlamentarischer Demokratie als zweifelhaft erscheinen lassen und förderte sicherlich nicht seine allgemeine Akzeptanz in beiden nationalen Lagern. Das größte Versäumnis des Abkommens bestand nach verbreiteter

⁹⁵⁷ Kracik (1999), a.a.O., S. 336.

⁹⁵⁸ Der vollständige Text des Dokuments ist abgedruckt in: Habel (1984), a.a.O., S. 190-91.

⁹⁵⁹ Vgl. Kural (1993), a.a.O., S. 153.

⁹⁶⁰ Das Dokument ist abgedruckt bei Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wenzel Jaksch. Sucher und Kändler (1967), a.a.O., S. 167-68. Es umfaßte 1. eine neue Praxis bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, 2. die Anerkennung des Bevölkerungsproporz im öffentlichen Dienst, 3. die staatliche Förderung sudetendeutscher Fürsorgeeinrichtungen, 4. die Erhöhung staatlicher Mittel für die Träger in der sudetendeutschen Kulturarbeit und 5. punktuelle Erleichterungen in der Sprachenfrage, ohne jedoch dadurch, wie gefordert, eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Praxis einzuleiten. Dies ist damit zu erklären, daß Hodža zum einen an einer verfassungsrechtlichen Neuregelung des deutschen Minderheitenstatus sicherlich nicht interessiert war und zum anderen in diesem Kommuniqué ohne die politische Einbeziehung der Legislative keine weitergehenden Zugeständnisse machen konnte. Vgl. Wingfield (1989), a.a.O., S. 151.

Meinung jedoch darin, daß die zentrale Frage der Staatskonzeption nicht berührt wurde. In diesem Zusammenhang vertritt *Kural* die These, daß die Aufrechterhaltung des Nationalstaatsprinzips und die fortwährende Nichtanerkennung der Konsequenzen der multinationalen Zusammensetzung der ČSR für die zu definierende Staatskonzeption, die in den ersten Jahren der Republik noch nachvollziehbar waren, im Zeichen der fortschreitenden inneren und äußeren Existenzbedrohung eine grobe Fahrlässigkeit darstellten. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die Sudetendeutschen, sondern auch auf die anderen Nationalitäten. Dieses Ausbleiben läßt sich nach *Kural* nur dadurch erklären, daß das Nationalstaatsprinzip nach wie vor als Sinn der tschechischen Geschichte und als sein höchster Wert verstanden wurde. Demnach hatten die tschechischen Regierungsparteien nicht verstanden, daß sie in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre vor dem Hintergrund der innen- und außenpolitischen Dynamik, die vom Druck des Deutschen Reichs und der Henleinbewegung ausging, in ihrer Nationalitätenpolitik nicht mehr so frei manövrieren konnten wie im zurückliegenden Jahrzehnt. In der Situation zu Beginn des Jahres 1937 ging es nicht mehr ausschließlich darum, durch eine verfehlte Politik Regierungsmehrheiten aufs Spiel zu setzen, sondern das tschechische Regierungslager lief Gefahr, die staatlichen Minderheiten unwiderruflich in die Irredenta zu treiben. Als die Frage der Nationalstaatskonzeption im folgenden Frühjahr erneut auf die politische Agenda gesetzt wurde, waren es nicht länger die aktivistischen Parteien, die die Forderungen formulierten. Nun stellten Hitler und Henlein - unterstützt von der westlichen *appeasement*-Politik - die Bedingungen, die in ihrer Substanz und Folgewirkung auf eine Zerschlagung der ČSR hinausliefen⁹⁶¹.

Auch wenn die Mehrzahl der Forderungen aus dem Memorandum sich nicht im Abkommen wiederfanden, bestand für die aktivistischen Parteien dessen Bedeutung vor allem darin, daß hierin erstmals regierungsoffiziell das Bestehen nationaler Benachteiligungen auf gleich mehreren Feldern des öffentlichen Lebens zugestanden wurde. Die von nationalpolitischen Erfolgen bislang nicht gerade verwöhnte DSAP initiierte sogleich eine öffentlichkeitswirksame Kampagne für die Durchsetzung des Abkommens. Dabei strich sie ihre auf Verständigung ausgerichtete Initiativpolitik heraus und stellte sie der ausschließlich destruktiven Parlamentstätigkeit der SdP gegenüber, die keine Fortschritte bringen, sondern ganz im Gegenteil eine Verschlechterung der nationalpolitischen Stellung der Sudetendeutschen bewirken wird. Zur administrativen Einflußnahme auf die Umsetzung der Februar-Richtlinien wurde am 1.4.1937 in den Arbeitsräumen der DSAP-Fraktion die "Zentralstelle der aktivistischen Parteien" eingerichtet, deren Leitung Willi Wanka übernahm. Dieses Koordinationsorgan sollte mit seinen zwei Landes- sowie 81 Bezirksstellen die lokalen Behörden bei der Einstellung deutschsprachiger Staatsdiener und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge beraten und überwachen⁹⁶².

Die tschechischen Sozialdemokraten verteidigten zwar das Abkommen gegen Angriffe aus dem nationalistischen Lager. Es läßt sich jedoch ebenfalls feststellen, daß sie in ihren internen Beratungen ein insgesamt ambivalentes Verhältnis zu den sudetendeutschen Forderungen und

⁹⁶¹ Vgl. Kural (1993), a.a.O., S. 154 f.

⁹⁶² Auf diese Weise ließen sich dann sehr leicht Verstöße tschechischer Behörden gegen die Regierungsrichtlinien dokumentieren. Vgl. dazu Kracik (1999), a.a.O., S. 354 ff.

auch zu den Regierungsrichtlinien entwickelten. Als unmittelbare Reaktion auf das Memorandum der aktivistischen Parteien erklärte Hampl dem Vorstand, daß er sich beim Postminister persönlich für die verstärkte Aufnahme Deutscher in den Staatsdienst einsetzen wolle⁹⁶³. Von einer Abkehr der Partei von ihrem bisherigen Kurs, die nationale Frage zu entpolitisieren, indem nationalpolitische Reformen nach Möglichkeit auf das Gebiet von Schul- und Kulturfragen beschränkt blieben, läßt sich jedoch nichts feststellen. Folglich ergriff die Partei auch keine Initiativen, die auf eine qualitative Verbesserung der Regierungsrichtlinien abzielten. Im Gegensatz zu Jaksch, dessen nationalpolitische Haltung nur vom Konflikt seiner Partei mit der SdP bestimmt war, spielten für die ČSD-Führung nämlich auch die Auswirkungen, die die tschechisch-deutschen Verhandlungen bei den übrigen nationalen Minderheiten hervorrufen würden, eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang äußerte sich Generalsekretär Dundr am 10.3.1937 gegenüber dem Parteivorstand sehr besorgt über die Forderung der polnischen Sozialdemokraten, nunmehr auch mit ihnen in Verhandlungen zu treten. Der Parteivorstand entschloß sich daher, auf die polnischen Genossen unbedingt bremsend einwirken zu müssen⁹⁶⁴. Aus diesem Grund zeigte sich Minister Dérer Mitte Februar auch erleichtert, daß sich der Großteil der von Hodža angestrebten Reformen auf dem Verordnungsweg herbeiführen lasse, eine parlamentarische Auseinandersetzung im Gesetzgebungsverfahren somit umgangen werden könne. Gleichzeitig wurden aber auch Befürchtungen laut, daß den Sudetendeutschen mehr versprochen werde, als sich nachher politisch realisieren lasse. František Modráček ging sogar so weit, die tschechisch-deutschen Verhandlungen in der augenblicklichen Situation für unangemessen zu bezeichnen. Mit dieser Sichtweise blieb er im Parteivorstand jedoch isoliert⁹⁶⁵.

Doch auch bei der jüngeren Generation innerhalb der ČSD, die ihre politische Sozialisation im Gegensatz zu den Mitgliedern des Parteivorstands nicht in der Situation nationaler Unterdrückung erfahren hatte und die große Bedeutung eines tschechisch-deutschen Ausgleichs dementsprechend vorurteilsfreier als politische Notwendigkeit bewerten und einfordern konnte, lassen sich zu diesem Zeitpunkt Veränderungen feststellen. Von den Protagonisten in der *Dělnická akademie* wurde zwar nach wie vor der Anspruch erhoben, die Regierung müsse mit ihrer Nationalitätenpolitik einen Zustand herbeiführen, der es den Sudetendeutschen erlaube, im Bewußtsein zu leben, die zweite Staatsnation zu sein, und am Feber-Abkommen wurde kritisiert, daß es eben dies nicht zu leisten vermag⁹⁶⁶. Andererseits wurde aber auch hier konstatiert, daß eine Annäherung beider Völker nicht möglich sei, solange die sudetendeutsche Volksgruppe "von einem mystischen Größenwahn"⁹⁶⁷ befallen sei. Aus diesen Grund komme auch eine nationale Autonomie für die Sudetendeutschen, die bislang immerhin als reale Möglichkeit diskutiert wurde, unter diesen Umständen auf absehbare Zeit nicht in Frage.

Das innenpolitische Gerangel um den Jungaktivismus und die sicherlich ermüdenden und frustrierenden Versuche seiner Protagonisten, mit der tschechischen Seite den notwendigen Re-

⁹⁶³ Protokoll der Vorstandssitzung v. 28.1.1937. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 305-09.

⁹⁶⁴ Protokoll der Vorstandssitzung v. 10.3.1937. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 318-22.

⁹⁶⁵ Protokoll der Vorstandssitzung v. 11.2.1937. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 310-14.

⁹⁶⁶ Vgl. J. Fischer: K aktivnímu národnímu dorozumění, in: *Dělnická osvěta* 23 (1937), 41-45, S. 43.

⁹⁶⁷ R. Foustka: Konrad Henlein, Praha 1937, S. 130.

formdialog zu eröffnen, bewirkten bei Jaksch, daß er sich zum einen immer weiter von sozialistischen Ansätzen zur Überwindung der Krise entfernte und sich sein politisches Interesse nur noch auf Fragen des tschechisch-deutschen Zusammenlebens konzentrierte⁹⁶⁸. Zum anderen läßt sich eine zunehmende Verschärfung in seinen nationalpolitischen Forderungen feststellen, die deutlich über die in seiner Partei vertretenen Positionen hinausging und somit auch eine Kollision mit den tschechischen Sozialisten nach sich ziehen mußten. Ab diesem Zeitpunkt stellte sich bei Jaksch ganz offensichtlich die Bereitschaft ein, ähnliche Ansprüche wie die SdP zu erheben, ohne aber irredentistische Ziele zu verfolgen. Er ging folglich von der Überzeugung aus, daß das aktivistische Lager kein politisches Terrain zurückgewinnen konnte, wenn es nicht zügig einer vollständigen nationalen Gleichberechtigung der Sudetendeutschen deutlich näher kam. Ende 1936 forderte Jaksch deshalb in einer Rede, die er zunächst wiederum in der nordböhmischen Provinz von Aussig hielt, eine Revision der Versailler Ordnung auch in der ČSR und somit die Anerkennung der Sudetendeutschen als zweites Staatsvolk⁹⁶⁹. Doch auch im theoretischen Organ der Partei formulierte Jaksch parallel zum Memorandum der aktivistischen Parteien an Ministerpräsident Hodža nationalpolitische Standpunkte, die den Inhalt dieses Papiers nachdrücklich überschritten. "Weil eben die außenpolitische Unsicherheit die einzige Sicherheit ist, mit der wir auf absehbare Zeit fest rechnen können, kann die Aufgabe der überzeugungsmäßigen Gewinnung der Deutschen für den Staat nicht länger hinausgeschoben werden. Sicher hätte dafür die erste Hälfte der Nachkriegszeit bessere Gelegenheiten geboten. Da sie aber versäumt wurden, kann dies kein Anlaß und keine Begründung dafür sein, weitere Gelegenheiten zu versäumen ... Unsere republikanische Vorpostenrolle berechtigt uns angesichts solcher Erscheinungen dazu, an die Adresse des tschechischen demokratischen Lagers offen zu sagen, daß dieses Nebeneinander einer offiziellen und einer inoffiziellen Politik in der deutschen Frage auf die Dauer unhaltbar wird."⁹⁷⁰ Die nach 1918 aufgestellten Normen für die Ausgestaltung der nationalen Verhältnisse, so Jaksch weiter, seien aus der damaligen Machtposition der Tschechen heraus aufgestellt worden und könnten deshalb keinen Ewigkeitswert beanspruchen. Es kann den heute staatsbejahenden Deutschen, die damals gegen ihren Willen in den neuen Staat eingegliedert wurden, nicht zugemutet werden, sich dauerhaft diesem Diktat zu beugen. Aus diesem Grund betrachtete Jaksch den Abschluß eines nationalpolitischen Grundsatzabkommens in der Situation des Januar 1937 als nicht länger aufschiebbar. Einige Wochen später machte er in einer weiteren Provinzrede deutlich, daß dieses nur in die Auflösung der Nationalstaatskonzeption der ČSR und die Anerkennung der Sudetendeutschen als gleichberechtigtes Staatsvolk münden könne⁹⁷¹. Doch auch in dieser Situation läßt sich bei Jakschs Politik keine Gradlinigkeit feststellen. Immer wieder nahm er seine radikalen Forderungen partiell zurück oder relativierte sie temporär. So erklärte er auf zwei Versammlungen in der ersten

⁹⁶⁸ Dies belegen u.a. die Gesprächsprotokolle Emil Sobotas. In den Unterredungen, die der Kanzler des Staatspräsidenten ab Ende 1936 mit Jaksch führte, ging es ausschließlich um nationalpolitische Forderungen der Jungaktivisten und seine Beschränkung darüber, wie die nationalen Ausgleichsbemühungen der deutschen Parteien von Regierungsseite unterminiert wurden. Vgl. Mejdrová (1997), a.a.O., Dok. 5, 9, 11, 12, 13, 15, 20.

⁹⁶⁹ Vgl. Sozialdemokrat, 16.12.1936.

⁹⁷⁰ W. Jaksch: Eine unaufschiebbare Staatsnotwendigkeit, in: Der Kampf 4 (1937), 6-9, S. 7.

⁹⁷¹ Sozialdemokrat, 28.3.1937.

Märzhälfte, daß es ihm nicht darum gehe, eine langwierige und beschwerliche Verfassungsdebatte aufzurollen, sondern alle Möglichkeiten zu nationalpolitischen Reformen im Rahmen der bestehenden Ordnung auszuschöpfen, und daß sich beide Seiten von ihrer bisherigen Betrachtungsweise trennen sollen, die ČSR sei aufgrund ihrer unvoreilhaften nationalen Zusammensetzung nur ein Provisorium sowohl in bezug auf ihren nationalstaatlichen Charakter als auch im Hinblick auf die Existenz weiterer Staatsvölker⁹⁷².

Wie *Bachstein* darstellt, erreichte Jaksch im Frühjahr 1937 den Höhepunkt seiner Popularität. Seine Veranstaltungen waren stets gut gefüllt, und entsprechend nahmen die verbalen und physischen Angriffe der SdP auf seine Person und seine Auftritte zu⁹⁷³. Mit seiner Politik, die ihm zu diesem innerparteilichen Auftrieb verholfen hatte, beschritt er jedoch in dreifacher Hinsicht eine gefährliche Gradwanderung. Einerseits mußte er damit rechnen, mit seinen radikalen nationalpolitischen Forderungen die tschechischen Regierungsparteien zu verprellen, auf deren Unterstützung er dringend angewiesen war und gegenüber denen er jedoch über keinerlei ernstzunehmende politische Machtmittel verfügte, sie zu einem Kurswechsel zu bewegen. Über diesen latenten Konflikt kann auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, daß Jaksch im Februar 1937 erstmals nach Zürich, Paris und London geschickt wurde, um dort quasi als Leumundszeuge für die guten Absichten seiner Regierung in der sudetendeutschen Frage aufzutreten. Andererseits setzte er sich der Gefahr einer Intervention der in der Partei noch immer unangefochten führenden Czech-Gruppe aus. Ungeachtet seiner wachsenden Popularität hatte der Parteivorstand zuletzt im Umgang mit der "Sozialistischen Aktion" bewiesen, daß er mit seinen innerparteilichen Widersachern schonungslos umzugehen wußte. Und schließlich muß noch kritisch gewertet werden, daß Jaksch mit seinen Forderungen auch in den eigenen Reihen Hoffnungen schürte, die er unter den realen politischen Rahmenbedingungen niemals erfüllen konnte. Und tatsächlich zog sich der Prozeß, in dem darüber verhandelt wurde, ob verhandelt werden solle und wer überhaupt legitimiert sei zu verhandeln, in die Länge und untergrub zunehmend die Position der aktivistischen Parteien.

Politisch konzentrierte sich Jaksch nunmehr ganz auf die rasche Umsetzung des 'Feber-Abkommens'. In diesem Zusammenhang intervenierte er ab dem Frühjahr 1937 auch mehrfach beim Staatspräsidenten. Dessen Kanzler Emil Sobota notierte zu einem Gespräch vom 7.4.1937: "Er [Jaksch, C.S.] sprach über die Behinderungen, die bei der Durchführung des Regierungsabkommens über die Minderheitenangelegenheiten auftreten. Für ihre energetische Durchführung haben vor allem einige Mitglieder der Regierung kein Verständnis - J.[aksch] nennt den Verteidigungsminister, den Innenminister, den Schulminister und den Postminister ... Aber auch in den Ministerien, deren Minister die Durchführung des Abkommens befürworten, wird ihre Bemühung durch die Bürokratie gebremst. Die Kreisbehörden im deutschen Gebiet stehen unter dem Druck der tschechischen Minderheit..."⁹⁷⁴ Werde die Umsetzung der nationalpoliti-

⁹⁷² Vgl. Kracik (1999), a.a.O., S. 356.

⁹⁷³ Vgl. Bachstein (1974), a.a.O., S. 119.

⁹⁷⁴ Erinnerungsprotokoll von Emil Sobota über ein Gespräch mit Jaksch bei der Übergabe von Dokumenten der Aktivisten, in: Mejdrová (1997), a.a.O., Dok. 5, S. 19-20.

schen Richtlinien nicht zügig erfolgen, seien sie nicht mehr von politischem Nutzen. Aus dieser Quelle läßt sich aber noch ein weiterer grundlegender Konflikt ablesen, der die politische Durchführung des Abkommens behinderte. Denn Sobota entgegnete auf Jakschs Beschwerden, daß die tschechischen Regierungsparteien zur Beschwichtigung der öffentlichen Meinung zu der Argumentation gezwungen seien, durch das Abkommen werde die bisherige politische Orientierung nicht unterbrochen, während die deutschen aktivistischen Parteien im Gegenzug hervorheben, daß es sich hierbei um etwas grundsätzlich Neues handle. Diese Rhetorik der Aktivisten sei demzufolge kontraproduktiv. Dagegen führte Jaksch an, das aktivistische Lager habe keinerlei Chance, den politischen Einfluß der SdP unter den Sudetendeutschen zurückzudrängen, wenn es keine Möglichkeit bekomme, das 'Feber-Abkommen' als seinen politischen Sieg und als Wende in der Nationalitätenpolitik in der ČSR zu präsentieren. Statt dessen vertrat er die Meinung, daß eine zügige administrative Umsetzung der Richtlinien dazu führen werde, daß sich die Kräfteverhältnisse zwischen den aktivistischen Parteien und der SdP bis zu den Gemeindevahlen im darauffolgenden Jahr wieder ausgleichen würden. Bis dahin müßten die Aktivisten ihre Forderungen aber noch vehement in der Öffentlichkeit vertreten.

Nachdem wieder ein halbes Jahr tatenlos verstrichen war, verwies Jaksch im September 1937 in einer von weiteren Unterredungen mit Kanzler Sobota auf die mittlerweile bedrohliche nationalistische und irredentistische Stimmung unter den Sudetendeutschen und forderte von der tschechischen Öffentlichkeit, daß sie unmißverständlich zu verstehen gebe, daß sie die "nationale Expansion in die deutschen Gebiete"⁹⁷⁵ einstellen werde. Allein an dieser Wortwahl läßt sich erkennen, in welchem Ausmaß hier bei aktivistischen Politikern, die zwischen den Fronten von Reformverhinderung sowohl durch die SdP als auch durch die Ränkespiele innerhalb der tschechischen Regierung nach politischen Auswegen suchten, die Nerven blank lagen. Sobota, dessen Meinung sich sicherlich mit der Beneš deckte, stimmte Jaksch grundsätzlich zu, daß eine Durchführung der Regierungsrichtlinien schnell kommen müsse. Im Gegensatz zu Jaksch zeigte er sich jedoch skeptisch, ob hierdurch noch ein Stimmungsumschwung innerhalb der Sudetendeutschen zugunsten der aktivistischen Parteien bewirkt werden könnte. Außerdem verwies Sobota einmal mehr auf die nationalistische Stimmung unter der tschechischen Bevölkerung, die eine Umsetzung des Abkommens ebenfalls erschweren und verzögern würde. Er schlug Jaksch allerdings vor, seine Erfahrungen und Lösungsvorschläge in einem Memorandum an den Staatspräsidenten zusammenzufassen.

In diesem Memorandum, das am 17.9.1937 an Beneš überreicht wurde, trat Jaksch nun endgültig die Flucht nach vorne an. Sollte die Durchführung der nationalpolitischen Richtlinien vom Februar scheitern, so seine einleitende Drohung, würde dies das politische Aus für den Aktivismus bedeuten und "die weitere Gestaltung des Zusammenlebens zwischen Tschechen und Sudetendeutschen wird dem Spiel unkontrollierbarer Kräfte überlassen"⁹⁷⁶. Zugleich stellt dieses Dokument inhaltlich und rhetorisch die schärfste Formulierung einer nationalpolitischen Positi-

⁹⁷⁵ Info-Schreiben Sobotas an Beneš über ein Gespräch mit Jaksch, in: Ebd., Dok. 12, S. 25-26.

⁹⁷⁶ W. Jaksch: Denkschrift an Benesch, in: Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wenzel Jaksch. Sucher und Kündler (1967), a.a.O., 169-85, S. 169.

on innerhalb des sudetendeutschen Aktivismus dar. Es ist aber auch Ausdruck der Ausweglosigkeit, in der sich der Aktivismus schon im Herbst 1937 befand. Angesichts der äußeren Bedrohung des Staates durch das Deutsche Reich und dem scheinbar unaufhaltsam werdenden Zuspruch der sudetendeutschen Bevölkerung für Henlein war man nunmehr auf Gedeih und Verderb auf die wohlwollende Unterstützung der tschechischen Regierungsparteien angewiesen, deren gewichtiger Teil in Form der Agrarpartei sich anscheinend bereits mit dem Gedanken eines politischen Ausgleichs mit den beiden Hauptgegnern des deutschen Aktivismus abgefunden hatte.

Entgegen vorheriger Äußerungen macht Jaksch in seiner Denkschrift nicht länger die Ministerialbürokratie für die Verzögerungen bei der Umsetzung des Feber-Abkommens verantwortlich, sondern das Haupthindernis stellt die seiner Meinung nach "im Wesen unveränderte nationalstaatliche Konzeption der tschechischen und slowakischen Politik"⁹⁷⁷ dar. Aus dem hierin fortbestehenden, in seinem Kern volkstümlichen Nationalstaatsbegriff "wird das Recht zu einseitiger nationaler Expansion des Staatsvolkes abgeleitet. Die schrittweise Durchdringung des deutschen Siedlungsgebietes ist gemeinsames Programm aller tschechischen Parteien. Alle besonderen Ansprüche, die sich aus Verdiensten bei der Staatsgründung ergeben, sind für die Deutschen ein unüberwindliches Hindernis für die Erreichung der Proportionalität."⁹⁷⁸ Viel zu oft werde noch immer das historisierende Argument zur Legitimation der Tschechisierung des sudetendeutschen Lebens herangezogen, daß es hierdurch in der Monarchie begangenes nationales Unrecht zu korrigieren gelte. Schließlich laufe die ČSR mit der andauernden Geltendmachung des Nationalstaatsprinzips Gefahr, sich außenpolitisch gegenüber den demokratischen Staaten Nord- und Westeuropas zu isolieren, die eine andere Vorstellung von demokratischer Nationalitätenpolitik besitzen. Insgesamt macht Jaksch für dieses Vorgehen eine Orientierungskrise des tschechischen Volkes verantwortlich, dessen bislang exponierte Stellung im eigenen Land sowie in der Region durch die Veränderung der Machtverhältnisse in Mitteleuropa seit 1934 nun erstmals seit dem Kriegsende bedroht ist und das darauf "mit einem Gefühl der Unsicherheit und des Unbehagens" reagiert und nach Möglichkeiten der Sicherung seiner nationalen Existenz sucht. "Konkret gesprochen: es sind fast durchwegs dieselben Kreise, die außenpolitisch einer Versöhnung mit Berlin das Wort reden und innenpolitisch schärfste Gegner jeder Konzession an die deutschen Aktivisten sind ... Bisher hat sich noch kein tschechischer Parteiführer gefunden, der den Mut aufgebracht hätte, seinen Anhängern offen zu sagen, daß gerade die außenpolitische Lage eine vernünftige Innenpolitik gegenüber der deutschen Bevölkerung erfordert, daß Selbstbeschränkungen im Innern erhöhte Sicherheit nach außen bedeutet und nicht umgekehrt."⁹⁷⁹ Doch gerade dieser Vorwurf entsprach nur bedingt den Tatsachen. Während er auf die tschechischen bürgerlichen Parteien sicherlich zutraf, waren es doch gerade die tschechischen Sozialdemokraten, die mehrfach öffentlich kritisiert hatten, daß im Regierungslager kein Konsens in den wichtigen Fragen der inneren und äußeren Bedrohung der Demokratie

⁹⁷⁷ Ebd., S. 171 f.

⁹⁷⁸ Ebd., S. 176.

⁹⁷⁹ Ebd., S. 172.

und der nationalen Unabhängigkeit bestand und daß der sudetendeutsche Aktivismus nicht intensiver in eine Abwehrstrategie des Staates einbezogen wurde⁹⁸⁰. Allerdings vermochte es auch die ČSD nicht, wie wir gesehen haben, eine konsistente Alternative aufzubieten oder gar durchzusetzen. Diese selektive Wahrnehmung Jakschs ist wohl am ehesten als ein Streß- und Erschöpfungssymptom zu interpretieren.

Weiterhin wirft er den tschechischen Parteien vor, sie hätten in der politischen Auseinandersetzung mit der SdP versagt. "Einige Jahre papierener Drohungen der Linken und wohlgefälliger Förderung durch Kreise der Rechten haben die nicht übermächtig mutigen Führer der SdP zu einer Kühnheit erzogen, die mit wachsender Apathie zur Kenntnis genommen wird." Diese indifferente Politik wird zur Legalisierung der sudetendeutschen Irredenta und - so seine sich genau ein Jahr später bestätigende Aussicht - zur "Teilung der Staatssouveränität zwischen Prag und Berlin" führen. Jaksch zeigt Verständnis, daß der Kampf gegen die SdP in der außenpolitischen Situation nicht mit der vollen administrativen Härte geführt werden kann. "Dann müßte aber mit aller Energie eine Politik der Stärkung der aktivistischen Gegenkräfte Henleins gemacht werden. Solange dies nicht geschieht, treiben wir einfach in eine ausweglose Situation hinein."⁹⁸¹ Bislang erfährt der sudetendeutsche Aktivismus zwar verbale Sympathiebekundungen, die jedoch ohne politische Umsetzung bleiben. Wie er an einer Reihe von praktischen Beispielen verdeutlicht, werden ihm vielmehr gezielt von den tschechischen Regierungsparteien, die "noch immer untereinander ein bestimmtes Konkurrenzverhältnis auf dem Gebiet der nationalen Aggressivität aufrechterhalten", Steine in den Weg gerollt. "Je weiter der tschechische Durchdringungsprozeß in den deutschen Gebieten erfolgreich fortschreitet, desto mehr bemächtigt sich der deutschen Bevölkerung eine nationale Gereiztheit, durch welche auch kleinere Vorgänge überdimensioniert auf die politische Meinungsbildung einwirken. Man hat im tschechischen Lager viel zu lange übersehen, daß Druck eben Gegendruck erzeugt."⁹⁸² Die Sudetendeutschen können nur dazu bewegt werden, ihre Hoffnungen nicht länger auf Berlin zu setzen und sich wieder auf ihre eigene Kraft zu besinnen, wenn ihnen die tschechische Politik nicht länger den Eindruck vermittelt, "Objekt eines groß angelegten Entnationalisierungsfeldzuges" zu sein. Wird ihnen durch eine neue Konzeption der tschechischen Staatspolitik, in der nationale Selbstbeschränkung das zentrale Element darstellen muß, nicht eine realistische Perspektive zu einer sozial und kulturell gesicherten Existenz als eigenständiges Volk eröffnet, so seine unmißverständliche, offene Drohung, werden auch die jetzt noch aktivistischen Parteien ihre regierungstreue Haltung aufgeben müssen. "Eine erfolgreiche Tschechisierungspolitik und ein lebensfähiger deutscher Aktivismus können nicht nebeneinander bestehen. Entweder entscheidet sich die

⁹⁸⁰ So schreibt das Zentralorgan "Právo lidu" im Januar 1937: "Wir könnten das sudetendeutsche Problem schon längst erledigt haben, wenn der Aktivismus von den Tschechen nicht ignoriert, ja sogar sabotiert worden wäre. Die Situation der deutschen Aktivisten ist immer noch eine solche, daß sie im Kreuzfeuer der Agitation der Sudetendeutschen Partei und der tschechischen Interessenlosigkeit ausgesetzt sind, welche letztere sich den Anschein gibt, als ob sie es nicht verstehen würde, daß der Erfolg der Aktivisten das Interesse des Staates bedeutet." Zit. nach Kracik (1999), a.a.O., S. 339.

⁹⁸¹ W. Jaksch: Denkschrift an Benesch, in: Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wenzel Jaksch. Sucher und Kündler, (1967), a.a.O., 169-85, S. 173.

⁹⁸² Ebd., S. 176 f.

tschechische Politik für die Methode der friedlichen Eroberung der deutschen Mitbürger für ein gemeinsames Staatsideal, oder sie muß alle innen- und außenpolitischen Konsequenzen einer zielbewußten dynamisch-kolonialistischen Politik in Kauf nehmen."⁹⁸³ Jaksch weist Beneš darauf hin, daß ein Austritt der deutschen Parteien aus der Regierung ein Ende der demokratischen Staatsform nach sich ziehen würde, ein Problem, für das die Politik der 'Burg' besonders sensibilisiert war. In einer Situation, in der "die Interpellation eines SdP-Abgeordneten im Innenministerium mehr beachtet wird als das Veto eines deutschen Ministers" seien alle Möglichkeiten der positiven Einwirkung auf die tschechische Politik verbraucht. Jetzt kann durch eine aggressivere Gangart der Aktivisten zum einen die tschechische Rechte nur noch dazu gezwungen werden, ihre Androhung einer offenen Verständigung mit der SdP mit allen Folgen einzulösen oder auf sie zu verzichten, und zum anderen der Klärungsprozeß innerhalb des gesamten tschechischen Regierungslagers zur deutschen Frage erzwungen werden. "Nur ein deutscher Aktivismus, welcher den Mut hat, es in der Geltendmachung der berechtigten deutschen Lebensinteressen einmal auf 'Biegen und Brechen' ankommen zu lassen, erfüllt eine positive Mission im Interesse des Staates. Wir deutschen Sozialdemokraten befinden uns dabei in einer gewissen Sonderstellung. Die deutsche Sozialdemokratie würde als reduzierte Standespartei der klassenbewußten Arbeiter auch eine Katastrophe des deutschen Aktivismus überleben. Entscheidet sie sich für diesen Weg, dann muß sie aber die Gefahr einer verhängnisvollen Isolierung in der deutschen Bevölkerung in Kauf nehmen. Will sie der Gefahr entgehen, nur ein bedeutungsloses Anhängsel der tschechischen Arbeiterbewegung zu werden, dann muß sie sich an die Spitze einer Erneuerung des deutschen Aktivismus stellen und in dieser Front das Ringen mit der SdP um die Führungsrolle in der sudetendeutschen Politik aufnehmen."⁹⁸⁴

Zu einer Generalabrechnung über die bisherige Bilanz des Februar-Abkommens wurde die Haushaltsdebatte vom November 1937 im zuständigen Budgetausschuß. Während Ministerpräsident Hodža die Fortschritte bei der nationalen Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes und die Erhöhung staatlicher Fürsorgemaßnahmen betonte und bestehende Defizite relativierte, stellte Jaksch bei dieser Gelegenheit besonders die Versäumnisse des Ausgleichsprozesses in den Vordergrund seiner Kritik. So sei noch immer keine Rechtssicherheit gegeben und die deutsche Seite hänge nach wie vor vom Wohlwollen der tschechischen Behörden ab, was auf die psychologische Breitenwirkung des Aktivismus negativ ausstrahle. Demgegenüber zog der Sekretär der Zentralstelle, Willi Wanka, anläßlich des ersten Jahrestages des Feber-Abkommens eine insgesamt positive Zwischenbilanz. Gravierende Defizite sah Wanka lediglich noch in der Sprachenfrage, die bislang nicht in Angriff genommen worden war. Alle weiterhin bestehenden nationalen Ungleichheiten im Staatsdienst und in der Vergabep Praxis öffentlicher Aufträge konnte er mit strukturellen Hindernissen begründen⁹⁸⁵. Diese Beurteilungen können nicht über das Grundproblem hinwegtäuschen, daß es die Regierungskoalition im Laufe des Jahres 1937

⁹⁸³ Ebd., S. 178 f.

⁹⁸⁴ Ebd., S. 180 f.

⁹⁸⁵ Vgl. dazu ausführlich Kracik (1999), a.a.O., S. 363 ff.; Wingfield (1989), a.a.O., S. 153 f.; und Brügel (1967), a.a.O., S. 312.

nicht geschafft hatte, ihre Herangehensweise an die sudetendeutsche Frage neu auszurichten. Wie *Kvaček* herausgestellt hat, war ihre Nationalitätenpolitik weit davon entfernt, ein komplexes Reformwerk initiieren zu können. Sie beschränkte sich weiterhin auf abgegrenzte Reformschritte, die in mühsamer Kleinarbeit gegen die divergierenden Interessen und unter den erschwerenden Bedingungen des Proporzsystems im breiten Koalitionslager erkämpft werden mußten⁹⁸⁶. Daher artikulierte sich das partielle Entgegenkommen gegenüber den Wünschen und Forderungen der Aktivisten nicht als Ausdruck einer politischen Notwendigkeit im Interesse des Staates, sondern als unzusammenhängende, keineswegs zielorientierte Ergebnisse eines koalitionsinternen Gezänks. Zudem stand die Nationalitätenpolitik der Regierung der nationalistischen Agitation der tschechischen Rechten gegenüber, die nach den Wahlen von 1935 und dem stetigen Anwachsen der SdP über genügend innenpolitischen Zündstoff verfügte, um die Wahrung des nationalen Besitzstandes einzufordern, und die mit ihren Argumenten auch in weiten Kreisen Gehör fand. Entscheidend war aber letztlich, daß es in den tschechischen Parteien keine Persönlichkeit gab, die über die erforderliche visionäre Kraft, über das politische Feingefühl und zugleich über ein ausreichendes Durchsetzungsvermögen verfügte, um zu einer nachhaltigen Neugestaltung der Staatskonzeption und damit des tschechisch-deutschen Verhältnisses zu gelangen. Eine Seite des Problems ist hierfür die Frage, ob eine Verbesserung und Entspannung zwischen den Nationalitäten in der ČSR zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch möglich war. Mindestens ebenso aufschlußreich ist aber die Einsicht, daß von tschechischer Seite eben keine Versuche zur nationalpolitischen Deeskalation mehr unternommen wurden, die tatsächlich als ein in sich konsistentes Konzept bezeichnet werden können.

Eine besonders problematische Rolle spielten in diesem Prozeß sicherlich die tschechischen Sozialdemokraten. Es gibt keine belegbaren Hinweise, daß Hampl oder Bechyně, die theoretisch den erforderlichen Einfluß in der Koalition, aber auch das politische *Standing* besaßen, zu bedeutenderen Initiativen auf nationalpolitischem Gebiet bereit waren. Aus den erhaltenen Protokollen der obersten Parteigremien sowie aus den Diskussionen in den theoretischen Organen der Partei geht lediglich hervor, daß die ČSD die nationalpolitischen Anliegen der Aktivisten zwar problematisierte und auch zugunsten einzelner Reformmaßnahmen bei den verantwortlichen Stellen intervenierte, sie aber nicht bereit war, in der nationalen Frage von ihrem bisherigen Kurs abzuweichen und die für den Ausgleichsprozeß notwendige ethnische Neutralität des Staates herbeizuführen⁹⁸⁷. Durch ihren nationalpolitischen Konservatismus überließ die ČSD

⁹⁸⁶ Vgl. *Kvaček* (1966), a.a.O., S. 370 f.

⁹⁸⁷ Die sozialdemokratischen Minister berichteten dem ČSD-Vorstand regelmäßig über den Stand der Verhandlungen in der Minderheitenfrage. Aus den Beiträgen der Vorstandsmitglieder in den Aussprachen zu den Ministerberichten läßt sich feststellen, daß die komplexe sudetendeutschen Problematik und alle nationalpolitischen Fragen ab dem Januar 1937 ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Staatsverteidigung verstanden und erörtert wurden. So empfahlen Alfréd Meissner und Luděk Pík den Ministern auf der Sitzung vom 14.1.1937, sich in der Regierung für den von den Aktivisten geforderten Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung einzusetzen, da es sich hierbei um eine weitere Maßnahme zur Staatsverteidigung handle. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 300-04. Zwei Wochen später betonte Antonín Hampl, daß die letzten Neuigkeiten aus Deutschland einer Beruhigung und Konsolidierung der innenpolitischen Verhältnisse in der ČSR bedürfen. Aus diesem Grund erklärte er, als Reaktion auf das aktivistische Memorandum mit dem Postminister Alois Tučný über die Aufnahme deutschsprachiger Staatsdiener verhandeln zu wollen. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 305-09. Es ging dem ČSD-Vorstand also augen-

somit dieses Feld der ohnehin das politische System der ČSR dominierenden Agrarpartei. Daß diese im Laufe des Jahres 1937 zunehmend ihr Interesse offenbarte, zu Lasten des Regierungsaktivismus zu einer wie auch immer gearteten Verständigung mit der SdP zu gelangen, um einerseits eine Regierung ohne sozialistische Beteiligung bilden zu können und um andererseits einen außenpolitischen Ausgleich mit dem Deutschen Reich zu erzielen, der als Voraussetzung für Hodžas angestrebte Mitteleuropapolitik gewertet wurde, wurde vom Vorstand der ČSD ganz offensichtlich falsch eingeschätzt oder wenigstens zu spät erkannt⁹⁸⁸.

Durch die hieraus resultierende verbreitete, jedoch unterschiedlich motivierte Untätigkeit des tschechischen Regierungslagers wurde die letzte Chance vergeben, den sudetendeutschen Aktivismus gegen die Henleinbewegung zu stützen. Statt dessen hinkten die Regierung und insbesondere die Sozialisten beider nationalen Lager den Ereignissen in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre stets hinterher. Hätten sie sich, wie es aufgrund der komplexen inneren und äußeren Bedrohung des Staates geboten war und wie es von Jaksch zumindest versucht wurde, an die Spitze der Entwicklung stellen wollen, hätten allseitig annehmbare nationalpolitische Konzepte als Alternative zu den Forderungen der SdP entwickelt und vorgelegt werden müssen. Dies gelang keinem der Beteiligten, vor allem nicht Wenzel Jaksch. Seine vom Kurs des DSAP-Vorstands abweichenden nationalpolitischen Vorstellungen, die mit einem an Hysterie grenzenden Duktus vorgetragen wurden, trafen sicherlich punktgenau die Befindlichkeiten eines Teils der Parteibasis und beförderten schließlich seinen innerparteilichen Aufstieg. Sie waren trotz aller berechtigten Forderungen jedoch nicht geeignet, die notwendige Unterstützung von Seiten der tschechischen Regierungsparteien, insbesondere der tschechischen Sozialisten, zu erhalten. Ausschlaggebend dafür war vorrangig, daß die nationale Sammlung der demokratischen Kräfte unter den Sudetendeutschen unter einer nationalpolitischen Agenda, wie er sie im Jungaktivis-

scheinlich nicht darum, nationale Gerechtigkeit als politischen Grundsatz herbeizuführen oder die nationalpolitischen Grundsätze des Staates zu überdenken, sondern es wurde lediglich versucht, angesichts der außenpolitischen Bedrohung des Staates auf Zeit zu spielen.

⁹⁸⁸ Anfang 1938 berichtete Minister Dérer dem Parteivorstand, daß er mit Ministerpräsident Hodža bereits vor Weihnachten verabredet hatte, daß die Ausgleichsbemühungen mit den Sudetendeutschen auf der Linie des Feber-Abkommens weitergeführt werden. Anderslautende Äußerungen des Beran-Flügels in der Agrarpartei seien für die Regierungspolitik nicht relevant. Protokoll der Vorstandssitzung v. 23.1.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 403-07. Zwei Monate später informierte Hampl den Vorstand erstmals von den Bestrebungen des Beran-Flügels, eine Regierung mit der SdP unter Ausschluß der Sozialisten zu bilden. Er versicherte dem Vorstand jedoch, daß die verantwortlichen Personen in der Agrarpartei sich um eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten bemühen. Protokoll der Vorstandssitzung v. 23.3.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 427-30. Im April bekräftigte Hampl gegenüber dem Parteivorstand, daß es in der Agrarpartei keinerlei Bestrebungen gibt, die ČSD aus der Regierung zu drängen. Protokoll der Vorstandssitzung v. 13.4.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 436-39. Auch Bechyně berichtete, daß die tschechische Rechte keine Regierung mit der SdP bilden wolle. Hodža habe ihm versichert, daß keine diesbzgl. Verhandlungen geführt werden. Protokoll der Vorstandssitzung v. 27.4.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 446-50. Erst Anfang Mai bezeichnete es Hampl als unstrittig, daß ein Teil der Führung der Agrarpartei ein Abkommen mit Hitler anstrebe, während es Meissner als nach wie vor unwahrscheinlich erachtete, daß die Agrarier oder die Gewerbetriebe ihre bisherige Linie ändern könnten. Protokoll der Vorstandssitzung v. 4.5.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 451-55. Sechs Wochen später versicherte Dérer dem Vorstand jedoch wieder, daß sich Hodža definitiv nicht um eine Neuausrichtung der tschechoslowakischen Außenpolitik bemühe. Protokoll der Vorstandssitzung v. 18.5.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 460-64. Erst Anfang September erklärte Hampl gegenüber dem Exekutivausschuß: "Die Person des Premiers und des Innenministers ist ein schwerer politischer Fehler." Protokoll der Sitzung des Exekutivausschusses v. 6.9.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 6, l. 118-21.

mus zu erreichen suchte, nichts mehr mit den in "Volk und Arbeiter" formulierten und auch in der ČSD weitgehend geteilten Überlegungen gemein hatte, neue Wählerunterstützung für den Sozialismus in den Mittelschichten zu gewinnen. Wie fragil das von Jaksch angestrebte politische Bündnis war, zeigte sich Anfang 1938, als seine beiden Partner Henleins Rufen folgend zur SdP überliefen. Somit kann das Scheitern von Jakschs Versuchen, die Radikalisierung der sudetendeutschen Bevölkerung aufzuhalten, nicht nur der unterlassenen Hilfeleistung durch die Regierung zugeschrieben werden, sondern es zeigt umso mehr, daß sein volkssozialistisches Alternativkonzept für seine Zielgruppe eben nicht länger attraktiv war. Damit muß die von Jaksch vergetragene These, daß sich Kleinbürgertum, Bauern und Intellektuelle zusammen mit der Arbeiterschaft in einer großen volkssozialistischen Bewegung integrieren lassen könnten, vor dem Hintergrund der fortschreitenden Radikalisierung der Sudetendeutschen als insgesamt illusionär bewertet werden. Der Weg der Entideologisierung des Sozialismus erwies sich in einer Hochphase der Ideologisierung aller gesellschaftlichen Bereiche als nicht gangbar, so daß davon ausgegangen werden kann, daß der Volkssozialismus zum Zeitpunkt seiner Entstehung nurmehr von Zweckoptimismus getragen und nicht durch eine präzise Analyse politischer Vorgänge begründet war.